

**"Abschaffung der Sozialhilfe für Mehrfach-Asylbewerber möglich";
Asylrechtler Daniel Thym skizziert Wege, um trotz eines "engen Korsetts"
des Verfassungsgerichts die in Deutschland besonders hohen Leistungen
stark zu senken**

Die Welt

Freitag 10. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 219

Length: 1098 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Daniel Thym, 50, ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Universität Konstanz. Für ihn steht fest: In einem einheitlichen EU-**Asylsystem** müssten mehrfache **Asylanträge** abgeschafft werden.

WELT:

Weil in Europa ankommende **Asylsuchende** besonders häufig nach Deutschland weiterziehen, hat der **Migrationsgipfel** im Kanzleramt angekündigt, abgelehnte **Asylbewerber** später als bisher mit Bürgergeld-Empfängern gleichzustellen. Einige Politiker möchten die hohen Sozialleistungen für **Asylzuwanderer** in Deutschland pauschal absenken. Ist das überhaupt machbar, ohne dass Karlsruhe dies als verfassungswidrig beurteilt, Herr Thym?

Daniel Thym:

Eine generelle Leistungsabsenkung lässt das enge Korsett der Verfassungsrechtsprechung nicht zu. Denn 2010 entnahm das Bundesverfassungsgericht dem Grundgesetz ein "Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums", dessen Existenz das Gericht früher abgelehnt hatte. Aufgrund dieser dynamischen Rechtsprechung entscheidet letztlich Karlsruhe darüber, ob die Leistungshöhe noch "menschenwürdig" ist oder nicht. Erst vor einem Jahr scheiterte eine moderate Reduktion für Sammelunterkünfte in Karlsruhe. Deswegen bleibt alles, was die Politik tut, mit dem Risiko behaftet, dass Karlsruhe es kassiert.

Die Bundesbürger müssen sich also damit abfinden, dass ihre demokratisch gewählten Regierungen kaum Handlungsspielraum bei den Sozialleistungen haben?

"Abschaffung der Sozialhilfe für Mehrfach-Asylbewerber möglich" Asylrechtler Daniel Thym skizziert Wege, um trotz eines "engen Korsetts" des Verfassungsgerichts....

Nein, es gibt einige Möglichkeiten. Aber die Begründung der Urteile mit der Menschenwürde erschwert deren öffentliche Kritik, weil immer das Gegenargument auf der Hand liegt, die Kritik missachte grundlegende Verfassungswerte. Dies ist zu pauschal. So zeigt bereits der späte Zeitpunkt der dynamischen Urteile, dass das Verfassungsrecht nicht so eindeutig ist. Das Völkerrecht, die EU-Grundrechte und andere westliche Demokratien leiten aus der Menschenwürde geringere Mindeststandards als Karlsruhe ab. Das zeigt bereits, dass es Argumente gibt, um eine grundsätzliche Kritik an deutschen Sonderwegen erneut vorzubringen.

Welchen Gestaltungsspielraum hat die Bundesregierung?

Zunächst ist der Plan der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers juristisch unproblematisch, dass die Bundesländer viel häufiger die Geldleistungen für Asylbewerber während ihrer Verfahren auf Sachleistungen umstellen. Das ist mit dem Verfassungs-, Europa- und Völkerrecht vereinbar. Allerdings verlangt das Völkerrecht für anerkannte Flüchtlinge dieselbe Behandlung wie für Staatsangehörige, also in Deutschland das Bürgergeld. Aber die Anhebung der Leistungen auf das Bürgergeldniveau kann man rechtlich etwas länger hinauszögern, wie es der Asylgipfel angekündigt hat.

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten früher Abgelehnte erst 48 Monate nach Einreise die vollen Sozialleistungen, was das Verfassungsgericht im Jahr 2012 kassierte. Inzwischen erfolgt die Gleichstellung schon nach 18 Monaten, der Kanzler und die Landeschefs wollen sie nun erst nach 36 Monaten.

Diese Fristverlängerung zeigt, dass die Behauptung nicht stimmt, dass das Verfassungsrecht der Politik keine Spielräume lässt. Karlsruhe hatte vor zehn Jahren eine Frist von 48 Monaten gekippt, die Neuregelung bleibt also noch immer zwölf Monate unterhalb des damaligen Werts. Die Chancen sind hoch, dass das Bundesverfassungsgericht das akzeptiert. Doch es geht noch viel mehr. Karlsruhe sieht zwar generelle Leistungskürzungen kritisch, erlaubt jedoch eine Sanktionierung von Fehlverhalten. Auf diesem Wege könnte die Politik gruppenspezifische Kürzungen vereinbaren. Das gilt vor allem für Ausreisepflichtige. Der Name "Asylbewerberleistungsgesetz" ist nämlich missverständlich. Es gilt auch noch, wenn der Asylantrag abgelehnt wurde.

Was hieße das konkret?

Schon bisher gibt es Sanktionen, bei denen nur das physische Existenzminimum gezahlt wird, was eine Kürzung um beinahe die Hälfte bedeutet. Allerdings spielt das in der Praxis keine Rolle, weil das Verfahren kompliziert ist und außerdem die Sanktion automatisch endet, wenn eine Duldung erteilt wird. Stattdessen könnte die Kürzung fortauern, wenn die Duldung nicht aus rechtlichen oder humanitären Gründen zwingend ist. Sehr häufig wird eine Duldung allein deshalb erteilt, weil das Heimatland keine Abschiebungen akzeptiert. Eine freiwillige Rückkehr ist dann trotzdem möglich und auch zumutbar.

Wären auch tief greifende EU-Reformen denkbar, mit denen die Bundesrepublik seltener Sozialleistungen für die meist unerlaubt einreisenden Asylsuchenden anbieten müsste?

Mittel- und langfristig erlaubt eine "europäische Lösung" tatsächlich mehr, bis hin zur Abschaffung mehrfacher Asylanträge. Sozialleistungen gäbe es dann nur noch im zuständigen EU-Staat. Falls so etwas auf EU-Ebene beschlossen würde, wäre - zugespitzt formuliert - eine Abschaffung der Sozialhilfe für Mehrfachasylbewerber möglich. Das beträfe solche Asylantragsteller, die nach Deutschland kommen, obwohl sie bereits in einem sicheren EU-Staat einen Antrag gestellt hatten.

Diesen Punkt enthielt der vom Bundesinnenministerium unter Horst Seehofer (CSU) erarbeitete Reformvorschlag für die EU-Asylreform: "Unterkünfte und Sozialleistungen" würden "ausschließlich im zuständigen Mitgliedstaat" gewährt, hieß es dort. Im Gegenzug würden Flüchtlinge aus den Randstaaten legal umverteilt. Im aktuellen Verhandlungsstand zur EU-Asylreform ist nur noch letzterer Punkt enthalten.

Das ist offenbar nicht mehrheitsfähig in der EU, ich halte langfristig die Abschaffung mehrfacher Asylanträge und damit des Leistungsbezugs aber für Erfolg versprechender als die Hoffnung auf eine europäische

"Abschaffung der Sozialhilfe für Mehrfach-Asylbewerber möglich" Asylrechtler Daniel Thym skizziert Wege, um trotz eines "engen Korsetts" des Verfassungsgerichts....

Vollharmonisierung der Leistungshöhe, die Verfassungsgerichts-Vorgaben überlagerte. Die Dublin-III-Verordnung verbietet einerseits die Sekundärmigration, legalisiert gleichzeitig jedoch deren Ergebnis, wenn die Überstellung scheitert, was meistens der Fall ist. Ganz konkret gibt es nach einer Sekundärmigration in Deutschland ganz regulär ein vollwertiges zweites Asylverfahren, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Überstellung in den an sich zuständigen Staat nicht binnen drei Monaten beantragt oder eine rechtskräftige Überstellung nicht binnen regelmäßig sechs Monaten durchgeführt wird. Das steht in Brüssel aktuell nicht zur Disposition. Der EU-Rat beschloss am 8. Juni, dass es beim Zuständigkeitsübergang bleiben soll. Wenn die EU wirklich ein gemeinsames Asylsystem anstrebt, sollten mehrfache Asylanträge abgeschafft werden. Das heißt zugleich, dass die Sekundärmigration nicht länger im Wege des Zuständigkeitsübergangs legalisiert wird.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 9, 2023

End of Document

Utopisch; Zu: "Es ist klar - die Pushbacks müssen aufhören" vom 13. September

Die Welt

Freitag 22. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 185

Length: 297 words

Body

Bei aller Würdigung der Funktion von Erzbischof Stefan Heße und seines Hinweises auf die Menschenwürde muss die in der Überschrift seines Gastkommentars erhobene Forderung zurückgewiesen werden. Zum einen wird hier pauschal nur von **Flüchtlingen** gesprochen und so die wichtige Unterscheidung zur **Migration** vermieden. Auch hat die Realität der letzten Jahre gezeigt, dass eine gerechte Verteilung innerhalb der EU utopisch ist. Und leider ebenso, dass aufgrund moralisch überhöhter Positionen bei uns nicht einmal eine Abschiebung von Illegalen und Straftätern gelingt. Insofern ist die zuletzt erzielte EU-Einigung auf eine Überprüfung der **Asylberechtigung** an den Außengrenzen die derzeit einzige Chance, illegale **Flüchtlings-** und **Migrationsströme** in Grenzen zu halten. Diese dient auch dazu, Schlepperbanden den Anreiz für ihre kriminellen Geschäfte zu mindern. Hinzu kommt, dass die Länder und Kommunen bei uns längst an die Grenzen ihrer Aufnahmekapazitäten angelangt sind. Nicht umsonst hat der ehemalige Bundespräsident und Theologe Joachim Gauck gesagt: "Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten sind endlich." Vor allem steht bei uns der gesellschaftliche Zusammenhalt und damit das demokratische System auf dem Spiel. Denn diese Thematik ist der Hauptgrund dafür, dass die AfD in den Umfragen zulegt.

Gerhard Banholzer, per Mail

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de (forum@welt.de)

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 22, 2023

Utopisch Zu: "Es ist klar - die Pushbacks müssen aufhören" vom 13. September

End of Document

Eine europäische Lösung? Nicht in Sicht

Die Welt

Montag 25. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 186

Length: 339 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Es ist richtig, dass die Bundesregierung jetzt stärker zu eigenen Maßnahmen greift, um die irreguläre Migration zu begrenzen. Denn eine schnelle europäische Lösung ist nicht zu erwarten. Zwar suggeriert die Ampel genau das: Dass man die Migrationskrise nur bewältigen könne, wenn es ein gemeinsames europäisches Asylsystem gibt. Bis zum nächsten Frühjahr soll eine große EU-Asylreform unter Dach und Fach sein. Zwei Gründe aber sprechen dagegen, dass hier zeitnah ein Durchbruch zu erwarten ist.

Erstens: Die Verhandlungen stocken. Zwar haben Innenministerin Nancy Faeser und ihre Kollegen im Juni zentrale Vorschläge vorgestellt. Von "historischen Entscheidungen" war die Rede. Aber das Europäische Parlament hat noch nicht zugestimmt. Vergangene Woche hat es die Verhandlungen erst einmal ausgesetzt. Die Parlamentarier sind verärgert, weil sich die EU-Innenminister bislang nicht auf eine Verordnung einigen konnten, was dem Parlament wichtig ist. Es klingt banal. Aber die demokratischen Prozesse brauchen Zeit. Dass Faeser und ihre Kollegen schon von "Einigung" sprachen, bevor die Verhandlungen mit dem EU-Parlament richtig begannen, rächt sich jetzt.

Zweitens: Selbst, wenn es eine Einigung auf ein gemeinsames EU-Asylsystem geben sollte - ob es Migration besser steuert, ist völlig offen. Viele Experten gehen davon aus, dass die Mittelmeerstaaten auch künftig keinen Anreiz haben werden, alle Migranten, die bei ihnen ankommen, ordentlich zu registrieren und ihr Asylgesuch zu bearbeiten. Viele dürften weiter in den Norden wandern und dann wieder in Frankreich, Deutschland oder den Benelux-Staaten Asyl beantragen. Eine neue Krise ist programmiert.

Soll man die europäischen Pläne deswegen begraben? Nein. Es bleibt sinnvoll, auf den Schutz der Außengrenze zu setzen. Aber man sollte nicht so tun, als gäbe es die eine "Zaubermaßnahme", wie SPD-Chef Lars Klingbeil warnte. Viele Maßnahmen müssen ineinandergreifen. Temporäre Grenzkontrollen gehören dazu.

ricarda.breyton@welt.de (ricarda.breyton@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Eine europäische Lösung? Nicht in Sicht

Load-Date: September 25, 2023

End of Document

Bereits mehr als 800.000 Asylanträge in Europa; Experten rechnen damit, dass in diesem Jahr mehr als eine Million Menschen einen Antrag stellen werden

Die Welt

Mittwoch 11. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 197

Length: 588 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Die Zahl der **Asylanträge** in den 27 Ländern der Europäischen Union plus der Schweiz und Norwegen (sog. EU+ Länder) wird in diesem Jahr voraussichtlich die Millionenmarke überschreiten und damit den höchsten Wert seit 2016 erreichen (2016: 1,23 Millionen **Asylanträge**).

Dies geht aus den neuesten bisher unveröffentlichten Zahlen der EU-Asylagentur (EUAA) hervor, die in einem aktuellen vertraulichen Bericht der EU-Kommission aufgeführt sind. Der Bericht liegt WELT vor. Demnach wurden seit Jahresbeginn bis Anfang Oktober (Stichtag: 3. Oktober) 801.459 Asylanträge in der EU+ gestellt. Den stärksten Anstieg bei den Antragszahlen verzeichneten wegen der starken Zunahme illegaler Migration aus Belarus infolge des Ukraine-Kriegs Lettland (plus 168 Prozent) und Estland (119 Prozent). An dritter Stelle steht laut EU-Asylagentur Deutschland mit einem Anstieg bei den Antragszahlen um 74 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. In Frankreich war der prozentuale Anstieg mit 37 Prozent dagegen nur halb so hoch wie hierzulande.

Den größten Rückgang der Asylanträge seit Jahresanfang verzeichneten Dänemark (minus 56 Prozent), Malta (minus 54 Prozent) und Zypern (minus 52 Prozent). Das Land mit den wenigsten Asylanträgen in diesem Jahr ist Ungarn mit insgesamt nur 26 Anträgen seit Januar. Aus Sicht von Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orban zählt sich sein harter Asylkurs und die konsequente Sicherung der Grenzen damit aus.

In Deutschland wurde fast jeder dritte Asylantrag von einem syrischen Staatsbürger gestellt (27 Prozent), gefolgt von Migranten aus Afghanistan (17 Prozent) und der Türkei (16 Prozent). Laut Zahlen aus dem internen Dokument der EU-Kommission machen sich die Unruhen in der Sahel-Zone offenbar zunehmend bemerkbar und sie führen zu verstärkter Migration - wenn auch immer noch auf einem relativ niedrigen Niveau. So erhöhte sich die Zahl der Migranten, die aus Mali nach Italien kamen um 733 Prozent auf 4968 Personen, und die Anträge von

Bereits mehr als 800.000 Asylanträge in Europa. Experten rechnen damit, dass in diesem Jahr mehr als eine Million Menschen einen Antrag stellen werden.

sudanesischen Staatsbürgern in Italien um 450 Prozent auf 4000. Experten erwarten, dass die Zahl der Migranten aus der Sahel-Zone künftig noch deutlich zunehmen dürfte. Bisher kommen die meisten Antragssteller in den EU-plus-Staaten aus Syrien, Afghanistan und der Türkei. Besonders stark ist der Zuwachs bei den Anträgen unter türkischen Staatsangehörigen (plus 102 Prozent).

Die EU ringt seit Jahren darum, die Zahl der irregulären Migranten zu reduzieren. Seit den Krisenjahren 2015 und 2016 gingen die Zahlen, nicht zuletzt infolge der Corona-Pandemie, zunächst runter, seit dem vergangenen Jahr ist aber wieder ein deutlicher Anstieg zu erkennen. In diesem Jahr dürfte die Rekordmarke von einer Million Asylanträgen wohl erstmalig seit 2016 wieder erreicht werden.

Die EU plant, mit Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen für Migranten mit geringer Aussicht auf Schutz gegenzusteuern. Davon wird aber allenfalls ein Viertel der Ankommenden betroffen sein. Alle anderen Antragssteller werden ein reguläres, oft jahrelanges Asylverfahren durchlaufen. Hinzu kommt, dass ausgerechnet Ungarn nach dem EU-Verteilungsschlüssel die meisten Turbo-Verfahren durchführen soll - das dürfte aber kaum funktionieren, weil Budapest die bisherigen Planungen zur europäischen Asylreform weitgehend ablehnt. Allerdings vertreten mittlerweile immer mehr Länder die Position von Dänemark und Österreich. Beide Ländern fordern seit Langem, Asylverfahren in sicheren Drittstaaten wie Ruanda, Ägypten oder Tunesien durchführen zu lassen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 11, 2023

Scholz' neue Klarheit im afrikanischen Praxistest; In Nigeria setzt sich der Kanzler persönlich für seine geplante Abschiebeoffensive ein. "Konkrete Verständigungen" gibt es aber noch nicht

Die Welt

Mittwoch 1. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 212

Length: 1335 words

Byline: Robin Alexander

Body

Abuja

Olaf Scholz hat in jüngster Zeit viel über Abschiebungen gesprochen. Und in einem neuen Ton: "In großem Stil" sollten abgelehnte **Asylbewerber** künftig aus Deutschland weggeschafft werden, hat der Kanzler in einem "Spiegel"-Interview versprochen und sich mit markigem Gesichtsausdruck fürs Titelbild fotografieren lassen. Intern hat der SPD-Politiker schon zwei Wochen vorher eine Ansage gemacht: Jedes Mitglied seiner Regierung müsse künftig in jedem Gespräch mit Vertretern von Herkunftsländern darauf drängen, dass diese ihre Leute zurücknehmen. Klang nach neuer Entschlossenheit. Aber bringt das auch was?

Den Test macht Scholz am frühen Sonntagabend. Er ist nach Nigeria geflogen, zum Regierungssitz in Abuja und steht dort in der Präsidentenvilla Aso Rock neben Bola Ahmed Tinubu, dem Staatschef von Nigeria. "Die größte Volkswirtschaft Afrikas trifft die größte Volkswirtschaft Europas", sagt Tinubu stolz. Tatsächlich ist das Handelsvolumen zwischen der Bundesrepublik und dem schnell wachsenden afrikanischen Riesen - dort leben inzwischen mehr als 200 Millionen Menschen - mit drei Milliarden Euro im Jahr vergleichsweise überschaubar. Später auf der Reise wird Scholz große, zum Teil erst halbfertige Infrastrukturprojekte wie überirdische U-Bahnlinien sehen, die von chinesischen Firmen gebaut werden.

Die Nigerianer wünschen sich mehr: Gleich zwei Journalisten fragen den Kanzler, warum Siemens in Nigeria nicht Bahnen und Züge baue und so große Wasserkraftprojekte wie in Ägypten. Der ebenfalls schnell wachsende arabische Staat gilt vielen augenscheinlich als eine Art Benchmark. Für den angesprochenen Konzern, der in Deutschland gerade Ärger mit seiner Tochter für erneuerbare Energien hat, ist Sabine Dall'Omo mit dem Kanzler nach Nigeria geflogen. Die Geschäftsführerin für Subsahara-Afrika bei Siemens ist auch Vorsitzende des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft.

Scholz' neue Klarheit im afrikanischen Praxistest In Nigeria setzt sich der Kanzler persönlich für seine geplante Abschiebeoffensive ein. "Konkrete Verständigung....

Die Nigerianer wünschen sich also deutsche Infrastruktur. Aber was ist mit dem Wunsch der Deutschen, dass die illegale Migration endet? 14.000 ausreisepflichtige Nigerianer leben in der Bundesrepublik, 12.000 von ihnen sind geduldet, aus dem immer gleichen Grund: Sie haben ihre Papiere fortgeworfen oder verloren. Nigeria akzeptiert keine deutschen Dokumente. Und stellt den eigenen Staatsbürgern nur im bewussten Bummeltempo neue eigene Dokumente aus.

Nach der neuen Scholz-Ansage müsste das im Gespräch mit Tinubu Thema gewesen sein. War es das? Scholz referiert darüber bei seinen Einführungsworten auf der Pressekonferenz in der Präsidentenvilla erst unter "Viertens - und das ist wichtig in Deutschland - haben wir auch über Migration gesprochen". Es gehe um die "Öffnung von Möglichkeiten für Talente" aus Nigeria, die legal in Deutschland berufstätig werden könnten. "Gleichzeitig geht es darum, dass die irreguläre Migration zurückgedrängt werden wird. Das geht eben nur in enger Kooperation miteinander, zum Beispiel auch durch Migrationsabkommen, die miteinander abgeschlossen werden", so Scholz.

Tatsächlich wird gerade über ein solches mit Nigeria verhandelt. Aber nicht von Joachim Stamp, dem FDP-Politiker, den die Ampel-Koalition für Migrationsabkommen eingesetzt hat, sondern von der Europäischen Union. Die EU aber ist gar nicht zuständig für Rückführungen und Rücknahmen. Dem Vernehmen nach will Scholz deshalb - wenn Brüssel fertig ist - eigene, deutsche Ausführungsbestimmungen nachverhandeln. Das allerdings kann er in Abuja nicht so laut sagen, um niemanden in Brüssel zu brüskieren. Immerhin kündigt er an: "Bei uns geht es darum, dass wir jetzt alles dafür tun, dass das in beiderlei Hinsicht gut funktioniert: mit denen, die kommen wollen, aber auch im Hinblick auf die Rückübernahme derjenigen, die nicht bleiben können." Das füge sich gut zusammen, meint Scholz: "Wir haben besprochen, das auch entsprechend voranzutreiben."

Bedeutet dies, Nigeria akzeptiert künftig auch deutsche Ersatzpapiere? Oder stellt wenigstens zügig eigene aus? Tinubu selbst kommt darauf nicht zu sprechen. Als er von einer Journalistin gefragt wird, antwortet er nicht und lässt stattdessen Scholz sprechen, der erneut abstrakt vom Unterschied zwischen legaler und illegaler Migration berichtet. Daraufhin fragt der nigerianische Präsident seinerseits die Journalistin, ob ihr diese Antwort reiche. Als sie verneint, sagt er, er sei bereit, Migranten zurückzunehmen, "wenn man ein Nigerianer ist" und "soweit sie sich gut benommen haben". Es ist nicht klar, ob er bewusst ausweichend antwortet oder ob er den Zusammenhang, um den es geht, gar nicht verstanden hat.

In jedem Fall bleibt offen, ob Nigeria tatsächlich Fortschritte zugesagt hat. Diese aber verkündet Scholz einen Tag später in Lagos. Der Kanzler ist am Montag in die größte Stadt des Landes weitergefliegen. Dort hat er, neben der Teilnahme an einem Wirtschaftsforum mit deutschen Unternehmern, einem Gespräch mit nigerianischen Start-up-Gründern sowie einer Bootstour durch die Lagune von Lagos, auch einen ungewöhnlichen Termin absolviert, der mit Flüchtlingen zu tun hat. Scholz besuchte das "Deutsch-Nigerianische Zentrum für Jobs, Migration und Reintegration".

Diese Einrichtungen hat die Regierung von Scholz Vorgängerin Angela Merkel (CDU) nach der großen Flüchtlingskrise von 2015 eingeführt. Auch damals ging es schon darum, abgelehnte Asylbewerber zur Rückkehr in ihre Heimatländer zu bewegen. Die Logik geht so: Die maßgeblich von der deutschen Entwicklungsorganisation GIZ finanzierte Einrichtung kümmert sich um Nigerianer, die aus Deutschland nach Lagos zurückgekehrt sind. Konkret schult sie die Rückkehrer in Fertigkeiten, mit denen sie einen Job auf dem heimischen Arbeitsmarkt ergattern können. Die Idee dahinter: Diese Rückkehrer seien gut vernetzt mit Nigerianern, die sich noch in Deutschland aufhielten. Berichteten sie diesen nun, dass man nach einer Rückkehr nach Nigeria dort eine berufliche Zukunft habe, entschieden sich diese vielleicht auch dazu, heimzukehren.

Beim Gespräch mit diesen Rückkehrern will sich der Kanzler nicht von Journalisten beobachten lassen. Angeblich sei die Erfahrung, es nicht in Deutschland geschafft zu haben, zu schamvoll, sagen die Mitarbeiter von Scholz. Allerdings lassen sich die Gesprächspartner des Kanzlers nach dessen Abreise dann gerne befragen. Scholz habe vor allem zugehört, sagen sie.

Nicht alle, die in dem einfachen Flachbau von den Erfahrungen ihrer gescheiterten Migration berichten, haben es in Deutschland versucht: Eine Frau berichtet, sie sei mit falschen Versprechungen nach Russland gelockt worden und

Scholz' neue Klarheit im afrikanischen Praxistest In Nigeria setzt sich der Kanzler persönlich für seine geplante Abschiebeoffensive ein. "Konkrete Verständigun....

habe dort als Prostituierte arbeiten müssen. Die meisten jedoch sind von Schleppern durch die Wüste nach Libyen gebracht worden, von dort im Schlauchboot nach Italien und dann weiter nach Deutschland. "Fünf Jahre Ingolstadt", erzählt eine, "zehn Jahre München" eine andere. Als Asylbewerberin anerkannt worden seien sie nie. Zurück in ihrer Heimat hätten sie auf Vermittlung des von Deutschlands mitfinanzierten Zentrums eine Ausbildung gemacht, als Schneiderin oder Schuhmacherin, und ein Auskommen in Lagos gefunden.

Bevor Scholz am Montagabend ins benachbarte Ghana weiterfliegt, stellt er sich in Lagos noch einmal der Presse. In seinem Statement kommen Rückführungen nicht vor. Als er danach gefragt wird, sagt er, damit die zurückkehren, "die das bisher nicht tun", bräuchte Deutschland "Kooperation". Das sehe auch Tinubu so: "Das habe ich mit ihm im Detail besprochen und auch mit Verantwortlichen in der Regierung, und wir haben uns ganz konkret vorgenommen, da jetzt auch im Hinblick auf die praktischen Schritte, die dazu notwendig sind - zum Beispiel, diejenigen, die ihre Pässe weggetan haben, zu identifizieren - , voranzukommen."

Was das konkret bedeutet, ist offen. Schriftlich vereinbart wurde auf dieser Reise jedenfalls nichts. Scholz bleibt dennoch optimistisch: "Da habe ich jetzt mitgenommen, dass das gelingen wird. Wir wollen das dann jetzt auch in konkrete Verständigungen packen, sodass das dann auch in der Realität sichtbar wird."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Olaf Scholz (SPD, 3. v. l.) besucht mit Nigerias Arbeitsminister Simon Bako Lalong (2. v. r.) das Deutsch-Nigerianische Zentrum für Jobs, Migration und Reintegration in Lagos

Load-Date: November 1, 2023

"Das Konzept der EU ist nicht umfassend"; Ungarns Europaminister János Bóka sagt, warum sein Land den EU-Asylkompromiss ablehnt

Die Welt

Donnerstag 26. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 208

Length: 1167 words

Byline: Philipp Fritz

Body

János Bóka wurde im Juli dieses Jahres von der ungarischen Präsidentin Katalin Novák zum Europaminister ernannt. Der 45-jährige Jurist war ab 2018 Staatssekretär im ungarischen Justizministerium und ab 2021 in der Kanzlei von Premierminister Viktor Orbán.

WELT:

Herr Minister, seit jeher fordert Ihre Regierung von den übrigen EU-Mitgliedern eine härtere Position beim Thema Migration. Europa scheint sich jetzt in der Sache Ungarn angenähert zu haben. Asylzentren sollen eingerichtet, Migranten länger festgehalten oder auch über die Union verteilt werden. Dennoch lehnen Sie diesen sogenannten Asylkompromiss ab. Warum?

János Bóka:

Für meine Regierung ist der Ausgangspunkt stets der Schutz der europäischen Außengrenzen. Das sollte am Anfang zur Beratung über die Lösung der Migrationskrise stehen. Wenn wir nicht wissen, wer in die EU gelangt und wir nicht ernsthaft gegen Schmugglernetzwerke vorgehen, können wir keine funktionierende Migrationspolitik betreiben.

Dem EU-Kompromiss zufolge geht es doch genau darum, Asylverfahren sofort durchzuführen.

Das Konzept ist nicht umfassend. So können Sie Asyl-, Integrations- oder Sozialpolitik betreiben, aber keine Migrationspolitik, die dafür sorgt, dass weniger Menschen in die EU gelangen. Migrationspolitik muss zur Voraussetzung haben, dass wir Europäer entscheiden, wer auf europäisches Territorium gelangt und auch wie dies erfolgt. Das ist bislang nicht der Fall und ich sehe nicht, dass der Asylkompromiss daran etwas ändert. Ich sehe, wie Sie gesagt haben, dass man sich langsam unserer Position annähert. Aber dass eben nur diejenigen nach Europa kommen, die tatsächlich ein Recht haben herzukommen, steht immer noch nicht im Fokus der Diskussion.

"Das Konzept der EU ist nicht umfassend" Ungarns Europaminister János Bóka sagt, warum sein Land den EU-Asylkompromiss ablehnt

Die Migration über die sogenannte Belarus-Route hat zuletzt wieder zugenommen. Deutschland hat deswegen stationäre Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien eingerichtet. Vorübergehend wurden auch Kontrollen an der slowakisch-ungarischen Grenze eingeführt. Wie bewerten Sie die Lage im Osten der EU?

Der Migrationsdruck nimmt überall zu, im Osten, aber natürlich auch über den Westbalkan und natürlich über das Mittelmeer. Den drei Routen ist gemein, dass organisierte Netzwerke für Migranten illegale Wege in die EU schaffen. Das ist ein lukratives Geschäft. Die Akteure können sich dazu auch auf legale Netzwerke, wie Nichtregierungsorganisationen verlassen. Noch mal: Ich denke, wesentlich ist eine strikte Kontrolle an den Außengrenzen und eine Zerschlagung der Schmugglernetzwerke. Dazu brauchen wir bilaterale Abkommen mit Staaten in Afrika und im Nahen Osten, die Migranten zurücknehmen.

Kritiker dieser Idee sagen, dass die Identitäten von Asylantragstellern oft ungeklärt sind und die Herkunftsländer diese oft einfach nicht zurücknehmen wollen. Hinzu kommt, so eine gängige Expertenmeinung, dass in vielen afrikanischen Ländern humanitäre Standards nicht eingehalten werden.

Bilaterale Abkommen sind unbedingt notwendig. Wir sind nicht die einzigen in Europa, die das so sehen. Dazu braucht es eine Registrierung von Asylsuchenden am besten außerhalb der EU. Die Einreise in die EU sollten wir nur denjenigen erlauben, die ein Recht darauf haben. Ich will daran erinnern, dass wir einen Vorschlag eingebracht haben, Transitzone in der Nähe der Außengrenzen einzurichten. Das rechtliche Konzept dahinter sah vor, diese Zonen nicht als EU-Territorium zu betrachten, so lange ein Asylantrag nicht bearbeitet ist. Migranten dürften sich dann nicht einfach weiterbewegen und würden im Fall einer Ablehnung direkt abgeschoben werden. Diese Praktik hätte eine Wirkung, wurde aber vom Europäischen Gerichtshof für illegal erklärt.

Ähnelt dieses Konzept nicht dem Asylkompromiss?

Nein. Uns geht es darum, Anträge aus sämtlichen Ländern außerhalb der EU zu bearbeiten oder eben in Transitzone. Eine Alternative wäre es, Konsulate vor Ort mit der Asylprüfung zu beauftragen. Wir werden weiter nach Lösungen suchen.

Meinungsverschiedenheiten gibt es nicht nur zwischen Ihrer Regierung und anderen EU-Mitgliedern. Seit Jahren sind Sie wegen Zweifeln an rechtsstaatlichen Standards in Ungarn in Konflikt mit der EU-Kommission. Als erstes Land wurde gegen Ungarn der sogenannte Rechtsstaatmechanismus aktiviert. Ist dieser Streit überhaupt noch beizulegen?

Es gibt einen intensiven Austausch zwischen uns und der Kommission und einigen Mitgliedsstaaten. Mein Verständnis ist, dass es bei der Sache nicht um europäische Werte geht, zu denen wir uns alle bekennen, auch ist es im Grundsatz keine rechtliche Angelegenheit. Der Fall ist politisch und er erfordert deswegen eine politische Lösung. Wir denken, dass wir in der aktuellen geopolitischen Lage als Europäer Geschlossenheit nach innen und außen demonstrieren müssen. Das ist der Grund, warum wir konstruktiv an Gesprächen über den europäischen Rechtsstaat teilnehmen und nicht, weil wir denken, dass die Argumente der Gegenseite gerechtfertigt sind. Ich hoffe, dass das von den europäischen Institutionen goutiert wird.

Sie sprechen von "Geschlossenheit". Dabei ist es die ungarische Regierung, die den Nato-Beitritt Schwedens blockiert, Waffenlieferungen für die Ukraine über ungarisches Territorium nicht zulässt und weiterhin Geschäfte mit Moskau macht. Wie passt das zusammen?

Unsere Haltung zur Ukraine ist klar: Wir unterstützen Kiew auf die Art, die wir politisch für vertretbar halten. Es geht hier um die strategischen Interessen der EU und Ungarns, die nicht immer die gleichen sind. Ungarns Position aber war nie ein Hindernis bei der Verabschiedung von Ukraine-Hilfen durch die EU und der Annahme von Sanktionspaketen.

Und warum stemmen Sie sich gegen Waffenlieferungen? Merkwürdig erscheint das auch deswegen, weil Ungarn mittlerweile ein privilegierter Partner der deutschen Rüstungsindustrie ist. Der Konzern Rheinmetall etwa investiert in großem Stil in Ungarn.

"Das Konzept der EU ist nicht umfassend" Ungarns Europaminister János Bóka sagt, warum sein Land den EU-Asylkompromiss ablehnt

Der Kern unserer Position ist, dass wir keine Eskalation zwischen Russland und der Ukraine wollen. Wir denken, dass Waffenlieferungen grundsätzlich nicht zur Deeskalation beitragen. Der Krieg verlängert sich so nur. Das ist nicht in unserem strategischen Interesse.

Sollte die Ukraine ein Mitglied der Nato werden?

Unter den aktuellen Bedingungen ist das nicht realistisch. Die Ukraine ist ein Land im Krieg mit einer Atommacht in unserer Nachbarschaft.

Und Schweden?

Als Repräsentant der ungarischen Regierung kann ich Ihnen versichern, dass wir grundsätzlich eine Nato-Mitgliedschaft Schwedens unterstützen. Wir haben bereits Schritte unternommen, so dass das Parlament eine entsprechende Abstimmung vornehmen kann. Am Ende treffen die Abgeordneten des ungarischen Parlaments diese Entscheidung.

Immer wieder heißt es, dass Ungarns Entscheidung von der Recep Tayyip Erdogans abhängt. Alleine würde Ungarn sich nicht gegen den Rest der Nato stellen.

Die Gespräche, die ich dazu mit ungarischen Abgeordneten habe, drehen sich nicht darum, was in der Türkei entschieden wird. Es geht um politischen Respekt und Vertrauen zwischen Mitgliedsstaaten, das notwendig ist.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Ungarns Europaminister János Bóka in Berlin

Load-Date: October 26, 2023

Länder und Kommunen dringen auf strengere Migrationsregeln

Die Welt

Donnerstag 20. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 77

Length: 825 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Auf Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wächst der Druck, schärfere Schritte gegen illegale **Migration** einzuleiten. "Nahezu alle Länder" sowie die kommunalen Spitzenverbände seien sich darin einig, "dass es eines unverzüglichen und umfassenden Maßnahmenpakets zur nachhaltigen Begrenzung irregulärer **Migration** bedarf", heißt es einem Papier einer entsprechenden Arbeitsgruppe, an der elf Bundesländer und mehrere Kommunalvertreter beteiligt waren.

Dazu seien an den Außengrenzen der EU beziehungsweise des Schengenraums kurzfristig wirksame Grenzschutzmaßnahmen zu ergreifen. "Sollten diese Maßnahmen keine Wirkung zeigen, ist die Einführung von vorübergehenden Binnengrenzkontrollen verbunden mit Einreiseverweigerungen () zu prüfen."

Die Arbeitsgruppe ist Teil eines "Follow-up-Prozesses", den Faeser nach dem Flüchtlingsgipfel im Februar initiiert hatte. Ziel war es, "konkrete Ergebnisse und praxistaugliche Lösungen" zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen in der Migrationspolitik zu erarbeiten. In insgesamt vier Arbeitsclustern waren Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen eingebunden. Die Länder entschieden selbst, wen sie in die Gruppen entsandten. Am Mittwoch wurde der Ergebnisbericht intern präsentiert. Eine Veröffentlichung ist nach Auskunft des Innenministeriums vorerst nicht vorgesehen.

Nach WELT-Informationen schlägt die Arbeitsgruppe vier, die sich mit dem Thema "Beschränkung irregulärer Migration / Rückführung" befasste, außerdem vor, die Zahl der "sicheren Herkunftsstaaten" auf Länder wie Georgien, Marokko, Algerien und Tunesien auszuweiten. Für Asylbewerber aus diesen Regionen gelten schärfere Regeln. Zwar wird ihr Asylgesuch weiterhin individuell geprüft. Allerdings sind die Klagefristen verkürzt, und die Betroffenen müssen in zentralen Einrichtungen wohnen und dürfen nicht arbeiten. Bislang war eine Ausweitung der Zahl der betroffenen Länder am Bundesrat gescheitert. Erwogen wird zudem, das Konzept der sogenannten Anker-Einrichtungen wiederzubeleben, in denen alle Schritte des Asylprozesses gebündelt werden. Die Länder und Kommunen hätten mehrheitlich die Auffassung vertreten, dass derartige Einrichtungen etwa mit Blick auf eine beschleunigte Identitätsfeststellung "deutliche Vorteile" böten. Die Umsetzung von Anker-Zentren war von der großen Koalition vorangetrieben worden. Die Ampel nahm dann davon Abstand. Inwieweit der Bund die

Länder und Kommunen dringen auf strengere Migrationsregeln

Forderungen der Kommunen und Länder umgesetzt, ist offen. Ein Sprecher Faesers erklärte, dass es sich nicht um ein Papier des Innenministeriums handele.

Kaum vorangekommen sind Bund, Länder und Kommunen beim Bereich Finanzierung. Im Bericht des entsprechenden "Clusters" heißt es, dass Länder und Kommunen eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten für wichtig hielten. Der Bund aber spreche sich gegen eine Erhöhung aus. Kleinteilige Empfehlungen gibt es im Bereich Unterbringung: Das Baurecht könnte angepasst werden, damit Unterkünfte schneller gebaut werden können. Zur Entlastung der Ausländerbehörden wird vorgeschlagen, die Gültigkeitsdauer bestimmter Visa zu verlängern.

"Positiv ist zu bewerten, dass zwischenzeitlich und seit Februar überhaupt ein Austausch stattgefunden hat", bilanzierte das hessische Innenministerium, das die unionsgeführten Innenministerien vertritt. Dennoch blieben wesentliche Aspekte, wie zum Beispiel die Frage der Finanzierung, die für die Kommunen essenziell seien, gänzlich ausgespart. Kritisch äußerte sich auch Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU): "Die Ergebnisse der vier Arbeitsgruppen sind eine interessante Ideensammlung - mehr nicht", sagte er WELT. "In den meisten Punkten stoßen wir bislang leider auf eine völlige Blockadehaltung der Bundesregierung." Das Papier erinnere stellenweise an einen "Besinnungsaufsatz" aus Schulzeiten: "Die vielen guten Vorschläge von Ländern und Kommunen, wie die Bundesregierung irreguläre Migration begrenzen, Rückführungen verbessern und unsere Ausländerbehörden entlasten könnte, werden in schönen Worten unter der Überschrift 'Handlungsempfehlungen' zusammengefasst. Ob, wie und wann die Bundesregierung das dann umsetzen wird, bleibt im Dunkeln."

Auch aus grün-geführten Landesministerien kam Kritik. "Es ist deutlich geworden, dass in allen Bereichen konkrete Handlungsbedarfe bestehen", teilte das Thüringer Migrationsministerium mit. "Wir erwarten insbesondere, dass der Bund zu seiner Verantwortung steht und sich an der Finanzierung der flüchtlingsbedingten Kosten angemessen beteiligt." Es gebe "einige gute Ergebnisse, die die verwaltungsbezogene Abwicklung der Zuwanderung verbessern", sagte der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager (CDU). "Aber dieser Nachfolgeprozess löst nicht die zwei ganz wichtigen, politisch zu entscheidenden Fragen: Begrenzung und Finanzierung. Hier muss der Bund spätestens am 10. Mai bei dem Austausch des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten viel mehr unternehmen."

Seiten 2/3

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 19, 2023

Widerstand gegen die Asylreform der EU bröckelt; Unter Grünen gibt es Bewegung in der Frage, ob auch minderjährige Migranten inhaftiert werden dürfen

Die Welt

Freitag 30. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 125

Length: 1059 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Kaum hatten sich die EU-Innenminister Anfang Juni auf eine Reform der **Asylpolitik** geeinigt, da drängte die deutsche Innenministerin zu Nachbesserungen. Auch künftig sollten **Migrantenkinder** mit ihren Familien in die EU einreisen dürfen, sagte Nancy Faeser (SPD). Dafür werde man in den weiteren Verhandlungen sorgen. Auch der Bundeskanzler tritt für entsprechende Änderungen der EU-Pläne ein. Die Einigung der EU-Staaten sieht vor, dass auch minderjährige **Migranten** in haftähnlichen Lagern an der Außengrenze untergebracht werden können - wenn sie aus bestimmten Staaten kommen und nicht allein unterwegs sind. In Deutschland gilt das vielen als Tabubruch, vor allem in den Reihen von SPD und Grünen.

Die Härte sei so eklatant "kaum auszuhalten", sagte etwa die grüne Fraktionschefin Britta Haßelmann auf einem kleinen Parteitag der Grünen, auf dem die Mitglieder heftig um die neuen **Asylpläne** rangen. Am Ende verabschiedete die Partei einen Beschluss, der als Kriterium für die folgenden Verhandlungen festschreibt, "dass Familien mit Kindern grundsätzlich nicht in Grenzverfahren kommen dürfen".

Doch inzwischen gibt es erste Politiker, die deutlich machen, dass sich die Maximalforderung wohl nicht aufrechterhalten lässt. "Die Forderung, alle Familien mit Kindern aus den Grenzverfahren auszunehmen, wird sich nicht durchsetzen lassen", sagt der grüne Europa-Abgeordnete Erik Marquardt WELT. "Die allermeisten Staaten wollen das nicht", obwohl es bedeute, dass viele Kinder "systematisch über Monate inhaftiert" werden. FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai hatte schon vergangene Woche gesagt, dass die Bundesregierung die europäische Einigung nicht "gefährden" dürfe - durch zusätzliche Forderungen nach Ausnahmen etwa. Der Preis für einen deutschen Sonderweg erscheint inzwischen offenbar auch manchen Politikern der Ampel-Parteien als zu hoch.

Konkret geht es um einen Teilaspekt des geplanten Migrationspakets. Dieser sieht vor, dass künftig alle Migranten an den Außengrenzen registriert werden. Wer aus Ländern kommt, in denen die Anerkennungsquote gering ist, darf nicht in die EU einreisen. Eine schnelle Abschiebung soll folgen, wenn das Schutzgesuch abgelehnt wird. Auch

Widerstand gegen die Asylreform der EU bröckelt Unter Grünen gibt es Bewegung in der Frage, ob auch minderjährige Migranten inhaftiert werden dürfen

Kinder und Jugendliche sollen unter diese Regelung fallen, solange sie mit ihren Familien kommen und nicht allein reisen. Final ist über die Pläne noch nicht entschieden - eine Einigung mit dem Europaparlament steht noch aus. Dieses hat aber ebenfalls andere Vorstellungen als die deutsche Bundesregierung. Es will zwar Kinder von den Verfahren ausnehmen - aber nur wenn sie jünger sind als zwölf Jahre. Dass sich die Bundesregierung gegen die anderen EU-Staaten und das Parlament durchsetzt, gilt als unrealistisch. Und selbst wenn es gelingen sollte, sagt Grünen-Politiker Marquardt, "heißt das aber nicht, dass die Staaten Kinder nicht einfach inhaftieren". Das passiere schon heute. Tatsächlich haben die griechischen Behörden in den vergangenen Jahren auch Kinder in ihren Aufnahmezentren untergebracht - etwa in dem berüchtigten Lager Moria auf der Insel Lesbos, das 2020 abbrannte. Flüchtlingsorganisationen vermuteten, dass die harten Bedingungen im Lager Teil einer Strategie waren, potenzielle Migranten abzuschrecken. Dass die Staaten an der Außengrenze künftig einen ganz anderen Kurs einschlagen könnten, gilt als unwahrscheinlich. Bei der Entscheidung im Innenministerrat standen nur Luxemburg, Irland und Portugal an Deutschlands Seite - nicht aber die entscheidenden Länder Italien, Spanien und Griechenland.

Marquardt rät der Bundesregierung nun, im ersten Schritt auf eine bessere Rechtsdurchsetzung zu dringen. Schon jetzt müsse bei allen Verfahren das Kindeswohl berücksichtigt werden. "Kinder dürfen nur inhaftiert werden, wenn es keine besseren Alternativen gibt und wenn die Inhaftierung nicht gegen die Interessen des Kindes ist", sagt der Abgeordnete. "Wenn das nicht gewährleistet ist, ist die Inhaftierung rechtswidrig." Das Problem bislang sei, dass sich "kaum ein EU-Staat an Recht und Gesetz" halte. "Wenn man diese Willkür beenden will, muss man Geflüchteten Zugang zu Rechtsschutz sichern." Der Rechtsschutz dürfe nicht beschnitten werden, wie es die aktuellen Pläne der EU-Staaten vorsehen. Kleine Schritte also - statt großer Forderungen, die kaum umsetzbar sein dürften.

Wie viele Kinder am Ende tatsächlich in den Lagern landen könnten, ist allerdings noch völlig offen. Denn die Pläne der EU-Innenminister sehen schon jetzt Ausnahmen vor - die womöglich noch entscheidend werden. Schon jetzt gilt: Kinder sollen nur dann in das schnelle Grenzverfahren kommen, wenn sie begleitet reisen. Und verpflichtend auch nur dann, wenn sie aus Ländern mit geringen Anerkennungsquoten kommen. Minderjährige, die allein unterwegs sind, sind ohnehin von den Grenzverfahren ausgenommen. Das war ebenfalls vor allem Deutschland wichtig. Diese Unbegleiteten machen auf zentralen Migrationsrouten aber inzwischen die Mehrheit aus, wie Daten des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR zeigen, das die Ankünfte von Migranten an Europas Außengrenzen zählt. Demnach war in der vergangenen Woche nur ein Drittel aller minderjährigen Migranten, die in Italien ankamen, in Begleitung ihrer Familien. Zwei Drittel reisten allein. "Die Forderung, alle Kinder mit ihren Familien aus den Grenzverfahren rauszunehmen, hat vor allem symbolischen Wert", schlussfolgert der Konstanzer Europarechtsexperte Daniel Thym. In der Praxis würde sich dadurch zahlenmäßig nicht allzu viel ändern.

Tatsächlich könnte sich die Zahl der alleinreisenden Kinder und Jugendlichen noch erhöhen - wenn Schleuser wissen, dass sie im Gegensatz zu erwachsenen Migranten oder Familien leichter in Europa Fuß fassen können. Schlepper passten ihre Strategien kontinuierlich an, sagt die Migrationsexpertin Hanne Beirens, Direktorin des Migration Policy Institute Europe in Brüssel. "Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass in dem Maße, in dem es für Erwachsene schwieriger wird, hierherzukommen () immer mehr Kinder vorausgeschickt werden, weil man davon ausgeht, dass sie an den Grenzen besser behandelt werden." Die Erwartung sei, dass ihnen Schutz gewährt werde und dass sie später mit ihren Eltern durch Familienzusammenführung vereint werden könnten.

Kinder dürfen nur inhaftiert werden, wenn es keine besseren Alternativen gibt Erik Marquardt (Grüne), Europa-Abgeordneter

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 29, 2023

"Müssen Übertritte von unseren Nachbarstaaten reduzieren"; Die Bundesinnenministerin lädt am Donnerstag erneut zu einem "Flüchtlingsgipfel". FDP-Migrationsexperte Stephan Thomae erklärt, wie die Ampel die Zuwanderung neu regeln will

Die Welt

Mittwoch 15. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 33

Length: 1105 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Mehr als eine Million Ukraine-**Flüchtlinge** hat Deutschland aufgenommen, hinzu kommen Hunderttausende **Asylbewerber** aus anderen Ländern. Viele Kommunen klagen, dass sie die Menschen nicht mehr unterbringen und betreuen könnten.

WELT:

Herr Thomae, welche Erwartung haben Sie an Innenministerin Nancy Faeser (SPD)?

Stephan Thomae:

Beim Flüchtlingsgipfel kommen alle beteiligten Akteure an einen Tisch und sprechen über mögliche Lösungen für die großen Herausforderungen in der Migrationspolitik. Dieser offene und konstruktive Austausch ist sehr wichtig. Den Kommunen fällt eine zentrale Rolle beim Thema Migration zu. Nicht nur, weil sie die Versorgung und die Unterkünfte der Flüchtlinge organisieren, sondern auch, weil es Ländersache ist, Rückführungen durchzuführen. Gerade letzteres funktioniert noch nicht reibungslos. Deswegen müssen wir darüber sprechen, welche Möglichkeiten es für den Bund gibt, hier zu unterstützen.

Was funktioniert nicht richtig?

Es ist vorgekommen, dass die Polizei Personen nicht ausfindig machen konnte, die abgeschoben werden müssen, wie der Fall Brokstedt zeigt. Das liegt beispielsweise an mangelhaften Einträgen im Ausländerzentralregister oder unzureichendem Austausch zuständiger Behörden. Hier müssen wir dringend handeln. Bundesjustizminister Buschmann (FDP, d. Red.) hat dazu einen verbesserten Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungs- und Ausländerbehörden angestoßen. Auch darüber müssen wir mit den Kommunen sprechen.

"Müssen Übertritte von unseren Nachbarstaaten reduzieren" Die Bundesinnenministerin lädt am Donnerstag erneut zu einem "Flüchtlingsgipfel". FDP-Migrationsexpert....

FDP-Chef Christian Lindner sieht den Zweck des Gipfels darin, zu erörtern, wie irreguläre Migration nach Deutschland "unterbunden" werden kann. Haben Sie neue Vorschläge?

An den EU-Außengrenzen muss Frontex eine wesentlich aktivere Rolle spielen als in den vergangenen Jahren. Es ist richtig, dass sich die EU-Staats- und Regierungschefs darauf geeinigt haben, Grenzkontrollen deutlich zu intensivieren. Wir müssen aber auch Übertritte von unseren Nachbarstaaten nach Deutschland reduzieren. Die Rücküberstellung von illegal eingereisten Personen in die Nachbarländer Österreich, Tschechien, Polen oder in die Schweiz verläuft nur schleppend. Das muss sich ändern.

Lindner will auch darüber sprechen, wie eine bessere Lastenteilung in Europa gelingt - und wie man dafür sorgt, dass Deutschland nicht mehr "der bevorzugte Ort" für Migranten ist. Muss die Koalition hier nachjustieren?

Endlich bei der dringend notwendigen Reform eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems voranzukommen, muss oberste Priorität haben. Denn das ist der einzige Weg, um eine faire Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union zu erreichen. Die Flüchtlingsbewegungen aus der Ukraine machen deutlich, dass unser aktuelles System nicht funktioniert. Deutschland hat ungefähr eine Million Ukrainer aufgenommen, Frankreich dagegen nur 100.000. Wenn weiterhin so viele Menschen aus der Ukraine nach Europa fliehen, wird es sehr schwer, dabei zu bleiben, dass sich die ukrainischen Flüchtlinge selbst den Wohnsitz aussuchen können. Auf Dauer kann Deutschland einen solchen Zustrom nicht allein abfedern. Die Kapazitäten der Kommunen haben schon jetzt eine Grenze erreicht.

Was ist mit Lindners Befund, dass Deutschland ein "bevorzugter Ort" für Migranten sei? Wollen Sie das ändern?

Viele Migranten haben völlig falsche Vorstellungen darüber, was sie hier erwartet. Wir müssen in den Herkunftsländern viel stärker klarmachen: Wer in Deutschland ein besseres Leben sucht, sollte sich auf regulärem Weg bei uns bewerben, anstatt sich auf gefährliche Fluchtrouten zu begeben. Denn Menschen ohne Bleibeperspektive müssen in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Jeder kann sich aber um einen Job in Deutschland bewerben. Wenn Menschen etwas zum Gelingen unserer Gesellschaft beitragen wollen, dann rollen wir ihnen den roten Teppich aus. Ein Einwandern in die Sozialsysteme wird es aber nicht geben.

Die Koalition arbeitet an einem neuen Migrationspaket, das unter anderem den Familiennachzug erweitern soll. Was sagen Sie Kritikern, die behaupten, dass das Migrationsbewegungen verstärken könnte?

Deutschland ist momentan ein Hauptzufluchtsort. Wir müssen aber dafür sorgen, dass Deutschland vielmehr zu einem Ort wird, der Möglichkeiten für diejenigen bietet, die hier arbeiten und ihre Talente zur Entfaltung bringen wollen. Das ist das Ziel des Arbeitskräfteeinwanderungsgesetzes, welches wir jetzt zügig angehen. Wenn ausländische Arbeitnehmer wirtschaftlich fest integriert sind, können wir im nächsten Schritt auch über Familiennachzug sprechen. Dafür muss aber sichergestellt werden, dass die Betroffenen sich und ihre Familien selbstständig versorgen können.

Laut Koalitionsvertrag soll der Familiennachzug insbesondere für subsidiär Schutzberechtigte ausgeweitet werden - also für Flüchtlinge, die nicht unbedingt in Arbeit stehen.

Unser Fokus liegt ganz klar auf der Arbeitskräfteeinwanderung. Inwieweit auch Menschen mit subsidiärem Schutz der Familiennachzug ermöglicht werden sollte, muss diskutiert werden.

Aus den Reihen der Grünen gibt es die Idee, allen Migranten direkt Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch zu geben und das Asylbewerberleistungsgesetz zu streichen. Ist das sinnvoll?

Diesen Vorschlag haben wir im Koalitionsvertrag nicht festgelegt. Daher steht das nicht zur Debatte.

Warum steht die Rückführungsoffensive, die die Ampel zu Beginn der Legislatur angekündigte, weiter aus?

Eine echte Rückführungsoffensive ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Was in der letzten Wahlperiode versäumt wurde, kann nicht innerhalb eines Jahres nachgeholt werden. Eine große Herausforderung ist die

"Müssen Übertritte von unseren Nachbarstaaten reduzieren" Die Bundesinnenministerin lädt am Donnerstag erneut zu einem "Flüchtlingsgipfel". FDP-Migrationsexpert....

Rücknahmebereitschaft der Herkunftsländer. Mit solchen Ländern Abkommen zu schließen, die die Rückführungen erleichtern und beschleunigen, ist nichts, was über Nacht geschehen kann. Dem neuen Sonderbevollmächtigten für Migrationsabkommen, Joachim Stamp (FDP, d. Red.), kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Er ist kein Zauberer, der Rückführungen von heute auf morgen umsetzen kann. Aber er wird die nötigen Voraussetzungen dafür schaffen.

Länder wie Schweden setzen auf Visa-Beschränkungen für Staaten, die bei Rückführungen nicht kooperieren. Sie sei damit zurückhaltend, sagte Faeser. Ist es schlau, die eigene Verhandlungsposition derart zu schwächen?

Eine Verhandlung direkt mit einer Drohung zu beginnen, ist verhandlungstaktisch keine gute Idee. Die Verhandlung sollte eröffnet werden mit dem Ausloten von gegenseitigen Wünschen und Erwartungen. Sollte es aber zu keiner Einigung kommen, wäre es unklug, sich alle Druckmittel gleich von Anfang an aus der Hand nehmen zu lassen. Ich erwarte von der Innenministerin, dass sie den Visahebel im Hinterkopf behält.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 14, 2023

End of Document

Bloß nicht "Zaun" sagen; Die Beschlüsse auf dem jüngsten Migrationsgipfel in Brüssel waren richtig und überfällig. Aber es ist Größenwahn zu glauben, die EU könne dieses Problem für sich allein lösen

Die Welt

Dienstag 14. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 32

Length: 1300 words

Byline: Thomas Schmid

Body

Spätestens seit der großen **Flüchtlingsbewegung** von 2015 war klar, dass Europa auf lange Sicht ein bevorzugter Zielkontinent für **Migranten** und **Flüchtlinge** aus mehreren Regionen der Welt bleiben wird. Dass also der **Migrationsdruck**, wie die seltsam technische Bezeichnung lautet, auf Europa bleiben oder zunehmen wird. Auch war leicht zu erkennen, dass die Dublin-Regelung, vor einem Viertel Jahrhundert beschlossen, überhaupt nicht funktionierte. Sie sieht vor, dass jeder **Asylantrag** in dem Land geprüft werden muss, in dem ein Bewerber zum ersten Mal europäischen Boden betritt. Jede und jeder konnte wissen, dass dies den Staaten eine besondere und unverhältnismäßige Bürde auferlegen würde, die an der Peripherie der EU liegen, zum Beispiel Italien und Griechenland, aber auch Polen.

Von Anfang an war klar, dass man auf das Problem der **Migration** nicht mit möglichst offenen Grenzen reagieren kann und darf. Unkontrollierte, unregelmäßige **Migration** birgt Gefahren, die Silvesterereignisse am Kölner Hauptbahnhof 2015 zeugen davon. Jede **Migrations-** und **Asylpolitik** muss einem ganz einfachen Prinzip folgen. Jeder Staat hat das Recht, arbeitssuchende **Migranten** im Eigeninteresse aufzunehmen. Zugleich ist er moralisch verpflichtet, Verfolgte aufzunehmen, eine "Obergrenze" gibt es dabei nicht. Und drittens hat er das Recht, seine Grenzen gegen unkontrollierte Zuwanderung zu schützen und abgelehnte **Asylbewerber** in ihre Herkunftsländer abzuschieben. Das ist nicht schön, aber notwendig.

Die EU ist in der Frage der Migration schärfer gespalten als bei fast allen anderen Themen. Die einen bevorzugen, zum Teil mit nationalistischer Begründung, rabiante Migranten-Abwehr. Andere verfahren liberaler, manchmal auch nachlässig und gleichgültig. Weil aber die stotternde Konsensmaschine EU so ist, wie sie nun einmal ist, haben die EU-Gremien das Thema Migration in den vergangenen sieben Jahren nur oberflächlich behandelt. Sie haben regelmäßig Formeln gefunden, unter denen man sich nichts und alles vorstellen konnte. Das sah dann so aus: einerseits Offenheit, andererseits aber auch Verhinderung unkontrollierter Einwanderung. Nie wurde dargelegt, was

Bloß nicht "Zaun" sagen Die Beschlüsse auf dem jüngsten Migrationsgipfel in Brüssel waren richtig und überfällig. Aberes ist Größenwahn zu glauben, die EU könne....

das denn konkret heißen würde. Während einige Staaten auf eigene Kosten Zäune zu errichten begannen, blieb das Wort "Zaun" im EU-Jargon ein Tabu.

Dieser Doppelzüngigkeit hat der Druck von mindestens elf EU-Mitgliedstaaten jüngst ein Ende gemacht. Unter ihnen Österreich, Dänemark, Griechenland, Malta, die Slowakei und die drei baltischen Staaten. Und vielleicht verhilft die Tatsache, dass die Zahl der EU-Staaten zugenommen hat, die konservativ regiert werden, der EU zu mehr Aufrichtigkeit. Der Beschluss des Gipfels enthält Bestimmungen von einer (teilweisen) Klarheit, wie man sie in EU-Dokumenten bisher vergeblich suchte. Die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber soll in Zukunft sichergestellt werden und es soll dafür ein EU-einheitliches Regelwerk geben. Die Zielländer sollen zur Rücknahme abgelehnter Asylbewerber bewegt werden. Und zwar nicht allein durch diplomatische Bitten, sondern auch durch materiellen Druck, etwa handelspolitischen. Oder durch eine verschärfte Visa-Politik. Vor allem aber wird die EU in Zukunft EU-Grenzstaaten bei der Sicherung ihrer Grenzen materiell unterstützen. In der wattigen EU-Sprache heißt das, den Mitgliedstaaten sollen von der EU-Kommission "Mittel zur Verfügung gestellt werden, die direkt zur Kontrolle der EU-Außengrenzen beitragen, etwa durch Pilotprojekte zum Grenzmanagement". Und die "Infrastruktur" der Grenzkontrollen soll ausgebaut werde, zum Beispiel durch Luftüberwachung. Das ist ein typischer EU-Formelkompromiss, der nur die halbe Wahrheit ausspricht.

Denn in Wahrheit haben sich damit jene Staaten durchgesetzt, die seit geraumer Zeit - Trump hin, Trump her - für die Errichtung von Grenzzäunen plädieren oder sie sogar schon errichtet haben, Ungarn voran. Als 2021 der weißrussische Diktator Lukaschenko in einem Akt hybrider Kriegsführung gezielt Migranten aus Syrien und anderen Staaten von Belarus nach Polen schleusen ließ, reagierte die polnische Regierung mit rigoroser Grenzsicherung, den Bau eines Zauns eingeschlossen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte zwar keine Idee, wie Polen in dieser Situation effektiv zu helfen sei. Eines aber wusste sie genau: "Das Errichten von Grenzzäunen passt nicht zu den Werten der Europäischen Union."

Das ist die typische Scheinheiligkeit der EU. Die europäische Einigung war von Anfang an von zwei Motiven getragen. Das eine war und ist das Interesse an wirtschaftlicher Kooperation. Hier geht es robust zu, materielle Interessen dominieren. Daneben erhob und erhebt sich ein luftiges Ideengebäude, das auf den Namen "europäische Werte" hört. Beide haben wenig miteinander zu tun, man geht gewissermaßen arbeitsteilig vor. Die Präsidentin thront als virtuelle Gesamteuropäerin über der EU und beschwört ein ums andere Mal "unsere Werte". Den Einzelstaaten aber fällt die undankbare Aufgabe zu, sich zum Beispiel mit der widrigen Grenzrealität der EU herumzuschlagen. Frau von der Leyen darf predigen, die - wenig angesehenen - Grenzstaaten der EU dürfen die "Drecksarbeit" machen. Auch jetzt wieder. Der Gipfel war sich zu fein, das unschöne Wort "Zaun" in den Mund zu nehmen. Die EU wird fortan für die "Infrastruktur" an den Grenzen sorgen - und die Grenzstaaten dürfen die so entstehende finanzielle Entlastung nutzen, um Grenzzäune zu errichten. Die EU ermöglicht ausdrücklich ein strenges Grenzregiment, wie es bisher nicht möglich war. Wäscht aber die eigenen Hände in Unschuld. Olaf Scholz hat dem allem zugestimmt, kann zu Hause aber erzählen, Grenzzäune seien seine Sache nicht. Man kann es nicht anders nennen, es ist bigott.

Es kommt noch schlimmer. Der Gipfelbeschluss enthält nicht einen einzigen Satz zur weltweit drängenden Frage der Migration. Wieder gibt sich die EU als ein Scheinriese, der sich für eine Weltmacht hält und meint, das Migrationsproblem in den Grenzen der EU lösen zu können. Einer wenigstens blickt über den Brüsseler Mus- und Schmustopf hinaus: Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. In einem Artikel hat er jüngst auf ein paar grundsätzliche, längst bekannte Einsichten hingewiesen. Migration, sagt er einleitend, sei so alt wie die Menschheit selbst. In der einen oder anderen Weise seien wir alle Migranten. Es gehe darum, sich der Frage der Migration in ihrer weltweiten Dimension zu stellen. Und da sei Europa eben nur ein eher kleiner Teil des ganzen Bildes. Man müsse endlich aufhören, so Borrell, Migration nur als Problem, als Last zu sehen. Der Gedanke ist leicht zu verlängern: Man kann versuchen, Migration zu kanalisieren. Darf aber nicht vergessen, dass sie so oder so stattfindet. Und eine grenz- und mauerbrechende Kraft ist, ob uns das gefällt oder nicht.

Es ist europäischer Größenwahn, zu glauben, die EU könne das Problem für sich lösen und müsse dazu allenfalls freundlich und entwicklungshelfend in die außereuropäischen Regionen winken. Es ist eigentlich eine einfache Einsicht: Wenn Europa seine Grenzen schützt, mag das nach innen befriedend und stabilisierend wirken. Darüber

Bloß nicht "Zaun" sagen Die Beschlüsse auf dem jüngsten Migrationsgipfel in Brüssel waren richtig und überfällig. Aberes ist Größenwahn zu glauben, die EU könne....

hinaus ist aber nichts gewonnen. Die Welt ist derzeit nun einmal so beschaffen, dass immer wieder sehr viele Menschen ihr Herkunftsland verlassen wollen oder müssen. In diesem Spiel ist Europa als das Ziel vieler Migranten zwar ein wichtiger Player. Zum wirksamen und nachhaltigen Umgang mit dem Problem fehlen Europa aber die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und besonders die politischen Kräfte. Soll sich das Problem irgendwann zum Besseren wenden, sind neue internationale Bündnisse und Kooperationen nötig. Auch, wenn das reichlich abstrakt klingt: Darunter wird kein Fortschritt möglich sein.

forum@welt.de (forum@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 13, 2023

End of Document

Das Fundament fehlt immer noch

Die Welt

Donnerstag 11. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 91

Length: 348 words

Byline: Klaus Geiger

Body

Vor den Europawahlen im nächsten Jahr will die EU einen neuen Anlauf nehmen, zu einer gemeinsamen **Migrationspolitik** zu finden. Die jüngsten Vorschläge, die Innenministerin Nancy Faeser (SPD) dafür gemacht hat, sind zunächst ein gutes Zeichen. Nach anderthalb Jahren Willkommenspathos stellt sich die Ministerin der Realität, die lautet: Europa muss schnell und klar entscheiden, wer kein Recht auf **Asyl** hat und wieder gehen muss.

Der Kern der Vorschläge: schnelle Verfahren an den EU-Außengrenzen, Haftzentren für abgelehnte Asylbewerber, rasche Rückführung in die Herkunftsländer. Dann erst Verteilung der anerkannten Asylbewerber über die EU-Staaten. Das klingt entschlossen. Nur: Bei genauerem Hinsehen sind diese Vorschläge schon 2020 von der EU-Kommission gemacht worden.

Drei Jahre lang konnte sich Europa nicht darauf einigen. Weil es sich um Vorschläge für eine ideale Welt handelt. Sie ignorieren erneut eine Wirklichkeit, an der eine Reform der EU-Asylpolitik seit fast einem Jahrzehnt scheitert. Die EU-weite Verteilung der Flüchtlinge, gegen die sich vor allem osteuropäische EU-Länder sperren, ist dabei noch ein geringeres Problem. Entscheidend ist die Frage: Was passiert mit den Menschen, die aktuell den größten Teil der in Europa ankommenden Migranten ausmacht: jene, die kein Recht auf Asyl haben?

In Europa dürfen sie nicht bleiben, aber ihre Herkunftsstaaten wollen sie meist nicht zurücknehmen. Denkt man die Faeser-Vorschläge durch, würden diese Menschen in den geplanten Haftzentren stranden. Kaum vorstellbar, dass Italien, Spanien oder Griechenland, in denen die Zentren stehen würden, einem solchen Modell zustimmen. Das Kernproblem bleibt: Zu viele Menschen, die keine Chance auf Asyl haben, gelangen auf europäischen Boden. Eine Lösung des Problems muss hier ansetzen. Wie können die Außengrenzen geschützt und Asylverfahren auf Nicht-EU-Territorium verlagert werden? Nur Antworten auf diese Fragen sind ein stabiles Fundament, auf dem eine sinnvolle EU-Asylpolitik irgendwann Halt finden kann.

klaus.geiger@welt.de (klaus.geiger@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Das Fundament fehlt immer noch

Load-Date: May 10, 2023

End of Document

EU-Migrationsgipfel: Wien droht mit Blockade; Österreichs Kanzler Nehammer will Beschlüsse ohne verstärkten Grenzschutz nicht mittragen

Die Welt

Donnerstag 9. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 29

Length: 868 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Stefan Beutelsbacher

Body

Brüssel

Seit der **Flüchtlingskrise** vor sieben Jahren streiten die EU-Länder über die Frage, wie sich illegale **Migration** nach Europa eindämmen lässt. Jetzt kommt es zum Showdown: Österreich droht, die Abschlusserklärung beim EU-Sondergipfel am Donnerstag und Freitag in Brüssel zu blockieren, wenn es nicht endlich konkrete Fortschritte gibt: "Leere Worthülsen werden nicht ausreichen. Es braucht endlich ein klares und deutliches Bekenntnis zur Verstärkung des Außengrenzschutzes und zum Einsatz entsprechender finanzieller Mittel aus dem EU-Budget dafür, sonst wird Österreich die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates nicht mittragen können", sagte Kanzler Karl Nehammer (ÖVP) WELT.

Eine solche Blockadedrohung kommt sehr selten vor. Sie zeigt aber, wie ernst es Nehammer dieses Mal meint. Und hinter dem Österreicher stehen mehr als zehn weitere EU-Staaten. Was die Kritiker so erzürnt: Immer wieder haben sie eine grundlegende Reform der **Asylpolitik** angemahnt, geschehen ist bisher aber wenig. "Unserer Meinung nach ist das aktuelle **Asylsystem** kaputt, und es profitieren vor allem zynische Menschenschmuggler, die aus dem Unglück von Frauen, Männern und Kindern ihren Vorteil ziehen", schreiben die Staats- und Regierungschefs von acht EU-Staaten (Österreich, Litauen, Lettland, Estland, Dänemark, Griechenland, Slowakei, Malta) in einem gemeinsamen Papier an die EU-Spitzen in Brüssel.

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der illegalen Grenzübertritte an den EU-Außengrenzen auf über 330.000 geschneit - der höchste Stand seit 2016. Gleichzeitig stiegen die Asylanträge innerhalb eines Jahres um die Hälfte (51 Prozent) auf 954.000 an. Besonders betroffen sind Österreich (plus 172 Prozent), Spanien (plus 79 Prozent) und Italien (plus 54 Prozent). In Deutschland gab es im vergangenen Jahr dagegen 19 Prozent mehr Asylanträge (226.467). Dieser relativ moderate Anstieg könnte eine Erklärung dafür sein, warum die Berliner Ampel-Koalition in

EU-Migrationsgipfel: Wien droht mit Blockade Österreichs Kanzler Nehammer will Beschlüsse ohne verstärkten Grenzschutz nicht mittragen

Migrationsfragen immer noch eine "Asylpolitik light" verfolgt, insbesondere bei Abschiebungen. Für Ärger sorgt bei den Regierungen in Österreich, Griechenland, Schweden, Dänemark und den Niederlanden vor allem, dass Berlin immer noch stark auf Migrationsabkommen mit den Herkunfts- und Transitstaaten setzt, die nur in gegenseitigem Einvernehmen geschlossen werden sollen. Deutschlands Kritiker fordern, deutlich mehr Druck auf diese Drittstaaten zu machen - etwa durch Einschränkungen bei der Visumpolitik oder bei Hilfszahlungen - , damit sie endlich ihre Grenzen gegen illegale Migration sichern und abgelehnte Asylbewerber zurücknehmen.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hält davon nicht viel: "Ich bin damit zurückhaltend, ich glaube, dass der Weg über Migrationsabkommen der bessere ist", sagte sie Ende Januar. Dabei sprechen die Zahlen für sich: Die letzten von insgesamt 18 verbindlichen Rückführungsabkommen wurden 2020 (Belarus) und 2014 (Kapverden) geschlossen, wichtige Länder wie Tunesien, Ägypten und Marokko sind bis heute nicht dabei. Derzeit liegt die offizielle Abschiebequote in der EU bei nur 21 Prozent.

In seiner Regierungserklärung im Bundestag zum EU-Gipfel sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), die Einigung des EU-Ministerrates auf Regeln für eine Identifizierung von Migranten über biometrische Daten sei "das A und O jeder erfolgreichen Reform unseres Asylsystems". Denn es sei Klarheit nötig darüber, wer nach Europa komme. Die EU-Kommission habe zudem "wichtige Vorschläge" zum besseren Schutz der EU-Außengrenzen gemacht.

Die Kommission dürfte dem monatelangen Drängen mehrerer Staaten und der europäischen Konservativen unter Parteichef Manfred Weber (CSU) nachgeben und mehr Finanzmittel für den Außengrenzschutz bereitstellen. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen weigert sich zwar, den geforderten Bau von Grenzzäunen zu finanzieren, obwohl das rechtlich möglich wäre - aber indirekt wird die EU-Kommission das jetzt wohl doch tun. Denn das neue zusätzliche Geld aus Brüssel zum Bau von Grenzüberwachungsanlagen und Erwerb von Drohnen ermöglicht den Staaten nun auch, vermehrt in teure Grenzzäune zu investieren.

Neben mangelndem Schutz der EU-Außengrenzen und einer laxen Abschiebepaxis steht noch ein drittes Problem auf der Agenda: Viele Migranten bewegen sich frei durch die EU, stellen mehrere Asylanträge oder werden erst gar nicht registriert. Auch hier dürfte die EU-Kommission endlich gegenzusteuern versuchen, indem sie die EU-Länder auf einen besseren Informationsaustausch verpflichtet. Das Grundproblem ist aber, dass viele Länder wie Italien, Griechenland und vor allem Ungarn die Migranten einfach durchwinken, anstatt sie zu registrieren.

"Das ist ein massives Sicherheitsproblem für die gesamte Europäische Union", sagte Kanzler Nehammer. "Es zeigt, dass das Schengensystem nicht funktioniert, andererseits aber auch, dass das EU-Asylsystem gescheitert ist." Zahlreiche Länder fordern darum eine Revision des Schengener Grenzcodes und mehr Kontrollen in der EU, um die sogenannte Sekundärmigration zu beenden. Ob die EU-Kommission da mitspielen wird, ist zweifelhaft. Nehammer reicht es jetzt: "Die Fakten werden oft negiert, werden schöngeredet. Dem müssen wir ein Ende bereiten."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 8, 2023

Zeit, den Spieß umzudrehen

Die Welt

Freitag 10. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 30

Length: 360 words

Byline: Jacques Schuster

Body

Die EU-Staats- und -Regierungschefs treffen sich in Brüssel, um über die **Migrationspolitik** zu beraten. Wohl in einer Woche wird es zum gleichen Thema eine Konferenz von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) mit den Vertretern der Länder und Kommunen geben. Schon seit Monaten rufen diese verzweifelt um Hilfe. Sie können die vielen Menschen, die ins Land gelangen, kaum noch unterbringen.

Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen: Nicht in Brüssel und auch nicht in Berlin nächste Woche werden die Probleme gelöst werden können. Weder dort noch hierzulande besteht die Bereitschaft, Grundsätze aufzugeben. Nur wer geneigt ist, die Migrationspolitik prinzipiell zu verändern, wird die Zahl der Migranten verringern können. Auf europäischer Ebene heißt das, den einklagbaren Rechtsanspruch auf Prüfung des Asyl- oder subsidiären Aufenthaltsrechtes aufzuheben, den bisher jeder Mensch auf der Welt nach europäischem Recht besitzt.

Und auf deutscher Ebene? Bei dem Treffen der Innenministerin wird es um Geld gehen, und dies wird wohl auch gezahlt. Aber genügt das? Wäre es nicht sinnvoller, den Spieß umzudrehen? Wie wäre es, wenn in einem Föderalstaat wie der Bundesrepublik künftig nicht mehr der Bund, sondern die Bundesländer die Quote für die Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen vorgeben, an die sich die Bundesregierung halten müsste? Es wäre sogar denkbar, dass die Kommunen darüber befinden, ob und wie viele Migranten sie bei sich unterbringen und wie sie ihre Integrationskapazitäten einschätzen.

Die gegenwärtige autoritäre Zuweisung beliebig zusammengesetzter Kontingente ist ein Verstoß gegen das kommunale Demokratieprinzip, auf dessen Einhaltung in Fällen von geringerer Bedeutung - etwa beim Straßenbau und der Festsetzung der Gewerbesteuer - peinlich genau geachtet wird. Eine Demokratisierung der heute befremdlich autoritären deutschen Flüchtlingspolitik könnte dann endlich in Gang kommen. Zwar würde es auch in diesem Fall ein Gerangel um die Aufnahmequote geben; insgesamt aber wüssten Länder und Kommunen besser, was sie leisten könnten und was nicht.

jacques.schuster@welt.de (jacques.schuster@welt.de)

Zeit, den Spieß umzudrehen

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 9, 2023

End of Document

Zeichen der Kooperation

Die Welt

Dienstag 19. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 7; Ausg. 182

Length: 410 words

Byline: Klaus Geiger

Body

Die zeitliche Nähe von Flüchtlingskrise 2015 und Brexit im Folgejahr war kein Zufall. Die Willkommenspolitik von Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ex-EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker war die perfekte Werbung für die Brexit-Propagandisten. Die Argumentation der EU-Gegner schreckte vor offensichtlichen Lügen nicht zurück, aber sie hatte einen substanziellen Kern: Die EU war damals mehr denn je unfähig, zu kontrollieren, wer über die Außengrenzen auf ihr Territorium gelangte - und wohin die Menschen im Schengen-Raum weiterzogen. Es war auch diese im weltweiten Vergleich extreme Migrationspolitik, die zur extremen Reaktion des britischen EU-Austritts führte.

Sieben Jahre nach dem Brexit sendet nun der britische Oppositionsführer Keir Starmer deutliche Zeichen der Kooperation auf den Kontinent. Der Labour-Chef kündigte an, er werde im Fall eines (aktuell wahrscheinlichen) Wahlsiegs das Brexit-Abkommen nachverhandeln und zudem ein Migrationsabkommen mit der EU anstreben. Der versöhnliche Ton von der Insel fällt in eine Zeit, in der auch die EU einen realistischen Blick auf die Migrationspolitik allmählich näher kommt. Der jüngste Asylkompromiss, der Außengrenzschutz und Abschiebung illegaler Migranten ins Zentrum stellt, hat wenig gemein mit den Ideen des Jahres 2015, als Quoten für die Verteilung von Migranten auf die Mitgliedstaaten im Mittelpunkt standen.

Oft blickte man seit dem Brexit vom Kontinent aus selbstgerecht auf die Insel. Ohne die EU-Partner konnte die Insel das Migrationsproblem nicht lösen. Die negativen Folgen für Wirtschaft und Handel waren massiv. Die Brexit-Bilanz, so der Glaube in Brüssel, werde andere EU-Mitglieder von einem Exit abschrecken. Aber die EU wird nur dann ihre Anziehungskraft behalten, wenn sie ihrerseits aus den Fehlern lernt, die damals zum Brexit beitrugen. Großbritannien wiederum wird die Brexit-Folgen nur überwinden, wenn es sich der EU annähert - und nicht trotz und selbstgerecht den radikalen Austritt als Allheilmittel verteidigt.

Keir Starmer hat Labour herausgeführt aus seiner linksradikalen Phase unter Vorgänger Jeremy Corbyn und hält seine Partei von extremen Ideen der regierenden Tories fern. Der Realismus des Labour-Chefs sollte auch ein Vorbild für Politiker auf dem Kontinent sein, um einen klugen Mittelweg zwischen kritikloser EU-Seligkeit auf der Linken und Exit-Fantasien auf der Rechten zu finden.

Zeichen der Kooperation

klaus.geiger@welt.de (klaus.geiger@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 18, 2023

End of Document

Schnellere Asylverfahren "auf Kosten einer gründlichen Kontrolle"; Das Bundesamt für Migration hat eine "Verschlankung von Geschäftsprozessen im Asylverfahren" auf den Weg gebracht

Die Welt

Freitag 17. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 224

Length: 1292 words

Byline: Alexander Dinger

Ulrich Kraetzer

Vanessa Nischik

Zara Riffler

Body

Um die **Migrationspolitik** wird heftig gestritten. Doch in einem sind sich fast alle einig: Über **Asylanträge** muss so schnell wie möglich entschieden werden. Das für die Bearbeitung der Anträge zuständige Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) nimmt diese Forderung offenbar ernst - und hat jüngst etliche Maßnahmen zur Beschleunigung der Verfahren beschlossen. Das Plus beim Tempo geht aber einher mit einem Minus bei der Sicherheit. Das befürchtet zumindest die CDU. Die Verschlankung des Verfahrens könne zu unbemerkten Einreisen von Straftätern und Terroristen führen.

In einer internen E-Mail vom 23. Oktober aus der Führungsebene des BAMF an Abteilungsleiter der Behörde ist von einer "Verschlankung der Geschäftsprozesse im **Asylverfahren**" die Rede, sowie von Maßnahmen, "bei denen Prozessschritte verkürzt werden oder entfallen". Es gehe darum, "die Effizienz unserer Verfahrensabläufe zu steigern". Dies solle jedoch "ohne Beeinträchtigung der Qualität und Integrität der Verfahren selbst geschehen." Die Maßnahmen würden "mit sofortiger Wirkung" umgesetzt. Die internen Dienstanweisungen des BAMF und die Kommunikation über die Maßnahmen, mit denen **Asylverfahren** schneller bearbeitet werden sollen, liegen WELT vor. Die wichtigsten Änderungen im Einzelnen:

Nur noch jeder zehnte Asylbewerber wird befragt

Schnellere Asylverfahren "auf Kosten einer gründlichen Kontrolle" Das Bundesamt für Migration hat eine "Verschlankung von Geschäftsprozessen im Asylverfahren" a....

"Die Reisewegsbefragung wird auf eine Stichprobe flächendeckend auf zehn Prozent gesenkt." So steht es in der internen Anweisung der Führungsebene des BAMF. Generell besteht keine rechtliche Verpflichtung hierzu. Jedoch wird diese Erhebung seit 2017 auf Bitte des Bundeskanzleramtes und des Bundesinnenministeriums durchgeführt, um Informationen über Fluchtrouten, Transitländer und Aufenthaltszeiten zu gewinnen. Diese Erkenntnisse sind vor allem für Sicherheitsbehörden und Polizei im Kampf gegen die Schleuserkriminalität relevant. Bereits seit Anfang dieses Jahres wurden nur noch 20 Prozent, also jeder fünfte Asylbewerber, zu seinem Reiseweg befragt.

Keine statistische Erhebung mehr von "SoKo"-Daten

Bisher wurden Asylbewerber auch hinsichtlich ihres Bildungsgrades, also Sozialstruktur, Schulabschluss und zuletzt ausgeübte Berufe, befragt. Eine rechtliche Verpflichtung zu einer solchen Datenabfrage besteht auch hier nicht. Die Informationen waren jedoch für statistische Zwecke bedeutsam, unter anderem, um einen Überblick über die berufliche Qualifizierung von Asylbewerbern zu erhalten.

Register-Abfragen in der EU-Datenbank alle 14 Tage

Die Abfragen im Schengener Informationssystem (SIS) dienen der automatisierten Personen- und Sachfahndung in der EU. Die Abfragen soll es grundsätzlich weiterhin geben. Sie sollen aber nicht mehr bei jedem einzelnen Verfahrensschritt erfolgen, sondern nur, wenn die letzte Anfrage länger als 14 Tage zurückliegt.

Spracherkennung wird seltener eingesetzt

Spricht ein arabischer Asylbewerber einen bestimmten Dialekt, kann das BAMF mittels einer Sprachen- und Dialekterkennungs-Software die jeweilige Herkunftsregion bestimmen. Diese Technik soll jetzt nur noch in Verdachtsfällen genutzt werden. In den internen Anweisungen steht, dass die "verbindliche und generelle Anwendung der Unterstützungen Sprach- und Dialekterkennung" gestoppt und "auf eine einzelfallbasierte Nutzung" umgestellt werden soll.

Auslesen von Handys nur noch in Ausnahmefällen

Sofern die Identität eines Asylbewerbers nicht durch ein milderes Mittel nachgewiesen werden kann - zum Beispiel durch Ausweisdokumente - kann das BAMF auch das Auslesen von Handys oder Laptops veranlassen. Diese Art der Identitätsermittlung ist jetzt nur noch in Einzelfällen möglich. Die jeweiligen Fallbearbeiter müssen die Maßnahme ausdrücklich anfordern. Ein Volljurist muss zudem die Verhältnismäßigkeit prüfen.

Weniger Dokumente sollen geprüft werden

Grundsätzlich werden im Asylverfahren die vorgelegten Dokumente zur Identitätsfeststellung von Experten auf ihre Echtheit geprüft. Um die Verfahren zu beschleunigen, werden nun aber weniger Ausweise und Urkunden kontrolliert. Lediglich das hochwertigste Dokument, also das, was die meisten Sicherheitsmerkmale hat, sowie das älteste, werden überprüft. Dazu steht in den internen Anweisungen: "Die Prüfung weiterer Dokumente ist nur zu veranlassen, wenn im Rahmen des Verfahrens Zweifel an der Identität aufkommen." Kritiker fürchten fatale Folge: Einerseits könnten so mehr gefälschte Dokumente in Umlauf kommen. Außerdem könnten Asylbescheide an Personen ergehen, deren tatsächliche Identität unbekannt ist.

Dublin-Fällen nicht mehr nach Griechenland

In der E-Mail der Führungsebene des BAMF heißt es weiter: "Übernahmeersuchen an Griechenland werden zu mehr als 95 Prozent abgelehnt und es kommt zu keiner Überstellung." Mithin muss Deutschland Flüchtlinge in den sogenannten Dublin-Fällen, in denen eigentlich Griechenland für die abschließende Bearbeitung der Asylverfahren zuständig wäre, die Asylbewerber in den meisten Fällen aufnehmen und für deren Unterbringung sorgen. Das Dublin-Verfahren dient der Bestimmung der Zuständigkeit von EU-Mitgliedsstaaten bei der Durchführung von Asylverfahren. Take-Back-Verfahren werden jedoch auch in Zukunft mit Griechenland durchgeführt.

Schnellere Asylverfahren "auf Kosten einer gründlichen Kontrolle" Das Bundesamt für Migration hat eine "Verschlankung von Geschäftsprozessen im Asylverfahren" a....

Die Union fürchtet angesichts der Änderungen des BAMF Sicherheitslücken. Einreisen könnten nun nicht nur Täuscher, sondern auch "Kriminelle oder gar Terroristen". Unmut regt sich aber nicht nur in der Opposition, sondern auch in der Ampel-Koalition. Der Generalsekretär der FDP, Bijan Djir-Sarai, sagte, es sei richtig, Asylverfahren zu beschleunigen. "Die Beschleunigung darf aber nicht auf Kosten einer gründlichen Kontrolle gehen. Wir müssen wissen, wer zu uns kommt", sagte Djir-Sarai. Der parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Stephan Thomaе, ergänzte: "Schnellere Asylverfahren dürfen niemals zu Lasten einer gründlichen Sicherheitsprüfung gehen." Asylanträge würden immer individuell und gründlich geprüft. Daran werde auch ein beschleunigtes Verfahren nichts ändern. "Das zu garantieren, ist Aufgabe des BAMF", sagte Thomaе.

Das BAMF betonte auf Anfrage, dass die Änderungen mit dem Bundesinnenministerium abgestimmt seien. Es handele sich um "gut abgewogene und sehr spezifizierte Maßnahmen, die Effizienzgewinne in der Bearbeitung freisetzen, ohne zu Sicherheitsverlusten zu führen". Die Sicherheit im Asylverfahren sei weiterhin gewährleistet. Asylsuchende würden mit Lichtbild und Fingerabdrücken registriert. Die Daten würden mit den Sicherheitsbehörden abgeglichen. Mehrfachidentitäten würden erkannt und ausgeschlossen. Im Asylverfahren vorgelegte Dokumente würden durch speziell ausgebildete Urkundensachverständige auf ihre Echtheit überprüft.

Das BAMF leiste trotz der gestiegenen Zahl von Asylbewerbern "nach wie vor" zügige Verfahren. Jüngst gestellte Anträge würden derzeit durchschnittlich innerhalb von 4,2 Monaten beschieden. Die Gesamtverfahrensdauer liege - unter Berücksichtigung von bereits länger zurückliegenden Antragstellungen - bei 6,7 Monaten. Zu berücksichtigen sei dabei auch, dass Verfahren bei abgelehnten Entscheidungen vor Gericht landeten. Die durchschnittliche Verfahrensdauer der Verwaltungsgerichte liegen allein in der ersten Instanz derzeit bei 21,8 Monaten. BAMF-Chef Hans-Eckard Sommer hatte erst kürzlich in einem Brandbrief an Innenministerin Nancy Faeser (SPD) angeprangert, dass seiner Behörde hunderte Millionen Euro und Personal fehlen würden. Mithin seien die tatsächlichen Zahlen von Menschen, die hierzulande Antrag auf Asyl stellen, beinahe doppelt so hoch, wie offiziell angegeben. "Die Länder haben mittlerweile erhebliche Registrierungsrückstände, sodass wir es tatsächlich im September mit rund 50.000 und im Oktober mit rund 55.000 Zugängen zu tun hatten", so Sommer. Offiziell war die Rede von knapp 30.000 Asylanträgen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Asylverfahren sollen beschleunigt werden

Load-Date: November 16, 2023

"Die Grenzen sind erreicht"; Turnhallen gelten als "allerletzte Option" bei der Unterbringung von Migranten - und immer mehr Kommunen müssen jetzt darauf zurückgreifen. Bürgermeister beobachten, dass die Stimmung kippt

Die Welt

Freitag 22. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 185

Length: 1270 words

Byline: Kristian Frigelj

Body

Ursula Baum hatte gehofft, dass sich dieser drastische Schritt vermeiden lässt. Doch nun bleibt der Bürgermeisterin von Kaarst nichts mehr anderes übrig: In wenigen Tagen wird erstmals seit 2015 in der Stadt in Nordrhein-Westfalen wieder eine Sporthalle für **Migranten** bereitgestellt.

Vor September bekam die Kommune monatlich vier bis fünf **Migranten** zugewiesen, inzwischen sind es an die 50. Deshalb wird die Sporthalle im Stadtteil Büttgen für die Unterbringung hergerichtet. Die Kabinen für jeweils vier Betten sind bereits aufgestellt. Ein Catering-Service wird die Verpflegung übernehmen, zwei Sicherheitsleute sollen permanent vor Ort sein. "Wir hatten 2015 vier belegte Turnhallen. Das wollen wir nicht noch mal erleben, weil sonst der gesamte Schulsport ausfällt", erzählt die 56-jährige FDP-Politikerin am Telefon.

So wie Kaarst geht es auch vielen anderen Kommunen bundesweit. Die wachsende Zahl von Kriegsflüchtlings aus der Ukraine und Migranten, die nach Europa und vor allem nach Deutschland kommen, setzen Städte und Gemeinden unter Druck. "In den Sommermonaten war die Lage etwas entspannter, und die Kommunen haben die Zeit genutzt, so weit wie möglich vorzusorgen. Nun aber gehen die überschaubaren Reservekapazitäten zur Neige", erklärt Philipp Stempel, Sprecher des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen. "Das Land weist verstärkt zu, wie in jedem Jahr steigen die Zahlen in den Herbstmonaten."

Bereits im November 2022 ergab eine Umfrage des Verbandes, dass immer mehr Kommunen Sporthallen umfunktionieren müssen. "Turnhallen sind für die Kommunen die allerletzte Option", sagt Stempel. Die Kommunen hätten versucht, Alternativen zu schaffen, und seien auf Hotels, Bürogebäude oder Container ausgewichen. "Wir gehen davon aus, dass es bald dennoch wieder zu mehr Notbelegungen in Turnhallen kommen wird." In der Wallfahrtsstadt Kevelaer kann seit einem Jahr in der Sporthalle an der Kroatenstraße kein Schul- und Vereinssport mehr stattfinden, weil sie zeitweise immer wieder als Unterkunft dient.

"Die Grenzen sind erreicht" Turnhallen gelten als "allerletzte Option" bei der Unterbringung von Migranten - und immer mehr Kommunen müssen jetzt darauf zurückg....

"Bei der aktuellen Frequenz der Zuweisungen werden die Kommunen das nicht mehr lange durchhalten. Kevelaer bekommt pro Monat um die 40 Menschen zugewiesen. Wir sind am Ende unserer Kapazitäten angekommen", sagt Bürgermeister Dominik Pichler (SPD) WELT. Die Stadt habe angemietet, was möglich gewesen sei, sogar Abrisshäuser. "Wir müssen vermutlich in den Herbstferien eine zweite Halle an einer Grundschule belegen, wenn wir keine andere Lösung finden." Pichler hofft, dass das Land eine leer stehende Jugendherberge mit etwa 120 Plätzen belegt. "Diese Zahlen würden dann auf die Unterbringungsquote unserer Stadt angerechnet, und wir hätten wenigstens ein paar Monate Ruhe."

Die Stadt Netphen in NRW etwa hält die Georg-Heimann-Halle im "Stand-by-Modus" und hat die Vereine, die einen größeren Raum der Halle für kulturelle, musikalische und sportliche Zwecke nutzen, gebeten, Ausweichmöglichkeiten vorzubereiten. "Eine kurzfristige erneute Nutzung der Halle zur Unterbringung von Geflüchteten ist nach aktuellem Stand unvermeidbar", heißt es auf Anfrage in der Stadtverwaltung. Die Zahl der Zuweisungen steige wieder an; teilweise erfahre die Stadt erst wenige Tage vorher, wie viele Menschen kämen.

Im bayerischen Wolfratshausen muss der Sportverein BCF seit nunmehr eineinhalb Jahren auf seine Vereinshalle verzichten. Der Vorstand hat bereits einen offenen Brief an Landrat und Bürgermeister geschrieben, um auf die Probleme hinzuweisen. "Als Folge der Hallenschließung treten immer mehr Mitglieder aus. Ohne richtige Nachwuchsarbeit aber ist der Verein auf Dauer nicht überlebensfähig", heißt es in dem Brief, der WELT vorliegt. In der Tischtennis-Abteilung seien nur noch fünf von 16 Jugendlichen übrig. Die Ausweichhalle im benachbarten Geretsried liege zu weit entfernt.

"Die Situation ist existenziell. Das führt den Verein an einen Scheideweg. Wir haben inzwischen 150 Mitglieder verloren und bekommen kaum neue. Die Jugendarbeit in den Badminton- und Tischtennis-Abteilungen ist ganz schwierig", sagt der Erste Vereinsvorstand Manfred Fischer WELT. Für Oktober wolle man eine Demonstration anmelden. "Wir wollen endlich eine Perspektive. Andere Landräte haben keine Hallen belegt. Das ist auch eine Frage der Grundeinstellung."

Vor allem bemerken betroffene Kommunen einen Stimmungsumschwung. "2015 sind alle zusammengerückt. Das war überhaupt keine Frage. 2022 haben viele noch einmal richtig angepackt", sagt Kaarsts Bürgermeisterin Baum. In der Stadt gebe es generell eine große Hilfsbereitschaft. "Aber jetzt geht die Akzeptanz in der Bevölkerung zurück", sagt die FDP-Politikerin. Sie hatte 2015 selbst eine Gruppe zur Flüchtlingshilfe gegründet und die Vormundschaft für einen syrischen Jungen übernommen. "Ich bin jemand, der gern hilft, aber es gibt Grenzen, und die sind gerade erreicht", sagt Baum.

Sie beklagt, der Anreiz, nach Deutschland zu kommen, sei zu hoch. Es sind nach ihren Erfahrungen häufig wirtschaftliche Gründe, hierherzukommen. "Wir haben viele Menschen hier, die ausreisepflichtig sind und schon mehrfach eingereist sind. Der Bund muss Marokko, Algerien, Tunesien und Georgien zu sicheren Herkunftsstaaten erklären. Wir brauchen Kontrollen an den EU-Außengrenzen, am besten mit Iris-Scan."

Sie moniert auch, dass das Land NRW ihrer Stadt wieder Zuwanderer mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus zuweise. Vor etwa zwei Monaten habe es eine Übereinkunft mit dem Landesflüchtlingsministerium gegeben, dass keine Migranten zugewiesen werden, die das Asylverfahren noch nicht durchlaufen haben. "Wir wissen nicht, wie lange sie bleiben. Das macht es dann auch für die Helfer schwer." Außerdem gingen nach drei Monaten die Kosten vollständig auf die Kommune über. "Ich werde mich solchen Zuweisungen künftig aktiv verwehren", sagt Baum.

Kevelaers Bürgermeister Dominik Pichler sieht ebenfalls ein wachsendes Akzeptanzproblem. In Kevelaer leben bisher fast 600 Migranten, die bei insgesamt 28.000 Bürgern im Stadtbild kaum auffallen. "Wir haben noch keinen gesellschaftlichen Kipppunkt erreicht, aber den Bürgern geht zunehmend das Verständnis verloren dafür, dass die Stadt trotz fehlender Kapazitäten immer weiter Zuweisungen bekommt", sagt der Sozialdemokrat. Er merke das auch an Zwischenrufen von Leuten, die nicht "aus der rechten Ecke" kämen. "Die Menschen erwarten Lösungen. Die Kommunen sind nur ausführendes Organ. Wir brauchen übergeordnete Lösungen, um die unregelmäßige Migration zu beenden."

"Die Grenzen sind erreicht" Turnhallen gelten als "allerletzte Option" bei der Unterbringung von Migranten - und immer mehr Kommunen müssen jetzt darauf zurückg....

In Rheinland-Pfalz haben jüngst mehrere Bürgermeister in einem Brief ans Landesintegrationsministerium einen sofortigen "Aufnahmestopp" gefordert. "Die Bürgermeister des Rhein-Pfalz-Kreises sind sich einig, dass die Aufnahmekapazität der Kommunen völlig erschöpft sind. Unsere Forderung: Ab sofort können keine Flüchtlinge oder Asylsuchende mehr aufgenommen werden", heißt es in dem Brief, der WELT vorliegt.

Der Städte- und Gemeindebund NRW hat im Mai in einer Erklärung eine Neuausrichtung der Migrationspolitik angemahnt: Regulierung der Migration, gerechte Verteilung, mehr Unterbringungsplätze von Bund und Land, Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive. "Die derzeit bestehende Situation eines weitgehend unregulierten Zugangs von Personen ohne wirksamen Aufenthaltstitel nach Deutschland bedeutet trotz Bekenntnisses zur Einwanderungsgesellschaft eine ernsthafte Gefährdung des sozialen Friedens und muss unverzüglich beendet werden", heißt es in der Erklärung. Die Grenzen der Zuwanderung müssten den "Grenzen der Integrationsfähigkeit der Gesellschaft entsprechen - auch im Interesse der zu uns kommenden Menschen".

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Statt Sport jetzt Hilfe für Migranten: Diese Turnhalle in Kevelaer in Nordrhein-Westfalen wird zur Asylunterkunft. Auch in Kaarst muss Bürgermeisterin Ursula Baum (FDP) diesen Schritt gehen

Load-Date: September 22, 2023

Schwimmende Unterkunft für Migranten; Pläne der Regierung in London sorgen für Ärger

Die Welt

Mittwoch 5. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 68

Length: 276 words

Byline: Dpa

Body

Die konservative britische Regierung will Medien zufolge etwa 500 unerwünscht eingereiste **Migranten** auf einer schwimmenden Unterkunft unterbringen und sorgt damit in den eigenen Reihen für Ärger. Das Innenministerium wolle den dreistöckigen Lastkahn "Bibby Stockholm" anmieten und vor der südenglischen Küste bei Weymouth ankern lassen, berichteten die Zeitungen "Times" und "Guardian" am Dienstag. Die Kosten betragen demnach rund 20.000 Pfund (22.780 Euro) pro Tag plus Security, Verpflegung und Gesundheitsversorgung. Die örtlichen Vertreter der Konservativen Partei lehnen das Vorhaben ab und drohen mit Klage.

Die Regierung will mit aller Macht gegen unerwünschte Migranten vorgehen. Ein umstrittenes Gesetz sieht vor, alle Menschen, die irregulär einreisen, wochenlang zu internieren und dann nach Ruanda oder andere Länder abzuschieben. Das Recht auf einen Asylantrag soll ihnen verwehrt werden. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen kritisiert das Vorhaben scharf. Kritiker werfen den Tories vor, das Problem aufzubauschen und mit demonstrativ hartem Vorgehen Wähler zurückgewinnen zu wollen.

Der örtliche Tory-Abgeordnete Richard Drax nannte den Einsatz von Booten oder Lastkähnen "völlig und absolut ausgeschlossen". Bestehende Probleme würden verschärft. "Wir prüfen alle legalen Mittel. Wir werden nach Möglichkeiten suchen, wie wir dies stoppen können", sagte Drax. Hingegen teilte das Innenministerium mit: "Der Druck auf das Asylsystem hat weiter zugenommen und macht es nötig, dass wir nach Unterkunftsmöglichkeiten suchen, die ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis für die Steuerzahler bieten als Hotels."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 4, 2023

EU-Plan für mehr Rückführungen; Innenkommissarin Ylva Johansson will europäische und afrikanische Staaten zusammenbringen. Wichtige Länder wie Tunesien, Marokko oder Ägypten stellen sich bisher aber quer

Die Welt

Dienstag 3. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Politik; S. 6; Ausg. 2

Length: 827 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Der Druck auf die EU-**Asylpolitik** nimmt zu: Die Zahl der irregulären Einreisen ist im vergangenen Jahr bis Ende November auf 308.000 angestiegen - ein Plus von 68 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig gibt es viel zu wenige Rückführungen illegaler **Migranten** in ihre Heimatländer: Laut vorläufigen Zahlen wurde im Jahr 2022 mit nur 23,3 Prozent weniger als jeder vierte ausreisepflichtige **Asylbewerber** wieder abgeschoben (2021: 24 Prozent).

Brüssel will jetzt gegensteuern: Der Fokus soll in diesem Jahr stärker als in den Vorjahren auf Abschiebungen von **Migranten** liegen, die keinen **Asylanspruch** haben. Dazu will die EU-Kommission die Zusammenarbeit mit Transit- und Herkunftsstaaten weiter verbessern. "Ich erwarte, dass wir bis Ende 2023 mit Blick auf die Rückführungen das Ruder herumgerissen haben werden. Das hängt natürlich von den Mitgliedstaaten ab, genauso wie von der EU. Wir müssen politische Entschlossenheit mit den Verwaltungskapazitäten zusammenfügen", sagte die zuständige EU-Innenkommissarin Ylva Johansson WELT. Die EU-Kommission will Rückführungen mit der Ernennung einer Sonderbeauftragten, der Belgierin Mari Juritsch, die intensiv mit den Mitgliedstaaten in dieser Frage zusammenarbeiten soll, mehr Gewicht geben. Die EU-Kommissarin begrüßte in diesem Zusammenhang auch die Ernennung des FDP-Politikers Joachim Stamp zum **Migrationsbeauftragten** der Bundesregierung.

Johansson weiß natürlich, dass die Ernennung von neuen Beauftragten nur ein kleiner Schritt sein kann. Sie weiß auch, dass Gesetze allein, wie die EU-Rückführungsrichtlinie aus dem Jahr 2009 - die ein faires Verfahren garantieren soll, aber auch Abschiebehaf und Wiedereinreiseverbote vorsieht - das Problem nicht lösen können. Sie verspricht zudem, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex "ihre Unterstützung für Rückführungsoperationen wesentlich verstärken wird". Aber die eigentlichen Ursachen für die niedrigen Abschiebungsquoten liegen tiefer.

EU-Plan für mehr Rückführungen Innenkommissarin Ylva Johansson will europäische und afrikanische Staaten zusammenbringen. Wichtige Länder wie Tunesien, Marokko

So weichen die Rückführungsquoten zwischen einzelnen EU-Ländern teilweise stark voneinander ab. Der Grund dafür ist, dass in Ländern mit niedrigen Werten wie Tschechien, Italien oder Frankreich, offenbar der politische Wille fehlt, illegale Migranten auch tatkräftig abzuschieben. Hinzu kommt, dass Abschiebungen für Gerichte und Polizei häufig sehr aufwendig sind. In den meisten Mitgliedstaaten sind die Justizbehörden stark überlastet, was auch immer wieder zu Verzögerungen bei Abschiebungen führt.

Die EU-Länder müssen zudem für Rückführungen zahlreiche Polizisten vorhalten, die gegebenenfalls auch in der Lage sind, Migranten, die sich nach mehreren Ablehnungsbescheiden illegal verstecken, aufzuspüren. Ein weiterer Grund für niedrige Rückführungsquoten ist schließlich auch die mangelnde Bereitschaft von Herkunftsstaaten oder Transitländern, illegale Migranten wieder zurückzunehmen. Bisher hat die EU-Kommission mit 18 Drittstaaten verbindliche und mit sechs Ländern rechtlich unverbindliche Rückführungsabkommen ausgehandelt. Das ist zu wenig, es fehlen dabei auch wichtige Länder wie Tunesien, Marokko oder Ägypten, die sich strikt weigern, die Flüchtlinge wieder zu reintegrieren.

"Ich erwarte im Jahr 2023 weitere Fortschritte im Migrationsmanagement, weil die Mitgliedstaaten den Wert eines gemeinsamen europäischen Ansatzes sehen. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass wir einen Gesamtansatz brauchen, der afrikanische und europäische Staaten zusammenbringt ('whole-of-route perspective')", sagte Johansson. Dazu gehörten, so die Innenkommissarin, neben besseren Möglichkeiten für legale Migration, neuen regionalen Programmen gegen Menschensmuggel, Investitionen in verbesserten Klimaschutz in Afrika und mehr Zurückführungen illegaler Migranten auch, "Partnerschaften" mit Herkunfts- und Transitländern zu entwickeln.

Aber wie soll das gehen? Johansson: "Die EU hat in Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) für Nordafrika und den Rest des Kontinents Projekte auf die Beine gestellt, um eine freiwillige Rückkehr (der illegalen Migranten; Anm. d. Red.) und Reintegration zu fördern." Eine solche Maßnahme ist beispielsweise das 'Prottasha-Projekt' in Bangladesch, wo finanzielle Unterstützung, Beratung in Finanzangelegenheiten und psychosoziale Betreuung für Rückkehrer bereitgestellt werden.

Keine Chance gibt es in Brüssel derzeit für zentrale Forderungen aus Österreich. Das Land ist mit rund 80.000 neu registrierten Migranten besonders hart betroffen. Österreichs konservativer Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) hatte gefordert, dass die EU ermöglichen soll, Asylanträge bereits in sicheren Herkunftsstaaten stellen zu können. Außerdem will Karner eine sogenannte Zurückweisungsrichtlinie auf den Weg bringen, wonach irreguläre Migranten an den EU-Außengrenzen umgehend wieder abgeschoben werden sollen. Das Problem ist dabei nur, dass die betroffenen Drittländer die Geflüchteten häufig nicht zurücknehmen wollen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Die schwedische Sozialdemokratin Ylva Johansson war Arbeitsministerin in ihrem Land und ist seit 2019 EU-Innenkommissarin

Load-Date: January 2, 2023

Plan der Länder für Asylreform stößt auf Skepsis; Ministerpräsidenten wollen Verfahren beschleunigen, um Kommunen zu entlasten - und ernten Kritik

Die Welt

Mittwoch 18. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 202

Length: 1434 words

Byline: Ulrich Exner

Marcel Leubecher

Claus Christian Malzahn

Body

Auch in Hamburg ist es jetzt wieder so weit. Alle regulären Unterkünfte in der Hansestadt sind belegt. **Migranten**, die jetzt ankommen, werden seit Beginn dieser Woche wieder in einer der riesigen weißen Messehallen am Rande des Schanzenviertels untergebracht. Wie 2015 in der ersten **Migrationskrise**. Wie zu Beginn des Angriffs auf die Ukraine. 470 Betten haben die Behörden auf die Messe bringen lassen. Auch die werden nicht sehr lange reichen.

Mehr als 2000 Personen, so das am Dienstag veröffentlichte "Monatliche Lagebild **Asyl**- und Schutzsuchende in Hamburg", baten allein im Monat September an der Elbe um **Asyl**, mehr als 1500 von ihnen benötigten eine staatliche Unterkunft. Die Hansestadt, so die für Integration zuständige Senatorin Melanie Schlotzhauer (SPD) im "Abendblatt", sei "am Limit - und wenn wir hier in Hamburg jetzt an Grenzen stoßen, dann sind wir in einer nationalen Notlage".

Tatsächlich sind **Flüchtlingsunterkünfte** bundesweit überfüllt. Ob Hessen, Sachsen, Bayern Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern oder NRW - fast alle Bundesländer sehen ihre Kommunen, aber auch die jeweiligen Landesunterkünfte an der absoluten Belastungsgrenze. Nachvollziehbar also, dass die 16 Ministerpräsidenten bei ihrem Treffen in der vergangenen Woche fast schon verzweifelt nach einem Weg fahndeten, jene **Asylbewerber** möglichst schnell wieder loszuwerden, deren Anträge absehbar negativ beschieden werden.

Problem: Der aus Sicht der Landeschefs naheliegende Weg zur Verfahrensbeschleunigung und damit auch zu einer Entlastung der mit der schieren Zahl der Antragsteller überforderten Kommunen wäre die Festlegung von sicheren Herkunftsländern. Doch die wird politisch immer wieder von den Grünen blockiert. Wenn nicht bereits

Plan der Länder für Asylreform stößt auf Skepsis Ministerpräsidenten wollen Verfahren beschleunigen, um Kommunen zu entlasten - und ernten Kritik

innerhalb der Ampel-Regierung, dann spätestens im Bundesrat, wo die Partei in elf von 16 Landesregierungen Sitz, Stimme und damit eine Art Veto-Recht hat.

Es war Stephan Weil, Niedersachsens Regierungschef und derzeit Wortführer der SPD-regierten Bundesländer, der seinen Kolleginnen und Kollegen bei der Ministerpräsidentenkonferenz am vergangenen Donnerstag im vertraulichen Gespräch einen Vorschlag unterbreitete, wie man sich aus dieser Klemme befreien könnte. Statt wieder und wieder auf eine Verlängerung der Liste sicherer Herkunftsländer zu dringen und spätestens in der Länderkammer mit der dazu nötigen Gesetzesänderung an den Grünen zu scheitern, so Weil, könnte man die Asylverfahren von Antragstellern aus Ländern mit geringer Anerkennungsquote doch auch auf anderem Wege beschleunigen.

Dazu müsste das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Bearbeitung von Asylbewerbern aus Ländern, deren Anerkennungsquote unterhalb von fünf Prozent liegt, intern "priorisieren", also vorziehen und damit auch schneller abschließen. Gleichzeitig müssten die zuständigen Verwaltungsgerichte dazu in die Lage versetzt werden, die Widerspruchsmöglichkeiten schneller zu bearbeiten. Mittel zum Zweck: Die Aufstockung der zuständigen Spruchkammern durch die Bundesländer und gegebenenfalls auch eine Änderung der einschlägigen Verwaltungsgerichtsordnung mit dem Ziel, die Asylverfahren von Antragstellern aus Ländern mit einer geringen Anerkennungsquote deutlich zu verkürzen. Damit ergäbe sich zumindest die Möglichkeit, Asylbewerber ohne aussichtsreiche Bleibeperspektive schneller als bisher abzuschieben.

Auch die unionsgeführten Länder, die in ihrer Beschlussvorlage für das Ländertreffen ursprünglich eine Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsländer um "Armenien und Indien und ebenso um die Maghreb-Staaten Marokko, Tunesien und Algerien" gefordert hatten, stimmten Weils Vorschlag schließlich zu. "Bund und Länder", so heißt es jetzt im Beschluss der 16 Ministerpräsidenten, "haben das gemeinsame Ziel, Asylverfahren für Angehörige von Staaten, für die die Anerkennungsquote weniger als fünf Prozent beträgt, zügiger als bisher rechtskräftig abzuschließen. Sie werden dafür, sofern nicht vorhanden, die personellen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen." Deren Ziel sei es, "das Asyl- und das anschließende Gerichtsverfahren jeweils in drei Monaten" abzuschließen. Zum Vergleich: Derzeit benötigen Asylbehörden und Gerichte im Durchschnitt rund 28 Monate für eine Entscheidung.

Es dürfte auch diese erhebliche Diskrepanz zwischen dem Wunsch der Ministerpräsidenten und der Wirklichkeit deutscher Asylverfahren sein, die Parteien der Ampel-Koalition im Bundestag eher verhalten auf den Vorschlag der Länder reagieren lässt. So geht der Vorschlag der Ministerpräsidentenkonferenz, Asylanträge von Antragstellern aus Ländern, deren Anerkennungsquote unter fünf Prozent liegt, schneller zu bearbeiten, für FDP-Fraktionsvize Konstantin Kuhle zwar "in die richtige Richtung". Zugleich ist Kuhle jedoch der Ansicht, dass dieses Ziel am besten "durch die Einführung eines geregelten Verfahrens zur Einstufung dieser Staaten als sichere Herkunftsstaaten" erreicht werden könne. Das wäre genau der Schritt, den die Ministerpräsidenten mit Blick auf die grüne Vetomacht im Bundesrat umschiffen wollen.

Die Grünen positionierten sich ebenfalls zurückhaltend zu dem auch von ihrem eigenen Vertreter in der Konferenz der Regierungschefs, dem Stuttgarter Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, mitgetragenen Vorschlag. Parteichefin Ricarda Lang wies in einer Pressekonferenz der Frage aus, ob sie mit dem Beschluss der Ministerpräsidenten leben könne. Sie verwies stattdessen auf den Koalitionsausschuss der Ampel-Regierung am kommenden Freitag. Dieser werde sich schwerpunktmäßig um Migrationsthemen drehen.

Irene Mihalic, Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Bundestag, warnte mit Blick auf den Beschluss der Ministerpräsidenten vor zu großen Erwartungen. "Was aus meiner Sicht nicht zielführend ist", so Mihalic auf WELT-Anfrage, "ist, dass wir den Menschen letztlich etwas vormachen mit Maßnahmen, die nicht zu Lösungen führen."

Für die Grünen werde es im parlamentarischen Ringen um effizientere Asylverfahren Messlatte sein, "dass Maßnahmen geeignet und verhältnismäßig sein müssen". Eine Einstufung zum Beispiel der Maghreb-Staaten Tunesien, Marokko und Algerien als sichere Herkunftsstaaten gehört für die Grünen weiter nicht dazu.

Plan der Länder für Asylreform stößt auf Skepsis Ministerpräsidenten wollen Verfahren beschleunigen, um Kommunen zu entlasten - und ernten Kritik

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Sebastian Hartmann, sieht ohnehin eher die Länder in der Pflicht, wenn es um die beschleunigte Abwicklung von Asylanträgen geht. "Momentan sind die Verfahren bei den Verwaltungsgerichten das Nadelöhr", so Hartmann zu WELT. Es sei deshalb zu begrüßen, dass die Bundesländer eine Beschleunigung forderten. "Es muss dann die entsprechende personelle Verstärkung an den Verwaltungsgerichten folgen. Ansonsten wird das für die Gerichte kaum zu stemmen sein." Für die Personalstärke der Gerichte sind die Bundesländer zuständig.

Es sind nicht nur die Ampel-Parteien, die mit Skepsis auf den Beschluss der Ministerpräsidenten blicken. So hält der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Gottfried Curio, den Vorschlag der Landesregierungschefs zwar für "einen kleinen Schritt in die richtige Richtung". Angesichts "des Ausmaßes und der Dynamik der irregulären Zuwanderung" sei dieser aber "völlig unzureichend". Die stellvertretende Unions-Fraktionschefin Andrea Lindholz (CSU) hält "das Ziel der Länder, die Asylverfahren gerade für Angehörige von Staaten, bei denen die Anerkennungsquote weniger als fünf Prozent beträgt" zwar für "genau richtig". Sie betont aber zugleich die Notwendigkeit, "weitere Länder als sichere Herkunftsstaaten" einzustufen. "Dazu zählen neben Georgien und Moldau auch die Maghreb-Staaten und Indien."

Eine Einschätzung, mit der Lindholz auch in den Landesregierungen Unterstützung findet, wie ein Blick auf die Tagesordnung der Bundesratssitzung am kommenden Freitag zeigt. Dann wird sich die Länderkammer erstmals mit der vom Bundestag bereits beschlossenen Einstufung Georgiens und Moldawiens als sichere Herkunftsländer befassen. Der Innenausschuss des Länderparlaments, in dem die Innenminister der 16 Bundesländer vertreten sind, hat dazu bereits eine Beschlussempfehlung ausgesprochen. Sie sieht eine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer um Marokko, Tunesien, Algerien, Indien und Armenien vor. Zudem solle die Einstufung all jener Staaten geprüft werden, deren Anerkennungsquoten unter zehn Prozent liegen. Nicht nur in Stephan Weils niedersächsischer Landesregierung wird damit gerechnet, dass der Bundesrat der Empfehlung seines Innenausschusses nicht folgt.

Nicht zielführend, dass wir den Menschen etwas vormachen Irene Mihalic (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 18, 2023

"Eindeutig nicht Sinn politischen Asyls"; Niedersachsens Regierungschef Stephan Weil (SPD) erklärt die Notlage der Kommunen für "unübersehbar", illegale Zuwanderung müsse eingedämmt werden"

Die Welt

Montag 6. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 215

Length: 1137 words

Byline: Ulrich Exner

Body

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil, 64, ist Sprecher der sogenannten A-Länder - der Bundesländer, die von SPD-Regierungschefs sowie einem Linke-Ministerpräsidenten geführt werden.

WELT:

Herr Weil, was erwarten Sie von dem Treffen der Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD)?

Stephan Weil:

Wir haben viele wichtige Themen auf dem Zettel. Ich hoffe sehr, dass wir vor allem beim Thema Migrations- und Flüchtlingspolitik einen deutlichen Schritt vorankommen. Da haben wir als Länder in all unserer politischen Unterschiedlichkeit dem Bund einen gemeinsamen Vorschlag gemacht, der auch die Blaupause für einen Konsens auf Bundesebene sein kann. Aber auch der Streit um die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Kommunen muss endlich zu einem Ende gebracht werden.

Die Länder fordern an dieser Stelle 10.500 Euro Unterstützung pro Migrant, der Bund bietet derzeit grob gerechnet 5000 Euro. Einigen Sie sich da in der Mitte?

Das wird man dann sehen. Zunächst einmal ist es gut, dass wir uns nicht mehr darüber streiten, ob es ein System geben soll, das sich an der Zahl der tatsächlich aufgenommenen Menschen orientiert und nicht pauschale Jahressummen vorsieht. Da herrscht mittlerweile Konsens. Uneinig sind wir uns bei der Höhe der Pro-Kopf-Zahlungen. Der Bund macht es sich viel zu einfach, wenn er bei seiner Kalkulation beispielsweise kostenintensive Gruppen wie die unbegleiteten Minderjährigen außen vor lässt.

In der Praxis geht es den Kommunen nicht nur ums Geld. Viele Verantwortliche warnen davor, ihren Gemeinden überhaupt noch Migranten zuzuweisen. Weil es keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr gibt, keine

"Eindeutig nicht Sinn politischen Asyls" Niedersachsens Regierungschef Stephan Weil (SPD) erklärt die Notlage der Kommunen für "unübersehbar", illegale Zuwander....

Integrationskapazitäten, keine Plätze in den Schulen und immer weniger Akzeptanz in der Bevölkerung. Was sagen Sie Ihren Bürgermeistern, wenn Sie ihnen in den kommenden Monaten dennoch weitere Asylbewerber zuweisen müssen?

Jedenfalls versuche ich gar nicht erst, die großen Probleme wegzureden, vor denen unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stehen. Die sind ja unübersehbar. Klar ist deshalb, dass wir die irreguläre Migration eindämmen müssen. Das betrifft die europäische Ebene mit einer Sicherung der Außengrenzen ebenso wie eine gleichmäßige Verteilung in Europa. Deshalb brauchen wir jetzt auch dringend den europäischen Asylkompromiss, der erfreulicherweise ja kurz vor dem Abschluss steht. Und wir müssen die eigenen Hausaufgaben machen mit Grenzkontrollen und mehr Rückführungen.

Ihr nordrhein-westfälischer Kollege Hendrik Wüst (CDU) hat in diesem Zusammenhang gerade vorgeschlagen, die Zahl der Asylbewerber auch dadurch zu reduzieren, dass die Verfahren künftig nicht mehr innerhalb der EU durchgeführt werden, sondern in entlang der Fluchtrouten gelegenen Partnerländern. Gute Idee?

Sagen wir mal so: Ich halte Abkommen, wie sie Deutschland mit der Türkei geschlossen hat, für eine große Hilfe. Die Bundesregierung versucht das derzeit unter der Überschrift "Migrationsabkommen" auch mit anderen Ländern weiterzuentwickeln. Wenn das gelingt, wäre das eine echte Hilfe. Nicht hilfreich sind dagegen Konzepte, wie sie derzeit unter dem Stichwort "Ruanda" in manchen Köpfen herumgeistern. Menschen gegen ihren Willen einfach in irgendeinen anderen Teil der Welt zu bringen, mit dem sie nie etwas zu tun hatten, und sie dort einem völlig ungewissen Schicksal zu lassen, halte ich für hochproblematisch.

Bis weitere Migrationsabkommen oder der EU-Asylkompromiss umgesetzt werden können, wird es absehbar noch dauern. Ihre Innenministerin sucht deshalb zur Entlastung der Kommunen händeringend nach Gebäuden für neue Erstaufnahme-Einrichtungen. Haben Sie Verständnis dafür, dass die Menschen vor Ort, auch die verantwortlichen Kommunalpolitiker, immer häufiger sagen: Bitte nicht bei uns?

Da ich selbst auch mal Oberbürgermeister gewesen bin, kann ich gut verstehen, wie sich die Kolleginnen und Kollegen gerade fühlen, wenn sie immer noch mehr Leute integrieren sollen. Ich kann auch die Sorgen der Verantwortlichen gut nachvollziehen, wenn die Zahl der Geflüchteten in einer kleinen Gemeinde etwa durch die Einrichtung einer Erstaufnahme noch einmal deutlich erhöht werden soll. Gleichzeitig muss ich meinerseits um Verständnis bitten, dass wir solche zentralen landeseigenen Unterkünfte dringend benötigen. Nur so können wir den Druck auf alle anderen Kommunen wenigstens etwas lindern. Sie sollen die Chance haben, zumindest ein paar Wochen im Voraus planen zu können.

Wie viele Erstaufnahme-Plätze wollen Sie zusätzlich schaffen?

Wir wollen von derzeit rund 10.000 Plätzen bis zum Jahresende auf 15.000 Plätze kommen und dann weiter auf 20.000 aufstocken.

War es falsch, dass Niedersachsen seine Erstaufnahme-Kapazitäten - es waren einmal rund 30.000 Plätze - nach 2016 so stark reduziert hat?

Stark reduziert ist relativ. Im Jahr 2016 hatte die Landesaufnahmebehörde eine Kapazität von 28.500 Unterbringungsplätzen. Von diesen Plätzen wurden jedoch viele temporär aufgrund von Amtshilfeersuchen durch Kommunen betrieben. Eine Vielzahl dieser damals genutzten Notunterkünfte steht inzwischen nicht mehr zur Verfügung. Und wir hatten auch nach der Reduktion deutlich mehr Plätze als vor 2015. Dann aber gab es einige Jahre lang erhebliche Überkapazitäten. Richtig ist, dass wir zu einem noch flexibleren System kommen müssen, mit dem wir auf stark schwankende Zugangszahlen reagieren können.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat in den vergangenen Monaten immer wieder für die Schaffung sogenannter Bundesausreise-Zentren plädiert. Halten Sie das für eine Möglichkeit, den Zuwanderungs-Druck auf Länder und Kommunen zu verringern?

"Eindeutig nicht Sinn politischen Asyls" Niedersachsens Regierungschef Stephan Weil (SPD) erklärt die Notlage der Kommunen für "unübersehbar", illegale Zuwander....

An den größeren Flughäfen könnten solche Einrichtungen Sinn machen, etwa um von dort aus Rückführungen zu organisieren. Darüber hinaus erscheint mir die Idee eher unausgegoren. Wenn Abschiebungen nicht durchgeführt werden können, liegt das ja in der Regel nicht an den hiesigen Behörden. Grund ist vielfach, dass die Herkunftsländer diese Menschen entweder nicht wiederaufnehmen wollen oder wir schlicht nicht wissen, welches die Herkunftsländer sind. Das sind die beiden Hauptprobleme.

Bei der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Kanzler wird es auch um die Reduktion sogenannter Pull-Faktoren gehen; also von Anreizen, die Deutschland als Fluchtziel besonders attraktiv machen. Unter anderem geht es darum, Bargeldzahlungen durch den Einsatz von Bezahlkarten zu ersetzen. Der richtige Ansatz?

Wenn es darum geht, Geldüberweisungen in die Heimatländer einzuschränken, wäre das vermutlich eine vernünftige, technisch allerdings keineswegs triviale Regelung. Gerade aus den nordafrikanischen Staaten kommen immer wieder junge Männer in die EU und nach Deutschland, deren Ziel es ist, Geld an ihre Familien zu überweisen. Das mag verständlich sein, ist aber eindeutig nicht Sinn des politischen Asyls.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 6, 2023

"Deutschland hat Polen abgelöst"; Migrationsforscher Thränhardt sieht einen Trendwechsel in der Fluchtbewegung von Ukrainern. Auffällig wenige von ihnen arbeiteten hierzulande

Die Welt

Dienstag 7. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 47

Length: 1480 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Polen ist vor Deutschland das wichtigste Aufnahmeland für ukrainische **Flüchtlinge**, behauptet die Bundesregierung. Doch diese Zahlen sind offenbar nicht mehr aktuell. In einer aktuellen Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung hat Dietrich Thränhardt analysiert, wie sich die Kriegsflüchtlinge in Europa niederlassen - und wie häufig sie eine Arbeit aufnehmen. Thränhardt, 81, ist emeritierter Professor für vergleichende **Migrationsforschung** an der Universität Münster.

WELT:

Herr Thränhardt, was haben Sie festgestellt?

Dietrich Thränhardt:

Deutschland ist seit Dezember das wichtigste Aufnahmeland für Ukrainerinnen und Ukrainer, wenn man sich die absoluten Zahlen anschaut. Es hat Polen abgelöst, das lange an der Spitze stand. Die Bewegung hat sich nach Westen verschoben, was wohl auch damit zusammenhängt, dass Polen seine Aufnahmebedingungen relativ restriktiv gestaltet. Ukrainische Flüchtlinge erhalten dort weniger Leistungen als in Deutschland.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagt, dass Polen mehr als 1,5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen habe, Deutschland mehr als eine Million. Warum haben Sie andere Zahlen?

Die Bundesregierung verwendet die Zahl der Flüchtlinge, die sich in einem Land registriert haben. Ein Teil dieser Flüchtlinge ist aber inzwischen in die Ukraine zurückgegangen oder in andere EU-Staaten weitergewandert. Ich beziehe mich auf die neuesten Eurostat-Zahlen, also auf das Statistische Amt der Europäischen Union. Diese Zahlen geben an, wie viele ukrainische Flüchtlinge mit temporärem Schutz real im Land leben. Im Dezember waren das in Polen rund 961.000 Flüchtlinge, in Deutschland 968.000.

"Deutschland hat Polen abgelöst" Migrationsforscher Thränhardt sieht einen Trendwechsel in der Fluchtbewegung von Ukrainern. Auffällig wenige von ihnen arbeiten....

Die Zahl der real im Land lebenden Ukraine-Flüchtlinge dürfte in vielen Ländern höher sein, weil nicht alle Flüchtlinge tatsächlich Schutz beantragt haben.

Ich glaube nicht, dass viele Ukrainer langfristig auf den Titel verzichten. Der Schutztitel bietet reale Vorteile: Er erlaubt den Flüchtlingen, sich krankenversichern zu lassen, eine Arbeit aufzunehmen, Sozialleistungen zu beziehen. Im Übrigen sprach auch der polnische Ministerpräsident davon, dass viele Ukrainer zurückgegangen oder weitergewandert seien.

Die Leistungen, die Ukrainer erhalten, unterscheiden sich in der EU zum Teil erheblich, auch das ist ein Ergebnis Ihrer Studie. Wie groß ist die Bandbreite?

Es gibt Länder wie Deutschland, die ukrainischen Flüchtlingen Bürgergeld zur Verfügung stellen. Andere Länder gewähren Unterstützung nur für wenige Monate. So erwartet etwa Tschechien, dass sich Flüchtlinge nach sechs Monaten um Arbeit bemühen. Besondere Leistungen gibt es danach nur noch für kinderreiche Familien und Kranke und Alte. Eine ähnliche Regelung hat Polen.

Für Deutschland haben immer wieder Gerichte entschieden, dass die Leistungen für Asylbewerber nicht zu niedrig ausfallen dürfen. Halten sich die anderen Staaten an Europarecht, wenn sie die Unterstützung derart drastisch kürzen?

Für Menschen, die keine Arbeit finden, ist die soziale Unterstützung eine europäische Pflicht. Von den arbeitsfähigen Menschen kann aber durchaus erwartet werden, dass sie sich um Arbeit bemühen. Ob das gelingt, hängt allerdings sehr von den nationalen Begebenheiten ab. In Deutschland etwa läuft die Arbeitsvermittlung für Ukrainer sehr schleppend.

Laut Ihrer Studie arbeiten hierzulande weniger als 20 Prozent der Ukraine-Flüchtlinge. In der Tschechischen Republik, in Polen und den Niederlanden seien es bis zu zwei Drittel. Woher kommen die Unterschiede?

Ich denke, es liegt an der Komplexität des Systems in Deutschland. Ähnlich ist es in der Schweiz und in Österreich. Es sind mehrere Verwaltungsschritte notwendig, um eine Arbeit aufnehmen zu können. Die Behörden sind überlastet. In den Niederlanden gilt das "One Stop"-System: Man geht zum Gemeindeamt, meldet sich an und dann ist alles geregelt.

Sie schreiben, dass der Erwartungshorizont bei der Arbeitsaufnahme von Flüchtlingen in den deutschsprachigen Ländern "offensichtlich niedrig" sei. Was meinen Sie damit?

In Deutschland geht man offensichtlich davon aus, dass Flüchtlinge wenig arbeiten und dass es sehr schwierig ist, Flüchtlinge in Arbeit zu bringen. Ebenso in der Schweiz und in Österreich. Das hat eine lange Tradition, weil für Asylbewerber hierzulande lange Arbeitsverbote galten.

Spielt die Höhe der Sozialleistungen eine Rolle bei der Frage, ob Flüchtlinge hierherkommen oder eine Arbeit aufnehmen?

Dafür gibt es nach meinen Untersuchungen keinen Beleg. In Österreich und in der Schweiz sind die Leistungen niedriger als in Deutschland. Trotzdem arbeiten auch dort vergleichsweise wenige Ukrainer. Die These, dass man nur genug Druck ausüben müsse, damit die Menschen arbeiten gehen, halte ich deswegen nicht für zielführend.

Funktionieren andersherum positive Anreize?

Die Niederlande haben ihr System gerade geändert. Bis vor Kurzem erhielt dort aber jeder Ukraine-Flüchtling mindestens 425 Euro. Das Geld durfte man behalten, wenn man eine Arbeit aufnahm. Dieser Anreiz war sehr motivierend und hat viele Menschen in Arbeit gebracht. Das Negativbeispiel ist Österreich. Wenn ein ukrainischer Flüchtling dort eine Arbeit aufnimmt, verliert er erst einmal seine Krankenversicherung.

Was schlagen Sie vor, um mehr Ukrainer in Deutschland in Arbeit zu bringen?

"Deutschland hat Polen abgelöst" Migrationsforscher Thränhardt sieht einen Trendwechsel in der
Fluchtbewegung von Ukrainern. Auffällig wenige von ihnen arbeiten....

Es wäre sehr wichtig, gerade im medizinischen Bereich und im Bildungsbereich aktiv voranzugehen. Wir wissen, dass ungefähr sieben Prozent der ukrainischen Flüchtlinge im Medizinbereich gearbeitet haben, also entweder Ärztinnen waren oder Pfleger oder Krankenschwestern. Einige EU-Länder haben Sonderregeln geschaffen, damit diese Personen unkompliziert arbeiten können. In Deutschland ist die Antragstellung sehr aufwendig. Auffallend ist auch, wie wenige ukrainische Lehrer bislang in Deutschland arbeiten. Es gibt einige Länder, die viele beschäftigen: Sachsen etwa oder Bremen. Andere Bundesländer sind aber noch sehr zurückhaltend.

Faesser versucht gerade, eine bessere Verteilung der Ukraine-Flüchtlinge in Europa zu erreichen. Was raten Sie ihr?

Ich denke, dass die Länder aktiver über ihre Aufnahmebereitschaft informieren müssten. Wir wissen zum Beispiel, dass Frankreich eigentlich sehr offen für Flüchtlinge war, aber dennoch sehr wenige Ukrainer nach Frankreich gegangen sind. Das hängt wohl damit zusammen, dass recht wenige Ukrainer schon vor dem Krieg in Frankreich lebten.

Bislang können sich Ukrainer aussuchen, in welchem Land sie Schutz beantragen. Wäre eine verpflichtende Verteilung der Flüchtlinge in Europa sinnvoller?

Ich glaube, dass die Freiwilligkeit der Schlüssel zum Erfolg gewesen ist. Im Gegensatz zum Asylsystem hat es keine Spannungen innerhalb Europas bei den Ukraine-Flüchtlingen gegeben. Wir haben mehr als vier Millionen Menschen in Europa aufgenommen, ohne dass es zu nennenswerten Zerwürfnissen zwischen den EU-Mitgliedstaaten gekommen ist. Die Aufnahme über ganz Europa hinweg, bis Portugal und Irland, hat zur Entlastung der Erstaufnahmestaaten beigetragen.

Kann Europa aus der Ukrainer-Aufnahme Lehren für den Umgang mit anderen Migranten ziehen?

Ja. Vor allem in der Verwaltung. In vielen EU-Staaten haben Ukrainer leicht Arbeit gefunden, weil es kaum bürokratische Hindernisse gab. Für andere Drittstaatsangehörige läuft es sehr viel komplizierter. So dürfen etwa Arbeitskräfte aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens nach Deutschland zum Arbeiten kommen. Allerdings ist die Zahl auf 50.000 pro Jahr begrenzt. Außerdem muss jeder Einzelne einen Antrag auf Einreise bei einem Konsulat stellen. Die Verfahren ziehen sich zum Teil über Jahre und desillusionieren viele. Die zweite Lehre ist ein positives Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürgern. Bei den Ukrainern gibt eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Verwaltung. Im Asylsystem arbeiten sich viele engagierte Bürger an der Verwaltung ab.

Was meinen Sie?

Viele Menschen wären bereit, Flüchtlinge privat unterzubringen. Das ging bei den Ukraine-Flüchtlingen ohne Probleme, auch weil der Staat auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen war. Asylbewerber müssen hingegen zunächst in Asylunterkünften leben, was das Ankommen erschwert. Ich denke, dass diese Pflicht aufgegeben werden sollte.

Das Gegenargument lautet: Wenn Asylbewerber direkt privat unterkommen, schlagen sie schnell Wurzeln, obwohl sie vielleicht kein Bleiberecht haben. Ist es nicht ein Problem, Menschen erst zu integrieren, um sie dann abzuschieben?

Das kann ein Problem sein. Allerdings besteht das Problem auch heute schon. Viele Menschen, die eigentlich ausreisen müssten, leben über Jahre in Deutschland und haben hier Wurzeln geschlagen. Die Ursache liegt aber nicht bei der Unterbringung, sondern bei den langen Verfahren. Bei uns dauern Asylverfahren in der Regel sechs, sieben Monate. Dass es auch anders geht, zeigen Länder wie die Schweiz, die ein sehr effektives Asylsystem hat. Dort dauern die Verfahren im Schnitt 50 Tage.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

"Deutschland hat Polen abgelöst" Migrationsforscher Thränhardt sieht einen Trendwechsel in der
Fluchtbewegung von Ukrainern. Auffällig wenige von ihnen arbeitet....

Graphic

Unten: Migrationsforscher Dietrich Thränhardt

Load-Date: March 6, 2023

End of Document

Meloni setzt auf neue Strategie bei Abschiebungen; Brüssel will mehr Migranten in Herkunftsländer bringen. Besonders Italien ist gefragt, wo viele Menschen über das Mittelmeer ankommen

Die Welt

Freitag 27. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 20

Length: 943 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Wenn sich die EU-Außenminister am heutigen Donnerstag bis Freitag informell in Stockholm zu Beratungen treffen, werden die Gastgeber besonders ein Thema vorantreiben. Die Schweden, die gerade die Präsidentschaft des Europäischen Rats übernommen haben, wollen über das Thema **Migration** und **Asyl** sprechen - und das künftige gemeinsame Vorgehen der EU bei Rückführungen.

Während die irregulären Einreisen in die EU im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen sind, bleiben die Zahlen der Abschiebungen weit hinter den Vorhaben zurück. So wurden im Jahr 2022 weniger als jeder Vierte ausreisepflichtige **Asylbewerber** in sein Heimatland abgeschoben. Das ist ein Thema, um das man in der EU schon lange um eine Lösung ringt.

Das Thema steht ganz oben auf der Agenda. So sagte die aus Schweden stammende EU-Innenkommissarin Ylva Johansson WELT kürzlich, sie erwarte, dass die EU bis Ende 2023 mit Blick auf die Rückführungen "das Ruder herumgerissen" haben werde. Um das umzusetzen, stehen laut Johansson die EU und die Mitgliedstaaten gleichermaßen in der Verantwortung.

Besonderes Augenmerk liegt auf Italien. Das ist einerseits das Hauptankunftsland in der EU für Migration über das Mittelmeer - gleichzeitig regiert dort seit Oktober eine Rechtskoalition unter der Führung von Giorgia Meloni, die bereits im Wahlkampf ein hartes Vorgehen gegen Migration verkündet hatte.

So stand im Wahlprogramm, dass die illegale Migration durch stärkere Grenzkontrollen und eine sogenannte Schiffsblockade eingeschränkt werden sollte. Außerdem hatten sich Meloni und ihre Verbündeten vorgenommen, von der EU kontrollierte sogenannte Hotspots außerhalb der EU aufzubauen, um dort Asylgesuche zu überprüfen und Migrationsflüsse künftig besser zu steuern - inklusive effektiverer Abschiebungen.

Meloni setzt auf neue Strategie bei Abschiebungen Brüssel will mehr Migranten in Herkunftsländer bringen.
Besonders Italien ist gefragt, wo viele Menschen über

Hier ist Melonis Regierung bereits aktiv geworden. Vergangene Woche reisten Innenminister Matteo Piantedosi und Außenminister Antonio Tajani nach Tunesien, kurz danach besuchte Tajani allein Ägypten. Bei beiden Besuchen ging es um Migration. Der Großteil der Migranten, die Italien im Jahr 2022 über das Mittelmeer erreicht haben, stammten aus diesen beiden Ländern: 37 Prozent der insgesamt 105.129 in Italien angekommenen Menschen. Viele der Boote, mit denen die Migranten Italien erreichen, haben von den Küsten der beiden Länder abgelegt.

Beim Besuch ging es darum, bessere Beziehungen zu den Regierungen Tunesiens und Ägyptens aufzubauen, um Abschiebungen zu erleichtern. Italien kann die Tunesier und Ägypter, deren Asylgesuche abgelehnt wurden, nur zurückführen, wenn ihre Heimatländer zustimmen. Gleichzeitig möchten die Italiener, dass die beiden nordafrikanischen Länder dafür sorgen, dass künftig weniger Migranten von ihren Küsten nach Italien aufbrechen.

In beiden Fällen handelt es sich um komplexe Verhandlungen, weil Tunesien und Ägypten als Partner auf Augenhöhe wahrgenommen werden möchten und nicht als Handlanger bei der Bekämpfung der illegalen Migration. So ging es bei den Besuchen erst mal nur darum, die Beziehungen zu stärken. Im Fall von Ägypten mussten diese gewissermaßen wiederbelebt werden, weil sie aufgrund der Lage der Menschenrechte dort fast zum Erliegen gekommen waren. Dabei geht es auch um künftige Investitions- und Kooperationsmöglichkeiten.

Als weiteres Zugeständnis hat Italien den beiden Ländern wohl größere Kontingente für legale Migration angeboten. Rom erlaubt jedes Jahr mit dem "decreto flussi" einer festgelegten Zahl an Arbeitsmigranten die Einreise. Im vergangenen Jahr durften so 69.700 Menschen nach Italien einreisen, 27.000 davon lediglich als Saisonarbeiter. Ob die Verhandlungen mit Tunesien und Ägypten sich im Sinne der italienischen Regierung auswirken, muss sich nun zeigen.

Neu ist Melonis Strategie streng genommen nicht. Bereits ihre Vorgängerregierungen haben mit Tunesien Abkommen für Abschiebungen im Gegenzug für Investitionen geschlossen. Große Erfolge zeigten die nicht. Zwar ist Tunesien das Land, in das Italien am meisten abschiebt, doch die absoluten Zahlen bleiben hinter dem EU-Durchschnitt zurück. Die Idee, insgesamt engere Verbindungen in die Herkunfts- und Abfahrtsländer zu knüpfen, könnte allerdings von den anderen EU-Ländern als Strategie übernommen werden. Denn ein konstanter Austausch trägt dazu bei, dass diese Länder sich als Partner ernst genommen fühlen.

Auch Melonis Vorhaben, die EU-Außengrenzen strenger zu kontrollieren, könnte bei dem EU-Treffen positiv aufgenommen werden. Das vermutet Migrationsexperte Maurizio Ambrosini von der Universität Mailand. "Während die EU-Länder unfähig sein werden, sich auf ein neues System der Verteilung der Migranten zu kümmern, dürfte es einfacher sein, mehr Gelder für die EU-Grenzschutzagentur Frontex bereitzustellen." Keine Fortschritte erwartet Ambrosini hingegen für Melonis Idee, Hot Spots außerhalb der EU einzurichten.

Ein Problem könnte bei dem Treffen der EU-Innenminister in Schweden indes Italiens Umgang mit den Seenotrettungsschiffen von Nichtregierungsorganisationen sein. Für diese hat Melonis Regierung kürzlich einen Codex erlassen, der ihre Arbeit erschwert und darauf abzielt, dass die anderen EU-Länder, unter deren Flaggen die Schiffe fahren, mehr Verantwortung im Asylprozess der Migranten an Bord übernehmen - um im Gegenzug Italien als Erstankunftsland zu entlasten.

Doch Länder wie Deutschland oder Frankreich, die davon betroffen wären, wehren sich dagegen. Aus einem einfachen Grund: Während in Italien zwar die bürokratische Arbeit mit den vielen Ankünften von Flüchtlingen hat, reisen viele anschließend weiter. Frankreich und Deutschland nehmen daher jedes Jahr deutlich mehr Asylsuchende auf.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Meloni setzt auf neue Strategie bei Abschiebungen Brüssel will mehr Migranten in Herkunftsländer bringen.
Besonders Italien ist gefragt, wo viele Menschen über

Helfer bringen Migranten von Bord des Rettungsschiffes "Ocean Viking" in Ravenna im Norden Italiens

Load-Date: January 26, 2023

End of Document

Olaf Scholz muss jetzt ran

Die Welt

Mittwoch 8. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 7; Ausg. 28

Length: 408 words

Byline: Claudia Kade

Body

Es geht diesmal nicht um Parteizugehörigkeit. Es geht nicht um Ost oder West. Auch nicht ausschließlich ums Geld. Die Bürgermeister und Landräte quer durch die Republik, die sich seit Monaten in immer größerer Dringlichkeit zu Wort melden, treiben unabhängig von ihrer Parteiherkunft die gleichen Sorgen um: Wie schaffen sie es, den beispiellosen Zuzug von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine und Asylzuwanderern aus anderen Staaten so zu bewältigen, dass am Ende nicht nur Verlierer dastehen?

Da spielt eine kluge Verteilung eine Rolle, eine schnelle und unkomplizierte Unterbringung, die nach den Pandemie-Jahren nicht wieder die Schüler trifft und deshalb jenseits von Turnhallen organisiert werden sollte. Da sind Sicherheit bei der Feststellung von Identität und Strafregister erforderlich - und auch besondere Kraftanstrengungen, die alle grundlegenden Fragen von frühkindlicher Integration, lückenloser Schulbildung, Berufsausbildung sowie Einfädelung in den Arbeitsmarkt betreffen. Kurzum: Die Bewältigung der aktuellen Migrationsbewegungen ist für Deutschland eine Zukunftsfrage. Eine Aufgabe, die auf Jahre angelegt ist und mit entsprechender Weitsicht angegangen werden muss. Wer diese Dimension erkennt, muss sich fragen, worauf der Bundeskanzler eigentlich noch wartet.

Fast 218.000 Asyl-Erstanträge wurden im vergangenen Jahr registriert - eine stärkere Asylzuwanderung gab es zuletzt auf dem Höhepunkt der Migrationskrise 2015/2016. Zusammen mit den etwas mehr als einer Million Ukraine-Flüchtlinge war 2022 damit das Jahr mit der stärksten Zuwanderung von Schutzsuchenden seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Größenordnung macht die Angelegenheit zur Kanzler-Sache. Sollte man eigentlich meinen. Doch Olaf Scholz (SPD) sieht das anders: Er überlässt den nächsten "Flüchtlingsgipfel" seiner Parteifreundin und Innenministerin Nancy Faeser, die sich einige Wochen bitten lassen musste von den Vertretern der Kommunen. Und die sich jetzt nebenbei noch auf den Hessen-Wahlkampf vorbereitet. Das Kanzleramt verkündet, dass Scholz das Thema "sehr ernst" nehme, aber dennoch keine Teilnahme plane.

Dabei berühren die Schwierigkeiten eine Vielzahl von Ministerien im Kabinett, vom Finanz- über den Arbeits- zum Justizminister und weiter zur Bildungsministerin. Mögliche Lösungen brauchen die Kanzler-Autorität. Der nächste "Flüchtlingsgipfel" muss ein Scholz-Gipfel werden.

Olaf Scholz muss jetzt ran

claudia.kade@welt.de (claudia.kade@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 7, 2023

End of Document

Asylunterkunft auf dem Schulgelände?; In Monheim am Rhein, einer der reichsten Städte in NRW, lösen Pläne zur Unterbringung von Migranten Unmut aus. Bürgermeister Zimmermann zeigt keinerlei Verständnis für Sorgen von Eltern

Die Welt

Mittwoch 20. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 247

Length: 1248 words

Byline: Nicolas Walter

Body

Wer in diesen Tagen mit Menschen in Monheim am Rhein spricht, hört immer wieder von einem bestimmten Datum: dem 20. September. Ins Rathaus der 43.000-Einwohner-Stadt waren an jenem Mittwoch zahlreiche Eltern gekommen, deren Kinder drei örtliche Schulen besuchen. Sie wollten die Bürger-Fragestunde der Stadtrat-Sitzung nutzen, um ihren Unmut über eine geplante **Asylunterkunft** auf dem gemeinsamen Gelände der Schulen zu äußern.

Der Anlass: 80 **Asylbewerber** sollen ab dem kommenden Frühjahr in einen bereits bestehenden dreistöckigen Container einziehen, der wegen Umbaumaßnahmen vorübergehend als Ausweichquartier für die Schulen diene.

Die Sorgen der Eltern sind vielfältig: Es geht unter anderem um einen geplanten Schulgarten, der nun aus Platzgründen nicht mehr gebaut werden kann. Es geht darum, dass die rund 600 Schüler wegen des Containers zu wenig Platz auf dem Schulhof hätten. Die generelle Wichtigkeit, Migranten zu helfen, wird betont - nur sei der Standort auf dem 1200 Quadratmeter großen Schulgelände der falsche.

Bürgermeister Daniel Zimmermann ist seit 2009 im Amt, mit 27 Jahren wurde er damals Deutschlands jüngstes Stadtoberhaupt. Mit seiner Jugendpartei Peto hat er die absolute Mehrheit im Stadtrat inne. Die Partei ist stark auf städtische Themen fokussiert, etwa Bildung, Mobilität und Klimaschutz. Zimmermann lenkte die Diskussionsrunde mit den Eltern, die im Internet veröffentlicht wurde, im September geschickt auf die Verantwortung gegenüber Migranten: "Wie satt müssen wir in Deutschland sein, dass wir eine Debatte über einen Schulgarten führen, wenn wir auf der anderen Seite 80 Leute im Stadtgebiet unterbringen müssen, die gar keine Wohnung und vielleicht nur ein paar Klamotten am Leib haben."

Viele Eltern finden diese Argumentation unfair - doch nur wenige stiegen damals darauf ein. War die Debatte bis dahin ruhig und sachlich gewesen, wurde der Ton vereinzelt härter. Ein Vater etwa äußerte Sorge vor

Asylunterkunft auf dem Schulgelände? In Monheim am Rhein, einer der reichsten Städte in NRW, lösen Pläne zur Unterbringung von Migranten Unmut aus. Bürgermeister....

Vergewaltigungen und Mord durch Zuwanderer. Es ging also auch um Sicherheitsbedenken. Es mache ihn "nachdenklich", dass nicht mehr über den Schulgarten gesprochen werde, sagte Zimmermann daraufhin. Man dürfe "Rattenfängern" wie der AfD nicht auf den Leim gehen.

Nach der Fragestunde sehen sich die meisten der Eltern vom Stadtoberhaupt einem bestimmten Narrativ zugeordnet: nämlich politisch weit rechts zu stehen. Die einen, obwohl es ihnen vor allem um den Schulgarten gehe - die anderen, weil sie sich um ihre Kinder sorgen. Doch ist es legitim, die Gedanken aller Eltern einfach derart zu verorten?

Stellt man sich dieser Tage vor das Schulgelände und spricht die Eltern an, die auf ihre Kinder warten, sind die Antworten nahezu einhellig: "Arrogant und hochnäsiger" sei das Verhalten des Bürgermeisters, sagt eine junge Mutter. "Wir werden automatisch in die AfD-Schiene gesteckt", beklagt sie. Einige Eltern weisen auf den beengten Platz auf dem Pausenhof hin; andere auf den geplanten Garten, der den Schulen laut Bebauungsplan zustehe. Eine Mutter, die ihren Namen nicht der Öffentlichkeit preisgeben möchte, zeigt auf den Abstand zwischen den Containern und der gegenüberliegenden Förderschule. Tatsächlich liegen dazwischen nur wenige Meter. "Auf der einen Seite sollen geflüchtete Familien einziehen, auf der anderen Seite werden Kinder unterrichtet - und beide Seiten können sich durch die Fenster direkt in die jeweiligen Räume schauen. Ich weiß nicht, ob das so perfekt ist." Immer wieder wird in Gesprächen die Kommunikation des Bürgermeisters bemängelt, der kein Verständnis für die Sorgen der Eltern zeigt und das auch offen sagt. "Wenn ich Verständnis suggerieren würde, würde ich die Leute in ihren Vorstellungen bestärken", sagt Zimmermann WELT.

Das fehlende Verständnis lässt auch die Oppositionsparteien im Stadtrat Sturm gegen Bürgermeister Zimmermann laufen. Und das bemerkenswert einig. Sowohl CDU und FDP als auch SPD und Grüne unterstützen ein Bürgerbegehren, welches eine Verlegung der Containeranlage und die Umsetzung des geplanten Schulgartens fordert. Der FDP-Vorsitzende der Stadt, Eduard Mayer, sagt: "Die Menschen, die eine andere Lösung als der Bürgermeister anstreben, werden als Rassisten dargestellt. Das ist nicht fair." Ulrich Anhut, ebenfalls von der FDP Monheim, ergänzt: "Daniel Zimmermann stellt diejenigen, die Bedenken haben, direkt in die rechte Ecke. Eigentlich ist Populismus etwas, dass er selbst überhaupt nicht gut findet. Jetzt betreibt er aber eine Art Gegenpopulismus." Man sei stolz in der Stadt, dass die AfD hier bisher keine Rolle spiele und auch nicht im Stadtrat vertreten sei - das solle auch so bleiben. Auch sie hätten die Sorge, dass im Zuge der Debatte rechtsextreme Wählerstimmen ein breites Forum erhalten könnten. "Aber man begegnet den Menschen nicht, indem man pauschal alle in die rechte Ecke stellt", sagt Ulrich Anhut.

Bürgermeister Zimmermann betont, dass er nicht alle Eltern in einen Topf werfe. Natürlich gebe es jene, denen der Schulgarten wichtig sei. Seine Partei Peto wirft den Initiatoren des Bürgerbegehrens dennoch vor, dass der Verdacht bleibe, "dass es in Wirklichkeit doch um etwas anderes gehe" als um den Garten, wie es auf der Partei-Website heißt.

Tim Friemann, einer der Initiatoren des Bürgerbegehrens, teilt WELT mit: "Wir haben sachlich begründete Argumente, die sich allein gegen die Standortwahl richten, und distanzieren uns ganz ausdrücklich von fremdenfeindlichem Gedankengut." Die Sicherheitsbedenken, die einzelne Eltern auf der Ratssitzung geäußert hatten, teilen die Initiatoren eigenen Aussagen zufolge nicht.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Markus Gronauer, betont, dass es in der Diskussion nicht um eine Migrations-Grundsatzfrage gehe. "Wir wollen die Flüchtlinge alle unterbringen. Aber der aktuelle Standort ist zu beengt." Christian Steinacker, Vorsitzender der SPD Monheim, beschreibt Zimmermanns Kommunikation als eines Stadtoberhauptes, das "für alle Bürger zuständig sein sollte, nicht würdig".

In Bezug auf die Sicherheitsbedenken der Eltern sagte Zimmermann in der Ratssitzung, dass es zu keinen Vorfällen mit Migranten kommen werde. "Dafür garantiere ich persönlich." Ob er diese Aussage so noch einmal wiederholen würde? "Jederzeit", sagt er heute. "Genau mit der Überzeugung, wie Angela Merkel 'Wir schaffen das' sagte." Er glaube, dass die besorgten Eltern eine Minderheit in der Stadt seien. Die Kosten sprächen klar für eine Unterbringung der Migranten auf dem Schulgelände. Die Weiternutzung der Container kostet seinen Angaben

Asylunterkunft auf dem Schulgelände? In Monheim am Rhein, einer der reichsten Städte in NRW, lösen Pläne zur Unterbringung von Migranten Unmut aus. Bürgermeister....

zufolge rund 1,6 Millionen Euro - das Versetzen der Anlage rund 5,1 Millionen Euro. Die Gegner Anlage auf dem Schulgelände wundern sich, wieso ausgerechnet jetzt so sehr auf die Kosten geschaut werde. Tatsächlich gilt Monheim, vor allem wegen des landesweit niedrigsten Gewerbesteuersatzes, als eine der reichsten Städte in NRW.

Sollten bis Ende Dezember mindestens 2299 kommunal wahlberechtigte Monheimer das Bürgerbegehren unterschreiben, muss sich der Stadtrat erneut mit der Entscheidung über den Standort der Containeranlagen auseinandersetzen. Bleibt der Rat bei seiner Entscheidung, kommt es im kommenden Jahr zu einem Bürgerentscheid. Eine Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren auf dem Monheimer Weihnachtsmarkt unterband Daniel Zimmermann unterdessen kürzlich. Es sei kein Antrag auf Genehmigung beim städtischen Veranstalter gestellt worden. Via Pressemitteilung schob Zimmermann hinterher: "Das Ziel der Sammlung ist ja leider kein besonders christliches Anliegen."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

In den dreistöckigen Containerbau auf dem Schulgelände in Monheim sollen ab dem Frühjahr 80 Asylbewerber einziehen. Das sorgt für Konflikte

Load-Date: December 19, 2023

"Diesen Mut vermisse ich im Migrationsbereich komplett"; Schleswig-Holsteins Integrationsministerin Touré (Grüne) fordert Zeitenwende bei der Einwanderung

Die Welt

Dienstag 2. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 84

Length: 1141 words

Byline: Ulrich Exner

Body

Vor dem **Flüchtlingsgipfel** von Bund und Ländern fordert das schwarz-grün regierte Schleswig-Holstein den Bund auf, sich dauerhaft an den Integrationskosten zu beteiligen. Die Pläne der Ampel-Koalition, **Asylentscheidungen** künftig schon an den EU-Außengrenzen zu treffen, lehnt die Kieler Integrationsministerin Aminata Touré (Grüne) dagegen strikt ab.

WELT:

Frau Touré, am 10. Mai treffen sich die Bundesländer mit dem Kanzler zum sogenannten Flüchtlingsgipfel. Länder und Kommunen drängen auf mehr Geld vom Bund. Der Bund will aber nicht mehr zahlen. Wie geht das aus?

Aminata Touré:

Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Kanzler zu einem solchen Treffen einlädt und den Ländern dann ernsthaft sagt, dass er sich an den dazugehörigen Kosten nicht beteiligen mag.

Berlin hat für 2023 bereits 2,75 Milliarden Euro zugesagt. Was muss aus Ihrer Sicht noch dazukommen?

Das deckt die Kosten der Länder bei weitem nicht ab. Die Frage wird also auch sein, wie viel es in diesem Jahr tatsächlich gibt. Vor allem aber wird es um eine dauerhafte Finanzierung der Integrationskosten gehen, wie sie sich die Ampel-Regierung selbst in den Koalitionsvertrag geschrieben hat.

Die Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) und Hendrik Wüst (CDU) haben dafür eine 50:50-Regel zwischen Bund und Ländern vorgeschlagen. Auch einige SPD-Regierungschefs haben sich entsprechend geäußert. Eine gute Lösung?

"Diesen Mut vermisse ich im Migrationsbereich komplett" Schleswig-Holsteins Integrationsministerin Touré (Grüne) fordert Zeitenwende bei der Einwanderung

Ja, wobei mir schon wichtig ist, dass diese Debatte überhaupt erst einmal geführt wird. Bisher ist die Ansage von Bundesfinanzminister Christian Lindner, dass der Bund sich überhaupt nicht stärker an den gestiegenen Kosten beteiligen will. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat sich in dieser Frage noch gar nicht positioniert, obwohl es dabei um sehr konkrete Themen geht, die auch in ihrer politischen Verantwortung liegen. Wir in Schleswig-Holstein, das nur als Beispiel, haben nach Beginn der Ukraine-Krise eigens einen Notkredit aufgenommen, um unserer Verantwortung gerecht werden zu können. Nicht aus Selbstzweck, sondern weil es darum geht, die Kommunen bei ihren enormen Herausforderungen angemessen zu unterstützen. Eine solche Haltung erwarte ich auch vom Bund.

Der Bund soll also noch einmal zusätzliche Schulden aufnehmen? Oder, um es eleganter auszudrücken, ein "Sondervermögen" für die Integration?

Jedenfalls ist die Diskussion über eine solche Maßnahme genau das, was uns gerade fehlt - wie sieht eine dauerhafte und nicht nur punktuelle Finanzierung seitens des Bundes aus. Wir führen solche Debatten ja auch bei den anderen Herausforderungen, vor die uns die Zeitenwende gestellt hat. Bei den Verteidigungsausgaben. Im Energiesektor, wo Robert Habeck sich nicht scheut, auch sehr schwierige Debatten zu führen. Diesen Mut vermisse ich im Migrationsbereich komplett.

Worüber wollen Sie konkret mit dem Bund diskutieren?

Über die Verzahnung der unterschiedlichen Migrationsthemen. Zum Beispiel über das Fachkräfte-Einwanderungsgesetz, das der Bundestag gerade diskutiert hat. Danach soll nach wie vor strikt unterschieden werden zwischen ausländischen Fachkräften, die wir gerne anwerben wollen, und Asylbewerbern. Gute Zuwanderer, schlechte Zuwanderer. Dabei macht es angesichts des eklatanten Fachkräftemangels überhaupt keinen Sinn, Menschen, die zwar nicht als Fachkraft zu uns gekommen sind, inzwischen aber als Fachkraft arbeiten könnten, wieder wegzuschicken. Wir brauchen diese Leute und ich hoffe sehr, dass unser Änderungsantrag aus Schleswig-Holstein zum Spurwechsel eine Mehrheit bekommt am 12. Mai im Bundesrat.

Viele Kommunen im Land haben aktuell eher die Sorge, dass zu viele Menschen zu uns kommen. Was sagen Sie den Bürgermeistern und Gemeindevertretungen, die jetzt sagen, stopp, wir können nicht mehr?

Wir in Schleswig-Holstein haben mit den Kommunen eine Art Notfallplan erarbeitet. Stufe eins: Das Land fährt seine Erstaufnahmekapazitäten hoch, um den Druck auf Städte und Gemeinden zu verringern. Das haben wir getan, und es deshalb gibt es jetzt auch noch freie Kapazitäten. Im Gegenzug haben sich unsere Kommunen verpflichtet, ihre eigenen Kapazitäten ebenfalls vollständig auszuschöpfen. Wenn das nicht ausreicht, werden Kommunen und Land gemeinschaftlich weitere Unterkünfte errichten. Wenn die auch voll sind, würde das Land selbst erneut weitere Plätze in der Erstaufnahme schaffen.

Am eklatanten Mangel an bezahlbarem Wohnraum ändern solche Notmaßnahmen nichts. Wie bekommen Sie dieses Problem in den Griff?

Ich bin ja nicht die Bauministerin. Aber es beunruhigt mich natürlich sehr, dass das für dieses Thema zuständige Bundesministerium beim letzten Flüchtlingsgipfel im Februar auf solche Fragen ebenfalls keine Antworten vorbereitet hatte. Stattdessen wurden alibimäßig irgendwelche Arbeitsgruppen eingesetzt, die den einzigen Zweck hatten, Ländern und Kommunen zumindest das Gefühl zu geben, man würde ihnen zuhören.

Was sollte die Politik aus Ihrer Sicht aus den Ereignissen der Jahre 2015/2016 lernen?

Vor allem, dass wir uns nicht noch einmal davon überraschen lassen sollten, dass Migrationsbewegungen auf uns zukommen und Strukturen vorsehen. Auch dass wir keine Abwehr- und Obergrenzendebatten führen. Damit senden wir zwangsläufig die falschen Signale. Die Menschen im Ausland, um die wir ja gerade werben wollen, bekommen doch mit, worüber wir hier diskutieren. Welche Stimmung hier herrscht. Und entscheiden sich dann absehbar für diejenigen Länder, in denen nicht nur die Sprache leichter zu erlernen ist, sondern von denen sie glauben, dass sie dort willkommen sind.

"Diesen Mut vermisste ich im Migrationsbereich komplett" Schleswig-Holsteins Integrationsministerin Touré (Grüne) fordert Zeitenwende bei der Einwanderung

Welche Rolle sollten die Themen Abschiebung und Rückführung künftig spielen? Überhaupt keine mehr?

Natürlich spielen diese Themen eine Rolle. Abschiebung und Rückführung als Konsequenz abschlägig beschiedener Asylverfahren finden statt und werden auch weiterhin stattfinden. Sie sind aber nicht entscheidend für eine vernünftige Migrations- und Fachkräftepolitik.

Die These Ihrer Koalitionspartner im Bund ist ja, dass das Thema Migration in Deutschland insgesamt auf höhere Akzeptanz stoßen würde, wenn abgelehnte Asylbewerber konsequenter abgeschoben werden. Deshalb drängen SPD und FDP derzeit erneut auf die Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsländer. Ziehen die Grünen mit?

Nein. Von einer solchen pauschalen Einteilung in sichere und unsichere Herkunftsländer halten wir gar nichts. Es ist in unserem Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass Schleswig-Holstein sich bei diesem Punkt im Bundesrat der Stimme enthalten würde

Die Ampel-Koalition will die bereits an den EU-Außengrenzen über Asylanträge entscheiden lassen. Eine gute Idee?

Nein. Ich kann mir nicht vorstellen, wie das die Anrainerstaaten des Mittelmeers entlasten soll und zeitgleich menschenwürdige Unterbringung in bereits jetzt schon überforderten Staaten gelingen soll. Das widerspricht meiner Meinung nach außerdem dem Grundgedanken des deutschen Asylrechts.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 1, 2023

Uneinigkeit in der Polizei über Faesers Grenzschutzplan; Gewerkschaften äußern sich gespalten über stationäre Kontrollen gegenüber Tschechien und Polen

Die Welt

Montag 25. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 186

Length: 813 words

Byline: Matthias Kamann

Body

Die jüngsten Äußerungen von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) über stationäre Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien lösen bei der Polizei sehr unterschiedliche Reaktionen aus. Während die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) den Vorstoß der Ministerin begrüßt und für ein Mittel zur Begrenzung unerlaubter Einreisen hält, meldet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) erhebliche Zweifel an der Wirksamkeit und Machbarkeit an.

Faeser hatte in der vergangenen Woche im Bundestag gesagt, dass "kurzfristige stationäre Grenzkontrollen" zur Schleuserbekämpfung "richtig" sein könnten. Zudem verwies die Ministerin dann in WELT AM SONNTAG darauf, dass deutsche Bundespolizisten auf dem Staatsgebiet der Schweiz "unerlaubte Einreisen verhindern" würden - und es "Ähnliches" auch "mit Tschechien geben" könnte. Da sich zudem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Samstag dagegen gewandt hatte, dass Migranten "aus Polen einfach durchgewinkt" würden, zeichnen sich in der Summe dieser Äußerungen Überlegungen der Bundesregierung ab, mit schärferen Kontrollen an den Grenzen zu Tschechien und Polen nicht nur gegen Schleuserbanden vorzugehen, sondern auch unerlaubte Grenzübertritte zu verhindern. Letzterem dienen schon seit 2015 Grenzkontrollen zu Österreich in Bayern.

Diese Kontrollen auf die Grenzen zu Polen und Tschechien mit dem Zweck einer Verhinderung unerlaubter Einreisen auszuweiten, hält der stellvertretende DPolG-Bundesvorsitzende Heiko Teggatz für richtig. Allerdings müsse die Ministerin dafür etwas tun: "Nancy Faeser muss sich in der EU um die rechtssichere Ermöglichung von Grenzkontrollen bemühen", sagte Teggatz WELT. Nur dann sei eine Praxis wie an der Grenze zu Österreich möglich. "Ohne Notifizierung", so Teggatz, "ist es der Bundespolizei an unseren Grenzen zu den Nachbarstaaten unmöglich und tatsächlich verboten, illegal Einreisenden den Zugang nach Deutschland ohne weitere Prüfung zu verwehren."

Gebe es aber eine Verständigung in der EU bezüglich Polen und Tschechien, sind nach Auffassung der DPolG "auch gegenüber diesen Staaten Grenzkontrollen mit entsprechenden Zurückweisungen möglich, sowohl bei

Uneinigkeit in der Polizei über Faesers Grenzschutzplan Gewerkschaften äußern sich gespalten über stationäre Kontrollen gegenüber Tschechien und Polen

Personen, die vor dem Grenzübertritt gar kein Asyl beantragen, als auch bei jenen, die vor dem Grenzübertritt Asyl beantragen, dies aber laut Datenbanken auch schon in einem unserer EU-Nachbarstaaten getan haben". An der Grenze zu Österreich kämen dabei "recht hohe Zahlen" zusammen: "An der dortigen Grenze wurden 2022 rund 15.000 Menschen zurückgewiesen, und im laufenden Jahr dürften es bisher schon rund 17.000 sein."

Es sei jedoch "nicht zielführend", gegenüber Polen und Tschechien lauter stationäre Grenzkontrollen einzurichten. "So etwas kann man an einigen Autobahnen dauerhaft stationär machen, aber daneben dürfte es effizienter sein, an kleineren Übergängen oder Abschnitten der 'grünen Grenze' je nach aktuellen Lagebildern flexible Kontrollen vorzunehmen", sagte Teggartz und betonte: "Für diese Aufgaben hat die Bundespolizei an den Grenzen zu Polen und Tschechien genügend Personal."

Sehr viel kritischer äußerte sich der GdP-Vorsitzende in Berlin und Brandenburg, Lars Wendland. "An den Grenzen zu Polen und Tschechien würden Grenzkontrollen nach dem Muster der deutsch-österreichischen Grenze die Lage kaum verändern", sagte Wendland. Dies gelte schon deshalb, weil die über Polen und Tschechien nach Deutschland kommenden Menschen "seit geraumer Zeit zu rund 90 Prozent an der deutschen Grenze Asyl beantragen" würden. Sie hätten "daher das Recht, dass ihr Schutzgesuch in Deutschland vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geprüft wird, sodass die Bundespolizei sie nach Deutschland hereinlassen muss".

Zwar könnten "flexible Kontrollstellen an der Grenzlinie mit gleichzeitiger intensiver Schleierfahndung in den Grenzregionen einige Grenzübertritte verhindern" und Einreiseverweigerungen durch eine Notifizierung von Grenzkontrollen gegenüber Polen und Tschechien in Einzelfällen "erleichtert werden", sagte Wendland. "Aber auch dann wäre der Mehrwert gering." Denn bei den genannten rund 15.000 Menschen, denen 2022 an der deutsch-österreichischen Grenze die Einreise verweigert wurde, sei "ganz klar, dass die dann nicht etwa wieder in ihre Herkunftsländer zurückgehen, sondern es in großer Zahl vielleicht auch ein paar Wochen später an anderer Stelle neuerlich versuchen". Bei vielen Schleuserbanden gebe es "bei entsprechender Bezahlung mittlerweile Garantieschleusungen, die so oft versucht werden, bis sie Erfolg haben".

Es sei daher falsch zu glauben, dass dies allein durch stationäre statische Grenzkontrollen verhindert werden könne, sagte Wendland. "Dafür fehlt es der Bundespolizei auch an Personal." Im Übrigen bleibe "das rechtliche Prinzip bestehen, dass nicht die Bundespolizei, sondern das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über ein Asylgesuch zu entscheiden hat".

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 25, 2023

Warum Schweden eine EU-Migrationspolitik verhindert; Während die Ampel-Koalition mehr Solidarität bei der Verteilung von Migranten fordert, stellt sich das einst liberale Land in Brüssel quer

Die Welt

Montag 9. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 6

Length: 952 words

Byline: Marc Pfitzenmaier

Body

Von den vielen Streitthemen in Brüssel darf die Verständigung auf eine gemeinsame **Asylpolitik** als größter Quell der Uneinigkeit gelten. Nachdem die Mitgliedstaaten im vergangenen Jahr einige Fortschritte gemacht hatten, beginnt das Jahr 2023 mit einem Dämpfer. Verantwortlich dafür sind nicht etwa die üblichen Verdächtigen wie das von der Postfaschistin Giorgia Meloni regierte Italien, auch nicht das vom Dauerquerulanten Viktor Orbán geführte Ungarn, sondern jenes Land, das seit dem Jahreswechsel die EU-Ratspräsidentschaft innehat.

Ausgerechnet von Schweden, das lange für die liberalste **Migrationspolitik** Europas stand, ist wenig Enthusiasmus für eine gemeinsame **Migrationspolitik** zu erwarten. Das hat vor allem innenpolitische Gründe. Im September wurde die sozialdemokratische Minderheitsregierung aus dem Amt geworfen von einem rechts-konservativen Bündnis, dessen stärkste Partei die rechtsnationalen Schwedendemokraten (SD) sind.

Obwohl sie nicht Teil der neuen Regierung sind, haben die Rechten mit ihrem starken Ergebnis von 20 Prozent den Regierungswechsel ermöglicht - und damit auch den neuen moderaten Ministerpräsidenten Ulf Kristersson. Die Rolle als Königsmacher, sie tolerieren die Regierung im Parlament, lassen sich die Schwedendemokraten mit großen Einfluss auf die Regierung bezahlen. Vor allem beim Thema Migration.

Die Debatte über eine effektive und solidarische Asylpolitik beschäftigt die EU seit Jahren, doch angesichts steigender Flüchtlingszahlen wächst in Brüssel der Druck, eine gemeinsame Lösung des Problems zu finden. So erreichten allein im vergangenen Jahr 150.177 Flüchtlinge und Migranten die Küsten Europas. Zuletzt dreht sich der Streit in Brüssel vor allem um die Frage, wie die Länder mit Bootsflüchtlingen im Mittelmeer umgehen sollen.

Zweites großes Streitthema ist weiter die Verteilungsfrage. Die Mittelmeerländer sind nicht länger bereit, alle Neuankömmlinge aus Drittstaaten zu versorgen und zu registrieren, wozu sie eigentlich verpflichtet sind. Die Folge: Viele Migranten ziehen in nördlichere Länder weiter, etwa nach Deutschland. Die Bundesregierung unter Innenministerin Nancy Faeser macht sich dafür stark, ein EU-Programm zur freiwilligen Verteilung von

Warum Schweden eine EU-Migrationspolitik verhindert Während die Ampel-Koalition mehr Solidarität bei der Verteilung von Migranten fordert, stellt sich das ein....

Asylsuchenden auf den Weg zu bringen. Im Juni einigten sich tatsächlich 13 EU-Staaten, darunter Frankreich, auf einen solchen "Solidaritätsmechanismus", dessen Umsetzung bislang allerdings schleppend verlief.

Bis zur Wahl im September konnte Brüssel noch hoffen, dass unter der schwedischen Ratspräsidentschaft Fortschritte gemacht werden. Denn die für Migration zuständige EU-Kommissarin Ylva Johansson ist eine schwedische Sozialdemokratin. Diese Hoffnungen haben sich mit der neuen Mitte-Rechts-Regierung, die auf die Unterstützung der einwanderungsfeindlichen Schwedendemokraten angewiesen ist, allerdings zerschlagen.

Schon vor dem Regierungswechsel hatte sich der Ton in Sachen Migration in Schweden verschärft. Begonnen hatte der Wandel im Jahr 2015, als im Zuge der Migrationskrise mehr als 160.000 Menschen nach Schweden kamen, das damit pro Kopf mehr Menschen aufnahm als jedes andere europäische Land. Die sozialdemokratische Regierung zog die Notbremse und verschärfte erstmals das Asylrecht. Mit der neuen konservativen Regierungskoalition wird sich diese Entwicklung fortsetzen.

Dass sich der Einfluss der Schwedendemokraten auf das Verhältnis zur EU auswirken könnte, bereitet vielen in Brüssel Sorge. Die Partei von Jimmie Akesson steht der Staatengemeinschaft extrem kritisch gegenüber, erst im Jahr 2019 gab sie ihre Idee eines "Swexit" wegen fehlender öffentlicher Unterstützung auf. Die Vorsitzende der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament, Iratxe García Pérez, äußerte sich besorgt über den "negativen Einfluss der rechtsextremen Schwedendemokraten" auf die sechsmonatige EU-Präsidentschaft.

Das Motto der schwedischen Ratspräsidentschaft lautet "grüner, sicherer und freier", wie Ulf Kristersson im Dezember bei der Vorstellung seiner Pläne erklärte. Der Premier betonte, wie wichtig es sei, nationale Interessen zurückzustellen, um das Wohl der EU als Ganzes in den Vordergrund zu stellen. "Es ist nicht der richtige Zeitpunkt, um die große schwedische Flagge zu schwenken", sagte er. Die Frage der EU-Migrationspolitik gehöre nicht zu den Prioritäten, sagte Kristersson kürzlich.

Es ist eine diplomatische Formulierung. Dass unter ihrer Ratspräsidentschaft der bereits im Jahr 2020 vorgestellte Migrationspakt umgesetzt wird, dürfte vielmehr ausgeschlossen sein. Das machte der EU-Botschafter des Landes, Lars Danielsson, erst kürzlich deutlich. Gegenüber der "Financial Times" sagte der Diplomat: "Wir werden die Arbeit auf jeden Fall mit voller Kraft vorantreiben. (Aber) einen fertigen Migrationspakt wird es während der schwedischen Ratspräsidentschaft nicht geben". EU-Botschafter Danielsson versuchte gleichzeitig zu beschwichtigen und sagte, dass die Agenda der Rechtspopulisten Schwedens "Führung der EU nicht entgleisen - oder bestimmen - wird." Es gebe wahrscheinlich Tabuthemen für die Schwedendemokraten, doch seine Anweisungen nehme er "von der Regierung entgegen", sagte Danielsson.

Dagegen räumte Ministerpräsident Kristersson in einem Gespräch mit der Tageszeitung "Dagens Nyheter" ein, dass die Schwedendemokraten zwar nicht die EU-Politik mitgestalte, die Partei aber Einfluss auf die Themen der schwedischen Ratspräsidentschaft haben werde. "Etwa jede siebte Frage, die während der Ratspräsidentschaft auf unseren Tisch kommen könnte, ist eine, bei der wir guten Grund haben, mit den Schwedendemokraten zu diskutieren", sagte Kristersson. Das betreffe vor allem die Themen Energieversorgung, Strafverfolgung - und eben Migration.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 8, 2023

Mehr Syrer, Afghanen, Türken als in übriger EU; Asylsuchende aus den drei wichtigsten Herkunftsländern zieht es in Europa überwiegend nach Deutschland. Das zeigen Zahlen der EU-Asylagentur

Die Welt

Mittwoch 12. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 71

Length: 1240 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Im Jahr 2023 sind die wichtigsten Herkunftsstaaten von Schutzsuchenden in der EU Syrien, Afghanistan und die Türkei. Und im ersten Quartal des laufenden Jahres stellen Asylbewerber aus diesen drei Staaten jeweils mehr Anträge in Deutschland als in allen übrigen EU-Staaten zusammen.

Bis zum Stand 28. März verzeichnet die EU-Asylagentur (EUAA) jeweils fast 28.000 Asylanträge von Syrern und Afghanen europaweit. 67 Prozent der "syrischen" Anträge entfielen auf Deutschland und 52 Prozent der "afghanischen". Von den fast 16.000 Türken, die bisher in diesem Jahr Asylanträge in der EU stellten, taten dies laut den WELT vorliegenden internen EUAA-Daten 60 Prozent in Deutschland. Die Bundesrepublik hat über die vergangenen Jahre die mit Abstand größten Diaspora-Gruppen dieser drei Staaten aufgenommen. Ein unmittelbar einleuchtender Befund der Migrationsforschung ist, dass Flüchtlinge und andere Migrantengerne dort hinziehen, wo bereits viele Verwandte oder Landsleute leben.

Insgesamt wurden laut den EUAA-Daten 2023 bis zum 28. März rund 237.000 Asylanträge in der EU, Norwegen und der Schweiz gestellt - ein Drittel mehr als im Vorjahreszeitraum. Deutschland liegt mit rund 74.000 vor Frankreich und Spanien, die jeweils auf rund 36.000 Anträge kommen. Danach folgen die beiden wichtigen Ankunftsstaaten Italien mit 29.000 und Griechenland mit rund 10.000 Asylanträgen. In Deutschland liegen die Antragszahlen 88 Prozent über dem Vorjahreszeitraum, den Städten und Dörfern fällt es zunehmend schwer, freie Heimplätze und Wohnungen anzubieten oder Erzieher, Lehrer und Sozialarbeiter anzustellen. Denn die Aufnahmekapazitäten werden auch noch teilweise durch die ungefähr zwei Millionen Asylzuwanderer, die seit dem vorigen Jahrzehnt ins Land kamen, beansprucht und auch von vielen der rund eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine, die vor allem in den Monaten nach dem russischen Angriff im Februar 2022 ankamen. Diese Kriegsflüchtlinge erhalten direkt einen Schutztitel und müssen keine Asylanträge stellen. Auch für diese Schutzsuchenden ist Deutschland, abgesehen vom direkten Nachbarn Polen, der beliebteste Zielstaat.

Mehr Syrer, Afghanen, Türken als in übriger EU Asylsuchende aus den drei wichtigsten Herkunftsländern zieht es in Europa überwiegend nach Deutschland. Das zeige....

Die in Deutschland ankommenden Asylzuwanderer reisen mehrheitlich unerlaubt, aber ungehindert aus anderen EU-Staaten ein, wo sie ausnahmslos schon sicher vor Verfolgung und Krieg waren - allerdings oftmals schlechte Arbeitschancen oder im Falle der Arbeitslosigkeit prekäre Sozialversorgung hatten. Die Ampel-Regierung und die dafür zuständige Innenministerin Nancy Faeser (SPD) ist sogar dazu übergegangen, bereits anerkannten Flüchtlingen - vor allem aus Griechenland - in Deutschland ein weiteres Asylverfahren zu gewähren. Dabei handelt es sich vor allem um Syrer, aber auch Afghanen, die dann hierzulande fast ausnahmslos anerkannt werden.

Auch dieser Effekt trägt zu der historisch hohen Asylzuwanderung bei. Nur auf dem Höhepunkt der Migrationskrise 2015/2016 sowie während der jugoslawischen Zerfallskriege in den 90er-Jahren gab es mehr Einreisen von Asylsuchenden. Hintergrund der Regierungsentscheidung, auch bereits anderswo anerkannte Flüchtlinge in Deutschland so zu behandeln, als seien sie tatsächlich auf der Suche nach Schutz vor Krieg und Verfolgung, waren mehrere Urteile deutscher Verwaltungsgerichte. Diese untersagten zunehmend Rücküberstellungen, also Abschiebungen innerhalb der EU, weil elementare Grundbedürfnisse etwa in Griechenland nicht staatlicherseits gedeckt würden. In dem relativ schwach ausgeprägten griechischen Sozialstaat erhalten arbeitslose Flüchtlinge nach ihrer Anerkennung keinerlei Sozialhilfe. Die griechische Regierung argumentiert, auch Einheimische, die noch nie gearbeitet hätten, erhielten diese nicht, man könne die Flüchtlinge nicht besser stellen als eigene Bürger.

Noch unter der schwarz-roten Vorgängerkoalition versuchte der damalige Innenminister Horst Seehofer (CSU) sogar, die Griechen zu überreden, dass die Bundesrepublik eine aus deutscher Sicht akzeptable Unterbringung Schutzberechtigter in Griechenland mitfinanzieren darf, sodass Rücküberstellungen aus Deutschland wieder möglich würden. Das Vorhaben blieb erfolglos. Die Ampel entschied sich dann, die entgegen der Prinzipien des EU-Asylrechts nach Deutschland weitergewanderten Flüchtlinge erneut ins Asylverfahren zu nehmen. Auf die Idee, die Gesetzeslage zu ändern, auf deren Grundlage die deutschen Richter die Überstellungen nach Griechenland untersagten, kam weder die alte noch die neue Bundesregierung.

Ein weiterer Faktor für die starke Zuwanderung nach Deutschland ist das Einfliegen von Afghanen infolge der Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021. Seither kamen rund 30.000 Personen über das sogenannte Ortskräfte-Verfahren, darunter etwa ein Fünftel ehemalige Angestellte deutscher Regierungsstellen, die übrigen Familienmitglieder oder andere bedrohte Personen. Sie müssen eigentlich nicht ins Asylverfahren, sondern erhalten direkt einen Schutztitel. Doch falls es Zweifel an der angegebenen Ortskraft-Biografie gibt, müssen auch sie einen Antrag stellen. Neben dem Ortskräfte-Verfahren gibt es noch das ebenfalls von der rot-grün-gelben Regierung vereinbarte "Bundesaufnahmeprogramm für gefährdete Afghaninnen und Afghanen". Damit sollten seit vergangenem Herbst bis September 2025 monatlich weitere 1000 bedrohte Bürger des von Islam-Fanatikern beherrschten Landes ausgeflogen werden. Der Start verzögerte sich aber mehrfach, vor einer Woche setzte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) das von ihr initiierte Programm vorerst aus. Einen entsprechenden Bericht des "Cicero" bestätigte das Auswärtige Amt in der vorigen Woche.

Das Magazin hatte zuvor mehrmals über Probleme der Afghanistan-Aufnahmeprogramme berichtet. Etwa über ein vertrauliches Schreiben aus der deutschen Botschaft in Islamabad an das Auswärtige Amt vom Februar. In dem Bericht warnte der Botschafter vor einem gezielten Missbrauch der Aufnahmeprogramme durch Islamisten. Konkret ging es um eine Gruppe afghanischer Juristen, die während des westlichen Militäreinsatzes am Aufbau eines rechtsstaatlichen Gerichtswesens beteiligt gewesen seien und deshalb nun von den Taliban verfolgt würden. So lautete zumindest die offizielle Begründung, weshalb sie nach Deutschland fliehen wollten. Während der Visaverfahren ergeben sich dem Botschafterbericht zufolge jedoch häufig Zweifel daran. "Etwa 50 Prozent dieser Gruppe sind nach Erfahrungen der Botschaft keine Richter und Staatsanwälte mit klassischer Ausbildung", schreibt der Diplomat aus Islamabad laut "Cicero" darin, "sondern Absolventen von Koranschulen", geschult "in der Scharia, im religiösen Rechts- und Wertesystem des Islam". Er warnte demnach in seinem Schreiben: "Die Erteilung von Aufnahmezusagen für Scharia-Gelehrte unterstützt die Unterwanderung unserer Rechtsordnung durch islamistische Kreise." Hintergrund des Briefs aus Islamabad: Das Auswärtige Amt arbeitet bei der Auswahl der schutzbedürftigen Afghanen mit privaten Flüchtlingsvereinen wie Pro Asyl oder Kabul Luftbrücke zusammen. Diese Organisationen treffen eine Vorauswahl und melden die Daten von angeblich bedrohten Afghanen an die Bundesregierung. Wer nach einer ersten Überprüfung eine Aufnahmezusage erhält, kann dann in einer deutschen

Mehr Syrer, Afghanen, Türken als in übriger EU Asylsuchende aus den drei wichtigsten Herkunftsländern zieht es in Europa überwiegend nach Deutschland. Das zeige....

Botschaft ein Visum beantragen. Weil Deutschland seit der Machtübernahme der Taliban keine Auslandsvertretung mehr in Afghanistan hat, geschieht dies meist im pakistanischen Islamabad oder im iranischen Teheran.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Registrierung von Asylsuchenden aus Syrien im Ankunftsbereich am Dresdner Hauptbahnhof

Load-Date: April 11, 2023

End of Document

Simulation von Politik

Die Welt

Donnerstag 26. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 208

Length: 362 words

Byline: Klaus Geiger

Body

So viel Tatkraft verströmte die Politik lange nicht beim Thema Migration. Endlich, so scheint es, wird gehandelt. Am Mittwoch beschloss das Bundeskabinett ein Gesetzespaket, um abgelehnte Asylbewerber leichter abschieben zu können. Ab Donnerstag wird beim EU-Gipfel über die vermeintlich große europäische Asylrechtsreform verhandelt.

Aber beides ist nur die Simulation von Politik. Beides ist Aktionismus, der keines der beiden Kardinalprobleme löst, die für den Zustrom der Migranten in die EU und speziell nach Deutschland sorgen. Erstens: Zu viele schaffen es mithilfe von Schleusern in die EU, obwohl sie keine Aussicht auf ein Bleiberecht haben. Zweitens: Diese Menschen haben zu große Chancen, illegal zu bleiben. Weder Abschiebepaket der Ampel noch EU-Reform werden das ändern.

Das Ampel-Paket ist ein hoch detaillierter Mix von Maßnahmen, die per se richtig sind. So ist es jetzt leichter, Illegale aufzuspüren, sie in Gewahrsam zu nehmen und ihre Identität festzustellen. Aber es ändert nichts daran, dass viele Herkunftsländer sich weigern, die Menschen zurückzunehmen. Wenn aber kein Zielland zur Verfügung steht, führen die Regeln ins Nichts. Die EU-Asylreform wiederum sieht künftig Schnellverfahren in Asylzentren an den EU-Außengrenzen vor. Aber nur etwa ein Viertel der Migranten kommt in diese Zentren - jene mit der geringsten Bleibeperspektive. Auch sie können ohne Rückkehr-Länder nicht abgeschoben werden. Für die anderen drei Viertel ändert die Reform nichts.

Was wirklich etwas ändern würde? Zum Beispiel das: Wer mithilfe von Kriminellen in die EU kommt, muss diese für das Asylverfahren wieder verlassen. Die Antragsprüfung findet jenseits des EU-Territoriums statt. Nur wer Asyl erhält, darf als Teil eines Kontingents per Flugzeug nach Europa. Die Bleibechance wäre minimal, und Menschen ohne Aussicht auf Asyl würden nicht Tausende Euro an Schlepper zahlen. Auch andere Lösungen sind denkbar, etwa eine Reform des weltweit einmaligen EU-Asylrechts. Wichtig ist nur: Die Lösung darf kein Polit-Placebo sein. Nötig ist der Mut und der Wille, neu zu denken - und zwar vom Ende her.

klaus.geiger@welt.de (klaus.geiger@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 26, 2023

End of Document

Machen sich Seenotretter strafbar?; Der Streit zwischen Italien und Deutschland wirft ein Schlaglicht auf die Einsätze privater Boote: Eine Übersicht über Pflichten und Rechte

Die Welt

Freitag 6. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 194

Length: 963 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zeigte sich empört. Mit "Erstaunen" habe sie erfahren, dass die deutsche Bundesregierung private Seenotretter finanziell unterstütze, schrieb sie jüngst in einem Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), aus dem italienische Zeitung "La Stampa" zitierte. Dabei sei bekannt, dass die Präsenz von Seenotrettern zu mehr Abfahrten führe, was eine weitere Belastung Italiens bedeute und das Risiko neuer Tragödien auf See erhöhe. Sie bitte um ein Gespräch zu diesem Thema beim Treffen europäischer Staats- und Regierungschefs, das bis Freitag im spanischen Granada stattfindet.

Ob die Seenotrettung einen Pull-Faktor für **Migranten** darstellt, ist umstritten. Ebenso die Frage, wer für die Geretteten zuständig ist: Küstenstaaten wie Italien? Oder auch Deutschland, das die Boote finanziell unterstützt? Und was ist mit den Nichtregierungsorganisationen, die die Boote betreiben: Kommen sie nur völkerrechtlichen Pflichten nach? Oder machen sie sich mitunter sogar strafbar? Eine Übersicht über die wichtigsten Fragen.

Wer ist verpflichtet, Migranten in Seenot zu retten?

Das Völkerrecht verpflichtet Flaggenstaaten zur Seenotrettung. Als zentral gilt das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen. Demnach müssen Staaten die Kapitäne, die unter ihrer Flagge fahren, "verpflichten, in Fällen von Seenot Hilfe zu leisten", schreiben die Seerechtsexpertinnen Nassim Madjidian von der Universität Hamburg und Sara Wissmann von der Universität Salzburg in einem gerade erschienenen Buch zum Thema. Deutschland hat diese Verpflichtung in nationales Recht umgesetzt: Wenn Kapitäne auf deutschen Schiffen keine Hilfe gewähren, begehen sie eine Ordnungswidrigkeit oder machen sich strafbar.

Als unstrittig gilt, dass Flüchtlinge und Migranten, die sich in Seenot befinden, einen Anspruch auf Hilfe haben. Rechtlich macht es keinen Unterschied, ob sie die Situation selbst zu verantworten haben. Die entsprechenden Übereinkommen sähen keine Ausnahme bei einer etwaigen selbst verschuldeten Seenot vor, schreiben Madjidian

Machen sich Seenotretter strafbar? Der Streit zwischen Italien und Deutschland wirft ein Schlaglicht auf die Einsätze privater Boote: Eine Übersicht über Pflich....

und Wissmann. Migranten auf einem Schlauchboot in Seenot seien genauso zwingend zu retten wie Passagiere eines Kreuzfahrtschiffes - oder Fischer, die trotz Unwetterwarnung aufs Meer hinausfahren.

Müssen Küstenstaaten wie Italien die Menschen aufnehmen?

Nein - was auf den ersten Blick paradox erscheint. Das Völkerrecht schreibt vor, dass Kapitäne Menschen in Seenot retten müssen. Allerdings fehle "auf der anderen Seite eine korrespondierende Pflicht der Küsten- und Hafenstaaten, aus Seenot gerettete Migranten aufzunehmen", schreibt der Bonner Völkerrechtler Stefan Talmon in einer Analyse für die "Juristenzeitung". Dies sei eine "klaffende Lücke im Recht". Ursprünglich habe dies kaum Probleme bereitet, da die geretteten Besatzungsmitglieder oder Passagiere von Schiffen in der Regel nach kurzem Aufenthalt in ihr Heimatland gereist seien.

Erst mit den Migrationsbewegungen änderte sich die Lage. Seit 2004 gilt laut internationalen Seenotrettungsabkommen, dass die Staaten kooperieren müssen, damit Kapitäne nicht allein gelassen werden, wenn sie Menschen aus Seenot retten.

"Küstenstaaten tragen die rechtliche Verantwortung, die Ausschiffung an einen sicheren Ort zu koordinieren", sagt Madjidian. "Dies ist eine gemeinsame Rechtspflicht aller betroffenen Küstenstaaten, und diese Koordinierungspflicht ist rechtlich unstrittig." Die Regelungslücke bestehe aber darin, dass die Koordinierung der Ausschiffung "grundsätzlich nicht mit einer Pflicht zur Aufnahme der aus Seenot geretteten Menschen durch den koordinierenden oder andere Küstenstaaten einhergeht".

Sobald sich die Schiffe im sogenannten Küstenmeer befinden, ändert sich die Rechtslage. Da die Gewässer bereits dem entsprechenden Küstenstaat zugeordnet würden, gelten dort auch dessen Rechte und Pflichten, sagt Madjidian. Italien etwa muss sich an die Asylverfahrenspflichten der Europäischen Union halten, die jedem, der danach verlangt, die Durchführung eines Asylverfahrens zugestehen. Allerdings steuern NGOs das Küstenmeer in der Regel nicht ohne Autorisierung an.

Trägt Deutschland eine Mitverantwortung für die Migranten, wenn es die Seenotretter finanziert?

Keine direkte. Aus den EU-Verträgen ergibt sich laut Madjidian eine allgemeine Solidaritätspflicht unter den Mitgliedstaaten. Eine gerechte Aufteilung der Verantwortlichkeiten müsse gewährleistet sein. "Auf Grundlage des europäischen Gedankens kann man die Erwartung formulieren, dass sich die Staaten zusammensetzen und eine Lösung für die Bootsflüchtlinge finden", sagt Madjidian. Allerdings sei die Formulierung in den Verträgen sehr abstrakt. "Daraus kann man keine Rechtspflicht des Flaggenstaates ableiten, die Menschen aufzunehmen." Dass Deutschland einige Organisationen finanziell unterstütze, ändere daran nichts.

Machen sich Seenotretter strafbar?

Durch die Rettung allein machen sich Seenotretter nicht strafbar. Allerdings kann es zu Konflikten mit den Gesetzen des Küstenstaates kommen - wenn sich die Seenotretter nicht so verhalten, wie es der Küstenstaat vorsieht. Am Donnerstag teilte die spanische Rettungsorganisation Open Arms mit, dass ihr italienische Behörden eine Strafe von bis zu 10.000 Euro auferlegt hätten - und zwar allein deswegen, weil sie 176 Menschen in drei Aktionen gerettet habe.

Tatsächlich gilt in Italien seit Anfang des Jahres ein neues Gesetz: Demnach müssen Rettungsschiffe Migranten nach der Rettung sofort in einen Hafen bringen, den ihnen Italien zuweist - und zwar bevor sie einen erneuten Einsatz unternehmen. Da die Häfen mitunter weit entfernt vom Aufgriffsort liegen, fallen die Rettungsboote oft für mehrere Tage aus. Seenotretter vermuten hinter den neuen Regeln eine Strategie Italiens, die Boote von Einsätzen fernzuhalten.

Original Gesamtseiten-PDF

Machen sich Seenotretter strafbar? Der Streit zwischen Italien und Deutschland wirft ein Schlaglicht auf die Einsätze privater Boote: Eine Übersicht über Pflich....

Graphic

Seenotretter auf der "Aurora" des deutschen Vereins Sea-Watch helfen Migranten in einem Holzboot auf dem Mittelmeer

Load-Date: October 6, 2023

End of Document

Ruanda - der "Testfall" für Europa; Großbritannien will Migranten vom Kommen abhalten und droht mit Abschiebung in das afrikanische Land. Brüssel schaut genau zu

Die Welt

Freitag 2. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 105

Length: 1151 words

Byline: Mandoline Rutkowski

Lasse Sörensen

Christian Putsch

Body

London

Es war die deutsche Innenministerin Nancy Faeser, die die Debatte wieder anheizte. Angesichts steigender **Migrationszahlen** kündigte die SPD-Politikerin im April eine überarbeitete Strategie zum Umgang mit **Asylsuchenden** an: strenger Schutz der Außengrenzen, beschleunigte **Asylverfahren**, konsequente Abschiebepaxis. Und: **Asylsuchende** sollen bereits an den EU-Außengrenzen ein Verfahren durchlaufen.

Seit Jahren wird in der EU über die faire Verteilung von **Asylsuchenden** gestritten. Mittelmeer-Anrainerstaaten fühlen sich mit dem Gros der auf ihrem Boden ankommenden **Asylsuchenden** und **Geflüchteten** allein gelassen. Leidtragende sind die **Asylsuchenden**: Viele ertrinken im Mittelmeer, werden mit Pushbacks zurückgetrieben oder müssen, falls sie es auf europäischen Boden schaffen, unter menschenunwürdigen Bedingungen auf ihren **Asylbescheid** warten. Während des Verfahrens und nach einer Ablehnung aber tauchen viele der **Migranten** unter und bleiben unrechtmäßig in Europa.

Angesichts dieser Probleme wird die Idee diskutiert, Asylverfahren in Drittländer zu verlegen. Insbesondere das ostafrikanische Ruanda wurde vermehrt dafür ins Auge gefasst. In Großbritannien könnte dies nun Realität werden. Die Regierung plant, die ersten britischen Flugzeuge mit Asylsuchenden im März kommenden Jahres in das Land zu schicken. Das britische Projekt sei ein "Testfall" für die EU, sagt Thom Brooks, Experte für Einwanderungsrecht an der Durham Law School, WELT. Europäische Länder würden sich genau anschauen, ob das Ruanda-Projekt

Ruanda - der "Testfall" für Europa Großbritannien will Migranten vom Kommen abhalten und droht mit Abschiebung in das afrikanische Land. Brüssel schaut genau zu

erfolgreich sei und davon Entscheidungen für ihre eigene Politik ableiten. Doch wäre das in der EU überhaupt möglich?

Der britische Plan geht weiter als der Vorstoß der deutschen Innenministerin. Großbritannien will unter der neuen Gesetzgebung alle Asylsuchenden, die auf illegalem Weg ins Land kommen, nach Ruanda abschieben und sie mit einem lebenslangen Einreiseverbot belegen. Das Asylverfahren sollen die Menschen unter ruandischem Recht durchlaufen und sich, im Fall eines Erfolges, dort niederlassen dürfen. Auf der Insel reagiert man mit dieser Strategie der "Abschreckung", wie sie Immigrationsminister Robert Jenrick bezeichnete, auf die steigenden Einwanderungszahlen an der englischen Südküste. Im vergangenen Jahr kamen rund 45.000 Menschen über diesen Weg nach Großbritannien, in diesem Jahr werden es voraussichtlich etwa 65.000.

Die britische Regierung hat im Rahmen der auf fünf Jahre angesetzten "UK-Rwanda Migration and Economic Development Partnership" bereits 140 Millionen Pfund (158 Millionen Euro) an den ruandischen Partner gezahlt. Nach Angaben der House of Commons Library, die als wissenschaftlicher Dienst dem Unterhaus zuarbeitet, sollen diese Gelder in die "Entwicklungsfinanzierung" des Landes fließen. Zudem will die Regierung "Intergrationspakete" für jeden einzelnen Asylsuchenden bezahlen, den sie nach Ruanda abschiebt - in welcher Höhe, steht noch nicht fest. Medienberichten zufolge hat Ruanda die ersten Hostels zur Unterbringung renoviert.

Die Idee, Menschen nach Ruanda abzuschieben, gibt es schon länger. Das liegt auch daran, dass Präsident Paul Kagame sein Land entsprechend präsentiert. So setzte er sich im September 2019 für ein Transitzentrum für Migranten und Flüchtlinge aus Libyen ein, das überwiegend von der EU finanziert wurde. Im Jahr 2022 beherbergte das vergleichsweise kleine Ruanda (13,2 Millionen Einwohner) rund 126.000 Migranten. Hinter der Aufnahmebereitschaft steht auch machtpolitisches Kalkül. Kagame, der für seine De-facto-Präsidentschaft auf Lebenszeit und der Unterdrückung der Opposition in der Kritik steht, will Ruanda mit Abkommen dieser Art nach außen als sicher und stabil darstellen.

In den vergangenen Jahren freundeten sich mehrere westliche Länder mit der Ruanda-Idee an. Das wohl konkreteste Beispiel ist Israel: Zwischen 2014 und 2017 sind Medienberichten zufolge rund 4000 eritreische und sudanesischen Asylbewerber gegen finanzielle Aufwendungen nach Ruanda und Uganda abgeschoben worden. Auch Dänemark gab gemeinsam mit Kigali 2022 eine Erklärung dazu heraus. Der dänische Alleingang ist durch eine Sonderstellung im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem möglich, wonach Dänemark sich nicht an die Einwanderungs- und Asylpolitik halten muss.

Im Januar dieses Jahres hat sich jedoch eine neu gewählte Regierung der politischen Mitte darauf geeinigt, das Projekt auszusetzen. Stattdessen will sich Kopenhagen mit anderen EU-Ländern für ein gemeinsames Asylzentrum außerhalb Europas einsetzen. Für Dänemark wäre eine Umsetzung ohnehin nicht ohne starken Gegenwind möglich. Rechtsexperten, NGOs und Politiker kritisieren, das Ruanda-Abkommen verstoße gegen das Menschenrecht, das Land sei zudem nicht sicher.

Dass die Idee überhaupt in der EU besprochen wird, verdeutliche das Dilemma der europäischen Asylpolitik, sagt Daniel Thym, Professor für öffentliches Recht, Europarecht und Völkerrecht an der Universität Konstanz. "Die Unterstützung des Asylrechts in der EU bröckelt. Das sieht man an der harten Grenzpolitik in Ländern wie Griechenland, Polen und Litauen." Allerdings sieht er in der geltenden Asylverfahrensrichtlinie eine rechtliche Hürde: "Es ist zwar erlaubt, Menschen in sichere Drittstaaten abzuschieben, allerdings sind die Standards hierfür gegenwärtig noch sehr hoch." Insbesondere Artikel 38 stelle ein Hindernis dar. Dieser besagt, dass eine Verbindung zwischen dem Asylsuchenden und dem sicheren Drittstaat herrschen muss, dieser also schon einmal in dem Land gewesen sein oder über familiäre Verbindungen dorthin verfügen muss.

"Um ein Ruanda-Projekt möglich zu machen, müsste die EU Artikel 38 ändern", erklärt Thym. "Auf EU-Ebene wird das bereits diskutiert. Die Meinungen gehen hier auseinander: Deutschland hat sich klar dagegen ausgesprochen. Die schwedische Ratspräsidentschaft hat zuletzt vorgeschlagen, dass die Länder frei entscheiden, ob sie dieses anwenden oder nicht." Doch nicht nur das EU-Recht stünde europäischen Ländern im Weg. Auch der Europäische

Ruanda - der "Testfall" für Europa Großbritannien will Migranten vom Kommen abhalten und droht mit Abschiebung in das afrikanische Land. Brüssel schaut genau zu

Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) könnte einschreiten. Das Gericht in Straßburg gehört nicht zur EU, sondern zum Europarat, einem Zusammenschluss von 46 Staaten, darunter auch Großbritannien.

Im Fall des britischen Ruanda-Projekts schritt der EGMR bereits ein. Im Sommer vergangenen Jahres stoppte er einen geplanten Abschiebeflug nach Kigali. Im Dezember urteilte der High Court in London, die Flüge seien legal. Derzeit liegt der Fall bei einem Berufungsgericht. Sollte das Urteil zugunsten der Regierung ausfallen, können Gegner es erneut anfechten. "Es ist unwahrscheinlich, dass die Flüge abheben, solange Gerichtsverfahren vor britischen Gerichten laufen", sagt Alice Donald, außerordentliche Professorin für Menschenrechtsgesetze an der Middlesex University, WELT. Die britische Regierung will das Einwanderungsgesetz nun so anpassen, dass sie die Entscheidung des EGMR ignorieren kann.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

In einem Schlauchboot versuchen Migranten von Frankreich aus den Ärmelkanal zu überqueren und nach Großbritannien zu kommen

Load-Date: June 1, 2023

End of Document

Migration: Druck auf Regierung Meloni wächst; EU-Innenminister beraten zu Asyl und Grenzschutz

Die Welt

Freitag 10. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 50

Length: 459 words

Byline: Afp

Body

Deutschland, Frankreich und weitere europäische Länder machen bei der **Flüchtlings**-Rücknahme Druck auf Italien. Sie warfen der Regierung von Giorgia Meloni bei einem EU-Innenministertreffen in Brüssel vor, das sogenannte Dublin-Abkommen einseitig aufgekündigt zu haben. Es verpflichtet Rom zur Rücknahme von **Asylbewerbern**, die über Italien in die EU gelangt sind. "Das ist Gesetz, und sie sind eigentlich verpflichtet zurückzunehmen", sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Solche Staaten müssten "sich ihrer Verantwortung bewusst" sein, betonte sie, ohne Italien explizit zu nennen. Auch Griechenland nimmt laut Medienberichten nur einen Bruchteil der beantragten **Migranten** aus Deutschland zurück.

Deutlicher wurde der französische Innenminister Gérald Darmanin: Das Übereinkommen von Dublin "funktioniert quasi gar nicht mehr in einigen Ländern, vor allem in Italien", sagte er in Brüssel. Diese Staaten hätten das System für "tot" erklärt. Dem Ministerrat lag ein Schreiben von Deutschland, Frankreich, Österreich und fünf weiteren EU-Staaten vor, in dem diese eine "Anwendungs-Lücke" bei den Dublin-Regeln beklagen. Ohne Anwendung der Regeln bestehe das "Risiko, dass das öffentliche Vertrauen in europäische Lösungen sinkt", warnen die acht Länder unter Anspielung auf die Europawahlen im kommenden Jahr. Auch die Schweiz macht Druck auf Rom, weil sie kein Transitland für Migranten sein will. Viele europäische Länder verlangten, "dass Italien den Dublin-Pakt einhält", sagte die für Justiz und Polizei zuständige Ressortchefin im Bundesrat, Elisabeth Baume-Schneider, die in Brüssel an einem Treffen der Schengen-Staaten teilnahm.

Unterdessen hat sich die EU-Kommission besorgt über die geplante Asylrechts-Verschärfung in Großbritannien geäußert. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson sagte in Brüssel, sie habe von der britischen Innenministerin Suella Braverman Auskunft verlangt, "ob dies internationalen Verpflichtungen gerecht wird". Braverman habe dies bejaht, "aber wir müssen das noch ein bisschen genauer untersuchen", betonte Johansson. Frankreich fürchtet "negative Konsequenzen" für die bilateralen Beziehungen zu Großbritannien, wie Innenminister Darmanin sagte. Präsident Emmanuel Macron werde die Asylrechtspläne deshalb am Freitag mit dem britischen Premierminister Rishi Sunak bei dessen Paris-Besuch besprechen, betonte Darmanin. Er äußerte die Hoffnung auf eine "konstruktive" Lösung. Sunak hatte den Asyl-Gesetzentwurf am Dienstag in London vorgestellt. Er untersagt es

Migration: Druck auf Regierung Meloni wächst EU-Innenminister beraten zu Asyl und Grenzschutz

allen ohne Visa oder sonstige Erlaubnis eingereisten Menschen, Asyl in Großbritannien zu beantragen. "Wir werden diejenigen, die illegal hierher kommen, festsetzen und sie dann innerhalb von Wochen abschieben", kündigte Sunak an.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 9, 2023

End of Document

FDP wirft Grünen Blockade bei EU-Asylreform vor; Streitpunkt ist die Krisenverordnung, die Sonderregeln für besonders angespannte Migrationslagen vorsieht. Damit gerät das gesamte Vorhaben der Europäischen Union ins Wanken

Die Welt

Mittwoch 27. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 188

Length: 1401 words

Byline: Ricarda Breyton

Zara Riffler

Body

Im Zuge der **Migrationskrise** verschärft sich in der Ampel-Koalition der Konflikt um die europäische **Asylreform**. Die FDP wirft den Grünen vor, zentrale Elemente der Reform zu blockieren - und damit die gesamten Verhandlungen aufs Spiel zu setzen. Im Fokus steht die sogenannte Krisenverordnung, die Teil des EU-**Migrationspakets** sein soll, die aber von den Grünen bislang nicht mitgetragen wird.

"Die Grünen müssen ihre Blockade sofort beenden", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Stephan Thomaе WELT. "Alles andere wäre unverantwortlich. Wir müssen alles dafür tun, um noch vor den Europawahlen 2024 ein funktionierendes, europäisches **Asylsystem** mit klaren Regeln umzusetzen." Kritik äußerte auch die SPD. "Ohne Kompromisse wird es nicht gehen", sagte SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese. Vom grünen Koalitionspartner erwarte er jetzt eine "konstruktive Rolle".

Am Wochenende hatte Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) deutlich gemacht, dass sie die Pläne für besagte Krisenverordnung ablehne. Zwar könne ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) endlich "geordnete Verhältnisse bringen", schrieb sie auf X (ehemals Twitter). Eine zusätzliche Krisenverordnung "nachzuschieben", drohe nun jedoch "durch die Hintertür genau diese geordneten Verfahren kaputtzumachen". Es geht bei der Verordnung um Maßnahmen, die die EU-Staaten im Falle besonderer Krisen ergreifen können. Unterstützung erhält Baerbock von der grünen Partei und der Fraktion im Bundestag. Die Krisenverordnung sei "ein Sicherheitsrisiko für den europäischen Rechtsstaat", sagte der Migrationsexperte der Fraktion, Julian Pahlke, WELT. "Dem kann aus meiner Sicht unter keinen Umständen zugestimmt werden."

FDP wirft Grünen Blockade bei EU-Asylreform vor Streitpunkt ist die Krisenverordnung, die Sonderregeln für besonders angespannte Migrationslagen vorsieht. Damit....

Dass es zum Konflikt kommen könnte, hatte sich schon länger abgezeichnet - wenn auch weniger öffentlich. Noch im Juni hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die bis dahin erzielten Einigungen der EU-Innenminister zu weiteren EU-Migrationspolitik als "historisch" bezeichnet. Nach jahrelangen "harten Verhandlungen" hätten sich die Minister nun "auf Kernbestandteile der Reform des Europäischen Asylsystems verständigt", sagte der Kanzler damals. Die Grünen, die sich mit einigen Elementen schwertaten, trugen den Kompromiss am Ende mit. Allerdings war damals über eine zentrale Verordnung - eben jene Krisenverordnung - noch gar nicht abgestimmt worden. Außerdem standen die Verhandlungen mit dem Europaparlament, das neben den Ministern gleichberechtigter Gesetzgeber ist, noch aus.

Bereits Ende Juli scheiterten wichtige Gespräche der Innenminister über die Krisenverordnung in Brüssel - unter anderem wegen Deutschland, das sich neben den Niederlanden enthielt. Polen, Ungarn, Tschechien und Österreich stimmten gegen den Vorschlag. Die Bundesregierung in Berlin fürchtete eine zu große Herabsetzung von Standards für Schutzsuchende, was hauptsächlich von den Grünen ausging. Dass die Innenminister keine Einigung erzielten, erzürnte wiederum das EU-Parlament. Vorige Woche setzten die Abgeordneten ihrerseits die weiteren politischen Verhandlungen aus und eskalierten damit den Konflikt. Und zwar nicht nur über die Krisenverordnung, sondern über das gesamte Asylpaket. Man habe vereinbart, alle infrage stehenden Verordnungen im Paket zu verhandeln, heißt es. Und nicht einzelne auszuklammern, wie es die Minister tun. Damit wächst der Druck auch auf Innenministerin Nancy Faeser (SPD), der Krisenverordnung doch noch zuzustimmen. Kommenden Donnerstag treffen sich die Innenminister in Brüssel erneut.

Der interne Entwurf der Krisenverordnung, den die Ampel-Regierung im Juli blockierte, liegt WELT vor. Aus dem Papier geht hervor, dass die Verordnung dann eintreten soll, wenn eine "Krisensituation" entsteht - wie zum Beispiel durch eine sehr hohe Ankunftsanzahl an Migranten oder durch eine "Situation der höheren Gewalt". Darunter wird auch das Szenario einer "Instrumentalisierung" von Migration mit dem Ziel, einen "Mitgliedstaat zu destabilisieren", definiert - gemeint ist damit etwa die staatlich gesteuerte Migrationsdynamik seitens Belarus zu den Baltikum-Staaten und Polen.

Falls eine solche Krisensituation eintritt, sieht der Vorschlag vor, dass es längere Fristen für die Registrierung von Asylgesuchen an den Außengrenzen gibt sowie die Möglichkeit, Standards bei der Versorgung und Unterbringung abzusenken. Beispielsweise soll es gemäß dem Entwurf möglich sein, "Anträge auf internationalen Schutz für einen Zeitraum von maximal 20 Wochen an der Grenze zu prüfen". Die Mitgliedstaaten dürfen im Krisenmodus von den Standards bezüglich der "materiellen Aufnahmebedingungen" "abweichen", also bei der Versorgung der Migranten, wenn die Kapazitäten überlastet werden könnten. Zugleich müssen sie "Grundbedürfnisse" einhalten und "den Zugang zu humanitärer Hilfe gewährleisten". In dem Papier heißt es wörtlich: "Die Mitgliedstaaten decken die Grundbedürfnisse der Antragsteller ab, insbesondere Nahrung, Wasser, Kleidung, angemessene medizinische Versorgung und provisorische Unterkünfte, die an die saisonalen Wetterbedingungen angepasst sind, und unter voller Achtung der Menschenwürde."

Das Heruntersetzen von Versorgungsstandards ist auch in dem Entwurf, der am Donnerstag im Innenminister-Rat besprochen wird, nach WELT-Informationen weiter enthalten. Wie aus den Reihen der Grünen zu hören ist, befürchten Teile der Partei, dass Mitgliedstaaten an der EU-Außengrenze ein gewisses Interesse daran hätten, ihre Versorgungsstandards herunterzusetzen - damit Migranten weiter nach Deutschland ziehen, wo bessere Bedingungen herrschen, um dort Asyl zu beantragen. Auch könnten bei abgelehntem Asylantrag die Migranten ohne Bleiberecht, die nicht rückgeführt werden können, weiter in die EU reisen - denn die maximale Dauer des Festsetzens beträgt laut Entwurf "zwölf Wochen" und kann "höchstens" um weitere "acht Wochen" verlängert werden. Zugleich ist immer noch eine Unzufriedenheit über die EU-Asylreform insgesamt in der Parteibasis recht groß, einige betrachten immer noch die deutsche Zustimmung zu den Reformplänen als falsch.

"Durch die Krisenverordnung droht es zu mehr Pushbacks, bis zu zehnmonatiger Haft und einer weiteren Entrechtung von Schutz suchenden Menschen zu kommen", kritisiert der Grünen-Politiker Pahlke. "Hier sehen einige Mitgliedstaaten ihre Chance, sich auch nach einer Reform nicht an gemeinsame rechtsstaatliche Regeln halten zu müssen." Der EU-Politiker Erik Marquardt (Grüne) kritisierte gegenüber WELT: "Seit Jahren behandeln viele Außengrenzstaaten die Schutzsuchenden so schlecht, dass ein Großteil weiterzieht. Mit der Krisenverordnung

FDP wirft Grünen Blockade bei EU-Asylreform vor Streitpunkt ist die Krisenverordnung, die Sonderregeln für besonders angespannte Migrationslagen vorsieht. Damit....

würde ihnen ermöglicht werden, die Bedingungen noch stärker zu verschlechtern. Das mag im Interesse von Staaten wie Griechenland oder Italien sein." Aber dafür dürfe es "keine deutsche Zustimmung" geben, "viele EU-Staaten" würden sich aus der Verantwortung ziehen wollen, so Marquardt.

Innerhalb der FDP-Fraktion im Europaparlament wiederum wittert man allerdings ein Scheinargument der Grünen - und der Unmut steigt. Die Vermutung: Die Blockade habe vor allem mit Konflikten innerhalb der grünen Partei zu tun. Auch sehen die Liberalen eine ernsthafte Gefahr des Scheiterns der Asylreform insgesamt. So geht die konkrete Sorge um, dass die vom Migrationsdruck stark betroffenen südeuropäischen Staaten ohne eine Krisenverordnung aus dem Plan aussteigen könnten. Eine allzu lange Verzögerung dürfe man sich nicht mehr leisten, wenn man im Februar 2024 die Reform fertigstellen möchte. Der FDP-Europaabgeordnete Jan-Christoph Oetjen sagte: "Die angebliche Sorge der Grünen vor einer Sekundärmigration ist ein vorgeschobenes Argument." Ein Problem mit heruntergesetzten Standards sehe er bisher nicht, sondern es brauche jetzt "den Asyl- und Migrationspakt inklusive der Krisenverordnung, um die Migrationsströme nach Europa" zu ordnen.

Faesser selbst hatte zuletzt offengelassen, wie sie sich positioniert. "Wir werden weiter daran arbeiten, dass wir auch die Krisenverordnung hinbekommen", sagte sie WELT AM SONNTAG. Die SPD-Fraktion erklärt sich bereits mit dem vorliegenden Vorschlag von Ende Juli einverstanden. "Klar ist: Sowohl die EU-Krisenverordnung als auch die gesamte Asylreform müssen jetzt nach Jahren des Scheiterns endlich gelingen", sagte Fraktionsvize Wiese. "Der auf dem Tisch liegende Kompromiss ist tragfähig und eine klare Verbesserung des Status quo."

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 26, 2023

CDU triumphiert, SPD traumatisiert

Die Welt

Montag 9. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 195

Length: 381 words

Byline: Ulf Poschardt

Body

Was hat der Krieg in Israel mit den Landtagswahlen in Bayern und Hessen zu tun? Auf den ersten Blick nicht viel, und dennoch sind die lauten Ohrfeigen für die Ampel auch ein Signal an die Regierung, ihre Untätigkeit einzustellen. Auf einer griechischen Insel gab es Jubelunruhen von Flüchtlingen, die nach Europa wollen und die Hamas-Barbarei feierten. Sie stehen wie viele missratene Integrationsexperimente für einen sentimentalistischen Idealismus, von dem immer mehr Bürger die Nase voll haben. Wer will diese Migration? Warum sollen wir diesen antisemitischen Hass aufnehmen? Warum gelingt es SPD und Grünen nicht, in der unidyllischen Realität der Gegenwart anzukommen?

Die SPD könnte mit der Bundesinnenministerin in Hessen auf Platz vier landen - hinter dem souverän siegenden Amtsinhaber Boris Rhein von der CDU, der AfD und den Grünen. Wie will Nancy Faeser nach so einem Debakel dieses so wichtige Amt für das Land angesichts der Migrationskrise ausfüllen? Sie ist abgewählt, auch wegen ihres Schlingerkurses in der Asylpolitik. Und weil Wähler, auch in Bayern, wo die SPD einstellig abgestraft wurde, keinen Bock mehr auf eine Sozialdemokratie haben, die sich weder den ökonomischen Nöten noch den migrationspolitischen ihrer alten Wähler stellt.

Die Grünen sind auf dem Boden der Tatsachen gelandet. Ihre Kern-Wählerschaft, wohlhabend und moralisch gefestigt, bleibt ihnen treu, aber die einst mit ihnen flirtenden Bürgerlichen haben von der Horrorshow um das Heizungsgesetz und dem identitätspolitischen Kindergarten die Nase voll.

Triumphal gesiegt hat die CDU in Hessen - und damit ihr Kurs unerschrockener Common-Sense-Orientierung. Markus Söder musste in Bayern Federn lassen: Ein Dämpfer, der seinen Anfang bei dem verstolperten Auftritt bei der legendären Protestdemo in Erding hatte. Für ihn sind die Kanzlerträume ausgeträumt. Hubert Aiwanger und seine Freien Wähler aber haben gezeigt, dass man mit einem kernigen Konservatismus zwar in Bayern, aber noch nicht in Hessen erfolgreich sein kann. Der Weg dieser in jeder Hinsicht koalitionsfähigen Partei zur AfD-Alternative ist lang. Die AfD bietet Protestwählern weiterhin die ideale Zornesheimat. Die FDP? Sie geht ziemlich düsteren Zeiten entgegen.

CDU triumphiert, SPD traumatisiert

ulf.poschardt@welt.de (ulf.poschardt@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 9, 2023

End of Document

Die Stärke des Rechts; Können Asylbewerber aus sicheren Nachbarstaaten an der deutschen Grenze zurückgewiesen werden? Die Regierung verneint das unter Verweis auf EU-Vorgaben

Die Welt

Donnerstag 23. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 228

Length: 1412 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Da ist sie wieder - diese Forderung, die seit einem knappen Jahrzehnt für Streit sorgt. Es brauche "Zurückweisungsmöglichkeiten an der Grenze", sagte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU), kurz nachdem sich Bund und Länder Anfang November auf einige Verschärfungen in der Migrationspolitik geeinigt hatten. "Wir müssen eigentlich wieder handlungsfähig werden und sozusagen an den eigenen Grenzen entscheiden können, wer kommt ins Land und wer nicht."

In einer "Protokollerklärung" zu den Bund-Länder-Beschlüssen formulierten Bayern und Sachsen das Ziel, "dass an der deutschen Grenze jene wirksam zurückgewiesen werden können, die keinen Anspruch auf Schutz haben". Damit ist ein Thema zurück in der Debatte, das für Regierungskrisen sorgen kann.

Schon 2015 rang die Bundesregierung um die Frage, ob Asylbewerber an der Grenze zu Österreich zurückgewiesen werden können oder gar müssen. 2018 zerbrach daran fast die große Koalition, als der damalige Innenminister Horst Seehofer (CSU) eben jene Zurückweisungen einforderte - wogegen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wehrte. Am Ende wurde der Konflikt beigelegt, weil ein Kompromiss gefunden wurde: Es gab keine allgemeinen Zurückweisungen von Schutzsuchenden, aber im Rahmen von Abkommen vereinfachte Überstellungen von einigen Personen nach Griechenland und Spanien, die schon dort Asyl beantragt hatten. Das betraf aber nur wenige Menschen. Nun kommen wieder deutlich mehr als 2018 über die Grenze, was erneut die Frage aufwirft: Können Schutzsuchende im Rahmen der gerade ausgeweiteten Grenzkontrollen in sichere Nachbarstaaten zurückgewiesen werden? Müssen sie es sogar?

Auf den ersten Blick scheinen sowohl das Grundgesetz als auch das deutsche Asylgesetz klare Vorgaben zu machen. Im Grundgesetz heißt es in Artikel 16a: Auf Asylrecht könne sich nicht berufen, wer aus einem Staat der Europäischen Union einreise. Und in Paragraph 18 des Asylgesetzes ist zu lesen: "Jedem Ausländer ist die Einreise zu verweigern, wenn er aus einem sicheren Drittstaat einreist." Doch die beiden Paragraphen werden aktuell nicht angewandt. Tatsächlich lässt die Bundespolizei fast alle Migranten aus den Nachbarstaaten einreisen - sobald sie

Die Stärke des Rechts Können Asylbewerber aus sicheren Nachbarstaaten an der deutschen Grenze zurückgewiesen werden? Die Regierung verneint das unter Verweis au....

an der Grenze "Asyl" sagen. Die Beamten tun das auf Anweisung der Bundesregierung, die sich wiederum auf EU-Recht beruft. "Wenn eine Person an der Grenze um Asyl bittet, dann muss der Asylantrag in Deutschland geprüft werden", sagte etwa Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) im September. "Das ist eine klare rechtliche Verpflichtung." Schon zuvor hatte sie im Bundestag erklärt, dass jeder "einreisen" dürfe, der Asyl beantrage. Stationäre Grenzkontrollen verhinderten dies nicht.

Tatsächlich sind sich die meisten Juristen einig, das EU-Recht das ältere deutsche Recht überlagert und die entsprechenden Paragraphen im Asyl- und im Grundgesetz praktisch wirkungslos bleiben. Schon 2010 habe das Bundesverfassungsgericht klargestellt, dass EU-Recht entgegenstehendes nationales Recht verdränge, sagt etwa Daniel Thym, Asylrechtsexperte von der Universität Konstanz. Andernfalls könnte die EU als Rechtsgemeinschaft wohl kaum bestehen. Allerdings ist der rechtliche Auslegungsspielraum womöglich größer, als es die Bundesregierung glauben lässt.

Zentral ist die sogenannte Dublin-III-Verordnung. Sie legt fest, wie Asylprüfungen in der EU ablaufen haben. Demnach ist nur ein Mitgliedstaat für die Schutzprüfung zuständig. In der Regel ist das der Ersteinreisestaat. Das Problem ist nun, dass in den allermeisten Fällen nicht sofort klar ist, welcher Staat zuständig ist, wenn Asylbewerber weiterreisen. "Die Dublin-Verordnung gibt vor, dass es bei jedem Asylantrag ein Zuständigkeitsprüfverfahren geben muss", sagt der Rechtswissenschaftler Roman Lehner von der Uni Göttingen. Im Anschluss müsse ein Überstellungsverfahren in den zuständigen Mitgliedstaat durchgeführt werden. Gegen die Überstellungsentscheidungen müssen Betroffene rechtlich vorgehen können. In der Regel sind all diese Schritte nicht an der Grenze in wenigen Stunden durchführbar. "Die Vorgaben sind der Hauptgrund dafür, dass Zurückweisungen an der Grenze scheitern", sagt Lehner. "Um das Verfahren durchzuführen, muss in der Regel eine Einreise ermöglicht werden."

Es gibt auch andere Rechtsmeinungen - die allerdings eine Mindermeinung geblieben sind. So sprachen sich 2016 einige Verfassungsrechtler dafür aus, Migranten ohne Zuständigkeitsprüfung an der Grenze nach Österreich zurückzuweisen. Da die Menschen bei Aufgriff an der Grenze noch nicht eingereist seien, sei Österreich für die Prüfung zuständig. Eine endgültige rechtliche Klärung gab es bislang nicht. Im Moment gehen Verfassungsrechtler überwiegend davon aus, dass Deutschland zumindest eine Zuständigkeitsprüfung durchführen muss.

Ein weiteres Problem liegt darin, dass einige EU-Staaten sich nicht mehr an die vereinbarten Regeln halten. So nimmt etwa Italien keine Migranten mehr zurück, was ein Bruch des EU-Rechts ist. Frankreich hat in der Vergangenheit Asylbewerber in großem Stil nach Italien zurückgewiesen. Das allerdings entbindet Deutschland nicht von seinen Pflichten. "Im Europarecht gilt der Gedanke 'Auge um Auge, Zahn um Zahn' nicht", sagt Thym. Ein Land könne die eigene Rechtsverletzung nicht dadurch rechtfertigen, dass andere Länder sich auch nicht an das Recht halten. Heißt: Wenn Deutschland nun in großem Stil Asylbewerber ohne Zuständigkeitsprüfungen an den Binnengrenzen zurückweisen würde, würde es höchstwahrscheinlich ebenfalls Recht brechen. Das bliebe womöglich ohne Sanktionen, weil sich die EU-Kommission derzeit mit Vertragsverletzungsverfahren zurückhält. Das politische Signal allerdings wäre gesetzt, nämlich, dass die Bundesregierung nach herrschender Meinung EU-Recht missachtet.

Die strengen Dublin-Regeln engen den Handlungsspielraum beträchtlich ein. Zurückweisungen in großem Stil sind wohl kaum durchsetzbar. Allerdings ist die aktuelle Praxis, die meisten Asylsuchenden einreisen zu lassen und in Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen, nicht alternativlos. Denkbar wären gleich mehrere andere Wege. Zum einen Transitzonen direkt an der Grenze - auch wenn diese wahrscheinlich auf praktische Schwierigkeiten stoßen dürften. Solche Zonen gibt es bereits an Flughäfen; hier durchlaufen Asylbewerber das Verfahren und werden bestenfalls direkt in den zuständigen EU-Staat überstellt. "Prinzipiell sind Transitzonen denkbar", sagt Migrationsexperte Lehner. "Es ist europarechtlich nicht gefordert, jedem Asylbewerber eine Einreise zu ermöglichen."

Stattdessen könne man das ganze Verfahren in Einzelfällen an der Grenze stattfinden lassen und Personen unter der Fiktion der Nichteinreise auf das Hoheitsgebiet nehmen. Rechtlich gelten die Personen in diesem Fall als nicht-eingereist, sie kommen dann nicht in kommunale Unterkünfte. Allerdings gibt es womöglich praktische Probleme.

Die Stärke des Rechts Können Asylbewerber aus sicheren Nachbarstaaten an der deutschen Grenze zurückgewiesen werden? Die Regierung verneint das unter Verweis au....

Die Dauer von Grenzverfahren sei limitiert, sagt Lehner. "Europarecht gibt außerdem vor, dass Menschen nicht pauschal inhaftiert werden dürfen."

Eine weitere Möglichkeit ist, Menschen vor der Einreise zurückzuweisen. In der Schweiz macht das die Bundespolizei bereits seit vielen Jahren. Sie patrouilliert im Nachbarstaat und hindert Menschen an der Weiterfahrt nach Deutschland, die ohne entsprechende Papiere sind. Darunter auch solche, die Schutz begehren. Rechtlich ist das unstrittig, folgt man Daniel Thym. Voraussetzung ist, dass die Kontrollen tatsächlich auf dem Hoheitsgebiet des anderen Staates stattfinden und nicht etwa an der Grenzlinie. Solche Absprachen könnte man auch auf Polen, Tschechien oder Österreich ausdehnen. Voraussetzung wäre, dass die Nachbarstaaten zu solchen Kooperationen bereit sind.

Offen ist, ob Staaten darüber hinaus in extremen Ausnahmesituationen von der Dublin-Verordnung abweichen dürfen - und damit auch vom verpflichtenden Zuständigkeitsprüfverfahren. Befürworter bemühen Artikel 72 des EU-Arbeitsweisevertrags. Demnach bleiben Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit zuständig - was bei akuter Gefährdung ein Abweichen von EU-Recht erlaubt. Die Voraussetzungen seien allerdings sehr hoch, sagt Lehner. "Eine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird man nicht allein deswegen konstatieren können, weil die Zahl der Asylbewerber erhöht ist." Etwas offener ist Thym: Die Option liege theoretisch auf dem Tisch, allerdings nur für extreme Notfälle.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Ein Bundespolizist bewacht unerlaubt eingereiste Migranten nahe der deutsch-polnischen Grenze in Forst (Brandenburg)

Load-Date: January 2, 2024

Opposition kritisiert Faesers Asyl-Vorstoß; Regierung einigt sich auf Position für EU-Reform. Nicht alle Grünen einverstanden

Die Welt

Dienstag 2. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 84

Length: 640 words

Byline: Kristian Frigelj

Marcel Leubecher

Ulrich Exner

Body

Die Bundesregierung hat sich auf eine Position in den Brüsseler Verhandlungen für eine EU-**Asylreform** geeinigt. Das dafür verantwortliche Bundesinnenministerium teilte WELT mit, die Ampel verfolge die Grundlinie, "irreguläre **Migration** zu begrenzen und legale **Migrationswege** zu ermöglichen". Entscheidend sei "eine verlässliche Identifizierung, Registrierung und Überprüfung von Menschen bereits an den EU-Außengrenzen".

Schon seit Jahren sind alle EU-Staaten dazu verpflichtet, beachten diese Pflichten aber oft unzureichend. Das zeigt sich etwa daran, dass rund die Hälfte aller in Deutschland ankommenden Asylsuchenden keinen Treffer in der EU-Datenbank EURODAC aufweisen. Den zentralen Punkt hob Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) in einem Gespräch mit der ARD hervor: "Wir sehen jetzt ein historisches Momentum, dass wir mit anderen europäischen Staaten es schaffen können, ein gemeinsames Asylsystem auf den Weg zu bringen, wo an den Grenzen die Asylverfahren stattfinden", sagte sie.

SPD und FDP im Bundestag signalisierten ihre Zustimmung. Co-Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann sagte, sie sehe die Bundesregierung in Brüssel "vor extrem schwierigen Verhandlungen". Der Zugang zu individuellen und rechtsstaatlichen Asylverfahren und menschenwürdiger Unterbringung sei auch für die Zukunft sicherzustellen. "Viele EU-Mitgliedsländer vertreten eine restriktive Linie. Wir setzen uns für einen dauerhaften verlässlichen Solidaritätsmechanismus und für faire Asylverfahren ein", so Haßelmann. Deutliche Kritik übte eine andere Grüne, nämlich Schleswig-Holsteins Integrationsministerin Aminata Touré: "Ich kann mir nicht vorstellen, wie das die Anrainerstaaten des Mittelmeers entlasten soll und zeitgleich menschenwürdige Unterbringung in bereits jetzt schon überforderten Staaten gelingen soll. Das widerspricht meiner Meinung nach außerdem dem Grundgedanken des deutschen Asylrechts", sagte Touré im WELT-Interview.

Opposition kritisiert Faesers Asyl-Vorstoß Regierung einigt sich auf Position für EU-Reform. Nicht alle Grünen einverstanden

Nach Ansicht des Innenexperten der Unionsfraktion, Alexander Throm (CDU), bleibt die Ampel hinter dem Vorschlag der EU-Kommission zurück. "Damit werden die Verfahren ineffektiv und das schadet vor allem Deutschland als Hauptzielland von Flucht in Europa. Frau Faeser führt die Öffentlichkeit wieder mal an der Nase herum", beklagte Throm. Asylzentren außerhalb der EU sieht er kritisch, "weil die Ampel damit einseitig für Deutschland einen weiteren zusätzlichen Weg der Asylantragstellung eröffnet und damit noch mehr Asylummigration nach Deutschland ermöglicht".

In der AfD-Fraktion werden flankierende Maßnahmen gefordert. Wenn ein Außengrenzenverfahren "jetzt der neue, entscheidende Filter werden soll, müssten alle anderen, bisherigen Wege illegaler Migration in Staaten der EU wirklich faktisch ausgeschlossen sein", betonte der innenpolitische Sprecher Gottfried Curio. Sonst bleibe der neue Filter wirkungslos. Anerkennungskonditionen müssten auf echte Fluchtsituationen beschränkt bleiben. Clara Bünger, Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik der Linke-Fraktion, lehnte die Einigung ab: "Das historische Momentum besteht darin, dass Frau Faeser die erste sozialdemokratische Innenministerin ist, die sehenden Auges weitere Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen ermöglicht und mit ihren politischen Entscheidungen vorantreibt." Die Grünen seien "kein verlässlicher Partner bei der Durchsetzung von Menschenrechten" mehr.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte betonte, das geplante System sei "mit Deutschlands flüchtlings- und menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht vereinbar". Schutzsuchenden werde die Einreise während des Verfahrens formal nicht gestattet. Diese Vorgabe lasse sich in der Praxis "nur durch geschlossene Aufnahmезentren oder erhebliche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit in Transitzonen oder auf kleinen Inseln durchsetzen". Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 1, 2023

Faesers Flüchtlingsgipfel enttäuscht die Kommunen; Bund macht keine konkrete Zusage für Hilfgelder. Neue Verhandlungen um Ostern geplant

Die Welt

Freitag 17. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 35

Length: 581 words

Byline: Jr

Dpa

Body

Nach dem **Flüchtlingsgipfel** im Bundesinnenministerium sieht der Deutsche Städtetag kaum Fortschritte bei der Bewältigung der **Migrationskrise**. Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy ist enttäuscht: "Die Unterschiede in den Positionen sind sehr groß." Dennoch hofft er auf eine Lösung bis Ostern. Im TV-Sender WELT sagte Dedy: "Natürlich, es wäre besser, wenn es heute schon Verabredungen gegeben hätte. Aber so weit sind wir nicht. Und ich glaube, wenn es eine Perspektive gibt - eine Perspektive für die Städte, für die Gemeinden, auch für die Landkreise - dann ist schon eine ganze Menge gewonnen." In der Kürze der Zeit sei es einfach nicht möglich gewesen, zu einer einheitlichen Bewertung der Lage zu kommen. "Wir haben noch kein Ergebnis heute, dafür sind die Positionen noch zu weit auseinander", so Dedy. Auch das Gesprächsformat habe eine Einigung erschwert: "Die Runde war groß - und in einer großen Runde findet man nicht immer so schnell zusammen."

Umso wichtiger sei nun, die knappe Zeit bis Ostern zu nutzen, um eine Lösung zu finden, mahnte Dedy. "Wir werden uns jetzt bis Ostern zusammensetzen und werden uns zu Fragen von Begrenzung, auch von illegaler Migration, zu Fragen von Integration, zu Fragen von Finanzen austauschen - und ich denke, dass da was draus werden kann." Viel Zeit sei das nicht, aber: "Wir haben jetzt einen ganz konkreten Zeitplan. Das ist noch ein guter Monat, aber bis dahin wollen wir etwas liefern."

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte Vertreter der Länder und der kommunalen Spitzenverbände eingeladen, um mit ihnen über die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu sprechen. Damit reagierte sie auch auf Hilferufe aus Kommunen. Nach dem Treffen versprach sie eine bessere Abstimmung. Unter anderem soll ein digitales "Dashboard" zur Migration für "Transparenz" sorgen. In einer Arbeitsgruppe soll es um die Bekämpfung irregulärer Migration und Rückführungen gehen, in einer anderen um die Entlastung der Ausländerbehörden. Zwei weitere Arbeitsgruppen sollen sich mit Integration sowie

Faesers Flüchtlingsgipfel enttäuscht die Kommunen Bund macht keine konkrete Zusage für Hilfgelder. Neue Verhandlungen um Ostern geplant

Unterbringung/Finanzen befassen. Über mögliches zusätzliches Geld vom Bund zur Bewältigung der Aufgaben werde es um Ostern weitere Gespräche geben, sagte Faeser.

Auch der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager (CDU), zeigte sich mit den Ergebnissen nicht zufrieden. Er sagte: "Wir brauchen in Deutschland jetzt dringend Entlastung für die, die kommunale Verantwortung tragen." Der für die Unterbringung von Flüchtlingen erforderliche Wohnraum sei begrenzt. Ehrenamtliche und hauptamtliche Helfer stünden nicht mehr in ausreichender Zahl zur Verfügung. Dass der Bund nun angekündigt habe, Liegenschaften des Bundes auf eigene Kosten für die Unterbringung herzurichten, sei aber gut.

Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) sagte mit Blick auf die verabredeten neuen Arbeitsprozesse: "Wir beziehen die Kommunen noch stärker ein." Ostern sei ein guter Zeitpunkt, um erneut über Geld zu sprechen. Bis dahin werde man besser einschätzen können, wie viele zusätzliche Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zu erwarten seien. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine waren 2022 mehr als eine Million Menschen aus dem Kriegsgebiet nach Deutschland gekommen. Darüber hinaus beantragten 217.774 Personen aus Syrien, Afghanistan, der Türkei und anderen Staaten erstmals Asyl - so viele wie seit 2016 nicht. Der Trend zu mehr irregulärer Migration setzte sich auch im Januar dieses Jahres fort.

Seiten 2/3, 7

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 16, 2023

End of Document

Macht der Moraltrompeter

Die Welt

Dienstag 22. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 162

Length: 388 words

Byline: Jacques Schuster

Body

In Deutschland besteht die Unart, fast jedes politische Thema in eine Frage der Moral zu verwandeln und Bedenken als einen Bruch des Anstandes zu unterdrücken. Besonders in der Migrationspolitik ist die Macht der Moraltrompeter weitgehend ungebrochen.

Bei nüchterner Betrachtung bleibt festzustellen: Noch immer sind über die Hälfte der syrischen Flüchtlinge, die seit 2015 ins Land kamen, ohne Beschäftigung. Man darf hinzufügen: Viele von ihnen werden in den nächsten Jahren wohl auch kaum eine sozialversicherungspflichtige Arbeitsstelle finden. Manche von ihnen sind schlichtweg nicht zu integrieren. Die Bundesregierung, die sparen will und muss, ist nun dabei, die Eingliederungshilfen zu kürzen. Die Union hält diese Entscheidung für verhängnisvoll, weil gerade unter den Asylzuwanderern ein erhebliches Arbeitskraftpotenzial schlummert, das mit intensiver Förderung geweckt werden könne.

Welche der Seiten hat recht? Eigentlich beide. Auf der einen Seite ist es fraglich, ob die Finanzierung weiterer Integrationsprogramme tatsächlich den gewünschten Erfolg bringen. Auf der anderen Seite sollte sich keiner der Illusion hingeben, dass die Mehrheit der Syrier, die ab 2015 nach Deutschland kamen, in absehbarer Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren wird. Wenn sie aber bleiben, muss alles getan werden, um sie so gut wie es eben geht in die Arbeitsgesellschaft zu integrieren. Selbst Straßenfeger sollten die deutsche Sprache so gut beherrschen, dass man sie verstehen kann und sie sich verständigen können.

Allerdings bleibt die Frage, ob man diejenigen, welche trotz Eingliederungshilfen nicht willens oder in der Lage sind, einer Arbeit nachzugehen, auch noch ihre Verwandten nachholen dürfen. Bisher haben anerkannte Flüchtlinge das Recht auf privilegierten Familiennachzug, sie müssen also nicht die für andere Ausländer geltenden Anforderungen an die Sicherung des Lebensunterhaltes erfüllen. Vielleicht sollte die Regierung diese Bedingung auf diese schutzbedürftige Gruppe ausdehnen.

Vor allem die Grünen werden dagegen moralische Bedenken ins Feld führen und sich - wie in der Migrationsfrage häufig - wohl auch dieses Mal durchsetzen. Im Triumph der guten Gesinnung würden dann wieder einmal die Gesetze der Vernunft außer Kraft gesetzt.

Macht der Moraltrompeter

jacques.schuster@welt.de (jacques.schuster@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 21, 2023

End of Document

Asylbewerbern das Geld kürzen - Kritik an FDP-Vorstoß; Union und Koalitionspartner melden Zweifel am Vorschlag der Liberalen an, finanzielle Anreize für Migranten zu senken. Die Grünen warnen vor einer "rhetorischen Eskalation"

Die Welt

Montag 30. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 210

Length: 993 words

Byline: Hannelore Crolly

Body

Benötigen Asylbewerber in Aufnahmezentren wirklich Geld für einen Festnetzanschluss, für Zeitschriften oder Zeitungen und Kino- oder Konzertkarte? Man könne "mit guten sachlichen Gründen bezweifeln, ob für Menschen in einer Erstaufnahmeeinrichtung, die mit Medien häufig in Gemeinschaftsräumen versorgt werden, solche Ausgaben wirklich anfallen", so Bundesfinanzminister Christian Lindner und der fürs Justizressort zuständige Marco Buschmann (beide FDP). In einem Gastbeitrag für die WELT AM SONNTAG plädieren die Liberalen für abgespeckte Sozialleistungen und skizzieren eine "neue Migrations-Realpolitik", die weniger Anreize für "irreguläre Migration" bietet.

Zwar habe das Bundesverfassungsgericht pauschale Leistungskürzungen untersagt, so die Minister. Aber mit einer sachlichen, detaillierten Begründung seien Absenkungen sehr wohl vertretbar, unter eng definierten Umständen sogar bis auf "null" - wenn nämlich Asylbewerber Schutz in einem anderen EU-Staat ablehnten, der für sie nach der Dublin-Verordnung zuständig wäre. Zudem sollten für Asylbewerber nach Vorstellung der FDP-Politiker digitale Bezahlkarten eingeführt und Fristen angepasst werden. Bisher erhalten sie nach 18 Monaten höhere Leistungen, die dem Bürgergeld entsprechen, selbst wenn ihr Asylstatus noch offen ist.

Bei den Partnern innerhalb der Ampel-Koalition trifft der Vorstoß indes auf wenig Begeisterung. Für die Grünen beklagt Fraktions-Vize Andreas Audretsch einen "Wettlauf rhetorischer Eskalation aus verschiedenen Richtungen", der nicht weiterhelfe. "Jetzt ist nicht die Zeit für Ideologie-Debatten. Verantwortung bedeutet, Probleme pragmatisch zu lösen, statt zu polarisieren." So wäre es "zusätzlicher Bürokratie-Irrsinn", Geld- durch Sachleistungen zu ersetzen, meint Audretsch und wirbt dafür, lieber Arbeitsverbote für Geflüchtete aufzuheben. Außerdem müsse die Regierung "gute Migrationsabkommen abschließen, damit Menschen die tödliche Flucht über das Mittelmeer erst gar nicht antreten müssen".

Asylbewerbern das Geld kürzen - Kritik an FDP-Vorstoß Union und Koalitionspartner melden Zweifel am Vorschlag der Liberalen an, finanzielle Anreize für Migrante....

Zurückhaltend reagiert auch der stellvertretende SPD-Fraktionschef Dirk Wiese: Im Vorfeld des für den 6. November geplanten Kanzler-Treffens mit den Ministerpräsidenten kämen "aktuell gefühlt täglich neue Vorschläge auf den Tisch", so Wiese zu WELT. Dabei sei schon heute möglich, die Leistungen für Geduldete zu mindern. Bei sehr langen Asylverfahren könnte man darüber nachdenken, ob die Antragsteller weiter nur Grundleistungen bezögen. Der Fraktions-Vize spielt den Ball ins Feld der Liberalen zurück: "Sinnvoll wäre mit Blick auf teilweise sehr lange Verwaltungsgerichtsverfahren aber eine Stärkung der Justiz. Hier haben die Autoren Buschmann und Lindner die Länder beim Pakt für den Rechtsstaat aber bislang leider im Regen stehen lassen."

Auch die Opposition im Bundestag, die selbst Reformen im Bereich der Migrationspolitik fordert, äußert Zweifel. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Alexander Throm (CDU), hält der Ampel und ausdrücklich auch der FDP vor, bisher anders gehandelt zu haben: "Großzügige Bleiberechte wurden geschaffen, Sozialleistungen erhöht, und Arbeitsverbote für Menschen ohne Bleibeperspektive sollen abgesenkt werden. All das sind Pull-Faktoren." Die FDP müsse den Worten Taten folgen lassen und ihre Politik in der Ampel um 180 Grad ändern. "Aber bisher waren die Linkliberalen in der FDP maßgebliche Treiber bei der neuen Migrationspolitik der Ampel hin zu mehr Öffnung", so Throm. "Gerade Herr Buschmann wirkt auf mich wie der Brandstifter, der merkt, was er angerichtet hat, und dann nach der Feuerwehr ruft."

Die Linken-Bundestagsabgeordnete Clara Büniger hält die Vorschläge schon aus rechtlicher Sicht für unzumutbar. "Wer Vorschläge macht, die die in Artikel 1 unseres Grundgesetzes verankerte Menschenwürdegarantie unterminieren, ist für das Amt des Verfassungsministers untauglich", sagt sie mit Blick auf Justizminister Buschmann. Außerdem sei die Vermeidung von "Pull-Faktoren" kein legitimes Ziel für Leistungskürzungen, zumal "längst widerlegt" sei, dass deutsche Sozialleistungen solche Anreize erzeugten. Bezahlkarten für Asylbewerber nennt Büniger "bevormundend und stigmatisierend".

Die AfD dagegen kritisiert die Ausführungen von Lindner und Buschmann als "weichgespült": "Politiker, die es noch nicht einmal schaffen, Illegalität als solche zu benennen, sondern sie permanent in den Weichspüler 'Irregularität' verpacken, sind schlicht nicht willens, die Dinge beim Namen zu nennen und damit komplett unglaubwürdig", äußert sich der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, Gottfried Curio. "Die Konzentration auf eine Fülle kleinster Stellschrauben hat insgesamt allein das Ziel, einerseits Tätigkeit vorzutäuschen, aber andererseits nie das Grundproblem faktisch anzugehen."

FDP-Fraktionschef Christian Dürr steht dagegen voll hinter den Forderungen seiner Parteikollegen. "Es besteht jetzt die Chance, eine interessengeleitete Migrationspolitik in Deutschland zu etablieren", so Dürr. "Ich erwarte, dass die Grünen in Regierungsverantwortung in den Bundesländern hierzu beitragen." Als Stichworte nennt er neben Bezahlkarten noch Abschiebehaftplätze, die zügige Digitalisierung der Behörden und schnelle Asylverfahren. Es wäre "unverzeihlich, wenn die Koalition diese historische Chance auf einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik nicht ergreift". Seinem Eindruck nach hätten das auch die Grünen verstanden.

Unterstützung für die Vorschläge von Buschmann und Lindner kommt auch von Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU). "Die Sozialstandards in diesem Land sind zu hoch und die Möglichkeiten, in diesen Sozialtransfer zu kommen, sind zu einfach", pflichtete er den FDP-Politikern bei. Er erwarte, dass der Bundeskanzler zur Ministerpräsidentenkonferenz im November Lösungsvorschläge parat habe, um den Anreiz für eine Migration nach Deutschland zu minimieren.

Jetzt ist nicht die Zeit für Ideologie-Debatten Andreas Audretsch, Grünen-Fraktionsvize

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 31, 2023

Abschiebevorstoß von Scholz stößt auf viel Zustimmung; Der Kanzler will abgelehnte Asylbewerber "im großen Stil" rückführen. Scharfe Kritik vom linken Grünen-Lager

Die Welt

Montag 23. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 205

Length: 1094 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Nur rund 1000 Menschen werden monatlich aus Deutschland abgeschoben. Viel mehr Ausländer werden jeden Monat im **Asylverfahren** abgelehnt oder zu Freiheitsstrafen verurteilt, bleiben aber trotzdem hier. Dies ist seit Langem so, ohne dass die Ampel-Regierung oder ihre Vorgänger daran Wesentliches änderten. Doch nach den jüngsten für seine SPD desaströsen Landtagswahlen hat nun Bundeskanzler Olaf Scholz einen markanten Satz in die **Migrationsdebatte** eingespeist. "Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben", appellierte der Sozialdemokrat via "Spiegel" an sich selbst und alle politisch Verantwortlichen. "Wer keine Bleibeperspektive in Deutschland hat, weil er sich nicht auf Schutzgründe berufen kann, muss zurückgehen."

Der "Spiegel" setzte den Scholz-Satz noch etwas kürzer und wuchtiger auf den Titel unter ein eisig-bläuliches Kanzler-Konterfei: "Wir müssen endlich im großen Stil abschieben." Damit reiht sich Scholz ein in die Riege seiner SPD-Vorgänger im Kanzleramt, die auch ihre insgesamt offene Migrationspolitik mit restriktiver Rhetorik garnierten. Der vor Scholz letzte Sozialdemokrat im Kanzleramt, Gerhard Schröder, machte schon im für ihn erfolgreichen Wahlkampf 1998 auf dem Titel der "Bild am Sonntag" die Ansage: "Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: Raus, und zwar schnell!", so Schröder, der mit seiner rot-grünen Regierung die Einbürgerungen beschleunigte sowie die Passvergabe ab Geburt an Kinder von Ausländern einführte. Und Helmut Schmidt sagte gegen Ende seiner Kanzlerschaft, in der die Asylzuwanderung auf Rekordhochs kletterte, im Jahr 1981: "Es war ein Fehler, so viele Ausländer ins Land zu holen." 1992 kritisierte der Sozialdemokrat: "Man kann aus Deutschland mit immerhin einer tausendjährigen Geschichte seit Otto I. nicht nachträglich einen Schmelztiegel machen." Weder aus Frankreich noch aus England "noch aus Deutschland dürfen Sie Einwanderungsländer machen. Das ertragen die Gesellschaften nicht. Dann entartet die Gesellschaft!"

Nun hat Scholz weit weniger drastische Worte als seine Vorgänger gewählt, aber sie sorgen auf der linken Seite des Ampel-Spektrums für Aufregung: Die Jusos schrieben auf dem Kurznachrichtendienst X, die Forderung des

Abschiebevorstoß von Scholz stößt auf viel Zustimmung Der Kanzler will abgelehnte Asylbewerber "im großen Stil" rückführen. Scharfe Kritik vom linken Grünen-Lag....

Kanzlers komme "direkt aus dem Vokabular des rechten Mobs". Sarah-Lee Heinrich, Sprecherin der Grünen Jugend, kommentierte: "Ich werde nicht das sagen, was ich denke, da ich kein Interesse habe, für Beleidigungen angezeigt zu werden. Schämen Sie sich!" Und Jürgen Trittin (Grüne) meinte, Abschieberhetorik sei ein "Konjunkturprogramm für Rassismus". Offiziell will sich die Grünen-Fraktion auf WELT-Anfrage nicht zu dem neuen Kanzler-Sound äußern. Von den Ampel-Partnern SPD und FDP sowie der Union und der AfD bekommt Scholz' Ankündigung Zustimmung - wobei die beiden Oppositionsfraktionen aber Zweifel an deren Ernsthaftigkeit äußern.

Der Fraktionsvorsitzende der Liberalen, Christian Dürr, sagte WELT: "Der FDP ist es ein großes Anliegen, mehr Ordnung in die Migrations- und Flüchtlingspolitik zu bringen. Daher bin ich dem Bundeskanzler dankbar für seine klaren Worte. Olaf Scholz äußert das, was die breite Mehrheit der Deutschen möchte und wofür seine Vorgängerin nie die Kraft hatte. Als Koalition sollten wir diesen Kurs gemeinsam umsetzen. Die Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch, etwa die deutliche Verlängerung der Abschiebehaft." Damit spricht Dürr die geplante Ausdehnung des Ausreisegewahrsams von derzeit höchstens zehn auf dann bis zu 28 Tage an, um das Untertauchen von Ausreisepflichtigen am Abschiebungstermin zu erschweren. Die "wichtigste Aufgabe" ist für Dürr aber "die Abschaffung sogenannter Pull-Faktoren, damit weniger Menschen nach Deutschland kommen". Hier müsse man über "grundsätzliche Leistungskürzungen" und "Asylverfahren außerhalb von Deutschland, in Drittstaaten, sprechen". Solche Pläne versucht etwa Großbritannien voranzutreiben - weil das Projekt durch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof behindert wurde, erwägt die britische Regierung sogar, aus der Europäischen Menschenrechtskonvention auszutreten.

Auch Dirk Wiese, Fraktionsvize der Kanzlerpartei SPD, stützt Scholz: "Es ist richtig, dass der Bundeskanzler klare Kante zeigt", sagt Wiese WELT. "Es muss uns jetzt gelingen, dass wir illegale Migration steuern und ordnen und zugleich offen für die nötige Fach- und Arbeitskräftezuwanderung sind. Darum werden wir bestehende Hindernisse bei der Durchführung von Abschiebungen beseitigen und zugleich Menschen mit klarer Bleibeperspektive schneller in Arbeit bringen. Denn das ist der beste Weg, sich bei uns zu integrieren. Zudem setzen wir einen Schwerpunkt auf die Aushandlung von Migrationsabkommen, damit Herkunftsländer auch tatsächlich ihre illegal eingereisten Bürger zurücknehmen."

Die oppositionelle Union begrüßt ebenso den neuen Kanzler-Sound und fordert, dass sie rasch zur Ampel-Politik werden. Fraktionsvize Andrea Lindholz (CSU) sagt WELT: "Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel in der Migrationspolitik." Die bisherigen Entwicklungen weckten allerdings Zweifel daran, dass es der Ampel ernst sei mit mehr Abschiebungen. "Denn dafür braucht es nicht nur beim Bundeskanzler, sondern in allen Ampel-Parteien den politischen Willen." Der nun von der Ampel angekündigte Gesetzentwurf für mehr Abschiebungen komme viel zu spät; zudem müsse die Bundesregierung künftig "auch Visa-Hebel und die Entwicklungshilfe einsetzen, um Herkunftsstaaten zur Rücknahme zu bewegen".

Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Gottfried Curio, stimmt Scholz' Satz inhaltlich zwar ebenfalls zu, er hält ihn aber nicht für ernst gemeint: "Im Detail wird die Pseudo-Markigkeit des scholzschen Schein-Machtwortes durch das gleich nachfolgende wachsweiße Kleingedruckte der vorgebrachten Umsetzungsvorschläge sofort wieder entlarvt." Dass Behörden "rund um die Uhr erreichbar sein" müssten, dass die Digitalisierung vorangetrieben werde, dass Anhörungen und Gerichtsverfahren schneller ablaufen müssten - all dies ändere erst einmal gar nichts, so Curio: "Schnellere Verfahren bedeuten eben mitnichten automatisch mehr Abschiebungen."

Clara Büniger von der Linksfraktion sieht es völlig anders: "Der sozialdemokratische Kanzler spricht in einem knapp 3000 Worte langen Interview an keiner Stelle über Sozialpolitik, außer als er meint, durch Zuwanderung wäre unser Sozialsystem bedroht. Das ist ein Brandbeschleuniger in einer Debatte, die sich seit Wochen weg von Fakten hin zu rechten Stammtischparolen entwickelt hat."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 23, 2023

Abschiebevorstoß von Scholz stößt auf viel Zustimmung Der Kanzler will abgelehnte Asylbewerber "im großen Stil" rückführen. Scharfe Kritik vom linken Grünen-Lag....

End of Document

Faeser und ihre Mission Abschiebung; Wie die Bundesinnenministerin die Regierung Marokkos überzeugen will, abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen

Die Welt

Dienstag 31. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 211

Length: 1105 words

Byline: Nikolaus Doll

Body

Rabat

Keine Wendung benutzte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nach der ersten Begegnung mit Vertretern der marokkanischen Regierung an diesem Montag so oft wie "auf Augenhöhe". Denn Faesers Mission in der Hauptstadt Rabat ist heikel. Die Innenministerin ist diesmal im Außendienst unterwegs. Als Diplomatin.

Die Bundesregierung will die **Migrationskrise** entschärfen - unter anderem durch den Abschluss von Rückführungsabkommen, in denen sich die Heimatländer verpflichten, ihre Staatsbürger wieder aufnehmen, die sich illegal in Deutschland aufhalten. Nur: Warum sollte sich die von Berlin dazu aufgeforderten Regierungen darauf einlassen?

Mit rund 30 Ländern hat Deutschland Rückführungsabkommen abgeschlossen, sie funktionieren in vielen Fällen kaum oder gar nicht. Dass man Syrer oder Afghanen nicht auf Basis eines Abkommens abschieben kann, liegt daran, dass man mit dem Assad-Regime oder den Taliban-Terroristen keines abschließen kann und will. In anderen Fällen zeigen die betroffenen Länder schlicht keine Bereitschaft, bestehende Vereinbarungen umzusetzen. Das gilt auch für Marokko. Denn die Bundesregierung muss mehr tun, als nur auf Rücknahmen zu drängen; sie muss den jeweiligen Regierungen im Gegenzug etwas bieten - auf Augenhöhe. Wie das funktionieren könnte, zeigte der Blitzbesuch der Innenministerin in Rabat.

Dabei wurde offensichtlich, wie schwer es wird, die jüngst von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im "Spiegel" angekündigten Abschiebungen "im großen Stil" durchzusetzen. Und dass es lange dauern wird, bis das in der vergangenen Woche vom Kabinett verabschiedete "Rückführungsverbesserungsgesetz" auch nur im Ansatz messbar Wirkung zeigen wird. Es hängt schlicht davon ab, wie gut das Angebot ist, dass die Bundesregierung im jeweiligen Fall machen kann, damit die Heimatländer ihre Staatsbürger wieder aufnehmen. Im Sitz ihres Amtskollegen trafen Nancy Faeser und der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen,

Faeser und ihre Mission Abschiebung Wie die Bundesinnenministerin die Regierung Marokkos überzeugen will, abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen

Joachim Stamp (FDP), Marokkos Innenminister Abdelouafi Laftit. Der repräsentative Gebäudekomplex war einst die Residenz der französischen Verwaltung zu Zeiten des Protektorats über das Land, später Standort der französischen Botschaft. Bis die Marokkaner das nicht länger duldeten - das stehe zu sehr in einer Linie mit der Kolonialzeit, so die Begründung. Die Franzosen mussten ausziehen, das Innenministerium zog ein. Der Ort hat Symbolwirkung für die Marokkaner, er steht für das Selbstbewusstsein des Landes. Die kurze Pressekonferenz nach der kaum einstündigen Unterredung gab Faeser allein. Minister Laftit war bereits gegangen. Er gebe keine Pressekonferenzen, hieß es von marokkanische Seite.

Also erklärte die Bundesinnenministerin allein, dass man soeben eine Absichtserklärung über eine "engere Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit, Migration, Katastrophenschutz und der Bekämpfung grenzüberschreitenden Kriminalität" unterzeichnet habe. "Es war ein gutes Gespräch, der Minister ist an einer engeren Kooperation interessiert", sagte Faeser. Und dass es das Ziel sei, "passgenaue Lösungen zu finden, die die Interessen beider Länder berücksichtigen". Darum geht es eigentlich: um Paketlösungen. So will die Innenministerin die "Rückführungsoffensive" in Gang bringen, die der Kanzler so vollmundig, aber ohne jedes Druckmittel angekündigt hatte.

Deutschland will Menschen ohne Aufenthaltsberechtigung nach Marokko zurückbringen. Das nordafrikanische Land ist interessiert daran, dass seine Staatsbürger einfacher in Deutschland eine Beschäftigung aufnehmen dürfen, also Arbeitsvisa erhalten. Hierzulande herrscht Arbeitskräftemangel; in Marokko gibt es so viele Menschen aus geburtenstarken Jahrgängen, dass nur ein Bruchteil von ihnen einen Job und damit ein Auskommen findet. Die illegale Zuwanderung nach Deutschland soll gemildert, die Arbeitsmigration systematisiert werden.

Daher führten Faeser und Stamp anschließend auch Gespräche mit dem Minister für wirtschaftliche Eingliederung, Kleinunternehmen, Beschäftigung und Qualifikationen, Younes Sekkouri, und mit Außenminister Nasser Bourita. An einer Joboffensive dürften die Marokkaner deutlich interessierter sein als an der in Berlin geplanten Rückführungsoffensive. Was am Ende die Regierung in Rabat davon überzeugen soll, qualifizierte Menschen nach Deutschland zu schicken und im Gegenzug dort abgelehnte Staatsbürger wieder aufzunehmen, ist einer der vielen schwierigen Punkte bei den Gesprächen.

Lösen muss sie Schritt für Schritt der Sonderbevollmächtigte Stamp, der auch den Besuch in Marokko in vielen Einzelgesprächen vorbereitet hatte. Schnelle Erfolge, das hatte der FDP-Politiker mehrfach klargemacht, werde es bei den Rückführungsabkommen nicht geben. Dafür seien Vertrauen, viele Verhandlungen und maßgeschneiderte Angebote nötig. Länder wie Moldau oder Georgien beispielsweise sind längst ausgeblutet, was Fachkräfte angeht; die Regierungen dort haben kein Interesse an Arbeitsvisa für ihre Staatsbürger, sie brauchen andere Angebote. Stamp muss das in jedem Einzelfall ausloten; die Gespräche, die er mit den Vertretern anderer Regierungen führt, sind in aller Regel streng vertraulich. Dringen Details vorab nach außen, scheitert der Deal im Frühstadium. Stamp muss sich also langsam vorarbeiten.

Nur: Kanzler Scholz, der ebenfalls nach Afrika gereist ist, um in Nigeria für den Ausbau von Migrationszentren zu werben, die für die Unterstützung von Rückkehrern aus Deutschland und anderen Staaten gegründet wurden, braucht einen rasch sichtbaren Erfolg. Die Bundesregierung steht aufgrund der stetig steigenden Zuwandererzahlen immer stärker unter Druck. Bis einschließlich September wurden nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 251.213 Asylanträge gestellt. 2022 waren es im Gesamtjahr 244.132. Hinzu kommen Flüchtlinge, vor allem aus der Ukraine. Städte und Gemeinden sind angesichts der Zuwandererzahlen zunehmend überfordert, alle Maßnahmen einer Begrenzung greifen bislang nicht. So soll durch Abschiebungen wenigstens etwas Entlastung geschaffen werden.

Die Ankündigungen des Kanzlers suggerieren aber, dass das "Rückführungsverbesserungsgesetz" substanziell etwas zur Entlastung beitragen könnte. Derzeit müssten rund 280.000 Menschen Deutschland verlassen; die meisten haben aber eine Duldung, dürfen vorerst bleiben. Im vergangenen Jahr gab es 12.945 Abschiebungen. Im Fall Marokkos sind rund 3660 Menschen ausreisepflichtig, etwa 2760 sind geduldet - ein Abkommen mit der Regierung in Rabat würde also dazu führen, dass 900 Menschen abgeschoben werden könnten. Dafür muss der Sonderbeauftragte Stamp Monate verhandeln.

Faeser und ihre Mission Abschiebung Wie die Bundesinnenministerin die Regierung Marokkos überzeugen will, abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) im Gespräch mit ihrem marokkanischen Kollegen Abdelouafi Laftit (2. v. r.)

Load-Date: October 31, 2023

End of Document

"Politische Eliten, die in Illusionen leben"; Gernot Schmidt ist Landrat in Brandenburg und sieht in der Migrationskrise nur noch eine Wahl zwischen konsequenten Abschiebungen und einer "anderen harten Linie"

Die Welt

Donnerstag 20. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 77

Length: 1384 words

Byline: Johannes Wiedemann

Body

Seit Ende 2005 ist Gernot Schmidt (SPD), 60, Landrat des Kreises Märkisch-Oderland in Brandenburg. Er wirft seiner Parteifreundin und Bundesinnenministerin Nancy Faeser vor, in **Migrationsfragen** eine moralisierende "Scheindebatte" zu führen.

WELT:

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund stellt fest, die Kommunen seien an ihrer Belastungsgrenze angekommen, was Unterbringung und Integration von **Migranten** angeht. Wie nehmen Sie die Lage in Ihrem Landkreis wahr, Herr Schmidt?

Gernot Schmidt:

Zunächst bin ich erschüttert, wie dieser Diskurs in der Bundesrepublik geführt wird. Oft steht dabei der Vorwurf im Raum, die kommunale Ebene integriert die **Flüchtlinge** nicht. Also: Wir haben so um die 3000 **Flüchtlinge** im Landkreis. Darunter sind 900 Menschen, die nicht zu integrieren, sondern abzuschieben sind - aber nicht abgeschoben werden. 300 sind ausreisepflichtig; bei den anderen 600 etwa aus Afghanistan ist die Abschiebung aus humanitären Gründen ausgesetzt. Wenn Menschen kein **Asylrecht** haben, gibt es keinen zwingenden Integrationsgrund. Wir sind deshalb gezwungen, diesen Menschen keine Arbeitserlaubnis und keine Wohnungsberechtigung zu erteilen. Wenn wir sie aber nicht abschieben, drängen wir sie in Illegalität und unhaltbare Zustände. Sie verbringen Jahre in **Asylheimen**. Aber niemand ist gewillt, eine Linie zu ziehen, um diese eigentlich unhaltbaren Zustände zu beenden. Die deutsche **Asylpolitik** führt dazu, dass wir geltendes Recht nicht umsetzen.

Diese "Linie" wäre für Sie eine robuste Rückführungspolitik?

"Politische Eliten, die in Illusionen leben" Gernot Schmidt ist Landrat in Brandenburg und sieht in der Migrationskrise nur noch eine Wahl zwischen konsequenten....

Also entweder man schiebt konsequent ab. Oder man muss, wenn man dazu nicht in der Lage ist, eine andere harte Linie ziehen: Wir sprechen eine Art Generalamnestie aus, die Menschen bekommen Wohnberechtigung und Arbeitserlaubnis. Wenn sie dann sozialversicherungspflichtig arbeiten, werden sie Teil unserer Gesellschaft. Arbeiten sie nicht, müssen die Sozialtransfers rigoros gekürzt und auf Sachleistungen umgestellt werden. Aber wenn man das fordert, schreien wieder alle auf ...

Alle nicht, aber wohl viele - etwa aus Ihrer SPD.

Ja, das ist eben so. Aber der andere Weg bedeutet Weltfremdheit und Abgehobenheit. Ich glaube jedenfalls nicht, dass es gut für unser Land ist, wenn wir Menschen ohne Arbeitserlaubnis in illegale Beschäftigungsverhältnisse drücken. Auch jemand, der sechs, sieben, acht Jahre im Asylbewerberheim lebt, muss seinen Platz im Leben finden. Ich spreche ja auch mit Hunderten Bürgern, und egal, wie man zu den Konflikten der Zuwanderung steht, gibt es vor allem eine Forderung: Wenn die Leute zu uns kommen, sollen sie arbeiten.

Wie sieht es mit Wohnraum aus - kriegen Sie zurzeit alle Migranten, die nach Märkisch-Oderland kommen, untergebracht?

Würden wir konsequent abschieben und das Asylrecht umsetzen, dann wären wir jederzeit dazu in der Lage. Aber da das nicht passiert, laufen gerade unsere Heime voll, und wir müssen neue einrichten. Da sind wir auf dem Weg. Wir gehen über das Jahr verteilt von 2000 neuen Flüchtlingen aus. Im Berliner Umland und im ländlichen Raum ist die Wohnungslage prekär. Wir haben schon jetzt in unseren Heimen 300 anerkannte Asylbewerber, die ausziehen dürften - aber die wir nicht in Wohnungen unterbringen können. Dabei haben wir große Wohnungsbaugesellschaften im Land - die sind aber nicht in der Lage, kurzfristig zu bauen. Und der Bund weitet die Zuwanderung mit einer sehr liberalen Politik mit immer neuen Programmen aus, sorgt aber nicht für den Bau des nötigen Wohnraums. Wir bewegen uns in einem immer stärker überbürokratisierten Regelwerk, was etwa Ausweisung von Bauflächen und ökologischen Ausgleichsflächen angeht. Da steuern wir auf eine echte Krisensituation zu.

Womit haben Sie sonst noch zu kämpfen?

Am meisten treibt mich um: Wir können die Kinder, die zu uns kommen, nicht mehr gut in Kitas und Schulen unterbringen. Wir hatten alleine infolge der ukrainischen Flüchtlingsbewegung eine enorme Belastung.

Was tun Sie also?

Als Landrat bin ich da radikal - es gilt die Schulpflicht. Die Schulen haben diese Kinder aufzunehmen, und wir als Landkreis lassen es nicht zu, dass das nicht passiert. Natürlich werden die Klassen größer, und wir haben eine Beeinträchtigung der Verhältnisse an den Schulen.

Klingt nicht gut.

Es sind die Lehrer und auch die Kita-Erzieher, die am Ende die Lasten dieser Zuwanderungspolitik tragen. Aber ein anderer Weg geht nicht. Wir müssen die Kinder integrieren, weil sie am schnellsten die Sprache beherrschen und dann auch für ihre Eltern die Brücke in die deutsche Gesellschaft bilden.

Apropos deutsche Gesellschaft - wie geht es den Bürgern mit der Situation?

Es gibt natürlich auch hier Menschen, die Zuwanderung grundlegend ablehnen. Diese Gruppe hat sich nicht signifikant vergrößert. Aber die Menschen, die sich engagiert haben und bereit waren, sich dieser Aufgabe zu stellen - die resignieren vollends und sagen: Der Staat versagt und schafft nicht die notwendigen Ressourcen. 80 Prozent der fast 3000 ukrainischen Flüchtlinge hier sind übrigens privat untergekommen. Wir haben politische Eliten, die in Illusionen leben und an die praktische Umsetzung auf der kommunalen Ebene nicht denken, obwohl sich die Probleme hier immer mehr verschärfen. Dazu zählt auch der Umgang mit psychisch kranken Asylbewerbern. Die Menschen resignieren vor dem Nicht-Handeln und Nicht-Agieren von Politik.

"Politische Eliten, die in Illusionen leben" Gernot Schmidt ist Landrat in Brandenburg und sieht in der Migrationskrise nur noch eine Wahl zwischen konsequenten....

Wo sollte etwa konkret gehandelt werden?

Nehmen Sie als Beispiel den Ausbau von erneuerbaren Energien. Bei der Windkraft wird das Bau- und Planungsrecht immer mehr entschlackt. Beim Wohnungsbau sind wir aber dazu nicht in der Lage. Das ist für mich ein Skandal.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) lehnt mit Blick auf die starke Zuwanderung eine "Höchstgrenze für Menschlichkeit" ab - acht von zehn Geflüchteten kämen aus der Ukraine. Was entgegnen Sie?

Das ist in der Sache ein edles Argument. Aber es ist nicht edel, wenn man als Bundespolitiker den Kommunen und Landkreisen nicht die nötigen Instrumente in die Hand gibt. Frau Faeser führt eine Scheindebatte, wenn das Ergebnis ist, dass Lehrer und Schulen an ihre Grenzen stoßen, dass Menschen nicht in Wohnungen kommen, dass wir nicht in der Lage sind, die nötige Infrastruktur zu schaffen. Diese Scheinheiligkeit wird auf dem Rücken der einfachen Leute in unserem deutschen Lande ausgetragen. Es erzürnt mich manchmal, dass man mit dieser moralischen Keule kommt.

Faeser findet es zudem "seltsam", dass schon Anfang April gesagt worden sei, die Ländern und Kommunen zugesagten 2,75 Milliarden Euro zusätzliche Unterstützung für dieses Jahr reichten nicht aus. 2022 habe der Bund 4,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Was sagen Sie dazu?

Es geht gar nicht um Geld. Sie können solche Konflikte nicht lösen, wenn Sie zum Beispiel für den Bau einer neuen Schule mit Bebauungsplanverfahren vier Jahre benötigen.

Dennoch fokussiert sich die Debatte häufig auf die Finanzen.

Die typische Debatte zwischen Bund und Ländern, bei der die Kommunen nur am Katzentisch sitzen - also die Ebene, die es am Ende umsetzen muss. Wir brauchen nicht mehr Geld, sondern eine klare harte Linie, die es uns ermöglicht, zeitnah die nötige Infrastruktur bereitzustellen.

Was sind Ihre Erwartungen an Kanzler Olaf Scholz (SPD) beim Migrationsgipfel am 10. Mai?

Dass die Bundesregierung die Migrationslage als Gesamtprojekt sieht und sich bestimmte Ressorts nicht wegducken. Das gilt fürs Baurecht, aber auch das Umweltrecht, etwa wenn es um Flächenbereitstellung geht. Es muss einen Gesamtwurf geben. Dafür ist ein Kanzler verantwortlich.

Sind Sie optimistisch, dass das passieren wird?

Nein, weil viele der Verantwortlichen gar nicht bereit sind, sich mit den Problemen zu befassen. Auch Bundestag und Landtage wollen die Realität nicht sehen. Meine Erfahrung sagt: Die Kommunen werden am Ende alleingelassen damit.

Wie gehen Sie als Sozialdemokrat damit um, dass Ihre eigene Partei auf Bundesebene maßgeblich zu Ihren Problemen beiträgt?

Politik hat sich immer stärker ausgefasert und richtet sich immer stärker an Personen aus, weniger an Parteien und Inhalten. Diese Weltfremdheit finden Sie auch in der CDU und den anderen Parteien. Ich glaube, wir sind in Deutschland generell nicht mehr in der Lage, über Probleme zu diskutieren und andere Meinungen erst einmal anzuhören, sondern verurteilen andere lieber sofort.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

"Politische Eliten, die in Illusionen leben" Gernot Schmidt ist Landrat in Brandenburg und sieht in der Migrationskrise nur noch eine Wahl zwischen konsequenten....

Gernot Schmidt (SPD) wirft der Bundesregierung Untätigkeit vor

Load-Date: April 19, 2023

End of Document

Asylzuwanderung von Türken fast verdreifacht; Die meisten haben keine Schutzgründe, werden aber selten abgeschoben - denn Ankara errichtet Hürden

Die Welt

Dienstag 3. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 2

Length: 1173 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Bei türkischen Einwanderern denken viele zunächst an Gastarbeiter und deren Nachkommen, doch das Land am Bosphorus ist seit Jahrzehnten auch ein Hauptherkunftsland von Asylbewerbern. Im Zuge der stark gestiegenen illegalen Migration nach Deutschland reisen auch viel mehr Türken unerlaubt ein, um Anträge zu stellen, die mehrheitlich abgelehnt werden. Dennoch gelingt nur in seltenen Fällen eine Abschiebung.

2022 stellten bis Ende November 19.754 Türken Asylerstanträge in Deutschland, im gesamten Vorjahr waren es 7067. Das bedeutet fast eine Verdreifachung im Vergleich zu 2021. Die EU-Asylagentur EUAA teilte kurz vor Weihnachten mit, die Zahl der Asylanträge von Türken in der EU sei "auf ein neues Allzeithoch" geklettert, mit 7400 Anträgen im Oktober. Neuere Zahlen veröffentlicht die EUAA erst in einigen Wochen. Deutschland ist das weitaus beliebteste Zielland für türkische Asylsuchende in der EU. Hier gab es nach Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Oktober 3324 und im November 4691 Erstanträge. Die Türkei ist in diesem Jahr nach Syrien und Afghanistan das dritt wichtigste Asylherkunftsland.

Und unter den türkischen Asylbewerbern sind 2022 viel mehr Flüchtlinge als in früheren Jahren. Die Anerkennungsquote liegt bei 28 Prozent, bei ihnen stellte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Gründe für die Erteilung von Flüchtlings-, Subsidiär- oder Abschiebungsschutz fest. Wie aus der Behörde zu hören war, kommen aktuell mehr Regierungsgegner, denen äußerst harte Strafen drohen. Beispielsweise hat das Parlament im vorigen Frühling ein Gesetz gegen sogenannte Fake News verabschiedet. Wer aus Sicht des türkischen Staats falsche oder verzerrende Informationen verbreitet, kann eine Haftstrafe bis zu drei Jahren erhalten. Zudem verschärft sich die wirtschaftliche Lage, die Inflation liegt bei 80 Prozent.

In früheren Jahren lag die Anerkennungsquote von Türken in Deutschland oft im einstelligen Bereich, erst seit dem Putschversuch von Teilen des türkischen Militärs im Jahr 2016 nahm sie zu auf annähernd 20 Prozent, weil sich der Druck auf Regierungsgegner erhöht hatte. Trotz dieser veränderten Lage wird aber auch noch heute die Mehrheit abgelehnt, allerdings nur selten abgeschoben. So lebten zur Jahresmitte laut Bundesinnenministerium

Asylzuwanderung von Türken fast verdreifacht Die meisten haben keine Schutzgründe, werden aber selten abgeschoben - denn Ankara errichtet Hürden

fast 79.000 Türken mit abgelehntem Asylantrag in Deutschland. Darin sind nicht die Fälle enthalten, die einmal abgelehnt, aber später eingebürgert wurden - diese werden nämlich mit der Einbürgerung aus dem Ausländerzentralregister gelöscht. Allerdings ist zu beachten, dass die Ablehnung der 79.000 Asylbewerber meist schon viele Jahre zurückliegt und längst eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, was meist einige Zeit nach Ablehnung der Fall ist. Zur Jahresmitte war nur ein Bruchteil, nämlich 10.666 Türken, ausreisepflichtig.

Abgeschoben in die Türkei wurden laut WELT vorliegenden Daten der Bundespolizei im vorigen Jahr bis Ende November nur 437 Personen. Neben vielen hausgemachten Problemen, die Rückführungen entgegenstehen, etwa das regelmäßige "Nichtantreffen" des Migranten am Abschiebungstag durch zurückhaltende Anwendung der Abschiebungshaft, ist ein wichtiger Faktor die mangelnde Kooperationsbereitschaft vieler Herkunftsstaaten - und auch der Türkei. Aus Landesministerien ist zu hören, dass die Ausstellung der Papiere sich oft monatelang verzögert oder die Konsulate nicht reagieren.

Ein aktuelles Problem sei, dass die Türkei "unheimlich hohe Anforderungen" stelle und "umfangreiche Informationen" über abzuschiebende Staatsbürger verlange, sagte ein Beamter WELT. Oft werde der vollständige Bescheid des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge verlangt, der viele private Angaben aus den Befragungen enthält. Und falls es zu Klagen gegen die Ablehnung kam, was überwiegend der Fall ist, sollen auch die Gerichtsurteile eingereicht werden. "Das sind Informationen, die will ich nicht herausgeben", so der Beamte. Im Gegenzug händigt die Türkei dann häufig nicht die unbedingt erforderlichen Reisepapiere aus. Den überlasteten Rückführungsbeamten sind die Hände gebunden, solange Berlin oder Brüssel durch diplomatischen Druck keine bessere Kooperation der Herkunftsstaaten erwirken.

Ein aktuelles Beispiel offenbart, wie schwach dieser Druck ausfällt. Weil das kleine Gambia - dessen Präsident schon einmal aus Deutschland abgeschoben wurde, wie WELT AM SONNTAG recherchiert hatte - besonders dreist die völkerrechtliche Pflicht zur Rücknahme eigener Bürger blockierte, kündigte die EU mit rhetorischer Entschlossenheit den "Visum-Hebel" an. Diese an sich sehr erfolgversprechende Methode - Touristenvisa einzuschränken, sodass die wohlhabende Schicht unkooperativer Staaten auf Stippvisiten verzichten muss, ohne die arme Bevölkerung zu schädigen - verkümmerte zu einem Hebelchen: Am 8. Dezember nun beschloss der EU-Rat die Erhöhung der Visagebühr für Gambier von den üblichen 80 auf 120 Euro, um "auf den Mangel an substanziellen Verbesserungen bei der Rückübernahme" zu reagieren.

Die rund 7000 gambischen Ausreisepflichtigen in Deutschland werden wohl weiterhin über Duldungen in Aufenthaltstitel hineinwachsen, so, wie es auch in der Regel bei Türken oder aus anderen Ländern kommenden Asylsuchenden ohne Schutzgrund der Fall ist. Auch über das von der Ampel-Koalition geschaffene "Chancen-Aufenthaltsrecht". Dadurch wird sich wohl bald die Zahl der Ausreisepflichtigen von rund 300.000 um ungefähr 100.000 reduzieren - ganz unabhängig von Ausreisen oder Abschiebungen. Denn mit dem sogenannten Chancen-Aufenthaltsrecht können solche Ausreisepflichtigen mit Duldung, die zum 31. Oktober 2022 schon fünf Jahre im Land lebten, für ein Jahr eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, um in dieser Zeit die Erfordernisse für einen dauerhaften Aufenthaltstitel zu erfüllen: nämlich die überwiegende Sicherung ihres Lebensunterhaltes, grundlegende Sprachkenntnisse und eine geklärte Identität. Ampel-Politiker erweckten mehrmals den falschen Eindruck, es gehe um seit fünf Jahren Geduldete. Dass es hingegen Geduldete betrifft, die seit fünf Jahren im Land leben, ist ein entscheidender Unterschied: Denn wer 2016 illegal einreiste, wurde wegen der langsamen Asylverfahren oft erst 2018 abgelehnt, und nach der meist folgenden Klage gegen das BAMF folgten dann oft weitere zwei Jahre bis zur Verwaltungsgerichtsentscheidung.

Diese Möglichkeit ist die jüngste unter den bestehenden für die abgelehnten Asylbewerber oder aus anderen Gründen ausreisepflichtig gewordenen Migranten, über Duldungen in den legalen Aufenthalt zu gelangen. Weil Deutschland seit vielen Jahren kaum abschiebt, wurden große Anstrengungen unternommen, um freiwillige Ausreisen stärker zu fördern, rund 1000 Euro werden inzwischen gezahlt, manchmal ergänzt durch Reintegrationsprogramme nach Rückkehr. Dieses Angebot unterbreitet die Bundesrepublik jedem Ausreisepflichtigen, bevor sie zu der harten Maßnahme der Abschiebung greift. Doch nicht einmal 200 ausreisepflichtige Türken machten 2022 davon im Rahmen des Bundesprogramms REAG/GARP Gebrauch.

Asylzuwanderung von Türken fast verdreifacht Die meisten haben keine Schutzgründe, werden aber selten abgeschoben - denn Ankara errichtet Hürden

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 2, 2023

End of Document

Worüber Brüssel nach dem Scholz-Machtwort berät; Auch ohne Blockade der Grünen bleiben Streitpunkte bei der künftigen Migrationspolitik der EU

Die Welt

Donnerstag 28. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Politik; S. 6; Ausg. 189

Length: 1213 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Die Entscheidung fiel im letzten Augenblick. Deutschland will nun doch bei der umstrittenen sogenannten Krisenverordnung "nichts aufhalten". So soll es Bundeskanzler Scholz am Mittwochvormittag am Rande der Kabinettsitzung verfügt haben, wie Teilnehmer WELT bestätigten. Damit wäre eine wichtige Hürde für ein neues EU-Asylsystem ausgeräumt. Die Chancen, dass sich EU-Parlament, Kommission und die 27 Mitgliedstaaten spätestens bis Februar des kommenden Jahres auf ein grundsanisiertes Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) einigen, sind damit gestiegen. Ob die neuen Regeln dann aber auch dazu führen werden, dass die Zahl der Asylanträge deutlich sinkt und das europäische Asylsystem auch im Krisenfall wetterfest wird, ist noch völlig unsicher. Schnelle Erfolge sind jedenfalls nicht zu erwarten.

Das Machtwort des Kanzlers kam nicht überraschend. Allenfalls der Zeitpunkt war unklar. Aber Scholz wollte offenbar vor den Verhandlungen der EU-Innenminister am Donnerstag in Brüssel die Reißleine ziehen. Andernfalls wäre in Brüssel ein Gespenst namens Annalena Baerbock im Raum gewesen. Die Außenministerin der Grünen schien seit dem Sommer mit Tweets und anderen Einlassungen die Grundzüge der deutschen Migrationspolitik in Brüssel zu dominieren. Baerbock, die innerhalb der Bundesregierung eigentlich für das Thema gar nicht zuständig ist, die europäische Migrationspolitik aber bei den Grünen überraschenderweise federführend verantwortet, hätte ohne die Intervention von Scholz bei Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) die Daumenschrauben angelegt.

Bis zur Kabinettsitzung am Mittwoch sah es aus, dass die Außenministerin den Kurs der Bundesregierung bei der Krisenverordnung diktiert. Dabei handelt es sich um einen zentralen Baustein der geplanten neuen EU-Asylgesetzgebung, die insgesamt aus zehn verschiedenen Rechtstexten besteht, die nach dem Willen des EU-Parlaments alle gemeinsam beschlossen werden sollen. In Brüssel hätte am Donnerstag für Deutschland beinahe eine Mischung aus Faeser und Baerbock verhandelt. Das wollte Scholz auf keinen Fall zulassen.

Worüber Brüssel nach dem Scholz-Machtwort berät Auch ohne Blockade der Grünen bleiben Streitpunkte bei der künftigen Migrationspolitik der EU

Worum geht es? Im Wesentlichen um zwei verschiedene Maßnahmen. Erstens: Eine grundlegende Verbesserung der europäischen Migrationspolitik soll darin bestehen, dass an den EU-Außengrenzen schnelle Asylverfahren für Bewerber ohne große Schutzaussichten abgehalten und die Migranten möglichst nach sechs Monaten wieder abgeschoben werden. Wer aus Ländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent kommt, soll demnach ein Turbo-Grenzverfahren durchlaufen - das betrifft rund ein Viertel aller Migranten. Die Mittelmeer-Anrainer wollen solche Verfahren in ihren Ländern aber nur akzeptieren, wenn gleichzeitig eine Regelung gefunden wird für eine Situation wie im Jahr 2015, als EU-Länder von Schutzsuchenden in unkontrollierbarer Weise überlaufen wurden und das gesamte EU-Asylsystem bedroht war.

Zweitens: Einen solchen Massenansturm soll eine Maßnahme namens Krisenmechanismus regeln. Er sieht im Rahmen einer "flexiblen Solidarität" in Notfallsituationen eine Verteilung von Migranten auf die Mitgliedstaaten nach Quoten vor, damit nicht nur wenige und stets dieselben Länder belastet werden. Deutschland hatte nun Ende Juli einen Kompromiss des spanischen EU-Vorsitzes zur Krisenverordnung mit blockiert - insbesondere auf Druck der Grünen. Allerdings war Berlin nicht isoliert. Mit im Boot saßen etwa Polen, Ungarn, Tschechien, Österreich und die Slowakei. Jedes dieser Länder hatte andere Gründe. Aber gemeinsam verhinderten sie die erforderliche Mehrheit.

Das wird sich nach Scholz' Machtwort nun ändern. Der Weg für den Krisenmechanismus ist frei. Damit wird das EU-Parlament auch wieder die Verhandlungen über andere Teile der Asylreform aufnehmen - die Abgeordneten hatten ihre Gespräche darüber eingestellt, aus Ärger darüber, dass die EU-Regierungen sich nicht auf eine gemeinsame Position bei der Krisenverordnung einigen konnten. Dabei drängt die Zeit. Brüssel will die neue EU-Asylreform unbedingt bis Frühjahr 2024 unter Dach und Fach bringen, um bei den Europawahlen im Juni keine Angriffsflächen für rechte Parteien zu bieten.

Baerbock hatte Scholz' Geduld lange strapaziert. Mit Erstaunen mussten der Kanzler und die Bundesinnenministerin in den vergangenen Wochen mitverfolgen, mit welcher Verve die deutschen Grünen auf die Einhaltung von Menschenrechten bei Asylverfahren pochten. Ganz anders etwa als ihre Parteifreunde in Österreich, die den knallharten Kurs der schwarz-grünen Regierung in der Migrationspolitik weitgehend mittragen. Die deutschen Grünen traten so fordernd auf, dass Deutschland bei der Abstimmung in Brüssel Ende Juli sogar seine beiden wichtigsten europäischen Verbündeten in Menschenrechtsfragen - Luxemburg und Portugal - verlor. Das war ein erstes Alarmsignal für Scholz und Faeser.

Neben der Krisenverordnung wird am heutigen Donnerstag auch das Partnerschaftsabkommen mit Tunesien vom Juli ein Thema sein. Es soll ein Durchbruch sein für Rückführungsabkommen mit nordafrikanischen Staaten. Ziel ist, illegale Migranten aus der EU in die Heimatländer und unter bestimmten Bedingungen auch in Transitländer zurückzuschicken. Aber auch in diesem Fall ist es offenbar so, dass die Grünen "über die Regierung in Berlin Sand ins Getriebe streuen", so ein EU-Diplomat. Das sorgt unter nahezu allen Mitgliedstaaten - insbesondere Italien, Schweden, Spanien, Österreich und den Niederlanden - aber auch in der EU-Kommission für viel Ärger.

Das Abkommen umfasst nicht nur Migrationspolitik, sondern auch Handelsfragen, Wirtschaftspolitik und Tourismus. Viele Fragen sind noch offen. Auch hier gilt die Haltung Berlins als Hindernis. Sie ist dominiert durch menschenrechtliche Bedenken der Grünen, etwa hinsichtlich der teilweise brutalen Zurückweisung von Migranten durch tunesische Behörden. In jedem Fall sollen aber erst einmal 127 Millionen Euro aus Brüssel an Tunesien überwiesen werden. "Wir müssen die Kontrolle über illegale Migration zurückgewinnen. Dafür ist das Tunesien-Abkommen zentral", sagt der Fraktionschef und Parteivorsitzende der europäischen Konservativen (EVP), Manfred Weber.

Auch Italien wird beim Treffen der Innenminister Ansprüche anmelden und weitere EU-Gelder fordern zur Versorgung der Migranten im eigenen Land. Auf der italienischen Insel Lampedusa kamen in den vergangenen Tagen tausende Menschen an. Auch wegen Italiens Geldforderungen in Milliardenhöhe wird voraussichtlich der EU-Haushalt noch einmal aufgestockt werden müssen. Deutschland als größter Beitragszahler fordert dagegen Umschichtungen bei den bestehenden Geldern. Es droht neuer Zoff.

Worüber Brüssel nach dem Scholz-Machtwort berät Auch ohne Blockade der Grünen bleiben Streitpunkte bei der künftigen Migrationspolitik der EU

Österreichs Regierung gehen die bestehenden Maßnahmen nicht weit genug. "Die EU-Kommission muss erstens den Pakt mit Tunesien umsetzen und als zweiten Schritt Asylverfahren in Drittstaaten ermöglichen. Erst wenn die Menschen auf der anderen Seite bleiben, können wir das Sterben im Mittelmeer beenden", sagte Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) zu WELT. Er forderte, die angestrebte EU-Asylreform "so rasch wie möglich" umzusetzen. "In diesem Jahr sind schon so viele Menschen im Mittelmeer ertrunken wie im gesamten Jahr 2022." Im Wiener Innenministerium heißt es auch, die Verteilung von Migranten aus Lampedusa sei für Österreich keine Option.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Italienische Polizisten und Migranten auf der Insel Lampedusa

Load-Date: September 27, 2023

End of Document

"Dann wäre der Teufelskreis durchbrochen"; Wie kann illegale Migration eingedämmt werden? Experte Daniel Thym kritisiert Vorschläge wie Grenzkontrollen - und hält ein anderes Vorgehen für geboten

Die Welt

Freitag 28. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 145

Length: 1467 words

Byline: Diana Pieper

Body

Daniel Thym, 49, hat den Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Universität Konstanz inne. Er räumt mit einer in der Politik weitverbreiteten Illusion auf.

WELT:

Herr Thym, die Zahl der unerlaubten Einreisen an deutschen Grenzen ist deutlich gestiegen. Erneut werden Forderungen nach bundesweiten Grenzkontrollen laut. Dafür plädiert etwa Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU). Kann illegale **Migration** so effektiv begrenzt werden?

Daniel Thym:

Grenzkontrollen haben vor allem eine symbolische Wirkung. Damit sendet der Staat das Signal an die Bürger: Wir tun etwas. Daneben können sie bis zu einem gewissen Grad abschreckend wirken. Wo die Bundespolizei kontrolliert, probieren weniger Leute, die Grenze zu übertreten. Stattdessen suchen sie sich dann aber Alternativrouten. Die **Migration** wird also vor allem umgelenkt.

Klingt nicht besonders nachhaltig.

Es ist es ein verbreitetes Missverständnis, zu glauben, dass sich ein Land wie Deutschland auf diese Weise abschotten kann - jedenfalls nicht, wenn Migranten, die am Grenzübergang Asyl beantragen, weiter ermöglicht werden soll, ins Land zu kommen. Wer an der Grenze "Asyl" sagt, muss erst einmal reingelassen werden. Das Problem der hohen Zahl an illegalen Grenzübertritten lösen Grenzkontrollen also nicht.

Im vergangenen Jahr lag die Zahl derjenigen, die an der unerlaubten Reise nach Deutschland gehindert wurden, so hoch wie seit Jahren nicht mehr. Besonders viele Migranten hat die Polizei an der bayerischen Grenze zu Österreich abgewiesen, wo es seit 2015 wieder Grenzkontrollen gibt. Zeigen die Kontrollen hier nicht also Wirkung?

"Dann wäre der Teufelskreis durchbrochen" Wie kann illegale Migration eingedämmt werden? Experte Daniel Thym kritisiert Vorschläge wie Grenzkontrollen - und hält....

Dafür gibt es mehrere Gründe: Einige dieser Menschen stellen keinen Asylantrag. Sie darf man zurückweisen, aber häufig probieren sie es an einer anderen Stelle erneut. Und manche Bundespolizisten nutzen offenbar einen gewissen Spielraum, etwa wenn ein Asylgesuch nicht deutlich artikuliert wird.

Handelt es sich dabei um Pushbacks, also illegale Zurückweisungen an der Grenze?

Den Begriff Pushback würde ich nur für Außengrenzen verwenden, weil die deutschen Nachbarstaaten sicher sind. Trotzdem ist es ein rechtlicher Graubereich. Wir haben Hinweise darauf, dass Menschen zurückgewiesen werden, die eigentlich gern einen Asylantrag stellen würden, das aber nicht korrekt hervorbringen. Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft vertritt zudem die Ansicht, dass auch Migranten zurückgewiesen werden dürfen, die bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt haben. Das ist nach meiner Überzeugung jedoch nicht richtig.

Migranten, die innerhalb Europas weiterreisen, stellen gerade Deutschland vor Herausforderungen. Welche Rolle spielen Grenzkontrollen in diesem Zusammenhang, und wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Sekundärmigration im Rahmen der geplanten EU-Asylrechtsreform abnimmt?

Auch bei diesem Beispiel wären Grenzkontrollen in Deutschland nicht entscheidend, da das Recht nicht abgeschafft wird, mehrfache Asylanträge in der EU zu stellen. Die Sekundärmigration könnte insofern bis zu einem gewissen Grad unterbunden werden, als künftig schon an den Außengrenzen Grenzverfahren stattfinden. Das wird aber nur eine Minderheit betreffen, der Großteil wird weiterhin im Schengen-Raum in sein Zielland weiterreisen können und dort bleiben dürfen, weil die Rückführung in Länder wie Italien oder Griechenland notorisch schlecht funktioniert.

Könnte die vorgesehene Verteilung von Asylbewerbern auf verschiedene Mitgliedstaaten Abhilfe schaffen?

Es ist eine deutsche Wunschvorstellung, dass mit einer Quote alle Probleme gelöst werden. Es geht um einen kleinen Personenkreis, vermutlich rund 30.000 Leute, die verteilt werden sollen. Solche Quoten würden aber auch keine Sekundärmigration verhindern, weil diese Menschen im Schengenraum anschließend weiterreisen können.

Der parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei (CDU), fordert unter anderem, das individuelle Recht auf Asyl durch Kontingentlösungen zu ersetzen und an den Außengrenzen noch schärfer vorzugehen, also etwa im Mittelmeer aufgegriffene Migranten nicht an europäische Häfen zu bringen. Ist illegale Migration ohne konsequente Abschottung nicht zu bekämpfen?

Thorsten Frei hat recht in dem Punkt, dass die Asylpolitik viele Defizite hat. Doch selbst wenn man das individuelle Asylgrundrecht abschaffte, kämen einige Migranten immer noch. Staaten können Migration nicht zu 100 Prozent kontrollieren - erst recht nicht, wenn sie demokratisch und rechtsstaatlich vorgehen. Auch Frei wird etwa Afghanen nicht abschieben wollen, wenn sie als Oppositionelle am Galgen der Taliban enden.

Dennoch scheint sich allgemein der Eindruck verfestigt zu haben, dass, wer erst einmal angekommen ist in Europa, einen Weg finden wird, um hierzubleiben.

Sie sprechen die Schattenseiten unseres Asylsystems an. Wer weiß, dass er mit hoher Wahrscheinlichkeit abgeschoben wird, würde wohl das Risiko nicht eingehen, sich auf den gefährlichen Weg nach Europa zu machen. Deshalb muss man aber nicht das individuelle Asylgrundrecht abschaffen. Stattdessen könnte man die EU-Reform konsequent zu Ende gehen: Grenzverfahren für alle, keine doppelten Asylanträge innerhalb Europas und auch Sozialleistungen nur in einem EU-Land. Wenn man dann noch die Menschen von den Außengrenzen endlich konsequent in die Heimatländer oder sichere Drittstaaten abschiebt, wäre der aktuelle Teufelskreis durchbrochen.

Abschiebungen funktionieren aber schon in der Gegenwart nicht. Die EU bemüht sich schon lange um Abkommen mit Herkunfts- und Drittstaaten. Warum sollte es in Zukunft besser laufen?

"Dann wäre der Teufelskreis durchbrochen" Wie kann illegale Migration eingedämmt werden? Experte Daniel Thym kritisiert Vorschläge wie Grenzkontrollen - und hält....

Weil man es hoffentlich endlich schafft, den betreffenden Ländern eine gesunde Mischung aus Anreizen und Sanktionen zu bieten. Hier sollte das Prinzip "Zuckerbrot und Peitsche" gelten. Die EU muss Vorteile für eine Kooperation bieten, andererseits aber auch auf Strafmaßnahmen setzen.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) hat vorgeschlagen, Wirtschaftshilfen für Länder zu kürzen, die abgelehnte Asylbewerber nicht zurücknehmen. Ein gangbarer Weg?

Wir müssen Hebel in allen Politikfeldern nutzen, im Bereich Visa, Investitionen, Handel. Und angesichts des Fachkräftemangels besteht nun auch endlich die Bereitschaft, den Ländern im Gegenzug anzubieten, Arbeitskräften legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen. Der Weg zu solchen Vereinbarungen ist aber kompliziert und verlangt diplomatisches Fingerspitzengefühl.

Welche Instrumente hat die EU noch?

Die EU schult Grenzbehörden und Küstenwachen in Mittelmeer-Anrainerstaaten wie Libyen, Tunesien oder Marokko und stattet sie mit Logistik und Geld für den Grenzschutz aus. Diese Staaten greifen dann etwa bei der Seenotrettung Migranten auf und hindern sie daran, nach Europa zu kommen. Das funktioniert überraschend gut.

Ist das rechtmäßig? Rückführungen sind nach internationalem Recht illegal, wenn Asylbewerbern Gefahren drohen - in Länder wie Libyen ist das der Fall.

Die europäischen Staaten sind rechtlich dann nicht in der Verantwortung, da sie selbst die Rückführungen nicht vornehmen. Natürlich muss man feststellen: Europa kauft sich von Menschenrechten frei, indem man andere die Arbeit machen lässt. Es ist schon verrückt - wir geben uns strenge Regeln, die schlecht funktionieren. Und weil das so ist, unterstützen wir Nachbarländer dabei, Migranten davon abzuhalten, überhaupt nach Europa zu kommen.

Der Ex-Grünen-Politiker Boris Palmer meint, das geltende Asylsystem erwecke bei immer mehr Menschen den Eindruck, als stehe der Staat "hilflos einer immer größer werdenden Zahl von Armutsflüchtlings gegenüber, die sich den Zutritt zum eigenen Dorf, zur eigenen Nachbarschaft erzwingen können". Er geht davon aus, dass der Vorschlag von CDU-Politiker Frei bei "migrationsskeptischen Bürgern" größere Akzeptanz fände. Wie kann es die Regierung schaffen, dass die Bürger der Asylpolitik weiterhin vertrauen?

Der Vorschlag von Frei verlangt jahrelange Debatten, weil man viele internationale Verträge einstimmig ändern müsste. Da ist es einfacher, die EU-Vorschläge konsequent weiterzuentwickeln und dafür zu sorgen, dass auch Abschiebungen funktionieren. Rückführungen funktionieren in Deutschland sehr schlecht, da sind Bund, Länder und Kommunen gefragt. Auch die großzügige Rechtsprechung etwa für bereits abgelehnte Asylbewerber müsste auf den Prüfstand gestellt werden. Es ist mühsam, an all diesen kleinen Rädchen zu drehen. Genau das braucht es aber. Ich plädiere aber dafür, dass wir uns von der Idee verabschieden, in einem Befreiungsschlag den Gordischen Knoten durch eine radikale Reform zu durchschlagen. Europa ist mit den USA vergleichbar und nicht mit Kanada oder Australien. Schon aufgrund der geografischen Lage werden wir noch lange über illegale Einreisen diskutieren.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 27, 2023

Niger stoppt Migrationspakt mit der EU; Merkel hatte das Projekt gefördert, jetzt werden neue Flüchtlingsströme erwartet

Die Welt

Dienstag 28. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 231

Length: 962 words

Byline: Christian Putsch

Body

Kapstadt

Im Oktober 2016 reiste die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel als erster deutscher Regierungschef in den Niger. Dort lobte sie ausführlich, dass der Wüstenstaat, durch den bis dahin Hunderttausende **Migranten** in Richtung des kollabierten Nachbarlandes Libyen und von dort aus weiter nach Europa gezogen waren, rechtliche Grundlagen für den Kampf gegen Schleppernetzwerke geschaffen habe. Im Niger war damals gerade das "Gesetz 36 zur Strafbarkeit von Schleusertätigkeiten und Menschenhandel" in Kraft getreten. Schleppern drohten seitdem bis zu 30 Jahre Haft, mehr als 60 waren allein in den Monaten vor Merkurs Besuch verhaftet worden.

Rechtlich war das Vorgehen allerdings fragwürdig: Die **Migranten** wurden Hunderte Kilometer vor der libyschen Grenze abgefangen, obwohl für sie innerhalb der Staaten der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas eigentlich Bewegungsfreiheit gilt. Doch derartige Einwände spielten bei den anschließenden zahlreichen Treffen hochrangiger europäischer und nigrischer Politiker keine Rolle. Der Wüstenstaat war zu einem der wichtigsten Partnerländer Europas bei der Auslagerung der EU-Grenzen geworden.

In den Folgejahren flossen mehrere Milliarden Euro in den Niger. Das zahlte sich aus: Die Anzahl der durchreisenden Migranten und Flüchtlinge sank zunächst stark, von 300.000 auf unter 50.000 jährlich. Eine erfolgreiche Geschäftsbeziehung also. Aber auch eine wacklige. Ähnlich wie beim Migrationsabkommen mit der Türkei hatte sich die EU abhängig und erpressbar gemacht. Und nun steht der für Europa so wichtige Deal vor dem Aus. Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem die Migrationskrise sich wieder zugespitzt hat. Am Donnerstag, knapp vier Monate nach dem Putsch gegen die prowestliche Regierung des Niger, unterzeichnete der Chef der Militärjunta General Abdourahmane Tchiani ein Dekret, mit dem das "Gesetz 36" gegen Schleuser kurzerhand außer Kraft gesetzt wird.

Niger stoppt Migrationspakt mit der EU Merkel hatte das Projekt gefördert, jetzt werden neue Flüchtlingsströme erwartet

"Gute Nachrichten für alle, die nach dem 2015 verabschiedeten Gesetz ins Gefängnis mussten, weil der Transport von Migranten kriminalisiert wurde", schrieb Ibrahima Hamidou, Sprecher von Ministerpräsident Ali Lamine Zeine, am Samstag auf Facebook, "dieses Gesetz wurde aufgehoben! Die EU soll ruhig weiter rumgestikulieren!"

Die Entwicklung hatte sich schon seit einiger Zeit angedeutet. Bei einer WELT-Recherche im Oktober berichtete Ousmane Mamane, der Chef der im Niger federführenden Regierungsagentur im Kampf gegen Schlepper (ANTLP) von großem Druck der Region Agadez - besonders durch das einflussreiche und eher Junta-kritische Tuareg-Volk, traditionell einer der Hauptakteure im Migrationsgewerbe. Agadez ist das "Tor zur Sahara". Von hier starteten die Flüchtlingsrouten über Libyen oder Algerien. Wegen der EU-finanzierten Patrouillen verloren dort nach Angaben regionaler Medien 5000 Menschen ihre oft lukrativen Jobs. Darunter nicht nur die Drahtzieher und Fahrer, sondern auch Gastwirte und Ladenbesitzer. EU-Programme zur Schaffung alternativer Arbeitsplätze im Niger blieben hinter den hohen Erwartungen der lokalen Bevölkerung zurück.

Der Chef der Militärjunta Tchiani habe lokale Politiker in Agadez getroffen, sagte Mamane im Oktober. "Sie haben neben der Abschaffung des Gesetzes die Freilassung der inhaftierten Schlepper und die Rückgabe der beschlagnahmten Geländewagen gefordert." Mit Erfolg, wie sich nun herausstellt.

Ulf Laessing, der Leiter des Regionalprogramms Sahel der Konrad-Adenauer-Stiftung, spricht von einem "Scherbenhaufen für die EU". Europa habe auf Drängen Frankreichs keine Gespräche mit den neuen Machthabern im Niger geführt. "Deutschland, Italien und andere Länder waren besorgt, dass die Junta den Migrationspakt aufkündigen könnte und wollten daher mit der Junta ins Gespräch kommen", sagte Laessing, "sie trauten sich aber nicht, sich über Frankreichs Bedenken hinwegzusetzen".

Diese Uneinigkeit Europas werde dramatische Folgen haben. "Die Migration durch Niger nach Libyen wird jetzt wieder stark ansteigen", sagte Laessing, "Russland bemüht sich - ähnlich wie in Mali und Burkina Faso - aktiv um die Gunst der neuen Machthaber und nutzt das Zögern Europas aus. Auch der Westafrika-Repräsentant der Hanns-Seidel-Stiftung, Goetz Heinicke, erkennt "einen erheblichen Rückschlag für die EU, den Flüchtlingsstrom aus Westafrika nach Europa zu kontrollieren und zu reduzieren". Dieser Schritt solle auch die EU und westliche Länder unter Druck setzen, mit der Militärjunta in Niger zu kooperieren. Heinicke betont die taktische Nutzung des gemeinsamen Feindbildes "Europa" durch die Militärjunta, um von innenpolitischen Problemen abzulenken: "Der geschürte Hass auf Frankreich und Europa fällt auf sehr fruchtbaren Boden in der Bevölkerung. Dies stärkt das Nationalbewusstsein und den Zusammenhalt der Nigrer im Inneren." Der angedrohte Einmarsch von Ecowas-Truppen scheint vom Tisch, die Junta sucht aber inner- und außerhalb des Landes Unterstützung für eine lange Übergangsphase zur Demokratie von mindestens drei Jahren.

Das Migrationssystem wackelt bereits seit dem Putsch vor vier Monaten. Das jährliche Regierungsbudget des Niger wird wegen eingefrorener Budgethilfen, Sanktionen und anderer wirtschaftlicher Folgen von fünf auf drei Milliarden Euro sinken. Das hat Auswirkungen auf Gesundheit und Bildung - und den Grenzschutz. Schon im Jahr 2022, also noch vor dem Umsturz, scheinen die Patrouillen eingeschränkt worden zu sein: Da stieg die Zahl der Reisenden in Richtung Libyen wieder deutlich auf 109.000, nachdem sie zuvor ja stark eingebrochen war. Ob sich die Zahlen nun wieder denen von 2016 annähern werden, bleibt abzuwarten. Im Moment sind die Grenzen des Niger zu einigen Nachbarländern wegen der Ecowas-Sanktionen geschlossen, was die Migration zunächst noch erschwert.

Niger stoppt Migrationspakt mit der EU Merkel hatte das Projekt gefördert, jetzt werden neue Flüchtlingsströme erwartet



Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Bundeskanzlerin Angela Merkel besuchte im Oktober 2016 den Niger, wo sie vom damaligen Präsidenten Mahamadou Issoufou begrüßt wurde

Load-Date: November 27, 2023

Niger stoppt Migrationspakt mit der EU Merkel hatte das Projekt gefördert, jetzt werden neue Flüchtlingsströme erwartet

End of Document

Flüchtlings-Klage gegen Frontex gescheitert; Syrer verlangten vor EU-Gericht Schadenersatz

Die Welt

Donnerstag 7. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 174

Length: 438 words

Byline: Dpa

Body

Eine syrische **Flüchtlingsfamilie** ist mit einer Klage gegen die EU-Grenzschutzagentur Frontex vor dem Gericht der Europäischen Union gescheitert. Die möglicherweise erlittenen Schäden ließen sich nicht unmittelbar auf das Verhalten von Frontex zurückführen, entschieden die Richter am Mittwoch in Luxemburg. Auch sei Frontex weder für die Prüfung von Rückkehrentscheidungen noch für **Asylanträge** zuständig. Daher könne die Behörde nicht für Schadenersatz haften.

Die Anwältin der Familie, Lisa-Marie Komp, bezeichnete das Urteil als "unbefriedigend". Die Richter hätten klargestellt, dass die Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte allein bei den EU-Staaten liege. Gleichzeitig werfe das Urteil Fragen auf: Es bleibe unklar, in welcher Weise Frontex die Einhaltung der Menschenrechte überwachen müsse.

Die sechsköpfige Familie kam 2016 nach Griechenland. Sie hatte dort dem EU-Gericht zufolge ihr Interesse bekundet, Asyl zu beantragen. Wenige Tage später wurde sie in einer sogenannten gemeinsamen Rückkehraktion von Griechenland und Frontex in die Türkei geflogen. Die heute im Irak lebende Familie beklagt, dass Frontex rechtswidrig gehandelt habe. Ihr Asylantrag hätte geprüft werden müssen, bevor sie aus der EU gebracht worden sei. Außerdem habe Frontex gegen das Verbot erniedrigender Behandlung verstoßen und das Recht auf effektiven Rechtsschutz und die Rechte von Kindern missachtet. Daher forderte die Familie mehr als 100.000 Euro Schadenersatz.

Dem folgten die Richter nicht. Die Agentur habe bei den Rückkehraktionen lediglich den Auftrag, die EU-Staaten technisch und operativ zu unterstützen. Gegen das Urteil kann nur noch vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorgegangen werden. Frontex teilte nach dem Urteil mit, dass die wertvollen Erkenntnisse aus dem Fall es ermöglichen, "unsere Rückführungsverfahren kontinuierlich zu verbessern und sicherzustellen, dass alle betroffenen Personen mit größtmöglichem Respekt behandelt werden". Man sei bestrebt, die Grundrechte bei allen Aktivitäten zu wahren.

Flüchtlings-Klage gegen Frontex gescheitert Syrer verlangten vor EU-Gericht Schadensersatz

Frontex wird von Nichtregierungsorganisationen immer wieder vorgeworfen, die Rechte von Flüchtlingen nicht ausreichend zu schützen. Vergangenes Jahr hatte der vorherige Frontex-Chef, der Franzose Fabrice Leggeri, nach schweren Vorwürfen gegen ihn und Mitarbeiter seinen Posten zur Verfügung gestellt. Hintergrund waren insbesondere Ermittlungen zu illegalen Zurückweisungen von Migranten im Mittelmeer. Nach Angaben der Aktivisten sollen Führungskräfte von Frontex absichtlich vertuscht haben, dass griechische Grenzschrützer Flüchtlinge zurück aufs Mittelmeer gebracht hätten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 6, 2023

End of Document

Faeser: Nein zu Kontrollen an Grenze zu Polen; Brandenburg und Sachsen üben Kritik an Ministerin

Die Welt

Mittwoch 31. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 103

Length: 576 words

Byline: Dpa

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will vorerst keine stationären Grenzkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze. Um dem "wachsenden Migrationsdruck" etwas entgegenzusetzen, sollten künftig aber generell mehr Polizisten im Einsatz sein, kündigte die Ministerin an.

Faeser sagte am Dienstag beim Besuch eines Zentrums der Deutsch-Polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit im polnischen Swiecko, auch an der Grenze zu Tschechien habe man es in den vergangenen Monaten ohne stationäre Grenzkontrollen geschafft, die sehr hohen Migrationszahlen zu senken. Dafür seien dort die Kräfte verstärkt worden. Das plane man nun auch an der Grenze zu Polen.

Konkret sprach Faeser von einem zusätzlichen personellen Aufwand von "mehreren Hundertschaften" der Bundespolizei. Dieser Schritt helfe mehr als fest stationierte Grenzkontrollen. Die engen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen im alltäglichen Leben würden durch solche Kontrollen "massiv gestört", sagte Faeser. Zudem seien die wirtschaftlichen Verflechtungen viel enger als beispielsweise an der Grenze zu Österreich, wo bereits seit langem stationäre Grenzkontrollen durchgeführt werden.

Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) fand deutliche Worte für die bisherige Migrationspolitik der Bundesregierung. "Keine asylpolitische Maßnahme der Bundesregierung wirkt, und der Druck nimmt zu", sagte er bei dem Besuch in Swiecko. Grenzkontrollen wären die am schnellsten einzurichtende und auch am schnellsten wieder abbaubare Maßnahme. Zudem seien auch keine "Vollkontrollen" geplant, machte er deutlich.

Der Staatssekretär des brandenburgischen Innenministeriums, Markus Grünwald, bezeichnete die Situation an der Grenze zu Polen schon jetzt als dramatisch. Rechne man die Zahl der bisherigen illegalen Einwanderung in Brandenburg bis Jahresende hoch, komme man auf mehr als 10.000 zu erwartende Fälle. Auch er hält Grenzkontrollen für nötig.

Faeser: Nein zu Kontrollen an Grenze zu Polen Brandenburg und Sachsen üben Kritik an Ministerin

Aus Sicht der Unionsfraktion im Bundestag handelt Ministerin Faeser zu zögerlich. "Mit Presseterminen wird Frau Faeser die schwerste Migrationskrise seit Jahren aber nicht in den Griff bekommen", sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Alexander Throm. Die russische Führung nutze irreguläre Migration als gezieltes Mittel zur Destabilisierung Deutschlands. Daher habe sich der Schwerpunkt der unerlaubten Einreisen an die polnische Grenze verschoben. Vor diesem Hintergrund sei es "unverantwortlich", dass die Innenministerin keine Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien anordne, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete.

Seit Jahresbeginn hat Polens Grenzschutz mehr als 10.000 versuchte irreguläre Grenzüberquerungen an der Grenze zu Belarus gezählt. Dies gab der Sprecher des Koordinators der polnischen Geheimdienste, Stanislaw Zaryn, kürzlich bekannt. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2022 wurden 15.700 solcher Versuche registriert. Polen hatte die Landabschnitte der Grenze im vergangenen Sommer mit einem 5,5 Meter hohen Zaun befestigt. Allein am Montag registrierten Polens Grenzer 67 versuchte irreguläre Grenzüberquerungen.

Bund und Länder hatten auf dem Flüchtlingsgipfel am 10. Mai die Einführung stationärer Kontrollen wie an der Grenze zu Österreich abhängig von der Lage auch an anderen Grenzen Deutschlands zu Nachbarländern vereinbart. Die Zahl unerlaubter Einreisen über Polen war zuletzt deutlich gestiegen.

Keine asylpolitische Maßnahme der Bundesregierung wirkt Armin Schuster (CDU), Innenminister Sachsen

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 30, 2023

**"Wenn es so weitergeht, wird Sudan das nächste Libyen"; Interview mit
Migrationsforscher aus Afrika**

Die Welt

Donnerstag 1. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 104

Length: 783 words

Byline: Christian Putsch

Body

Kapstadt

Girmachew Adugna gilt als einer der führenden **Migrationsforscher** Afrikas. Er erläutert, wo sich die Menschen in Europa ein falsches Bild von der Situation auf seinem Kontinent machen

WELT:

Die **Migrationskrise** ist in Europa gerade wieder ein dominierendes Thema in der politischen Debatte. Welche Perspektive haben die Menschen in afrikanischen Ländern dazu?

Girmachew Adugna:

Innerhalb der Bevölkerung ist das weniger ein Thema. Selbst lokale Migrationsbewegungen produzieren hier kaum Schlagzeilen. Anfang des Jahres etwa flohen 100.000 Menschen aus Somaliland vor einem lokalen Konflikt nach Äthiopien, das hat hier kaum Beachtung in den großen örtlichen Medien gefunden. Aber vonseiten der Regierungen in Afrika wird die Entwicklung in Europa sehr genau verfolgt. Es sind in den vergangenen Jahren viele Taskforces dazu entstanden, die Rückführungsabkommen diskutieren und neue Gesetze zur Bekämpfung von Schlepperbanden auf den Weg bringen, die oft wie von Europa diktiert klingen.

Warum lassen die afrikanischen Regierungen das zu?

Es wird immer deutlicher, dass Entwicklungszusammenarbeit an die Bedingung geknüpft wird, irreguläre Migration zu unterbinden. Dieser einseitige Fokus wird besonders den ostafrikanischen Ländern nicht gerecht. Dort führt weniger als ein Prozent der Migrationsbewegungen in Richtung Europa. Über die Hälfte findet innerhalb des Horns von Afrika statt, die beiden großen anderen Korridore gehen Richtung Saudi-Arabien und Südafrika.

"Wenn es so weitergeht, wird Sudan das nächste Libyen" Interview mit Migrationsforscher aus Afrika

Der Sudan hat bislang 1,1 Millionen Flüchtlinge beherbergt. Mit dem Krieg dort werden viele von ihnen erneut vertrieben, auch die örtliche Bevölkerung sucht Sicherheit. Welche Auswirkungen wird die Krise haben?

Die Herausforderung für die gesamte Region ist riesig, weil die Belastung für Ostafrika ja schon davor enorm war. Hier befinden sich Zweidrittel aller Flüchtlinge in Afrika und 20 Prozent aller Flüchtlinge weltweit. Zehntausende sind nun in den Tschad geflüchtet, der bereits über 500.000 Flüchtlinge hatte. Äthiopien ist ebenfalls stark betroffen, dort kommen Hunderttausende Migranten hinzu, die aus Saudi-Arabien ausgewiesen wurden. Auch in den Südsudan kehren jetzt viele zurück, die über viele Jahre hinweg in sudanesischen Flüchtlingslagern gelebt haben. Aber diese Lager waren oft in abgelegenen Gegenden ohne Aussicht auf Integration oder wirtschaftliche Eigenständigkeit. Insofern muss man die Situation in Teilen auch als Möglichkeit zur Reintegration begreifen. Allerdings bedarf es dafür die gleiche Unterstützung, die derzeit der Ukraine zugutekommt. Sonst haben diese Länder keine Chance auf die Bewältigung der Aufgabe. Und das scheint man in Kauf zu nehmen.

Worauf bezieht sich Ihre Kritik konkret?

Generell sind in der Europäischen Union Flüchtlinge immer weniger willkommen, da ist die Ukraine eine große Ausnahme. Der Anteil afrikanischer Flüchtlinge und Migranten in Europa ist weiter vergleichsweise gering, aber ein Großteil des politischen Populismus richtet sich gegen diese Gruppe. Da ist schnell von Invasionen und anderen Angst schürenden Begriffen die Rede, übrigens auch in vergleichsweise wohlhabenderen Ländern wie Kenia und Südafrika, wo ebenfalls immer mehr Stimmung gemacht wird. Natürlich ist es richtig von Europa, den Ukrainern Schutz zu gewähren. Aber in den Industriestaaten fehlt das Bewusstsein, dass einige der ärmsten Länder Welt die größte Bürde der globalen Flüchtlingskrisen tragen. Uganda hat 1,5 Millionen Flüchtlinge, Äthiopien fast eine Million, dazu über vier Millionen Binnenvertriebene.

Aktuell stammt die Mehrheit der afrikanischen Migranten und Flüchtlinge in Europa aus Westafrika. Wird sich das mit dem Sudan-Krieg ändern?

Sudan entwickelt sich zu einem rechtsfreien Raum. Wenn es so weitergeht, wird der Sudan das nächste Libyen. Das gibt Schleppern neue Möglichkeiten. Die Zahl könnte sich erhöhen, aber die irreguläre Migration von Ostafrika nach Europa ist noch teurer als von Westafrika. Nur wenige haben die Mittel, Tausende Dollar für diese gefährliche Reise aufzubringen. Viele afrikanische Migranten in Europa kommen ja nicht aus den ärmsten Bevölkerungsschichten, es sind eher Menschen mit mittlerem Einkommen, die nach besseren Lebensbedingungen suchen.

Wie wird sich der Migrationsdruck in Afrika entwickeln?

Er wird während der kommenden fünf bis zehn Jahre weiter zunehmen. Weil die Push-Faktoren stärker werden. Die Lebenshaltungskosten steigen rasant. Das Bildungsniveau wird besser, Afrika bringt immer mehr Universitätsabsolventen hervor. Aber auch für sie gibt es längst nicht genug Arbeitsplätze. Wir brauchen mehr Handelsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit auf dem Kontinent. Nur dann gibt es auch Anlass für Optimismus.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Girmachew Adugna

Load-Date: May 31, 2023

"Wenn es so weitergeht, wird Sudan das nächste Libyen" Interview mit Migrationsforscher aus Afrika

End of Document

"Kriminalität bei Zuwanderern deutlich angestiegen"; Landesinnenminister Georg Maier (SPD) schlägt Alarm: Thüringen könne Migranten kaum noch unterbringen. Straftäter sieht er bei Abschiebungen "an allererster Stelle"

Die Welt

Dienstag 31. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 211

Length: 1359 words

Byline: Claus Christian Malzahn

Body

Der Sozialdemokrat Georg Maier ist seit 2017 Innenminister des Freistaats Thüringen. Seit 2021 ist der 56-Jährige zudem stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett von Bodo Ramelow (Linke).

WELT:

Herr Maier, der Bundeskanzler sagt über unkontrollierte Einwanderung: "Es kommen zu viele. Wir müssen mehr und schneller abschieben." Hat er recht?

Georg Maier:

Ich bin froh, dass der Kanzler das Thema angesprochen hat. Abschiebungen allein werden unsere Probleme zwar nicht lösen. Aber das Thema wurde zu lange umschifft. Dabei gehören Rückführungen selbstverständlich zum Asylrecht. Menschen kommen zu uns, beantragen Asyl, es wird eine Entscheidung getroffen und die kann natürlich auch negativ ausfallen. Dann muss geprüft werden: Gibt es irgendeinen Grund, warum der oder diejenige trotzdem hierbleiben kann? Und wenn der nicht gegeben ist, dann muss der Rechtsstaat seines Amtes walten. Das heißt dann auch Abschiebung.

Das funktioniert aber nur selten.

Richtig, das müssen wir ändern, daran arbeitet auch die Bundesregierung. Wenn Abschiebungen in Gemeinschaftsunterkünften anstehen, muss es möglich sein, dass die Polizei ihre Arbeit machen kann. Oft werden etwa Personen in ihren Räumen nicht angetroffen. Sie verstecken sich in der Unterkunft. Dass die Polizei dann durchsuchen kann, ist für mich eine Selbstverständlichkeit und zumutbar. Solche Schwierigkeiten werden mit der neuen Gesetzgebung angegangen.

Kann das individuelle Recht auf Asyl so erhalten bleiben?

"Kriminalität bei Zuwanderern deutlich angestiegen" Landesinnenminister Georg Maier (SPD) schlägt Alarm: Thüringen könne Migranten kaum noch unterbringen. Straf....

Niemand in der SPD zweifelt das individuelle Recht auf Asyl an. Das ist eine Errungenschaft unserer Demokratie und für uns unumstößlich. In der Union ist das nicht so klar, wie jüngste Äußerungen des Fraktionsgeschäftsführers Frei zeigen. Die Durchführung von Asylverfahren bedeutet aber nicht, dass alle hier bleiben können. Bestandteil der Rechtslage ist eben auch die Abschiebung. Die funktioniert aber nur dann, wenn die Länder, aus denen die Betroffenen stammen, die Leute dann auch wieder zurücknehmen.

Das klappt ebenfalls nur selten.

Das muss sich ändern. Wir brauchen Rückführungsabkommen, auch da verhandelt die Bundesregierung. Aber um die Probleme bei der irregulären Migration in den Griff zu bekommen, werden Abschiebungen nicht ausreichen.

Wie meinen Sie das?

Die schiere Anzahl an Geflüchteten, die jetzt nach Deutschland kommen, ist einfach zu groß. Die Kommunen sind an der Belastungsgrenze. Die kommunalen Spitzenverbände in Thüringen haben gerade wieder betont: Wir sind am Limit. Wir können die Leute kaum noch vernünftig unterbringen, geschweige denn für Kindergartenplätze und Deutschkurse sorgen. Wir haben eine Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl, die ist voll. Wir haben zwei Außenstellen in Hermsdorf und in Eisenberg, die sind auch voll. In Hermsdorf sind etwa 500 Männer vorwiegend aus dem arabischen Raum in einer ehemaligen Fabrikhalle untergebracht. Die leben in Verhältnissen, die auf Dauer nicht akzeptabel sind.

Die Spitzenverbände fordern inzwischen den Rücktritt Ihrer Kabinettskollegin, der Migrationsministerin Doreen Denstädt (Grüne). Ist sie im Amt überfordert?

Ich will hier nur über meine Aufgaben sprechen. Wir sind in der Landesregierung alle aufgefordert, in der jeweiligen Zuständigkeit Herausforderungen pragmatisch und lösungsorientiert anzugehen. Wir können es uns überhaupt nicht leisten, Probleme zu ignorieren oder liegenzulassen.

Was ist für Sie als Innenminister wichtig?

Für mich stehen Sicherheitsaspekte im Vordergrund, das ist mein Job. Fluchtbewegungen führen leider auch immer dazu, dass Menschen zu uns kommen, die nichts Gutes im Schilde führen. Das ist eine kleine Minderheit, aber es sind Kriminelle und Extremisten darunter. Das nehme ich sehr ernst. Der Staat muss die Kontrolle behalten, der gesellschaftliche Frieden muss gewahrt bleiben. Gerade jetzt, wo Populisten versuchen, uns zu spalten.

Nicht ohne Erfolg. Die AfD liegt in Umfragen in Thüringen bei über 30 Prozent.

Deswegen müssen wir handeln. Die Probleme in den Kommunen sind doch sehr konkret. Ich habe Briefe von Sportvereinen bekommen, dass die Schulturnhalle seit Monaten eine Unterkunft für Geflüchtete ist. Dann fragen sich die Sportvereine: Was ist jetzt eigentlich mit uns? Was ist mit der Jugend vor Ort? Kann das so weitergehen? Das Problem ist spürbar angekommen bei den Menschen. Sie interpretieren das als mangelnde Handlungsfähigkeit auf der Ebene des Bundes, aber auch bei uns im Land. Viele fragen sich: Warum kriegen die das Problem nicht in den Griff? Wenn die Akzeptanz für die Aufnahme von Geflüchteten weiter absinkt, haben wir ein politisches Problem. Wir müssen uns ehrlich machen in dieser Frage.

Sie haben von Kriminalität gesprochen. Wie äußert sich das?

Die Statistik spricht leider eine klare Sprache. Die Kriminalität bei Zuwanderern ist in den letzten Monaten, auch schon letztes Jahr, deutlich angestiegen. Das sind oft abgelehnte Asylbewerber, die hier geduldet werden, weil sie aus Syrien kommen oder auch aus Afghanistan. In Suhl ist zum Beispiel eine hohe Quote beim Ladendiebstahl immer wieder ein Thema. Wir versuchen auch dagegenuzuhalten, indem wir die Polizeipräsenz in der Stadt erhöhen und in der Erstaufnahmeeinrichtung klar vermitteln: Deutschland ist kein Polizeistaat, aber Ladendiebstahl ist verboten.

Offenbar mit wenig Erfolg?

"Kriminalität bei Zuwanderern deutlich angestiegen" Landesinnenminister Georg Maier (SPD) schlägt Alarm: Thüringen könne Migranten kaum noch unterbringen. Straf....

Die Erfahrung von Ladendieben ist: Man kann schon mal Gesetze übertreten. Danach passiert eigentlich nichts. Die Strafen, die da verhängt werden, sind teilweise wirkungslos. Wie wollen Sie eine Geldstrafe bei Leuten eintreiben, die am Existenzminimum sind?

Wie wäre es mit Gefängnis, nach wiederholter Tat?

Richterinnen und Richter sind sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, Haftstrafen auszusprechen. Die Gründe müssen triftig sein. Und das ist beim Ladendiebstahl, auch wenn er mehrfach passiert, selten der Fall. All das führt zu Staatsverdruss in der Bevölkerung.

Da landen wir wieder beim Thema Abschiebungen?

Bei Straftätern bin ich unbedingt dafür. Die stehen an allererster Stelle. Wichtig ist ein guter Informationsfluss zwischen den Strafverfolgungsbehörden und den Ausländerbehörden. Wenn Entscheidungen über den Aufenthaltsstatus zu treffen sind, müssen die Behörden wissen, ob die Delinquenten schon eine umfassende Akte bei der Staatsanwaltschaft haben.

Wie kann irreguläre Migration grundsätzlich nach Deutschland eingedämmt werden?

Wir müssen die Schleuserkriminalität bekämpfen. Die gehen über Leichen, das zeigen die ertrunkenen Flüchtlinge im Mittelmeer. Da ist eine ganze Branche entstanden. Das ist organisierte Kriminalität der schlimmsten Art. Schleuser gibt es aber nicht nur in Nordafrika, die gibt es auch bei uns. Stationäre Grenzkontrollen sind eine wichtige Maßnahme, aber reichen nicht allein. Die Bundesinnenministerin setzt deshalb richtigerweise auch auf eine intensive Schleierfahndung im grenznahen Raum. Auch bei uns gibt es übrigens Tote durch Schleuserkriminalität. Vor kurzem verunglückte ein mit 20 Migranten beladener Kleintransporter in Bayern. Sieben haben das nicht überlebt.

Ist diese brisante Stimmungslage in den Kommunen eigentlich in Berlin angekommen?

Noch nicht bei allen. Umso wichtiger, dass der Kanzler jetzt klare Worte gefunden hat. Ich sehe auch Bewegung bei den Grünen. Weniger in Thüringen als im Bund. Ich weiß, was da parteiintern los ist. Aber Robert Habeck hat sich klar positioniert, auch zur Notwendigkeit von Abschiebungen.

Die Grünen betonen vor allem die Notwendigkeit von Zuwanderung. Sie auch?

Natürlich, die Frage ist doch, ob wir die steuern. Gerade hier in Thüringen haben wir ein großes demografisches Problem. Vielen Betrieben fehlen die Fachkräfte. Ohne Einwanderung hätten wir hier längst gewerblichen und industriellen Stillstand. Kürzlich rief mich ein Bäcker an: Bitte helfen Sie mir, ich habe hier zwei Ägypter, die sollen abgeschoben werden, ich brauche die in meiner Backstube, sonst kann ich hier zumachen.

Und? Konnten Sie helfen?

Ja, indirekt. Die Härtefallkommission hat die Abschiebung gestoppt. Wir müssen für Asylbewerber, die sich nützlich machen wollen, einfachere Wege in den Arbeitsmarkt schaffen. Die Bundesregierung hat mit dem Chancen-Aufenthaltsgesetz hier einen wichtigen Schritt getan.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 31, 2023

Verfahrens Streit über die Grenzkontrollen; Die grundlegend verschiedenen Auffassungen der beiden Polizeigewerkschaften zeigen, wie unterschiedlich das Recht ausgelegt wird

Die Welt

Mittwoch 13. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 178

Length: 1004 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Kurz konnte man den Eindruck gewinnen, dass die beiden größten Polizeigewerkschaften in Deutschland plötzlich an einem Strang ziehen. Und das ausgerechnet beim Megastreitthema **Migration**. Eigentlich sind sich beide Organisationen spinnefeind: Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG), die im Deutschen Beamtenbund organisiert ist, vertritt eher konservative Positionen. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Mitglied im Deutschen Gewerkschaftsbund, und die größere Gewerkschaft, ist eher sozialdemokratisch orientiert. . Kaum wird eine Gelegenheit ausgelassen, die Position der jeweiligen anderen Organisation anzugreifen. Doch im Sommer klang kurz Übereinstimmung an.

Da schlug auch die GdP plötzlich neue Kontrollen zur Grenze von Polen und Tschechien vor. In der DPolG wertete man das als Beleg dafür, dass die GdP unter dem Druck steigender **Migrantenzahlen** auf die eigene Linie eingeschwenkt sei. Finden die beiden Interessenvertretungen ausgerechnet hier eine gemeinsame Position, mit der sie die Bundesregierung unter Druck setzen könnten? Wer sich umhört, erfährt: Nein, so war es nicht gemeint. Man vertrete weiterhin ganz unterschiedliche Positionen. Damit könnte die Geschichte schon zu Ende sein. Doch das ist sie nicht. Der Streit zeigt, wie verfahren der Streit über neue Grenzkontrollen ist. Das Recht wird unterschiedlich ausgelegt, Zahlen unterschiedlich interpretiert - und damit eine klare öffentliche Debatte erschwert.

Auf der einen Seite die DPolG. Sie fordert regelmäßig neue Grenzkontrollen: Während der Migrationsbewegungen 2015/2016, während der Corona-Pandemie und auch jetzt. Eigentlich gilt: Im geeinten Europa dürfen sich Personen frei zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten bewegen, nur in Ausnahmefällen dürfen Grenzpolizisten die Reisenden kontrollieren. Die Mitgliedstaaten müssen die Wiedereinführung der Grenzkontrollen dann allerdings bei der EU-Kommission anmelden oder "notifizieren". Mit dieser Begründung erhält Deutschland seit Jahren Kontrollen an der Grenze zu Österreich aufrecht. Allerdings nur da. Zu Tschechien und Polen bislang nicht, obwohl hier derzeit viele Menschen irregulär einreisen.

Verfahrener Streit über die Grenzkontrollen Die grundlegend verschiedenen Auffassungen der beiden Polizeigewerkschaften zeigen, wie unterschiedlich das Recht au....

Der Vorsitzende der Bundespolizisten bei der DPoIG, Heiko Teggatz, fordert nun seit Längerem eine Notifizierung auch dieser Grenzen, "damit wir tatsächlich kontrollieren und zurückweisen können". Bislang dürfe man das nicht. Im Grenzbereich finde nur eine sogenannte Schleierfahndung statt. Wenn dann Asylbewerber aufgegriffen werden, die irregulär eingereist sind, müssen sie trotzdem zu einer Erstaufnahmeeinrichtung in Deutschland gebracht werden. Anders an der Grenze zu Österreich: Dort habe man im vergangenen Jahr direkt an der Grenze 15.000 Menschen zurückweisen können. Also bevor sie eingereist waren.

Ähnlich klang es zunächst bei der GdP. Ihr Vorsitzender schlug im Juli vor, "die gesamte deutsche Ostgrenze notifizieren zu lassen und ein System der flexiblen Kontrollen an wechselnden Schwerpunkten" einzurichten. Auch die GdP forderte also eine Anmeldung der Grenze in Brüssel. Allerdings will man keinesfalls stationäre Grenzkontrollen, wie es auf Nachfrage heißt. Stattdessen stellt sich die Gewerkschaft eher eine intensivere Schleierfahndung vor. Man spreche sich "für flexible Grenzkontrollen aus", sagt die stellvertretende Vorsitzende der Bundespolizisten bei der GdP, Erika Krause-Schöne. "Das ist gleichbedeutend mit einer intensivierten Fahndung an der Grenze und im 30-Kilometer-Bereich hinter der Grenze." Stationäre Grenzkontrollen seien personalintensiv, außerdem fehle es an logistischen Kapazitäten. Wenn sie eingerichtet seien, würden die Pendler und der Warenverkehr behindert. Für Schleuser seien diese Maßnahmen hingegen berechenbar. Sie könnten die Grenzkontrollen dann "schön" umfahren. "Wir können nicht 1290 Kilometer östliche Grenze sichern mit stationären Grenzkontrollen", sagt Krause-Schöne. Überdies, so stellt die GdP klar, seien nach Österreich nur deswegen so viele Menschen zurückgewiesen worden, weil sie keinen Asylantrag gestellt hatten. "Nur wegen des fehlenden Schutzersuchens waren die Voraussetzungen einer Zurückweisung gegeben." Anders ausgedrückt: Sobald die Menschen Asyl sagen, muss man sie einreisen lassen - Grenzkontrolle hin oder her. Anders sieht es Teggatz: Man könne auch Menschen zurückweisen, deren Asylantrag "offensichtlich unbegründet" sei. Dies sei etwa der Fall, wenn die Person in einem anderen europäischen Staat einen Antrag gestellt habe und keine anderen Gründe vortrage, die sie bereits bei seinem Erstantrag vorgetragen habe.

Tatsächlich ist in der Rechtswissenschaft keinesfalls abschließend geklärt, ob auch Schutzsuchende zurückgewiesen können. Das macht die Debatte um die Sinnhaftigkeit von Grenzkontrollen so schwierig. Jonas Bornemann, Rechtsprofessor an der Universität Groningen, sagt: Die Bundespolizei dürfe Personen zurückschicken, die bereits in einem anderen Land einen Asylantrag gestellt haben. "Allerdings erst, nachdem geprüft wurde, welches Land für das Verfahren zuständig ist. Dafür muss die Grenzpolizei die Personen einreisen lassen." Bornemann sagt aber auch, die Rechtsauffassung der DPoIG sei nicht grundsätzlich falsch. "Sofern jeder Einzelfall eingehend geprüft wird, ist das rechtlich möglich." Das Problem liege eher in der Praxis. Die Überprüfung eines offensichtlich unbegründeten Asylantrags könne durchaus dauern. Die Idee einer unmittelbaren, sofortigen Zurückschiebung an der Grenze scheine ihm in der Praxis "nicht machbar".

Auch in der Ampel will man derzeit keine weiteren Grenzkontrollen einführen. Die Datenlage aus Bayern bewiese, "dass die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge eben gerade nicht weniger wird", sagt SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese. Eine Verdichtung der Schleierfahndung sei zielführender, als personelle Ressourcen in stationäre Grenzkontrollen zu stecken. FDP-Migrationsexperte Stephan Thomae sagt: Wenn man die Freizügigkeit des Schengenraums als Errungenschaft Europas erhalten wolle, müssten Grenzkontrollen "Ultima Ratio" bleiben.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 12, 2023

Europas wahrer Pull-Faktor

Die Welt

Mittwoch 25. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; GASTKOMMENTAR; S. 7; Ausg. 207

Length: 690 words

Byline: Kay Hailbronner

Body

An den deutschen Staatsgrenzen sind die vom EU-Recht vorgegebenen Handlungsspielräume für eine Zuwanderungsbegrenzung per Zurückweisung unerlaubt einreisender Personen, die ein Asylgesuch stellen, sehr gering. Damit einige Staaten künftig nicht einfach EU-rechtswidrig verfahren und den Grenzschutz samt Zurückweisung in die eigene, nationale Hand nehmen, muss auch der letzte hochrangige europäische Politiker begreifen: Ohne Einschränkung der Zuwanderung von nach Eigenauskunft Asylsuchenden an den Außengrenzen der Europäischen Union ist kein Fortschritt in der Migrationsfrage zu erzielen.

Grund für die ungesteuerte Zuwanderung ist die Aufrechterhaltung eines in Schönwetterzeiten der EU etablierten Rechtsrahmens. Der internationale Schutz des EU-Rechts ist erheblich weiter als derjenige der Genfer Konvention. Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention schützt nur vor Ausweisung und Zurückweisung in ein Land, in dem das Leben oder die Freiheit eines Flüchtlings aus ganz bestimmten Gründen (Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, politische Überzeugung) bedroht sein würde (Verfolgungsabsicht). Ein individuelles Recht auf Asyl ist bewusst in die Genfer Konvention nicht aufgenommen worden. Das EU-Recht dagegen umfasst Opfer "willkürlicher" Gewalt aus Krieg und bewaffneten Konflikten sowie Personen, die ein Risiko von Folter oder unmenschlicher Behandlung geltend machen. Das ermöglicht es in den Worten des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), "ohne dass es auf die Erfolgsaussichten ankommt", unter Berufung auf einen Anspruch auf "internationalen Schutz" Einreise und Aufenthalt für in der Regel jahrelange Verwaltungs- und Gerichtsverfahren zu erreichen. Man muss es nur an die Außengrenzen der EU schaffen. Ein größerer Pullfaktor für eine unkontrollierte Einwanderung ist nicht mehr vorstellbar.

Das Unionsrecht geht damit weit über das internationale Flüchtlingsrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention hinaus. Der beschränkte Schutzanspruch ist durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) etwa zum Verbot der Folter und unmenschlichen Behandlung (Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK) immer weiter ausgedehnt worden. Erfasst sind also nicht mehr nur Menschen, denen Folter oder unmenschliche Behandlung drohen. Einbezogen werden auch schwere Krankheit, extrem schlechte Lebens- und Umweltbedingungen, Joblosigkeit mit "Verelendungsrisiko", komprimiert in der Formel der deutschen Rechtsprechung: Seife, Brot und Bett.

Europas wahrer Pull-Faktor

Wie aber diesen Rechtsrahmen ändern? Die Wiener Vertragsrechtskonvention eröffnet dazu Wege. Sie gibt den Vertragsstaaten die Möglichkeit, durch Absprachen, Vereinbarungen und Praktiken die humanitären Anforderungen gegenüber den staatlichen Interessen an eine gesteuerte humanitäre Zuwanderung in Zeiten von Massenfluchtbewegungen zu regeln. Daran werden auch die Gerichte nicht vorbeigehen können. Dazu bedarf es weder der Abschaffung des grundgesetzlichen Asylrechts noch der Infragestellung des Rückschiebungsverbots der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention in Fällen von Folter, menschenunwürdiger Behandlung oder unmittelbarer akuter Bedrohung von Leib und Leben.

Eher könnte die ursprünglich durchaus wirksame verfassungsrechtliche Reform des Asylrechts mit ihren materiellen und verfahrensrechtlichen Einschränkungen für die Einreise aus sicheren Drittstaaten als Leitlinie für eine wesentlich speziellere unionsrechtliche Regelung dienen. Etwa derart, dass die Kriterien für sichere Drittstaaten und sichere Herkunftsstaaten und gruppenbezogene Verfolgungssicherheit situationsbezogen unionseinheitlich festgelegt werden. Dass nach außen klargelegt wird, dass die Geltendmachung auch extrem schlechter Lebensbedingungen kein spontanes Zugangsrecht an den Außengrenzen der EU begründet. Und dass irreguläre Weiterreise in der EU den Zugang zum Asylverfahren im gewünschten EU-Staat ausschließt.

Der Autor leitete das Forschungszentrum "Europäisches und internationales Ausländer- und Asylrecht" an der Universität Konstanz.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 25, 2023

Scholz bekräftigt Interesse an Erdgas aus Nigeria; Der Kanzler will sich in Westafrika für Erdgas-Importe stark machen. Potenzial für eine verstärkte Zusammenarbeit sieht er auch bei Migration und Sicherheit

Die Welt

Montag 30. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 210

Length: 758 words

Byline: Dpa

Body

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will die Kooperation mit dem westafrikanischen Nigeria im Energiebereich ausbauen. Zum Auftakt seiner dreitägigen Afrika-Reise machte er am Sonntag klar, dass er sich zusätzlich zu den bestehenden Öl-Importen auch die Einfuhr von Erdgas aus dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftsstärksten Land des Kontinents wünscht. "Nigeria verfügt über die größten Gasvorkommen in Afrika", sagte Scholz der nigerianischen Zeitung "The Punch". "Deutsche Unternehmen haben ein Interesse an Gaslieferungen aus Nigeria und sehen einer Zusammenarbeit mit nigerianischen Gasunternehmen erwartungsvoll entgegen." Deutschland setze außerdem auf gemeinsame Initiativen, um die Produktion von Wasserstoff als Energieträger der Zukunft voranzubringen.

Scholz brach am Morgen in die nigerianische Hauptstadt Abuja auf. Nach politischen Gesprächen dort wollte er am Abend in die Wirtschaftsmetropole Lagos weiterreisen und am Montagabend nach Ghana. Für ihn ist es die dritte große Afrika-Reise in seinen knapp zwei Jahren als Kanzler. Seine Vorgängerin Angela Merkel (CDU) hatte zum selben Zeitpunkt ihrer Amtszeit gerade erst einen Besuch auf dem Nachbarkontinent absolviert. Scholz hat sich vorgenommen, dem Kontinent deutlich mehr Aufmerksamkeit zu widmen als bisher. Auch als Lehre aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine will er die internationalen Beziehungen Deutschlands breiter aufstellen. Abhängigkeiten von einzelnen Ländern wie früher von Russland bei der Gasversorgung und aktuell von China bei den Handelsbeziehungen sollen verringert werden.

Deswegen gingen seine ersten beiden Reisen auf den Kontinent nach Südafrika als traditionell wichtigstes afrikanisches Partnerland Deutschlands, nach Kenia im Osten sowie in den Senegal und den Niger im Westen des Kontinents. Im Senegal machte sich Scholz für eine Kooperation bei der Erschließung von Gasfeldern vor der Küste des Landes stark. Von Klimaschützern wurde das kritisiert, weil es sich um einen fossilen Energieträger handelt, der klimaschädliche Gase generiert. Die Bundesregierung argumentiert, dass für die Übergangsphase zu erneuerbaren Energien weiterhin Gas benötigt werde.

Scholz bekräftigt Interesse an Erdgas aus Nigeria Der Kanzler will sich in Westafrika für Erdgas-Importe stark machen. Potenzial für eine verstärkte Zusammenarb....

In Westafrika ist der Kanzler auch jetzt wieder unterwegs. Mehr als 400 Millionen Menschen leben in den 15 Staaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas, mehr als die Hälfte von ihnen sind unter 18 Jahre alt. Migrations- und Schmuggelrouten verlaufen durch das Gebiet zwischen der Sahara-Wüste und dem Golf von Guinea am Atlantik, dessen Staaten über große Vorkommen an Gold, Öl, Erdgas und andere Bodenschätze verfügen. Die Region ist mittlerweile aber auch einer der größten und tödlichsten Horte des islamistischen Terrors weltweit.

Nigeria mit seinen 220 Millionen Einwohnern hat sich seit dem Ende einer Militärdiktatur 1999 als eine der stabilsten Demokratien der von Putschen heimgesuchten Region erwiesen. Doch das Land rutscht immer weiter in eine gefährliche Mischung aus Wirtschaftskrise und sich stetig verschlimmernder Unsicherheit. Im Nordosten verzeichnet der Staat seit über einem Jahrzehnt nur begrenzte Erfolge im Kampf gegen islamistische Terrorgruppen wie Boko Haram.

Nach UN-Angaben sind knapp 3,5 Millionen Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht, 300.000 nigerianische Flüchtlinge befinden sich in den Nachbarländern Niger und Kamerun. Die Wirtschaftskrise mit der höchsten Inflation seit fast 20 Jahren verschlimmert die Situation. Experten warnen vor mehr Migration. Von Januar bis September dieses Jahres wurden mehr als 1800 Asyl-Erstanträge von Nigerianern in Deutschland gestellt. Die Anerkennungsquote ist vergleichsweise gering. Nigeria ist eines der Länder, mit denen Scholz die Rückführung nicht anerkannter Asylbewerber über Abkommen erleichtern will. Darüber verhandelt die EU gerade mit dem Land.

Der Kanzler ist nicht das einzige Regierungsmitglied, das in den nächsten Tagen in Afrika unterwegs ist. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) reist am Montag zusammen mit dem Sonderbeauftragten für die Migrationsabkommen, Joachim Stamp (FDP), nach Marokko. Auch dort wird es darum gehen, wie man eine Vereinbarung zustande bringen kann, die Abschiebungen erleichtert und gleichzeitig Zuwanderung von Fachkräften vereinfacht. Ebenfalls am Montag startet Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nach Afrika. In Sambia und Tansania soll es darum gehen, bestehende Partnerschaften auszubauen und neue zu knüpfen. "Da ist sich der Bundespräsident ganz einig mit dem Bundeskanzler", heißt es im Bundespräsidialamt.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 31, 2023

London will den Ruanda-Deal retten; Neues Abkommen zur Asylauslagerung soll rechtliche Bedenken ausräumen

Die Welt

Mittwoch 6. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 237

Length: 698 words

Byline: Mandoline Rutkowski

Body

London

Vor rund anderthalb Jahren machte Großbritanniens konservative Regierung mit einem in Europa einmaligen **Migrationsprojekt** Schlagzeilen. Der Plan: Illegale Einwanderer sollten in das ostafrikanische Land Ruanda ausgeflogen werden. Dort sollten ihre **Asylanträge** geprüft werden. Im Fall eines Erfolges sollten sie in Ruanda bleiben dürfen, andernfalls wären sie verpflichtet, in ihre Heimatländer zurückkehren. Eine Rückkehr nach Großbritannien: ausgeschlossen.

Im Gegenzug versprach Großbritannien Ruanda Geld. Rund 140 Millionen Pfund sind britischen Medienberichten zufolge bereits nach Kigali geflossen. Dabei wurde bis heute noch kein einziger Asylsuchender im Rahmen des Deals ausgeflogen. Britische Gerichte blockierten das Vorhaben, nachdem Menschenrechtsorganisationen gegen die Auslagerung der Asylverfahren nach Ruanda geklagt hatten. Zuletzt urteilte das Oberste Gericht, dass Londons Plan rechtswidrig sei. Die Richter begründeten ihr Urteil mit der Sorge, dass die Asylsuchenden in Ruanda möglicherweise kein faires Verfahren erhalten und in ein unsicheres Herkunftsland zurückgeschickt werden könnten.

Doch die Konservativen wollen sich damit nicht zufriedengeben. Am Dienstag reiste der gerade frisch ins Amt gewählte Innenminister James Cleverly nach Kigali, um einen neuen Vertrag mit der ruandischen Regierung zu unterzeichnen. Ein Abkommen, das die Zweifel des Obersten Gerichts ausräumen soll. Der Druck auf die britische Regierung ist nach der monatelangen Hängepartie hoch. "Innenminister 3 - Migranten 0", stichelte BBC-Reporter Chris Mason. London hatte das Ruanda-Abkommen damals als Maßnahme angekündigt, um die steigende Anzahl von Bootsflüchtlingen in den Griff zu bekommen, die England über den Ärmelkanal erreichen. Vergangenes Jahr kamen rund 45.700 Menschen über diesen Weg ins Land. Das Vorhaben, so Einwanderungsminister Robert Jenrick, sollte als "Abschreckungsmaßnahme" dienen.

London will den Ruanda-Deal retten Neues Abkommen zur Asylauslagerung soll rechtliche Bedenken ausräumen

In dem neuen Abkommen verpflichtet sich die ruandische Regierung nun, Asylsuchenden den Aufenthalt im Land zu gewähren, auch wenn ihr Antrag auf Asyl abgelehnt wird. "Wir sind fest davon überzeugt, dass dieser Vertrag alle von den Richtern im Obersten Gericht aufgeworfenen Fragen beantwortet", so Cleverly bei einer Pressekonferenz in Kigali. Darüber hinaus soll das britische Parlament Ruanda zum "sicheren" Drittstaat erklären. Menschenrechtler werden dies voraussichtlich erneut vor Gericht anfechten. Ob und wann Asylsuchende nach Ruanda ausgeflogen werden können, ist daher weiterhin offen. Yvette Cooper, Innenministerin im Schattenkabinett der Labour-Partei, bezeichnete den neuen Vertrag schon vor der Unterzeichnung als eine weitere "Spielerei".

Premier Rishi Sunak wird derweil vom rechten Parteiflügel unter Druck gesetzt, den Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EKMR) zu veranlassen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) - eine von der EU unabhängige Institution - wacht darüber, dass die Unterzeichnerstaaten den Vertrag auch einhalten. Den Abgeordneten missfällt der Einfluss des Gerichts auf die britische Politik. Im Juni vergangenen Jahres hatte es ein Abschiebeflugzeug nach Ruanda in letzter Minute gestoppt.

Großbritannien ist nicht das erste Land, das ein Abkommen dieser Art auf den Weg bringt. Australien lagert Asylsuchende seit Jahren aus, etwa in den pazifischen Inselstaat Nauru - trotz scharfer Kritik von Hilfsorganisationen. Auch Israel soll Asylsuchende nach Ruanda geschickt haben, auch wenn Jerusalem dies nie offiziell bestätigt hat. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen wurde ihnen in Ruanda ein faires Verfahren verweigert, viele sollen von Schmugglern ins Ausland gebracht worden sein. Das Oberste Gericht bezog sich in seinem Urteil auch auf diese Berichte.

Auch wenn unklar ist, wann das erste Flugzeug abhebt, hat der britisch-ruandische Migrationspakt über das Land hinaus einen Stein ins Rollen gebracht. In der EU prüfen derzeit mehrere Länder, ob sie Asylverfahren in Drittstaaten auslagern können, darunter auch Deutschland. Regierungsvertreter aus Italien und Albanien unterzeichneten kürzlich eine Absichtserklärung über ein ähnliches Abkommen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 5, 2023

Faeser stoppt freiwillige Aufnahme aus Italien; Deutschland zieht Konsequenz aus dem Kurs der Regierung Meloni in der Migrationspolitik

Die Welt

Mittwoch 13. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 178

Length: 633 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Deutschland hat die freiwillige Migrantenaufnahme aus Italien ausgesetzt. Wie WELT aus Kreisen der deutschen Innenbehörden erfuhr, wurden die Auswahlprozesse für dort ankommende Asylsuchende im Rahmen des "freiwilligen Solidaritätsmechanismus" eingestellt und dieser Schritt Rom in einem Brief mitgeteilt. Das Bundesinnenministerium erklärte, wegen hohen Migrationsdrucks nach Deutschland sei Italien mitgeteilt worden, die notwendigen Überprüfungen der Migranten würden von deutscher Seite "bis auf Weiteres verschoben".

Hintergrund der Aussetzung ist nach WELT-Informationen die anhaltende Weigerung Italiens, sogenannte Dublin-Überstellungen aus Deutschland zu ermöglichen. Nach dem geltenden EU-Asylrecht sollen Asylsuchende, die unerlaubt in einen anderen Mitgliedstaat weiterziehen, in der Regel wieder in den Erst-Einreisestaat zurückgebracht werden. Das funktioniert ohnehin selten, seit einem dreiviertel Jahr blockiert Italien aber vollständig. In einem WELT vorliegenden Schreiben vom 5. Dezember 2022 aus Rom an die übrigen EU-Mitglieder heißt es: "Aus plötzlich aufgetauchten technischen Gründen, die mit fehlenden Aufnahmekapazitäten zusammenhängen", werden "Überstellungen nach Italien ab morgen zeitlich befristet storniert". Diese "zeitliche Befristung" dauert bis heute an.

Bei dem nun ausgesetzten "freiwilligen Solidaritätsmechanismus" handelt es sich um ein maßgeblich von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vorangetriebenes temporäres Verteilungsprojekt. Sie setzte es im Juni vergangenen Jahres gemeinsam mit ihrem französischen Kollegen auf EU-Ebene durch. 10.000 Migranten sollten aus den Hauptankunftsstaaten, vor allem dem besonders belasteten Italien, in möglichst viele aufnahmewillige Staaten ausgeflogen werden, 3500 der Menschen nach Deutschland. Anschließend, so Faesers Ziel, sollte sich dieses Pilotprojekt zu einer dauerhaften Verteilung innerhalb der EU weiterentwickeln. Nachdem sich nur wenige Staaten in merklichem Umfang an dem Projekt beteiligen wollten, wurde die Gesamtzielmarke auf 8000 Migranten gesenkt. Laut Angaben der EU-Kommission gegenüber "Brussels Signal" sollen bis August 2023 erst rund 2500 Personen im Rahmen des Mechanismus verteilt worden sein, vor allem nach Deutschland und Frankreich.

Die legale Umverteilung aus anderen EU-Staaten, etwa über den "freiwilligen Solidaritätsmechanismus" oder die "Relocation" von aus Seenot geretteten Bootsmigranten oder das schon abgeschlossene Aufnahmeprogramm zur

Faeser stoppt freiwillige Aufnahme aus Italien Deutschland zieht Konsequenz aus dem Kurs der Regierung Meloni in der Migrationspolitik

Entlastung der griechischen Inseln, ist zahlenmäßig kein bedeutender Faktor für die Zuwanderung nach Deutschland. Das Gros der Schutzsuchenden reist unerlaubt aus den sicheren Nachbarländern ein. Deutschland ist seit 2012 durchgängig das Hauptziel von Asylbewerbern in Europa, im laufenden Jahr wurden schon mehr als 200.000 Asylerstanträge gestellt.

Trotz der nun gestoppten Aufnahme aus Italien hält die Ampel-Regierung aber am Ziel fest, mehr Schutzsuchende aus den Ankunftsstaaten im Süden des Kontinents nach Deutschland und möglichst viele andere EU-Staaten umzuverteilen. In den Verhandlungen für die EU-Asylreform tritt die deutsche Regierung für eine stärkere legale Umverteilung ein. Im Gegenzug soll die unerlaubte, aber kaum behinderte Weiterwanderung aus anderen EU-Ländern in die Bundesrepublik reduziert werden.

Allerdings sind nach dem aktuellen Verhandlungsstand der Reform keine echten Sanktionen gegen die unerlaubt Weitergezogenen, etwa ein ausschließlicher Bezug von Sachleistungen bis zur Rückkehr, vorgesehen. Heute wird Deutschland in der Regel nach sechs Monaten für einen Asylsuchenden, der schon in einem anderen Staat registriert wurde, zuständig, falls keine Dublin-Überstellung gelingt. Die Ampel setzt sich in Brüssel dafür ein, diese Überstellungsfrist auf zwölf Monate auszudehnen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 12, 2023

Die Armut von Migrantenkindern; Kein Geld für Sportkleidung oder den Tierpark: Welche Folgeprobleme kann die fast kollektive Armutserfahrung einer ganzen Generation geflüchteter Kinder haben?

Die Welt

Dienstag 12. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Politik; S. 4; Ausg. 177

Length: 1030 words

Byline: Jörg Wimalasena

Body

Wenn Pouyan Mohammadi (Name geändert) mit seinen Freunden auf den Bolzplatz geht, spielt er "immer in normalen Klamotten". Für Fußballkleidung ist kein Geld da. "Das ist schwer für mich", sagt der Zehnjährige und senkt den Blick. Armut bestimmt das Leben des afghanischen Jungen, der 2015 nach Deutschland kam.

Es fehlt an allen Enden. Wenn die anderen Kinder in den Tierpark fahren, der 23,50 Euro Eintritt kostet, bleibt er zu Hause - in der Sozialwohnung, in der er sich mit seiner jüngeren Schwester ein Zimmer teilt. Ein Fahrrad oder einen Tretroller, mit dem er zumindest die Umgebung erkunden kann, können sich seine Eltern ebenfalls nicht leisten.

Mitte August erklärte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), dass Kinderarmut vorrangig ein Problem sei, das Familien betreffe, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind. Und in der Tat sind 45,7 Prozent der Zuwanderer aus Asylherkunftsländern von Transferleistungen abhängig. Nach Lindners Äußerungen entbrannte eine Debatte über Sozialstaat, Migration und Integration - eine Debatte, bei der allerdings kaum Betroffene zu Wort kamen. Doch wie fühlt sich Kinderarmut für diejenigen an, die darunter leiden? Und welche Folgeprobleme kann die fast kollektive Armutserfahrung einer ganzen Generation geflüchteter Kinder haben? Darüber hat WELT mit betroffenen Familien und Integrationshelfern bei den "Integrationslotsen" im niedersächsischen Cloppenburg gesprochen.

Das Thema Armut zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Familie Mohammadi. Vater Ali (Name ebenfalls geändert) floh vor der ersten Taliban-Herrschaft in den benachbarten Iran. Der dünne Mann mit den nach vorne gekämmten strähnigen Haaren lebte dort halb auf der Straße, halb in Rohbauten und verdiente sein Geld mit dem Aufsammeln von Müll. Dort kam sein Sohn zur Welt. Wegen der anhaltenden Diskriminierung floh die Familie 2015 nach Deutschland. Pouyan habe seinen ersten Satz mit drei Jahren gesprochen, erzählt sein Vater. Nachts in einem Flüchtlingsboot vor der Küste Griechenlands. "Mir ist kalt" habe er gesagt, erinnert sich Ali. Die damals dreiköpfige Familie schaffte es nach Griechenland und dann nach Deutschland, mittlerweile haben alle einen

Die Armut von Migrantenkindern Kein Geld für Sportkleidung oder den Tierpark: Welche Folgeprobleme kann die fast kollektive Armutserfahrung einer ganzen Generat....

Aufenthaltstitel. Doch die Armut hat die mittlerweile fünfköpfige Familie nicht hinter sich lassen können. Ali Mohammadi leidet seit seiner Kindheit unter schwerem Asthma und ist zu 70 Grad schwerbehindert. Mehrmals im Jahr muss er zur Behandlung ins Krankenhaus. Zudem ist er Analphabet. Dass er jemals einer Arbeit wird nachgehen können, die seine Familie unabhängig von Transferleistungen macht, ist unwahrscheinlich. Für ihn selbst sieht er trotz seiner 33 Jahre keine Zukunft mehr.

"Ich bin jetzt schon nur Vergangenheit", sagt der Vater. Aber die Kinder sollen es einmal besser haben. Sein Sohn soll Hausarzt werden, seine beiden Töchter Zahnärztin und Hebamme. Aber auf die Frage, was er selbst später machen wolle, sagt sein Sohn leise: "Keine Ahnung." Kurz darauf verlässt Pouyan mit betretenem Blick den Raum - die Konfrontation mit der eigenen Armut ist für ihn augenscheinlich nur schwer zu ertragen. Im Nachbarzimmer kritzelt er mit Buntstiften auf einem gelben Papier herum, während der Vater die Rechnung für eine Klassenfahrt seines Sohnes hervorholt. 110 Euro kostet sie. Wieder muss er zum Amt laufen, um das Geld dafür aufzutreiben.

Hilfe bekommt er beim Ausfüllen des Antrags von Schirien Hosseiny, stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Vereins "Integrationslotsen im Landkreis Cloppenburg". Neun Mitarbeiter und zahlreiche Ehrenamtler helfen Migranten mit Angeboten wie Sprachkursen und Bildungsberatung bei der oft nicht leichten Integration in die deutsche Gesellschaft. Die Armut vieler Kinder mit Fluchterfahrung behindere deren Entwicklung, erzählt Hosseiny. Wer etwa keinen Urlaub und keine Ausflüge machen könne, gewinne keine neuen Eindrücke von anderen Orten. Wer wie Pouyan in einer Sozialwohnung lebe, der bekomme auch selten Besuch von anderen Kindern. "Jeder hier weiß, wo die Sozialwohnungen und Asylunterkünfte sind. Da wollen viele ihre Kinder nicht hinschicken - und selbst wenn, die Kinder teilen sich zu zweit oder zu dritt ein Zimmer", das Sorge für Scham. Und so gingen wertvolle Sozialisierungserfahrungen verloren.

Auf die Debatte um die Kindergrundsicherung angesprochen, erzählen Flüchtlinge, dass sie höhere Leistungen nicht von der Arbeitssuche abhalten würden. Ein Mann aus Syrien, der nach zahlreichen Leiharbeitsjobs einen dauerhaften Arbeitsplatz in einem Lagerhaus gefunden hat, erinnert sich noch gut an den permanenten Stress mit dem Jobcenter. Allein dafür, nichts mehr mit den Behörden zu tun haben zu müssen, lohne sich die Arbeit. Aber auch er bezieht immer noch Transferleistungen. Er bekommt Wohngeld, weil sein Einkommen zu gering ist. Besser bezahlte Jobs gibt es selten für Migranten wie ihn. Auch, weil die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse schwer sei, erzählen die Integrationslotsen. Auch hier gehe Potenzial verloren.

Schirien Hosseiny ist genervt von der Annahme, dass Migranten höhere Leistungen nicht für ihre Kinder verwendeten. "Dahinter steckt doch das Vorurteil, Menschen mit Migrationshintergrund würden nicht im Interesse ihrer Kinder handeln und ihre eigenen Bedürfnisse bevorzugen", sagt sie. Und das stimme nicht. Die Psychologin sorgt sich um die Zukunftsaussichten von Kindern wie Pouyan Mohammadi. "Sie haben es ja gehört", sagt sie. "Er hat keine Zukunftspläne." Das liege bei Kindern wie ihm auch daran, dass sie keine positiven Veränderungen in ihrem Leben wahrnehmen. "Sie glauben, alles wird immer so bleiben, und sehen keine Perspektiven. Sie leben im Hier und Jetzt und hoffen nur, dass alles nicht noch schlimmer wird." Die Sorgen der Eltern, die jeden Monat ums finanzielle Überleben kämpfen müssen, erzeuge auch bei den Kindern permanenten psychischen Stress, der sich in vielen Fällen auf deren Zukunftschancen auswirke. Hosseiny befürwortet auch deshalb höhere Leistungen für Kinder. "Wenn dadurch nur ein einziges Kind aus der Armut geholt wird, ist es das wert."

Sie hoffen nur, dass alles nicht noch schlimmer wird Schirien Hosseiny, Integrationslotsin

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 11, 2023

Melonis Forderung nach einer Seeblockade setzt EU unter Druck; Zwischen Rom und Brüssel herrschte in der Migrationskrise bislang Harmonie. Doch Italiens Wunsch nach einer EU-Mission auf dem Meer könnte zum Problem werden

Die Welt

Dienstag 19. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 182

Length: 895 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wirkten am Sonntag sehr harmonisch - trotz einer völlig chaotischen Umgebung. Gemeinsam besuchten sie die Mittelmeerinsel Lampedusa, um sich ein Bild von der Ausnahmesituation zu machen, die dort herrschte, nachdem in der vergangenen Woche mehr als 9000 **Migranten** angekommen waren.

Seite an Seite hielten sie schließlich eine Pressekonferenz ab, bei der von der Leyen einen Zehn-Punkte-Plan verkündete, um die Situation in den Griff zu bekommen. 2023 hat sich die **Migration** über das Mittelmeer im Vorjahresvergleich verdoppelt: Seit Jahresbeginn kamen bereits rund 127.000 Menschen über den Seeweg in Italien an. Bei der Konferenz sagte von der Leyen nicht nur, dass irreguläre Immigration eine Herausforderung sei, die "eine europäische Antwort" benötige. Sie forderte auch die anderen EU-Länder auf, einen Teil der in Italien ankommenden **Migranten** aufzunehmen. Italienische Zeitungen bezeichneten die Worte von der Leyens sowie ihren Besuch als "Geschenk an Meloni", sind es doch klare Zeichen des Beistands, die für die Regierungschefin innenpolitisch besonders wichtig sind.

Die rechtsnationalistische Meloni war im vergangenen Jahr auch dank ihres Versprechens gewählt worden, die illegale Migration zu "bekämpfen". Doch dann geschah das genaue Gegenteil: Seitdem Meloni regiert, verdoppelte sich die Zahl der Menschen, die nach Italien kamen und die Ministerpräsidentin lief Gefahr, darüber die Zustimmung ihrer Wähler zu verlieren. Davor könnte sie von der Leyen nun bewahren, wenn sie die Migration klar als gesamteuropäisches Problem benennt, mit dem Italien nicht alleingelassen werden dürfe.

Eine solche Harmonie zwischen Brüssel und Rom hätte vor einem Jahr noch niemand vorhergesagt. Meloni ist Chefin eines rechten Bündnisses und ihr Junior-Partner Matteo Salvini von der Lega-Partei hatte vor rund vier

Melonis Forderung nach einer Seeblockade setzt EU unter Druck Zwischen Rom und Brüssel herrschte in der Migrationskrise bislang Harmonie. Doch Italiens Wunsch n....

Jahren in seiner Zeit als Innenminister noch auf maximale Konfrontation in der Migrations-Frage gesetzt. Auch Meloni selbst war für ihre EU-kritischen Töne bekannt. Doch abgesehen von ein paar Unstimmigkeiten unmittelbar nach ihrem Amtsantritt demonstrieren Meloni und die EU - sowohl die Kommission als auch die wichtigsten Staatschefs - beim Thema Migration Einigkeit. Das zeigte nicht zuletzt der Kompromiss bei der EU-Asylreform, der im Juni gelang.

Dabei einigten sich die Mitgliedstaaten auf strengere Regeln, die etwa Schnellverfahren für die Überprüfung von Asylanträgen an den EU-Außengrenzen vorsehen - Internierung der Antragsteller bei geringen Erfolgchancen während des Überprüfungszeitraums inklusive - sowie konsequentere Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber. Entsprechend kommentierte Meloni die Entwicklungen auf EU-Ebene auch am Montag: "Anders als in der Vergangenheit haben die EU-Kommission und ein großer Teil der europäischen Staaten dieselbe Position wie Italien eingenommen." Ein für die Italienerin zentrales Thema fehlte jedoch in dem Beschluss: der "blocco navale", also eine "Seeblockade". Nun, mit der Ausnahmesituation auf Lampedusa hat Meloni den Begriff wieder aufgegriffen und zum Zentrum ihres politischen Handels erklärt.

Dieses Vorgehen aber könnte einen Bruch in der demonstrativen Harmonie zwischen Italien und der EU bedeuten, denn es ist nur schwer vorstellbar, dass von der Leyen bei jener Art der Seeblockade mitzieht, die Meloni vorschwebt. So kündigte die italienische Regierungschefin in einer Videobotschaft an, von der Europäischen Union eine Seeblockade zu fordern und beim nächsten EU-Gipfel die Notwendigkeit vorzubringen, "sofort eine EU-Mission zu starten, um die Abfahrten der Boote zu stoppen".

Wenn Meloni von einer Seeblockade spricht, meint sie also eine militärische Mission der EU im Mittelmeer, die Migrantenboote daran hindert, überhaupt abzufahren. Doch da eine EU-Mission kaum in fremden Hoheitsgewässern aktiv sein kann, geht es wohl eher darum, die Boote davon abzuhalten, an den Küsten der EU anzulegen.

Wie genau das funktionieren soll, ist indes unklar. Denn sogenannte Pushbacks, bei denen staatliche Akteure Migranten unmittelbar nach ihrer Ankunft zurückschieben, und ihnen somit die Möglichkeit verwehren, einen Asylantrag zu stellen, sind nach internationalem Recht illegal. Entsprechend ging von der Leyen bei der Pressekonferenz nur indirekt auf Melonis Forderung ein. Ihr Plan enthält einen Punkt, der die "Verstärkung der Grenzüberwachung auf See und aus der Luft, auch durch Frontex" vorsieht, sowie die Überprüfung einer "Option für die Ausweitung der Marineeinsätze im Mittelmeer".

Solche Marineeinsätze hat es in der Vergangenheit bereits gegeben - zuletzt die "Mission Sophia", die im Jahr 2019 endete. Doch sie dienten keineswegs dazu, Migrantenschiffe zu blockieren, vielmehr wurden die Menschen in Seenot gerettet und nach Europa gebracht. Beim nächsten EU-Gipfel könnte es also zu einem Konflikt kommen, wenn Meloni versucht, ihre Interpretation der Schiffsblockade durchzusetzen.

Bis dahin bemüht sie sich indes darum, den zweiten Aspekt des EU-Asylkompromisses umzusetzen: die Abschiebungen. So hob ihre Regierung die maximale Dauer, die abgelehnte Asylantragsteller den Abschiebezentren interniert werden dürfen, am Montag von zwölf auf 18 Monate an. Zudem beauftragte das Kabinett das Militär, spezielle Abschiebehaftanstalten einzurichten.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni und ihr Vize Matteo Salvini: Die angespannte Lage auf der Mittelmeerinsel Lampedusa zwingt sie, zu handeln

Melonis Forderung nach einer Seeblockade setzt EU unter Druck Zwischen Rom und Brüssel herrschte in der Migrationskrise bislang Harmonie. Doch Italiens Wunsch n....

Load-Date: September 18, 2023

End of Document

Der bröckelnde Konsens der Mitte; Seit Langem erklärt die Politik deutschen Arbeitnehmern, man könne nicht das Abstiegsrisiko jedes Einzelnen abfedern. Doch zugleich wird immer mehr Geld für Flüchtlinge ausgegeben. Ein toxisches Missverhältnis

Die Welt

Montag 4. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; ESSAY; S. 7; Ausg. 235

Length: 1032 words

Byline: Jörg Wimalasena

Body

Der Kipppunkt zum Rechtspopulismus ist nicht in jeder Gesellschaft genau zu isolieren, aber wenn ein substanzieller Teil der Wahlbevölkerung nicht mehr das Gefühl hat, vom herrschenden politisch-ökonomischen Status quo zu profitieren, wird es gefährlich. Das Erreichen dieses Kipppunkts hat Angela Merkel in Deutschland jahrelang aufgeschoben, indem Sie die Verwerfungen der westlichen Welt - Euro-Krise, **Migrationskrise** - zumindest von der deutschen Mittelschicht und natürlich von der Oberschicht fernzuhalten verstand. Eliten in Politik und Gesellschaft fühlten sich immun gegenüber dem Rechtspopulismus, und man rühmte sich bis zum Einzug der AfD in den Bundestag des Alleinstellungsmerkmals, keine einflussreiche rechtsradikale Partei im deutschen Mainstream zu haben.

Dabei hätte man schon vor zehn Jahren absehen können, dass der Mitte-Konsens bröckelt. Schon 2013 wäre die AfD fast in den Bundestag eingezogen. Nach 2017 zog die AfD vor allem wegen Merkels **Flüchtlingspolitik** dann mit erschreckenden 12,6 Prozent in den Bundestag ein, aber sie blieb ein Randphänomen.

Doch nun wird Deutschland von den globalen ökonomischen Problemen eingeholt. Mittlerweile ist auch die deutsche Mittelschicht durch Inflation, Rezession und die Sparpolitik der Ampel-Regierung von einem erheblichen Wohlstandsverlust bedroht. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse verstärkt diesen Prozess noch. Schon jetzt nutzen vor allem FDP und Union die Verschuldungsregeln als Absprungbrett für die Forderung nach einer weiteren Entkernung des Sozialstaats - was fatal wäre. Und in ebendieser Situation richtet sich die Wut gegen Migranten und Flüchtlinge. Teilweise ist die Kritik an der deutschen Migrationspolitik sogar nachvollziehbar. Rückführungen finden kaum statt, regelmäßig sorgen brutale Gewalttaten von Flüchtlingen für Schlagzeilen. Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel gibt es in ganz Deutschland antisemitische Proteste und Ausschreitungen. Und dass die Arbeitsmarktintegration bei einigen Zuwanderungsgruppen nur unzureichend gelingt, lässt sich (auch wenn sie ein wichtiger Faktor sind) nicht nur auf politische Versäumnisse schieben.

Der bröckelnde Konsens der Mitte Seit Langem erklärt die Politik deutschen Arbeitnehmern, man könne nicht das Abstiegsrisiko jedes Einzelnen abfedern. Doch zugl....

Wichtiger ist bei der Ursachenanalyse der aufkochenden Ablehnung gegenüber Zuwanderern aber ein anderer Faktor. Jahrzehntlang behauptete man gegenüber deutschen Arbeitnehmern, man könne es sich nicht mehr leisten, gesellschaftliche Risiken für den Einzelnen abzufedern. Wenn eine Regierung aber den Abstieg der eigenen Bevölkerung nur unzureichend bekämpft, kann sie von diesen kaum Solidarität gegenüber Zuwanderern einfordern. Doch genau das tun alle Bundesregierungen seit Jahren. Die wichtigste Zäsur war die Agenda 2010. Sie hat zur Entwurzelung erheblicher Teile der Arbeiterschaft und zur Bedrohung der Mittelschicht geführt. Hartz IV hat dafür gesorgt, dass Arbeitslose innerhalb kürzester Zeit ihre Ersparnisse aufbrauchen müssen, um dann im Hartz-IV-System und mit nicht existenzsichernden Mini-Almosen und ständiger Jobcenter-Überwachung kaum ein würdevolles Leben führen können. Rentenkürzungen unter Rot-Grün taten ihr Übriges, um die solidarischen Fundamente der Gesellschaft zu untergraben. Die politisch gewollte Abstiegsgefahr hat sich seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs nun auf wesentlich größere Teile der Mittelschicht ausgeweitet.

Angesichts dieser Gemengelage entwickeln offenbar immer mehr Bürger eine Abneigung gegen eine Politik, die viele als ungerecht empfinden. Das Missverhältnis in der Solidaritätseinforderung gegenüber Flüchtlingen und der angebotenen Solidarität für Eingesessene ist das Problem. Die Regierungsparteien der vergangenen Jahrzehnte drangsalierten die hiesige Arbeiterschaft mit neoliberalen Reformen und forderten dann - zumindest bis vor Kurzem - Aufnahmebereitschaft gegenüber Zuwanderern ein. Das Bürgergeld erhalten etwa anerkannte Asylberechtigte in gleicher Höhe wie Inländer, die trotz oft langjähriger Beschäftigung aufgrund längerer Arbeitslosigkeit aus dem Arbeitslosengeld-I-Bezug herausfallen. Wenig überraschend ruft dieses Ungleichgewicht Unverständnis hervor. Auch wenn objektiv Flüchtlinge in Deutschland keineswegs ein besonders auskömmliches Leben finanziert bekommen. Dennoch ist nicht abzustreiten, dass vor allem die Arbeiterschaft von zuwanderungsbedingten Problemen betroffen ist. Wohnungsmangel, Konkurrenz im Niedriglohnsektor und soziale Konflikte in Orten mit hohen Flüchtlingszahlen. Die linksliberale Oberschicht bekommt davon meist wenig mit, die Arbeiterschaft schon. Die Luft am unteren sozialen Ende der Gesellschaft wird dünner. Und das wird politisch toleriert - wenn nicht sogar befördert.

Natürlich tragen Zuwanderer an diesen Verwerfungen keine Schuld und es gäbe sicher weniger Sorge vor Altersarmut, weniger Wohnungsmangel und weniger soziale Verzweiflung, wenn der Neoliberalismus nicht die Dominanz entfalten würde, die er nun einmal seit Jahrzehnten entfaltet. Aber die Tatsache, dass die Öffnung der sozialen Schere unter anderem ein Werk der linksliberalen Rot-Grün-Regierung war und ist, dürfte den Wählern im Gedächtnis geblieben sein. Und dass ausgerechnet diese Parteien lange besonders lautstark für "Weltoffenheit" warben, stößt vielen bitter auf. Die Umfragewerte der AfD zeugen davon.

Das Aufeinandertreffen politischer Versäumnisse und historischer Umstände führt zu einer toxischen Gemengelage in der deutschen Gesellschaft. Auf der einen Seite eine verunsicherte Mittelschicht, die ihren kleinen Wohlstand durch die Merkel-Jahre gesichert sah, ihn aber nun (zurecht) für volatil hält. Auf der anderen Seite eine seit Jahrzehnten gebeutelte Arbeiterschaft, die immer weniger dazu bereit ist, die wenigen ihr zugestandenen Ressourcen noch mit Zuwanderern zu teilen. Die Lösung ist so klar wie unrealistisch. Eine sozialstaatliche Umverteilungsoffensive von großem Kaliber, die die Abstiegsängste der Mittelschicht bekämpfen und den bereits vollzogenen Abstieg der Arbeiterschaft rückgängig macht. Nur mehr soziale Gerechtigkeit kann die Spannungen in der Migrationspolitik lösen.

Die Luft am unteren sozialen Ende wird dünner. Und das wird politisch toleriert

joerg.wimalasena@welt.de (joerg.wimalasena@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 3, 2023

"Unerträglich, was sich gerade abspielt"; Sachsen-Anhalts Regierungschef Haseloff (CDU) sagt: Wer Hamas-Terroristen bejubelt, tritt die Verfassung mit Füßen. Er fordert eine restriktivere Migrationspolitik

Die Welt

Montag 23. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 205

Length: 1441 words

Byline: Claus Christian Malzahn

Nikolaus Doll

Body

In Dessau-Roßlau ist am Sonntag die neu erbaute Weill-Synagoge eingeweiht worden. Rund 85 Jahre nach der Zerstörung der Synagoge durch die Nationalsozialisten hat die Stadt in Sachsen-Anhalt damit wieder ein jüdisches Gotteshaus. Der Einweihung wohnten auch Kanzler Olaf Scholz (SPD) und Israels Botschafter Ron Prosor bei. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) bezeichnete die Synagoge als "Symbol des Neuanfangs". Im Interview zeigt sich der 69-Jährige erschüttert über jüdenfeindliche Ausschreitungen hierzulande infolge des Hamas-Terrors gegen Israel.

WELT:

Herr Ministerpräsident, vor vier Jahren gab es einen Neonazi-Anschlag auf die Synagoge in Halle . Nun fliegen Molotow-Cocktails auf jüdische Einrichtungen in Berlin, es kommt in vielen Städten zu Demos aus Solidarität mit der terroristischen Hamas . Ist jüdisches Leben in Deutschland noch sicher?

Reiner Haseloff:

Es ist eine Schande, dass Sie mir diese Frage stellen müssen, denn sie ist ja notwendig und spiegelt eine katastrophale Situation. Wir haben seit 1700 Jahren jüdisches Leben in Deutschland. Auch in Sachsen-Anhalt wachsen die jüdischen Gemeinden wieder, in Dessau-Roßlau wurde gerade eine Synagoge eingeweiht. Neben dem rechtsextremen Antisemitismus erleben wir gerade auch einen Judenhass, der eingewandert ist. Ich finde es unerträglich, was sich da gerade abspielt auf manchen Straßen und Plätzen.

Und was kann die Politik dagegen unternehmen?

"Unerträglich, was sich gerade abspielt" Sachsen -Anhalts Regierungschef Haseloff (CDU) sagt: Wer Hamas-Terroristen bejubelt, tritt die Verfassung mit Füßen. Er....

Wer hier leben will, muss akzeptieren, dass die Verantwortung für Israel zur deutschen Identität und Staatsräson gehört. Wer das nicht akzeptieren will, der kann nicht zu unserer Gesellschaft gehören.

Ihr Parteifreund Christian Wulff hat als Bundespräsident gesagt: Der Islam gehört zu Deutschland. Würden Sie das unterschreiben?

Das Grundgesetz gehört zu Deutschland. Religion ist Privatsache. Ich lebe als Katholik im Osten in einer doppelten Minderheit, die meisten Christen dort sind Protestanten, Konfessionslose aber klar in der Mehrheit. Entscheidend ist, dass sich alle an die Regeln halten, die wir uns im Grundgesetz gegeben haben. Dort heißt es in Artikel eins: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wer Kindermörder und Terroristen bejubelt, tritt unsere Verfassung mit Füßen, egal, aus welchen Gründen er das tut.

Es sind ja nicht nur Moslems, die das bejubeln. In Berlin skandierten Deutsche bei einer Sitzblockade den Spruch: "Free Palestine from German guilt" - "Befreit Palästina von deutscher Schuld". Das waren junge Leute, die sich für links halten. Verstehen Sie das?

Das wundert mich nicht. Es gibt eben auch eine lange Linie des linken Antisemitismus. Israel-Feindlichkeit war Staatsdoktrin der DDR, das habe ich oft genug mitbekommen. Die palästinensische Parole, die Juden aus Israel ins Mittelmeer zu treiben, wurde von der SED beklatscht. Und schon der West-Berliner Kommunist Dieter Kunzelmann wollte die 68er vom sogenannten "Judenknax" befreien, das ist doch dasselbe wie das, was da heute gerufen wird. Es geht darum, die deutsche historische Verantwortung für Israel und das jüdische Volk restlos zu entsorgen. Erbärmlich ist das.

Sie haben von eingewandertem Antisemitismus gesprochen. Die Deutschen wünschen sich weniger irreguläre Migration, das zeigen alle Umfragen. Haben Sie den Eindruck, dass diese Sorgen bei der Bundesregierung angekommen sind?

Wenn die Ampel-Parteien bei den jüngsten Landtagswahlen in Bayern und Hessen den Schuss nicht gehört haben, ist ihnen vermutlich nicht zu helfen. Der Erfolg der AfD ist kein Ost-Phänomen mehr, sondern Ausdruck tiefen Frusts in der Einwanderungspolitik. Trotzdem fährt man in der Koalition in Berlin weiter auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, weil die Partner politisch eben weit auseinander liegen.

Was steht Ihrer Meinung nach an?

Wir müssen die irreguläre Einwanderung deutlich begrenzen und Abschiebungen und Rückführungen beschleunigen. Die Ministerpräsidenten haben auf ihrer letzten Konferenz viele Vorschläge gemacht, zum Beispiel: Asylverfahren für Angehörige von Staaten, für die die Anerkennungsquote weniger als fünf Prozent beträgt, müssen zügiger als bisher rechtskräftig abgeschlossen werden. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Wir müssen handeln.

Muss das Grundrecht auf Asyl geändert werden?

Das ist nicht nötig; es sollte erst mal wieder angewendet werden, wie es im Grundgesetz steht, einschließlich des Konzepts der sicheren Herkunftsstaaten. Der Bund hat eine klare Verantwortung, die Staatsgrenze zu sichern. Dafür ist er da. Und dazu gehört auch der Schutz vor massenhafter illegaler Einwanderung, die zumindest teilweise eine Gefahr für jüdisches Leben in unserem Land darstellt. Das dürfen wir nicht ignorieren! Das Thema hat inzwischen die Qualität, den gesellschaftlichen Frieden zu zerstören. Das können wir so nicht weiterlaufen lassen.

Am 6. November gibt es ein weiteres Treffen der Länderchefs mit dem Bundeskanzler. Was erwarten Sie von dieser Ministerpräsidentenkonferenz?

Zunächst, dass wir eine Einigung darüber erzielen, dass die Länder vom Bund mehr Geld bekommen. Anders sind die Herausforderungen durch die wachsende Zahl an Migranten nicht mehr zu bewältigen. Alle Kapazitäten zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern sind ausgelastet. Wenn wir nicht weitere schaffen, müssen die Leute in Zelten schlafen - im Winter! Wollen wir das?

"Unerträglich, was sich gerade abspielt" Sachsen -Anhalts Regierungschef Haseloff (CDU) sagt: Wer Hamas-Terroristen bejubelt, tritt die Verfassung mit Füßen. Er....

Der Kanzler und sein Finanzminister halten das Staatssäckel fest umschlungen, warum sollten sie es aufmachen?

Es gibt klare Zuständigkeiten in diesem Land. Der Bund stellt die Regeln für die Migrationspolitik auf, also dafür, wer ins Land darf, wer bleiben kann. Wenn dieser Zustrom zu groß wird wie jetzt, kann man nicht nach dem Motto verfahren: Wir kriegen eine Begrenzung nicht hin, nun müssten das die Bundesländer auffangen und immer mehr Mittel für die Migranten zur Verfügung stellen. So funktioniert das nicht. Die ganze Migrationspolitik funktioniert nicht, wenn wir keine Agenda für die veränderte Lage haben, die immer größere Zahl von Menschen, die zu uns kommen.

Wie sieht Ihre Agenda denn aus?

Ein wichtiger Schritt wäre, sich die Leistungen für die Migranten anzuschauen. Es geht nicht einfach um Kürzungen, sondern darum, zu differenzieren: Hat jemand eine rechtlich gesicherte Bleibeperspektive, geht es hier wirklich darum, dass jemand bleiben will und kann und die entsprechenden Mittel für eine möglichst schnelle, unkomplizierte und umfassende Integration bereitgestellt werden sollten. Ich frage mal zurück: Braucht so jemand nicht mehr Unterstützung als einer, bei dem klar ist, dass er kein Bleiberecht hat und möglichst bald das Land verlassen muss?

Mit weniger Geld für Menschen ohne Bleibeperspektive lösen Sie das Problem des großen Zustroms doch auch nicht.

Es ist ein Element. Es kommen viele junge Männer. Die werden von ihren Dörfern und Familien losgeschickt, um sich nach Deutschland durchzuschlagen. Ohne jeden Asylgrund. Das kostet Geld, das die jungen Männer in die Heimat zurücküberweisen, damit die Menschen dort leben können. Von den Mitteln, die sie in Deutschland bekommen. Werden diese Summen auf das Nötige reduziert und fließt kein Bargeld mehr, weil die Bezahlkarte kommt, entfällt ein entscheidender Anreiz, zu uns zu kommen.

Was halten Sie vom Unionsvorschlag einer Obergrenze von maximal 200.000 Menschen , die pro Jahr nach Deutschland kommen dürfen?

Eine Obergrenze müsste sich an dem orientieren, was wir an Menschen integrieren können. Es ist legitim zu sagen, wo die Belastungsgrenze liegt, der Punkt, ab dem dieses Land überfordert ist. Ich spreche davon seit 2015, der zurückliegenden Flüchtlingskrise. Diese Belastungsgrenze kann man berechnen, man schaut, welche Kapazitäten da sind und welche in überschaubarer Zeit geschaffen werden können. Ich habe das für Sachsen-Anhalt getan, wenn man das auf ganz Deutschland hochrechnet, kommt man auf 180.000 bis 200.000 Menschen pro Jahr. Kommen mehr, spalten wir das Land in Menschen mit aussichtsreicher Perspektive und in Chancenlose.

Der Kanzler hat die Union aufgefordert, gemeinsam einen "Deutschland-Pakt" zu schmieden - offenbar auch, weil er die Grünen für eine Begrenzung der Migration nicht an seiner Seite hat. Rutscht die Union so Stück für Stück in Regierungsverantwortung?

Wir übernehmen ja schon Verantwortung über den Bundesrat. Dass im Bund die Ampel-Koalition zerbricht, glaube ich nicht. Laut jüngsten Umfragen kämen SPD, Grüne und FDP auf genauso viele Stimmen wie die Union. In dieser Lage lässt keiner eine Koalition platzen. Wir müssen wohl mit der Regierungsverantwortung im Bund bis 2025 warten. Und bis dahin drei wichtige Landtagswahlen in Ostdeutschland gewinnen.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

"Unerträglich, was sich gerade abspielt" Sachsen -Anhalts Regierungschef Haseloff (CDU) sagt: Wer Hamas-Terroristen bejubelt, tritt die Verfassung mit Füßen. Er....

Israels Botschafter Ron Prosor spricht im Gebetsraum der neu eröffneten Synagoge in Dessau-Roßlau.

Load-Date: October 23, 2023

End of Document

"Das ist schon eine brisante Mischung"; In den Kommunen verliert die Asylpolitik zusehends Akzeptanz. Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer (SPD) drängt die Ampel-Koalition zur Begrenzung der Zuwanderung

Die Welt

Dienstag 9. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 89

Length: 1092 words

Byline: Ulrich Exner

Body

Er ist einer jener Kommunalpolitiker, die auch mal über die eigenen Stadtgrenzen hinaus denken. Der 50-jährige Sozialdemokrat Ulf Kämpfer, seit 2014 Oberbürgermeister in Kiel, ist auch Vizepräsident des Deutschen Städtetags.

WELT:

Herr Kämpfer, was erwarten Sie konkret vom Treffen der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler zur **Migration** am kommenden Mittwoch?

Ulf Kämpfer:

Was wir brauchen, ist eine klare Entscheidung darüber, wie Bund und Länder die Aufwendungen der Kommunen für Unterbringung und Integration der Flüchtlinge ausgleichen wollen. Wie Bund und Länder das unter sich aufteilen, ist mir schnurpiepe. Das wird vermutlich ein Kompromiss sein, aber klar ist, dass die Kommunen nicht noch länger auf ihren Kosten sitzen bleiben können.

Können die Kommunen selbst nicht auch einen Beitrag leisten?

Es mag einige Kommunen geben, die finanziell so gut gestellt sind, dass sie das könnten. Aber wir in Kiel zum Beispiel haben wenig Möglichkeiten. Auf der Einnahmeseite können wir die Grund- und Gewerbesteuer nicht noch weiter anheben, als wir das ohnehin schon getan haben. Auf der Ausgabenseite unterliegt unser Haushalt als Konsolidierungskommune der Kommunalaufsicht. Die streichen ohnehin schon einiges zusammen. Wir können nicht wie bisher 15 oder gar 20 Millionen Euro pro Jahr an zusätzlichen, ungedeckten Kosten aufbringen. Das funktioniert nicht.

"Das ist schon eine brisante Mischung" In den Kommunen verliert die Asylpolitik zusehends Akzeptanz. Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer (SPD) drängt die Ampel-....

Es gibt Kommunen, die darauf hinweisen, dass sie demnächst gar keine Möglichkeit mehr haben werden, weitere Migranten unter menschenwürdigen Bedingungen aufzunehmen. Wie ist die Lage in Kiel?

Wir haben aktuell 3400 Flüchtlinge in unseren Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen. Davon ein Drittel Ukrainer. Dazu diejenigen, die schon länger hier sind, für die wir aber auch noch was tun müssen. Und wir haben in zunehmendem Maß Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten wie Bulgarien und Rumänien. Diese Menschen sind zwar keine Flüchtlinge, sie brauchen aber auch Kitaplätze, Deutschkurse und häufig finanzielle Unterstützung. Unterm Strich kommen wir noch einigermaßen klar. Was aber nicht heißt, dass das auch in einem halben Jahr so sein wird. Das gilt für die Unterbringung ebenso wie für die Akzeptanz - auch sie ist eine knappe Ressource.

Halten Sie es für möglich, dass Sie, dass Ihre Stadt irgendwann sagt: Stopp, mehr geht nicht?

Jedenfalls kann es nicht einfach so weitergehen wie im vergangenen Jahr und in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Dabei geht es nicht nur um den finanziellen Aspekt, das würde deutlich zu kurz greifen. Es geht darum, ob es uns gelingt, ein System zu entwickeln, mit dem wir Migration besser steuern können.

Wie könnte so ein System aussehen?

Niemand will, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in libyschen Lagern versklavt und ausgebeutet werden. Gleichzeitig können wir aber nicht alle, die das wollen, bei uns aufnehmen. Das ist ein Dilemma, auf das wir seit drei Jahrzehnten keine gute Antwort finden. Stattdessen versuchen wir mithilfe von Geld möglichst viel möglich zu machen. Und wenn es gar nicht mehr geht, verlassen wir uns darauf, dass andere Länder für uns die unangenehme Arbeit erledigen. 2015/2016 waren es Österreich und die Balkanstaaten, die ihre Grenzen schlossen. 2021 dann die Polen, die die Grenze nach Belarus dichtgemacht haben. Ich wäre dafür, dass wir in Deutschland einen gesellschaftlichen Konsens herstellen, der sich zu unseren humanitären Verpflichtungen bekennt, der aber gleichzeitig Zuwanderung steuert und begrenzt. Joachim Gaucks Satz - "unsere Herzen sind weit, aber unsere Möglichkeiten sind begrenzt" - ist bisher nicht in praktische Politik umgesetzt worden. Das wird aber nötig sein.

Was heißt das konkret?

Erstens, eine pragmatische Fachkräfte-Einwanderung, einschließlich der Möglichkeit des Spurwechsels für abgelehnte Asylbewerber. Zweitens, schnellere Entscheidungen in den Asylverfahren und konsequente Abschiebungen. Und drittens gehört für meine Begriffe auch die Einrichtung von Registrierungszentren an den EU-Außengrenzen dazu. Das wird keine einfache Diskussion, gerade für meine Partei nicht, auch nicht für die Berliner Ampel-Koalition. Aber unter dem Strich wird das für diejenigen, die wirklich unsere Hilfe benötigen, bedeuten, dass sie einen sichereren, auch verlässlicheren Zugang zu uns haben als zum Beispiel den Weg über das Mittelmeer.

Viele Ihrer Kolleginnen und Kollegen dringen auch auf eine angemessenere Verteilung der Migranten innerhalb der EU. Sehen Sie da Möglichkeiten?

Diese Debatte führen wir seit Jahren, und das wäre natürlich auch richtig. Nur: Mir fehlt jeder Glaube, dass das tatsächlich passieren wird. Wenn überhaupt, dann mit einem EU-weiten Netz von Registrierungszentren. Aber selbst das dürfte schwer werden. Auch da sollten wir uns ehrlich machen: Deutschland wird weiterhin eines der attraktivsten Länder für Geflüchtete bleiben.

Noch einmal zurück zu Ihrer Stadt. Wie gehen die Menschen eigentlich mit dieser neuen Krise um? Gibt es noch so etwas wie eine Willkommenskultur?

Kiel ist stabil solidarisch und als Hafenstadt weltoffen. Es gibt bei uns keine spezifisch flüchtlings- oder fremdenfeindlichen Ressentiments. Was ich wahrnehme, ist, dass es ein diffuses Unwohlsein gibt, dass sich aus unterschiedlichen Quellen speist. Die Ukraine-Krise, die Furcht vor Krieg, die Energiewende, aktuell vor allem die Heizungsdebatte, der Klimawandel, die Proteste der "Letzten Generation", die Inflation, die Energiepreise, der Mangel an preiswerten Wohnungen und eben auch die steigende Zahl an Geflüchteten. Das ist schon eine brisante

"Das ist schon eine brisante Mischung" In den Kommunen verliert die Asylpolitik zusehends Akzeptanz. Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer (SPD) drängt die Ampel-....

Mischung, die gerade zu einer relativ pessimistischen Grundstimmung und allgemeinen Dünnhäutigkeit führt. Viele Menschen machen sich schlicht Sorgen, wie das alles weitergeht.

Kann es sein, dass die Politik den Leuten gerade zu viel zumutet? Wäre es also womöglich Zeit für eine Atempause, für einen Reformstopp, der die Möglichkeit eröffnet, dass sich die Lage ein wenig beruhigt?

Eher im Gegenteil. Wir müssen an jedem einzelnen Punkt etwas tun und dabei politischen Ehrgeiz, Pragmatismus und gutes Regieren kombinieren. Beim Wohnungsbau genauso wie bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten und der Bekämpfung des Klimawandels. Einfach mal Pause zu machen, ist natürlich eine verlockende Vorstellung, hieße aber auch, die Flinte ins Korn zu werfen. Wir brauchen jetzt neue Wohnungen, der Klimawandel lässt keine Pause zu, und die Vorstellung, wir könnten Deutschland vollständig abschotten gegen Migration, ist illusorisch und widerspricht auch unseren rechtlichen und humanitären Verpflichtungen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Ulf Kämpfer (SPD), Oberbürgermeister von Kiel, in seinem Büro

Load-Date: May 8, 2023

CDU will eine Kehrtwende in der Asylpolitik; Abkehr von der Ära Merkel: Entwurf für neues Grundsatzprogramm soll konservatives Profil schärfen

Die Welt

Dienstag 12. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 241

Length: 1154 words

Byline: Nikolaus Doll

Body

Nach 22 Monaten Gremienarbeit, 200 Sitzungen von elf Arbeitsgruppen und einer 15-stündigen Nachtsitzung in der vorigen Woche hat die CDU nun den Entwurf für das neue Grundsatzprogramm vorgelegt - das vierte in der Parteigeschichte. Es soll die inhaltlichen Leitlinien für die nächste Dekade festschreiben, das bürgerlich-konservative Profil der Partei schärfen und einen weiteren Schlusstrich unter die Ära der Altkanzlerin Angela Merkel ziehen - und die ihres Nachfolgers Friedrich Merz untermauern. Merkel hatte ihrerseits vor wenigen Tagen in einem weiteren Schritt mit ihrer Partei abgeschlossen, als sie überraschend und für ein ehemaliges Mitglied der Parteispitze unüblich ihren Sitz in der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung räumte.

Vor allem aber soll das neue Grundsatzprogramm eine Zäsur in der Partei darstellen, nach inhaltlicher Entleerung, Konzentration auf Regierungsarbeit und Kanzlerin, nach der bitteren Niederlage bei der Bundestagswahl 2021 und dem Gang in die Opposition. Es soll zur Basis für eine Rückkehr in Regierungsverantwortung werden. Nun sei die CDU wieder regierungsfähig, sagte Generalsekretär Carsten Linnemann bei der Präsentation am Montag: "Sollte es zu einer vorgezogenen Bundestagswahl kommen, wären wir bereit."

Doch von der innenpolitischen Entwicklung abgesehen, braucht das Grundsatzprogramm zunächst den Segen der 1001 Delegierten auf dem Bundesparteitag im kommenden Mai. Und schon bei der Erarbeitung des Entwurfs zeigte sich die Bandbreite der Meinungen. Den Arbeitsgruppen lagen rund 700 Änderungsanträge vor. Auf dem Parteitag wird nach Ansicht der Parteispitze mit "noch lebhafteren", sprich hitzigen, kontroversen Debatten gerechnet. Deutlich unterschiedlich fielen die Ansichten während der Arbeit der Kommission bei den Themen Migration, Islam sowie der Energiepolitik aus.

Im Programmentwurf wird nun ein klarer Schnitt mit der bisherigen Migrationspolitik gefordert. Ziel ist ein "Stopp der unkontrollierten Migration und eine Begrenzung der humanitären Migration auf ein Maß, das die Integrationsfähigkeit nicht überfordert und zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht wird". Jeder Asylbewerber in Europa soll künftig "in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Verfahren durchlaufen". Das ist eine klare Abkehr von der Flüchtlingspolitik der Altkanzlerin seit dem Jahr 2015. Das Wort

CDU will eine Kehrtwende in der Asylpolitik Abkehr von der Ära Merkel: Entwurf für neues Grundsatzprogramm soll konservatives Profil schärfen

"Einwanderungsland" taucht in dem Entwurf nicht auf, zu den im Land lebenden Muslimen heißt es: "Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland." Das ist eine bewusste Abkehr der Linie Merkels sowie von ehemaligen Parteispitzen wie Ex-Innenminister Wolfgang Schäuble oder Ex-Bundespräsident Christian Wulff, die - knapp zusammengefasst - formuliert hatten, der Islam gehöre zu Deutschland. Betont wird in dem Entwurf außerdem: "Die Scharia gehört nicht zu Deutschland."

Umstritten während der Programmarbeit war vor allem die Frage, ob man Moscheegemeinden künftig wie die christlichen Kirchen staatlich finanziert und damit Möglichkeiten der Kontrolle bekommt. Jens Spahn, Mitglied des Parteipräsidiums, warb für diese Lösung. Am Ende blieb es bei dem schwammigen Satz, dass "Alternativen zur Auslandsfinanzierung der Moscheegemeinden und zur Entsendung von Imamen aus dem Ausland gefunden werden". Und dass es keine Einflussnahme ausländischer Regierungen auf hiesige Moscheegemeinden, Islamverbände und deutsche Muslime geben dürfe. Das Spahn-Lager war damit zufrieden - vorerst. Auf dem Parteitag dürfte die Debatte zu Migration, Integration und der Haltung zum Islam neu entbrennen.

Wie wohl auch die zur Energiepolitik. In der Kommission wurde heftig über die Position zur Kernenergie debattiert. Ein Teil der Partei, mit dem Vizevorsitzenden Andreas Jung an der Spitze, wollte den Fokus klar auf den Ausbau erneuerbarer Energien legen und eine Absage an Atomkraftwerke. In der CDU gibt es jedoch viele Befürworter der Atomkraft, die am liebsten die jüngst stillgelegten Meiler wieder ans Netz nehmen würden. In der "Weimarer Erklärung" des Bundesvorstandes vom Januar dieses Jahres war die im Entwurf enthaltene Passage mit der Forderung, den Neubau von Atommeilern zu prüfen, gestrichen worden. Doch hohe Energiepreise und der steigende CO₂-Ausstoß Deutschlands geben den Kernenergie-Befürwortern in der Partei Auftrieb. Zum Unmut des Lagers um Parteivize Jung schaffte es schließlich die Doppelformulierung in den Entwurf: "Wir wollen die erneuerbaren Energien ausbauen Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten." Auch darüber dürfte auf dem Parteitag im Mai heftig gestritten werden.

Aus dem Programmentwurf wird deutlich, dass die Parteispitze die CDU konservativer, bürgerlicher ausrichten will, zurück in die Zeit vor Merkel - und dennoch aufgestellt für die kommenden Herausforderungen. Generalsekretär Linnemann nennt das "CDU pur". Die Migrationspolitik soll verschärft werden, der Programmentwurf fordert "Mut zur Leitkultur" und beschreibt "Heimat als Lebensgefühl". Das Leistungsprinzip soll stärker im Fokus stehen: "Wer Sozialleistungen erhält und arbeiten kann", solle arbeiten. Behörden, Schulen, Universitäten und andere staatliche Einrichtungen sowie der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollen "keine grammatikalisch falsche Gendersprache" verwenden. Postuliert wird ein "weltoffener Patriotismus", der zum Mitmachen einlade, statt auszugrenzen. Die Partei will weiter an "der Unterscheidung der beiden biologischen Geschlechter festhalten". Zugleich erkenne man aber eine Notwendigkeit für eine bessere medizinische und rechtliche Unterstützung von Menschen mit "biologisch bedingter" Trans- oder Intersexualität.

"Das Konservative ist eine der Wurzeln unserer Partei, aber nicht die alleinige", stellte die Vizevorsitzende der Programm- und Grundsatzkommission, Serap Güler, fest. Eine Leitkultur könne auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. "Wir müssen zurück zu unseren Wurzeln", sagt die CDU-Abgeordnete und Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Gitta Connemann, WELT. "Nach meinem Gefühl war die Partei ab dem Jahr 2011 mit dem Atomausstieg falsch abgebogen. Es folgten Fehlentscheidungen in der Migrationspolitik. Und dann wurden wir beliebig. Das ändern wir jetzt."

In der aktuellen Haushaltsdebatte bezieht die Partei klar Stellung gegenüber der Ampel und stellt sich erneut hinter die Schuldenbremse als Gebot der Generationengerechtigkeit. Schattenhaushalte wie schuldenfinanzierte "Sondervermögen" würden grundsätzlich abgelehnt - sie "dürfen nur in äußersten Ausnahmefällen eingerichtet und später nicht für andere Zwecke umgewidmet werden". "Wir haben in den letzten Jahren viele Herausforderungen und Probleme mit Geld zugeschüttet." Dies sei auch während der Corona-Pandemie so gewesen. Nun habe das Bundesverfassungsgericht ein Stoppschild aufgestellt. Generalsekretär Linnemann sagte, dies solle man auch ernst nehmen. Kommentar Seite 7

CDU will eine Kehrtwende in der Asylpolitik Abkehr von der Ära Merkel: Entwurf für neues Grundsatzprogramm soll konservatives Profil schärfen

Load-Date: December 11, 2023

End of Document

Meloni überrascht ihre Kritiker; Vor Italiens Küste ertranken mindestens 60 Migranten. Die Regierungschefin verzichtet auf schrille Töne und Polemik

Die Welt

Dienstag 28. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Politik; S. 5; Ausg. 42

Length: 966 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Eine weiße Babyflasche, die zwischen zerbrochenen Bootsplanken an einem Strand liegt, erzählt von dem Drama, das sich am Sonntag vor der südlichen Küste Italiens abgespielt hat: Mindestens 62 **Migranten** sind ertrunken - beim Versuch, Europa zu erreichen. Unter den Toten sind rund 20 Kinder, eines von ihnen wurde nur wenige Monate alt.

Italienische Medien erwarten, dass die Zahl der Toten auf bis zu 100 steigen wird, weil viele der Passagiere des verunglückten Holzboots noch vermisst werden. Sie stammen aus dem Irak, dem Iran, Afghanistan und Syrien und waren vier Tage zuvor aus der Türkei aufgebrochen. Die **Migranten** waren fast an ihrem Ziel angekommen, als der starke Seegang ihr Boot kurz vor der kalabrischen Küste gegen Felsen trieb und zerschellen ließ.

In Italien erhält das Unglück viel Aufmerksamkeit: Die Bilder der traumatisierten Überlebenden und abgedeckten Leichen an einem Badestrand schockieren Gesellschaft und Politiker gleichermaßen. Die rechtsnationalistische italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni sieht sich durch das Ereignis in ihrem bisherigen Kurs bestätigt: Sie veröffentlichte am Sonntagvormittag eine Mitteilung, in der sie ihren Schmerz über die Todesfälle ausdrückte und gleichzeitig unterstrich, dass ihre Regierung die begonnene Arbeit fortsetzen würde, um solche Tragödien in der Zukunft zu verhindern. So versucht Meloni seit ihrem Amtsantritt im Oktober die illegale Migration zu bekämpfen, indem sie Abkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten trifft, um zu verhindern, dass die Menschen sich überhaupt in den gefährlichen Holzbooten auf den Weg über das Mittelmeer in Richtung Italien machen.

Überraschend ist dabei, dass die rechtsnationale Politikerin das Thema konstruktiver angeht, als vor ihrem Amtsantritt erwartet wurde. Gemeinhin gingen Beobachter davon aus, dass Melonis Migrations-Politik jener ähneln würde, die ihr Junior-Koalitionspartner Matteo Salvini umgesetzt hatte. Dieser war 2018 und 2019 Vize-Ministerpräsident und als Innenminister für Migration verantwortlich. Dabei polemisierte Salvini gerne gegen die

Meloni überrascht ihre Kritiker Vor Italiens Küste ertranken mindestens 60 Migranten. Die Regierungschefin verzichtet auf schrille Töne und Polemik

EU-Partnerländer und lieferte sich medienwirksame Streits mit Nichtregierungsorganisationen (NGO), die im Mittelmeer in Seenot geratene Migranten retten und nach Italien brachten.

Tatsächlich hatte Meloni noch im Wahlkampf ähnliche Töne angeschlagen und Ende vergangenen Jahres erließ ihre Regierung einen Codex, der die Arbeit von Seenotretter erschwerte. Auch gab es um die Flüchtlingsfrage einen diplomatischen Eklat mit Frankreich. Doch zuletzt hat Meloni ihren Ton gemäßigt und hält sich mit Kritik an den EU-Partnern zurück - und das, obwohl diese bisher nicht auf ihre Forderungen eingegangen sind. So fordert Meloni seit ihrem Amtsantritt, dass die EU ihre Außengrenzen im Mittelmeer stärker schützt, da über diesen Weg die meisten Migranten nach Italien einreisen. Sie will auch erreichen, dass außerhalb der EU-Grenzen Asylzentren eingerichtet werden, in denen Anträge von Migranten geprüft werden, bevor diese überhaupt nach Italien einreisen. So sollen nur jene Migranten ins Land kommen, deren Asyl-Anspruch vorher bestätigt wurde. Meloni will außerdem mit den großen Herkunfts- und Transitländern Vereinbarungen treffen, damit weniger Migranten ihre Heimat verlassen oder die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer wagen.

Bei den ersten beiden Punkten ist Meloni auf die Zusammenarbeit mit den EU-Partnern angewiesen und hat bisher wenig erreicht: So gab es bei dem EU-Ratstreffen Anfang Februar in beiden Bereichen keine konkreten Fortschritte. Trotzdem zeigte Meloni sich nach dem Treffen "sehr zufrieden". Die Herangehensweise der EU habe sich verändert habe und Migration werde nun als Problem der gesamten EU anerkannt, das eine entsprechende "EU-Antwort" brauche. Das Meloni nicht in Salvini-Manier auftritt, sondern vergleichsweise sachlich und pragmatisch, dürfte vor allem zwei Gründe haben. Einerseits weiß sie, dass mit EU-Kritik derzeit nur wenige Wählerstimmen zu holen sind - denn die Italiener fühlen sich erstmals seit Jahren nicht mehr von Brüssel vergessen und den anderen Mitgliedsländern alleingelassen. Gleichzeitig ist Meloni klar, dass sie beim Thema Migration echte Fortschritte liefern muss, wenn sie auf lange Sicht an der Regierung bleiben will, und diese sind nur in Zusammenarbeit mit der EU zu haben.

Beim dritten Punkt, der Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten, ist Meloni indes schon ohne die EU-Partner vorgeprescht. So reisten italienische Delegationen nach Libyen, Tunesien und Ägypten, um darüber zu verhandeln, wie Migranten davon abgehalten werden können, in See zu stechen - und unter welchen Voraussetzungen die Länder abgelehnte Asylbewerber zurücknehmen. Dazu gehört auch, dass Meloni persönlich der Libyschen Regierung - die umstritten ist für ihren schlechten Umgang mit Migranten - , neue Schnellboote für ihre Küstenwache versprochen hatte. Um ihre Ziele durchzusetzen, bietet Melonis Regierung den Ländern einerseits Investitionen an, um die Wirtschaft anzukurbeln und den Menschen Perspektiven in ihrer Heimat zu bieten. Gleichzeitig stellt die Ministerpräsidentin mehr Arbeitsvisa in Aussicht, damit Migranten auf legalem Weg nach Italien kommen können. Zu diesem Zweck sieht Melonis Regierung im "decreto flussi", dem Gesetz, das die Arbeitsmigration nach Italien regelt, bereits 13.000 mehr Visa als im Vorjahr vor - ein Anstieg um knapp 20 Prozent.

Der von Meloni erlassene NGO-Codex hat mit dem Unglück vom Sonntag indes nichts zu tun: Der Schiffbruch ereignete sich auf einer Route, die durch das östliche Mittelmeer führt und die NGO-Schiffe ohnehin nicht ansteuern. Diese fokussieren sich auf die stärker frequentierte Route im zentralen Mittelmeer, die von der tunesischen und libyschen Küste nach Italien führt.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Ministerpräsidentin Giorgia Meloni

Load-Date: February 27, 2023

Meloni überrascht ihre Kritiker Vor Italiens Küste ertranken mindestens 60 Migranten. Die Regierungschefin verzichtet auf schrille Töne und Polemik

End of Document

**Wenn Migranten plötzlich ins Seniorenheim ziehen; In Baden-Baden
bekommen betagte Pflegebedürftige unvorbereitet neue
Wohnungsnachbarn: Asylsuchende treffen dort ein. Unruhe macht sich breit**

Die Welt

Dienstag 21. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 226

Length: 1264 words

Byline: Hannelore Croll

Body

Am Anfang seien ihre Senioren nur verwundert gewesen, und ein bisschen irritiert, sagt Pflegedienstleiterin Manuela Anselm. Plötzlich gingen in ihrer Seniorenresidenz im Baden-Badener Stadtteil Lichtental zunehmend jüngere Menschen ein und aus, mehr als ein Dutzend Personen aus Kamerun, Nigeria, Georgien, der Ukraine, vor allem Frauen, einige mit Kindern.

"Keiner konnte das Konzept verstehen", so Anselm, die von der Stadtverwaltung Baden-Baden ebenfalls nichts Näheres erfuhr. Mittlerweile ist aber mehr bekannt über die neuen Hausgäste im Schwarzwaldwohnstift Lichtental. "Und jetzt haben die Bewohner Angst", sagt Anselm. "Angst davor, gegen **Flüchtlinge** ausgetauscht zu werden."

Lichtental ist ein ruhiger Stadtteil von Baden-Baden, am südöstlichen Ende der Kurstadt gelegen, gleich dahinter geht es hoch in den Schwarzwald. Es gibt ein Kloster, ein nettes Café, der Dahliengarten im Kurpark ist nur einen Steinwurf entfernt. Ein schöner Ort für einen geruhsamen Lebensabend. Doch mit der Ruhe ist es im Schwarzwaldwohnstift, einem aus drei Gebäuden bestehenden Apartmentkomplex für betreutes Wohnen, seit einigen Monaten vorbei.

Denn in ihrer Not hatte sich die Baden-Badener Stadtverwaltung entschieden, dort frei werdende Apartments für Wohnungslose und Migranten anzumieten. Und so leben in der Seniorenresidenz plötzlich Asylsuchende Wand an Wand mit hochbetagten, teils kranken Menschen. Vergessen scheint, dass Senioreneinrichtungen noch vor kurzem als besonders vulnerabel galten; wer seine alte Mutter im Heim besuchen wollte, brauchte Corona-Test und Maske. Doch offenkundig haben sich die Prioritäten verändert.

"Kinder sind nun mal laut, das dürfen sie ja auch sein. Aber jetzt wohnen zwei Familien mit Kleinkindern direkt neben einer 97 Jahre alten Dame", berichtet die Chef-Pflegerin aus dem Alltag. Die Seniorin habe in der ersten Nacht nach dem Einzug der neuen Nachbarn aufgeregt nach der Nachtwache geklingelt. "Sie war durch Kinderstimmen wach geworden und hat geglaubt, sie habe Halluzinationen."

Wenn Migranten plötzlich ins Seniorenheim ziehen In Baden-Baden bekommen betagte Pflegebedürftige unvorbereitet neue Wohnungsnachbarn: Asylsuchende treffen dort....

Das ist nicht zuletzt eine Folge davon, dass die Bewohner völlig unvorbereitet in diese Lage gerieten, und nach ihrer Meinung hat sie ohnehin nie jemand gefragt. Dabei hatte der Baden-Badener Oberbürgermeister Dietmar Späth (parteilos) im Zusammenhang mit der Unterbringung von Migranten ausdrücklich verkündet, wie wichtig der Stadt an dieser Stelle Transparenz sei: "Wir möchten bei diesem wichtigen Thema die Bürgerinnen und Bürger gleich von Beginn an mitnehmen."

Den Umgang mit den Senioren findet Pflegedienstleiterin Anselm "skrupellos", und das nicht nur, weil sie derzeit den zahlreichen Anfragen nach betreutem Wohnen absagen muss. Auch trafen Anfang November tatsächlich Räumungsaufforderungen gegen 34 Bewohner ein, verschickt von einem Anwalt, der die Eigentümer der Immobilien vertritt. Nach großer Aufregung wurde die Aufforderung zwar zurückgezogen, die Eigentümer wollen nach anderen Möglichkeiten suchen. Die Stadt betont, ahnungslos gewesen zu sein. Doch der Unmut vor Ort bleibt, es hat sich gar bereits die "Initiative Schwarzwaldwohnstift" gegründet. "Unser Ziel ist, eine Auflösung sämtlicher Mietverträge mit der Stadt zu erwirken", sagt Leon Meyer-Vogelfänger, einer der Initiatoren. "Wir wollen wieder eine reine Senioreneinrichtung sein." Dazu werde auch eine Klage gegen die Stadt erwogen.

Die Welterbe-Stadt im Oostal steckt in derselben Notlage wie so viele Kommunen in ganz Deutschland: Von "oben", also von Kreis und Land, werden immer mehr Menschen geschickt, aber vor Ort steht einfach kein freier Wohnraum mehr zur Verfügung. Beim Versuch, neuen zu schaffen, gibt es fast überall heftigen Widerstand. Also wird nach jedem noch so kleinen Strohalm gegriffen.

Welche Folgen es haben kann, dabei unsensibel oder unüberlegt vorzugehen, erlebte Anfang des Jahres das südbadische Lörrach, als die städtische Wohnungsbaugesellschaft einen unseligen Brief verschickte. Darin erfuhren 40 alteingesessene Mieter, darunter Rentner und Geringverdiener, dass ihre Wohnungen demnächst Geflüchteten zur Verfügung gestellt würden. "Für Sie bedeutet das, dass wir in Kürze das mit Ihnen vereinbarte Mietverhältnis kündigen werden", hieß es. Kein Wunder, dass Urängste vor Verdrängung und Existenznot wach wurden, der Brief medial hohe Wellen schlug und die Stadt zum Ziel von Hassmails aus ganz Deutschland wurde. Der Lörracher Bürgermeister räumte im Anschluss reumütig ein, die Sache sei höchst unglücklich gelaufen. Die Mieter erhielten alle eine vergleichbare oder bessere Wohnung, aus den maroden Häusern hätten sie ohnehin ausziehen müssen. Das habe man nicht deutlich genug formuliert. Die Lage beruhigte sich, und doch hält es der Tübinger Baubürgermeister Cord Soehlke (parteilos) für verfehlt, den Vorfall auf ein "Kommunikationsdesaster" zu reduzieren. "Was wir erleben, ist ein reelles Ressourcendesaster." Verteilungskämpfe seien unabwendbar.

Im Baden-Badener Schwarzwaldwohnstift ist die Lage besonders verzwickte, weil die insgesamt 117 Einheiten für betreutes Wohnen individuellen Besitzern und Investoren gehören, darunter eine Immobilienfirma. Das Prinzip: Alle verpachten ihr Eigentum an den Betreiber der Anlage, der dann direkt von den Bewohnern eine höhere Monatsmiete bekommt und davon seinen Anteil für Verwaltung, Haustechnik, Nebenkosten und Serviceleistungen einbehält. Doch an dieser Stelle hakt es seit geraumer Zeit. Zwischen dem aktuellen Betreiber, der SWB Wohnstift Betriebsgesellschaft mbH in Bühl, und einem Teil der Wohnungseigner gibt es massive Differenzen um die Konditionen des Pachtvertrags. Das mündete in juristischen Auseinandersetzungen, gegenseitigen Vorwürfen, Zahlungen nicht geleistet zu haben - und schließlich Anfang November nun in den Räumungsaufforderungen. Diese wurden zwar nach großer Aufregung wieder zurückgenommen, die Eigentümer wollen nun nach anderen Wegen suchen. Auch die Stadt will vorerst keine weiteren Wohnungen im Stift anmieten. Man wolle sich nicht in die Rechtsstreitigkeiten einmischen, so die Verwaltung. Doch die Sorge um die Zukunft des Wohnstifts bleibt. "Solange die Verträge nicht aufgehoben sind, schwebt dieser Zustand wie ein Damoklesschwert über dem Schwarzwaldwohnstift", sagt Leon Meyer-Vogelfänger. "Aus unserer Sicht handelt es sich hier nicht um eine Initiative für Flüchtlinge, sondern um das Ausquartieren von Bewohnern zugunsten des Erschleichens höherer Mieterträge."

Meyer-Vogelfänger ist studierter Politologe, aber mit Verträgen und juristischem Klein-Klein kennt er sich aus. Der 79-Jährige hat ein bewegtes Leben hinter sich, war einst persönlicher Referent des früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU), nach der Wende wurde er für die Treuhand tätig, zog in Sachsen-Anhalt als Kultur-Staatssekretär in die Staatskanzlei ein. Nach schwerer Krankheit zog er ins betreute Wohnen ins Schwarzwaldwohnstift und sorgt sich nun um dessen Fortbestehen. Er ist überzeugt: Die Einmietung

Wenn Migranten plötzlich ins Seniorenheim ziehen In Baden-Baden bekommen betagte Pflegebedürftige unvorbereitet neue Wohnungsnachbarn: Asylsuchende treffen dort....

von Migranten sei rechtlich nicht zulässig gewesen, dazu hätten alle Besitzer zustimmen müssen. "Aber unserer Initiative haben sich schon 17 Eigentümer angeschlossen, die gegen eine weitere Vermietung an die Stadt sind."

Ob die Sache tatsächlich vor Gericht landet oder andere Weg gefunden werden für das Seniorenstift Lichtental, muss sich noch zeigen. Ein Leserbriefschreiber hätte da einen besseren Vorschlag: "Anfangen könnte man ja mit einer zeitlich begrenzten Beschlagnahme der Villen und Wohnungen von Russen, die ja letztlich für den Zustrom von ukrainischen Flüchtlingen verantwortlich sind."

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Nicht nur Seniorenresidenz, sondern jetzt auch Asylunterkunft: der Schwarzwaldwohnstift Lichtental in Baden-Baden

Load-Date: November 20, 2023

**Faeser schließt Migrationsabkommen mit Georgien; Vereinbarung über
leichtere Abschiebungen unterzeichnet. Legale Arbeitsmarktzuwanderung
soll besser werden**

Die Welt

Mittwoch 20. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 247

Length: 1160 words

Byline: Nikolaus Doll

Body

Tiflis

Der Fernsehturm von Tiflis hoch über der georgischen Hauptstadt ist schwarz-rot-gold angestrahlt. Schließlich sind Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für **Migrationsabkommen**, Joachim Stamp (FDP), zu Besuch. Ihnen wollen die Georgier einen besonders freundlichen Empfang bereiten. Die Ministerin reagiert wie erhofft: "Das nennt man Gastfreundschaft."

So viel gegenseitige Aufmerksamkeit ist selten, wenn die Innenministerin oder der Sonderbevollmächtigte auf einer Mission wie dieser unterwegs sind. Es geht dabei in aller Regel darum, ausländische Regierungen davon zu überzeugen, ihre Staatsbürger wieder aufzunehmen, die in Deutschland **Asyl** beantragt haben und abgelehnt wurden. Ein heikles Thema in den meisten der betroffenen Hauptstädte. Und für die Bundesregierung ebenfalls. In Tiflis hat Faeser nun mit ihrem Amtskollegen Vakhtang Gomelauri ein sogenanntes **Migrationsabkommen** abgeschlossen. Es könnte, ergänzt durch jeweils individuelle Regelungen, zur Blaupause für weitere Vereinbarungen mit Ländern weltweit werden.

Eine Rückführungsoffensive "im großen Stil" hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) jüngst angekündigt, weil es angesichts der hohen Asylbewerberzahlen gärt im Land. Von Januar bis November dieses Jahres hatten 325.801 Menschen einen Asylantrag gestellt, das waren mehr als doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum. Hinzu kommen immer neue Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Viele Städte und Gemeinden sehen sich am Limit. Doch bislang erlebte diese wie vorige Bundesregierungen bei ausländischen Regierungen eher Unlust in großem Stil, an Abkommen zur Abschiebung ihrer in Deutschland abgelehnten Staatsbürger mitzuwirken. Mehr als 20 reine Rückführungsabkommen hat Deutschland mit anderen Staaten abgeschlossen, ein paar funktionieren mehr oder weniger, viele schleppend, andere gar nicht. Deutschland hatte außer dem Wunsch nach Abschiebung nichts zu bieten. Der Fall Georgien ist nun anders.

Faeser schließt Migrationsabkommen mit Georgien Vereinbarung über leichtere Abschiebungen unterzeichnet.
 Legale Arbeitsmarktzuwanderung soll besser werden

Erstens ist der Handlungsdruck für die Bundesregierung besonders groß. Die Zahl der Asylbewerber aus Georgien steigt steil an - doch die ihre Chance, aufgrund von vorgegebener Verfolgung in der Heimat in Deutschland bleiben zu können, tendiert gegen null. "Politische Verfolgung" gebe es nicht, stellen neutrale Beobachter regelmäßig fest. Zweitens wäre die Regierung von Premierminister Irakli Garibaschwili durchaus willig, ihre Staatsbürger zurückzunehmen. Anders als Tunesien, an dessen Präsident Kais Saied sich gerade die EU-Delegationen die Zähne ausbeißen, oder die Türkei, die auf Zeit spielt. Wenn die Rückführungsoffensive des Kanzlers im Fall Georgiens keinen Erfolg hat, dann nirgendwo.

In den ersten elf Monaten des Jahres hatten 8993 Georgier einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Das sind mehr als doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2021. Das kleine Land mit 3,7 Millionen Einwohnern kommt damit auf Platz sechs im Ranking der Asylanträge in Deutschland. Nur Syrer, Afghanen, Türken, Iraker und Iraner liegen davor - mit deutlich höherer Aussicht auf Erfolg. "Nur 0,3 Prozent der Anträge von Georgiern werden positiv beschieden", sagte Faeser in Tiflis. Viele Georgier versuchen es dennoch. 46.868 leben derzeit in Deutschland, der mit Abstand größte Teil legal und ohne Asylantrag. Von den georgischen Asylbewerbern sind derzeit 7857 ausreisepflichtig, 5422 verfügen über eine Duldung, sie müssten ausreisen, werden aber vorerst nicht abgeschoben. Der Rest müsste das Land sofort verlassen - tut es aber nicht. Weil die deutschen Behörden nicht hinterherkommen, weil die Behörden in der Heimat mauern, weil die Betroffenen nicht auffindbar sind. Und wenn man es erst mal geschafft hat, in Deutschland einen Asylantrag zu stellen, kann man aufgrund der langsam mahlenden Mühlen der Ausländerbehörden hierzulande davon ausgehen, rund zwei Jahre im Land bleiben zu können. Knapp sieben Monate dauert ein Asylverfahren in Deutschland, die nach einer Ablehnung in aller Regel gestellten Einspruchsverfahren ziehen sich im Durchschnitt 20 Monate hin. Es hängt entscheidend von der Kapazität der zuständigen Gerichte ab, wie lange ein Verfahren dauert.

In dieser Zeit kann man sich in Deutschland etwa medizinisch behandeln lassen. Viele georgische Asylbewerber tun das. Die medizinische Basisversorgung in Heimatland ist nicht schlecht und kostenlos, aber die in Deutschland ist weitaus besser. Vielen Georgiern, Regierungsvertretern wie Menschen aus anderen Bereichen, ist es mitunter "peinlich", dass ihre Landsleute in Deutschland Asylanträge stellen. Das Wort fällt bei Gesprächen darüber in Tiflis immer wieder. Für die georgische Regierung sind das Asylthema und das deutsche Dringen auf Rückführung mehr als das - sie sind ein Störfaktor. Zum einen sorgt man sich in Tiflis darum, dass eine gereizte Bundesregierung die Visafreiheit der Georgier im Schengenraum infrage stellen könnte. Die ist für Georgien ein hohes Gut. Zum anderen will man den Prozess des EU-Beitritts, so kurz nachdem man in Berlin zum sogenannten sicheren Herkunftsland und von Brüssel zu Beitrittskandidaten erklärt wurde, keinesfalls durch mögliche Interventionen Deutschlands gefährden.

Aber der Druck, dem sich Georgien ausgesetzt sieht, hätte allein sicher nicht gereicht, um in vergleichsweise kurzer Zeit ein Migrationsabkommen mit Berlin abzuschließen. Es geht immer auch darum, dem Eindruck entgegenzuwirken, sich von Deutschland zur Rücknahme der eigenen Staatsbürger nötigen zu lassen. "Es ist einfach falsch, dass nun alle Georgier Deutschland verlassen müssen", stellt Innenminister Gomelauri nach Unterzeichnung des Abkommens klar. Und dass dies deutlich mehr regele als nur die Rückführung. In der Vereinbarung geht es außerdem darum, die Arbeitsaufnahme von Georgiern in Deutschland zu fördern, um "Bildungspartnerschaften", also darum, den Menschen einen legalen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu verschaffen.

Das ist das Modell, mit dem die Bundesregierung die Rückführungsoffensive schaffen will: Zusagen zur Aufnahme von abgeschobenen Staatsbürgern in den Heimatländern gegen Vereinbarungen zur Arbeitsmigration von dort nach Deutschland. Dabei zeigt sich nach den langen Asylverfahren die zweite Schwachstelle der deutschen Seite. Die kann häufig den erhofften Zugang zu Arbeit nicht erfüllen oder nur mit erheblicher Verzögerung. Das Nadelöhr ist die Visaerteilung im Ausland, es gibt zu wenig Mitarbeiter dafür. "Da müssen wir klar besser werden", heißt es im Innenministerium. Und man müsse nach Abschluss entsprechender Abkommen die Partnerschaften auch pflegen.

Das erste Migrationsabkommen nach dem neuen Konzept, das Deutschland vor einem Jahr mit Indien abgeschlossen hatte, ist nach anfänglich guter Zusammenarbeit schon wieder eingeschlafen. Es wurde

Faeser schließt Migrationsabkommen mit Georgien Vereinbarung über leichtere Abschiebungen unterzeichnet.
Legale Arbeitsmarktzuwanderung soll besser werden

offensichtlich nicht ausreichend gepflegt - und die Inder hatten sich einen besseren Zugang zu Jobs in Deutschland erhofft. Das nächste Abkommen soll mit Moldau geschlossen werden.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 19, 2023

End of Document

Visa-Skandal erschüttert Polen; Konsulate in Afrika sollen Hunderttausende Arbeitsvisa an Migranten verkauft haben. Nun steht die PiS-Regierung im Wahlkampf enorm unter Druck

Die Welt

Montag 18. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 181

Length: 1539 words

Byline: Philipp Fritz

Body

Warschau

Lange war die deutsch-polnische Grenze kein Thema für Migranten, die illegal in die EU einreisen. Im Fokus der Öffentlichkeit standen die Balkan- oder die Mittelmeerroute, wie aktuell die Lage auf Lampedusa zeigt. Polen ist Mitglied der EU, stationäre Grenzkontrollen im Schengenraum, auch entlang der Oder-Neiße-Grenze, gab es in der Regel kaum.

Doch seit etwa zwei Jahren ist vieles anders. Über die sogenannte Belarus-Route gelangen Menschen aus dem Nahen Osten oder Afrika nach Polen und damit in die EU. Das Regime von Diktator Alexander Lukaschenko lässt sie nach Belarus einfliegen und drängt sie teils gewaltsam über die Grenze nach Polen. Die Migranten reisen dann mehrheitlich weiter nach Westen, nach Deutschland oder in die Niederlande.

Die deutsche Bundespolizei, die stichprobenartig im Raum vor der polnischen Grenze Kontrollen durchführt, aber auch die Behörden in weiteren an Polen grenzenden deutschen Bundesländern, wundern sich seit Wochen, dass die Zahl der über den Osten kommenden Migranten steigt. Denn Polen hatte bereits im Jahr 2022 die Grenze zu Belarus mit einer mehr als vier Meter hohen Mauer stark gesichert. Polnische Grenzer wie auch die Armee stehen im Ruf, besondere Härte walten zu lassen und Migranten zurück über die Grenze nach Belarus zu schaffen. Trotzdem kommen immer mehr Syrer oder Afghanen über Polen nach Deutschland. Die Bundespolizei griff allein in der ersten Jahreshälfte 12.000 illegal eingereiste Migranten auf. In Deutschland stellen sie dann meist einen Asylantrag. Aus der CDU werden bereits Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze gefordert.

Polnische Sicherheitsbehörden erklärten den Anstieg der Zahlen bisher damit, dass Minsk, aber auch Moskau ihre Aktivitäten verstärkt haben, Menschen nach Polen zu drängen. Doch wie es aussieht, ist das nicht die ganze Wahrheit. Ein Skandal um die illegale Vergabe von Visa durch polnische Konsulate außerhalb der EU erschüttert seit vergangener Woche das Land. Vieles deutet darauf hin, dass sich die polnische Regierung selbst als

Visa-Skandal erschüttert Polen Konsulate in Afrika sollen Hunderttausende Arbeitsvisa an Migranten verkauft haben. Nun steht die PiS-Regierung im Wahlkampf enor....

"Schleuser" von Migranten nach Europa betätigt haben könnte. Polnische Medien berichten von einem korrupten "Netz", gar einer "Mafia" in polnischen Konsulaten zum Beispiel in afrikanischen Ländern, die zusammen mit privaten Unternehmern - konkret ist die Rede von einer in Dubai ansässigen Firma - tausendfach, gar hunderttausendfach illegal Visa für Polen ausgestellt haben sollen. 5000 Euro sollen diese Einreisen in die EU für Menschen aus Afrika oder aus Südostasien gekostet haben. Wer ein wenig sucht, findet schnell Anleitungen auf Instagram oder TikTok auf Arabisch oder Englisch, die zeigen, auf welchen einfachen Wegen die polnischen Papiere zu besorgen sind, um damit per Flugzeug gefahrlos in die EU einzureisen.

Es sind Indizien, die darauf hindeuten, dass sich über Monate ein illegaler Handel etabliert hat, von dem korrupte polnische Beamte und sogar Politiker profitiert haben sollen. Zwar gelten die erteilten Arbeitsvisa nur für Polen. Doch weil das Land im Schengenraum ist, können die Migranten damit ohne Probleme weiter nach Deutschland reisen, dort ihre Papiere verschwinden lassen und Asyl beantragen. Es war schon länger aufgefallen, dass kein Land in Europa so viele Aufenthaltsgenehmigungen an Nicht-Europäer vergibt wie Polen. Ein Drittel der in der EU erteilten Dokumente dieser Art für Menschen außerhalb Europas, vorwiegend aus arabischen Ländern oder Afrika, entfällt auf das Land. Dabei brüstet sich die polnische Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) damit, so gut wie keine Menschen aus überwiegend muslimischen Ländern nach Polen zu lassen. Aber bereits fünf Jahre in Folge liegt ausgerechnet Polen auf Platz eins bei der Vergabe von Dokumenten, es geht um 970.000 Genehmigungen allein im Jahr 2021. Die Zahlen für das Jahr 2022 hat Warschau gar nicht erst an die zuständigen europäischen Stellen übermittelt, nicht ohne Grund, wie Kritiker der Regierung nun vermuten.

Der Fall ist in seinen Dimensionen noch nicht abzuschätzen. Doch polnische Medien oder Politiker wie Marcin Kierwinski von der größten Oppositionspartei Bürgerplattform (PO) gehen davon aus, dass allein in den zurückliegenden drei Jahren 350.000 Visa entgegen geltenden Bestimmungen von Polen ausgestellt worden seien.

Polen steckt im Wahlkampf, am 15. Oktober stimmt die Bevölkerung über ein neues Parlament ab. Ohnehin wirft die Opposition der PiS schon länger "Heuchelei" in Sachen Migration vor. PO-Chef Donald Tusk, ehemaliger EU-Ratspräsident und bis 2014 selbst polnischer Premierminister, schrieb auf "X", vormals Twitter, dass der belarussische Diktator Lukaschenko im Vergleich zur PiS ein "Amateur" sei. Denn Polens Regierungspartei verbreite "antimigrantische Hysterie", bringe dabei eine "Rekordzahl von Migranten" nach Europa und würde auch noch "Millionen mit der Visavergabe" verdienen, so Tusk.

Tatsächlich greifen die Nationalkonservativen immer wieder die EU und auch Deutschland für ihren Umgang mit dem Thema Migration an. Gerade Berlin sei angeblich naiv, gegenüber Europa unsolidarisch und würde "Pullfaktoren" wie hohe Sozialleistungen für Migranten kleinreden, heißt es. In Wahlkampfvideos zeigen sie Bilder von Menschen, die europäische Grenzen stürmen oder von Unruhen in Frankreich. PiS-Politiker warnen dabei immer wieder konkret auch vor "Zuständen wie in Deutschland". Als kürzlich ein Pole in München von einem Afghanen vergewaltigt wurde, äußerte sich Premierminister Mateusz Morawiecki dazu, der in einem Wahlkampfvideo zudem die europäische Migrationspolitik geißelte und ein Referendum darüber in Aussicht stellte.

Nun steht die Frage im Raum, ob straffällige Migranten, die sich zudem schwer abschieben lassen, dank der Praktiken einiger Mitglieder der polnischen Regierung überhaupt erst in die EU einreisen konnten. Insofern belastet die Visa-Affäre bereits jetzt die Beziehungen Polens zu den europäischen Partnern, aber auch zum wichtigen Verbündeten USA. Migranten sollen mit polnischer Hilfe auch versucht haben, in die USA zu gelangen. Laut Berichten des Nachrichtenportals "Onet" (gehört wie WELT zur Axel Springer SE) haben polnische Konsularbeamte auf Geheiß von Vizeaußenminister Piotr Wawrzyk Dokumente an Personen in Indien ausgestellt. In einigen E-Mails sollen sich bis zu hundert Namen und Telefonnummern finden.

Die Konsularmitarbeiter, so der Bericht, hätten sich direkt bei den Personen melden und dafür sorgen sollen, dass sie nach Polen kommen. Schließlich gelangen sie getarnt als indisches Bollywood-Filmteam nach Mexiko, von wo aus sie versucht haben sollen, in die USA einzureisen. Pro Person sollen dafür bis zu 25.000 Dollar gezahlt worden sein. Laut Bericht ist der Vorfall den US-Sicherheitsbehörden bekannt. Das ist nur einer von vielen kuriosen Fällen, die aktuell von polnischen Medien aufgedeckt werden.

Visa-Skandal erschüttert Polen Konsulate in Afrika sollen Hunderttausende Arbeitsvisa an Migranten verkauft haben. Nun steht die PiS-Regierung im Wahlkampf enor....

Sprengstoff aber enthält die Visa-Affäre auch mit Blick auf den Wahlkampf. Die polnischen Wähler goutieren mehrheitlich eine harte Migrationspolitik, ein Feld, auf dem die Regierungspartei jetzt angreifbar scheint. Noch ist die PiS in Umfragen mit 38 Prozent die stärkste Kraft. Jetzt, nur einen Monat vor dem Wahltag, könnte die Partei zurückfallen. Die reagiert, indem sie abwiegelt und die Flucht nach vorn antritt. Einzelne Abgeordnete behaupten, die Medien und die Opposition bauschten die Vorgänge zu einem Skandal auf, die tatsächlichen Zahlen der erteilten Visa sei viel niedriger. Gleichzeitig werden Mitarbeiter im Außenministerium entlassen. Auch Vizeaußenminister Piotr Wawrzyk musste sein Amt niederlegen. In seinen Zuständigkeitsbereich fiel die Konsularpolitik. Der laut Berichten von ihm verantwortete "Bollywood-Fall" mit dem angeblichen Filmteam, das in die USA einreisen wollte, bekommt derzeit viel Aufmerksamkeit. Wawrzyk verliert daher auch seinen PiS-Listenplatz für die Wahl.

Denkbar ist, dass weitere hochrangige Politiker oder Diplomaten ihre Posten verlieren werden, wenn die Visa-Affäre weitere, internationale Kreise zieht. Im Blickfeld steht auch Außenminister Zbigniew Rau, der nach Bekanntwerden der Visa-Affäre zeitweise abgetaucht schien. Inzwischen ermittelt auch das Zentrale Antikorruptionsbüro (CBA), die staatliche Antikorruptionsbehörde. Sie verfügt über geheimdienstliche Kompetenzen und hat im Außenministerium bereits Computer beschlagnahmt. Wie die polnische "Gazeta Wyborcza" berichtet, habe das CBA aber erst mit den Untersuchungen begonnen, als andere EU-Länder Druck ausübten. Die Zeitung schreibt nicht, um welche Länder es sich handelt. Aber den nationalen Sicherheitsbehörden andere Länder sei demnach nicht entgangen, dass besonders viele Menschen mit polnischen Papieren in der EU unterwegs seien.

Die PiS versucht trotz allem, in die Offensive zu gehen. Erst am Freitagvormittag veröffentlichte die Partei ein Wahlkampfvideo, in dem die Zustände auf Lampedusa zu drastischer Musik als "Invasion" bezeichnet werden, die selbst das Militär nicht abwehren könne. Der Opposition hält sie vor, im EU-Parlament für eine "erzwungene Umverteilung" von Migranten in der EU gestimmt zu haben. Doch die Antimigrationskampagne, so sieht es derzeit aus, könnte im Wahlkampf von der Visa-Affäre ins Unglaubliche gezogen werden.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Migranten am Zaun, den Polen an der Grenze zu Belarus errichtet hat. Minsk nutzt Flüchtlinge als Druckmittel gegen Europa

Load-Date: September 17, 2023

**Migrationssteuerung ohne Merz; Der Gipfel von Bund und Ländern zeigt:
CDU und CSU auf Bundesebene haben kaum Spielraum, die
Zuwanderungspolitik mitzugestalten**

Die Welt

Mittwoch 8. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 217

Length: 1177 words

Byline: Nikolaus Doll

Hannah Bethke

Hannelore Croll

Thorsten Jungholt

Claus Christian Malzahn

Body

Zu sehr später Stunde - nach mehreren langen Verhandlungsrunden von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), seinen Kabinettsmitgliedern und den 16 Ministerpräsidenten in der Nacht zu Dienstag - stand die Idee einer **Migrations**-Kommission auf der Agenda. Ein im Vergleich zu den anderen Punkten dieser Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) im Kanzleramt eher harmloses Thema. Könnte man meinen. Aber das ist ein Irrtum.

Es ging um ein Gremium, in dem verschiedenste Gruppen der Gesellschaft die Herausforderungen durch die Zuwanderung diskutieren und im besten Fall Lösungen skizzieren. Aber der Vorstoß sorgte nicht nur für böses Blut unter den Ministerpräsidenten - sondern warf am Ende auch die Frage auf: Welche Rolle spielen eigentlich Friedrich Merz und seine CDU bei der Neujustierung der deutschen Migrationspolitik? Die Antwort ist für die Christdemokraten ernüchternd. Die Unions-Ministerpräsidenten und der grüne Regierungschef Winfried Kretschmann hatten den Vorschlag für eine Migrations-Kommission am Montagmittag im letzten Moment in die Verhandlungen eingebracht. Was die SPD-Länder ärgerte. Auch wenn die Idee an sich nicht neu ist und bereits vor einiger Zeit von Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) aufgebracht wurde. Die SPD-Landesregierungschefs schlugen dann ein "parteiübergreifendes" Gremium vor, um es nicht zu einem Spielball

Migrationssteuerung ohne Merz Der Gipfel von Bund und Ländern zeigt: CDU und CSU auf Bundesebene haben kaum Spielraum, die Zuwanderungspolitik mitzugestalten

einzelner Parteien zu machen. Der Kanzler blieb während der nächtlichen Beratungen an der Formulierung hängen und fragte einen der CDU-Ministerpräsidenten sinngemäß: "Ihr haltet doch zusammen, ist das für euch in Ordnung?"

Denn "parteiübergreifend" würde bedeuten, dass Scholz künftig - von seinen Koalitionspartnern abgesehen - nicht nur mit dem Oppositionsführer und Unionsfraktionschef Merz die Migrationskrise diskutiert und damit CDU und CSU einbindet, sondern das eben parteiübergreifend tut - also auch mit den anderen Oppositionsparteien. Das fanden die CDU-Länderchefs naturgemäß nicht gut. Also wurde "parteiübergreifend" gestrichen. Aber ein Erfolg für Merz ist das nicht - im Gegenteil. Was sich Scholz und die Ministerpräsidenten im Kanzleramt lieferten, war Spiegelfechterei. Tatsächlich sind Merz, die Bundes-CDU und die Unionsfraktion im Bundestag aus der Debatte um die Gestaltung der Migrationspolitik praktisch raus. Ihr Gestaltungsspielraum tendiert gegen null.

Einen "Deutschland-Pakt" hatte der Kanzler im September angekündigt. Mit der Union wollte er ihn eingehen - auch, aber nicht nur, um die Migrationskrise in den Griff zu bekommen. Die Probleme, vor allem die Überforderung der Kommunen, ist so groß, dass der Kanzler einen "breiten Konsens" will. Es gab mehrere Treffen mit Merz. Der war zuletzt noch am Freitag mit CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt zu einem streng vertraulichen Sechsen-Gespräch über den Deutschland-Pakt mit dem Kanzler zusammengekommen. Die beiden konnten schon ein wenig das Gefühl haben, am Kabinettsstisch zu sitzen. Aber es war eben nur ein Gefühl.

Denn nun hat der Kanzler mit den 16 Ministerpräsidenten eine Neuausrichtung der Asylpolitik beschlossen, die auf eine Verschärfung und damit Verringerung des Zuzugs zielen. Einen "sehr historischen Moment" nannte Scholz die Einigung auf Bezahlkarten statt Finanzhilfen für Asylbewerber, schnellere Asylverfahren und neue Rückführungsabkommen mit anderen Ländern. Merz bekam den Beschluss nach Verhandlungsende vorgelegt und die Änderungsvorschläge der Unions-Länder, unter anderem mit der Idee zu besagter Kommission, in den frühen Morgenstunden des Dienstags kurz vor der Veröffentlichung der Beschlüsse.

"Die Bundesregierung wollte darüber eine Einigung mit den Ländern. Der ‚Deutschland-Pakt‘ ist aus meiner Sicht erledigt", erklärte Merz am Dienstagmorgen im Rahmen einer Pressekonferenz an der Seite von NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) pragmatisch. Aus den unionsregierten Ländern hieß es trocken: "Für das, was nach diesen Bund-Länder-Beschlüssen nun an Gesetzen nötig ist, die der Bundestag beschließen muss, hat der Kanzler mit seiner Koalition einer Mehrheit. Er braucht CDU und CSU im Parlament nicht." Und damit keinen Pakt mit der Union. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei (CDU), stellte fest: "Wir sind nicht ausgekontert worden. Aber wir sind eben die Opposition."

Seit Wochen liefern sich Scholz und Merz einen Kampf um die Lufthoheit bei der Eindämmung der Migrationskrise. Scholz hatte mit seinem "Deutschland-Pakt" versucht, die Union in Pflicht zu nehmen und den Vorschlägen von CDU sowie CSU die Spitze zu nehmen. Merz hatte wiederum als Gegentaktik probiert, aus dem Projekt, das mehrere Themen umfasste, einen reinen Migrations-Pakt zu machen, der auch die Handschrift der Union trägt. Scholz hatte ihn in dem Glauben gelassen. Und am Ende den Pakt mit den Ländern geschlossen. Denen geht es auch um eine Verringerung der Zahl von Asylbewerbern, aber vor allem um mehr Geld. Das haben der Kanzler und Finanzminister Christian Lindner (FDP) nun zugestanden. CDU-Ministerpräsidenten vertreten naturgemäß grundsätzlich CDU-Positionen - aber die Interessen des jeweiligen Landes stehen klar über denen der Partei. Die Union kann nun versuchen, im Bundestag bei der Umsetzung der Bund-Länder-Beschlüsse in den jeweiligen Gesetzen Akzente zu setzen. Aber weit kommen wird sie nicht. Die Spitzen der Ampel-Parteien zeigten sich, ganz anders als die Unionsvertreter, hochzufrieden mit den Beschlüssen des Kanzlers, Kabinetts und der Ministerpräsidenten.

Als "starkes Zeichen in schwierigen Zeiten" bezeichnete Dirk Wiese, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, die Beschlüsse der MPK. Alle zögen an einem Strang: Bund und Länder, die Regierungsparteien und "große Teile der Oppositionsparteien", wie Wiese stichelte. Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Johannes Vogel, stellte fest, dass bei der Ordnung der Migration nun offenbar mehr Realpolitik betrieben werde. Er machte einen "Geist des Vorankommens" aus, den das Parlament nun durch

Migrationssteuerung ohne Merz Der Gipfel von Bund und Ländern zeigt: CDU und CSU auf Bundesebene haben kaum Spielraum, die Zuwanderungspolitik mitzugestalten

zügige Beratungen unterstützen solle. Die national umsetzbaren Beschlüsse des Kanzlertreffens mit den Ministerpräsidenten sollte der Bundestag noch in diesem Jahr beschließen, forderte Vogel.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sprach von entscheidenden Grundlagen, "um angesichts der großen Herausforderungen der Migration handeln und konkrete Probleme lösen zu können". Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann verteidigte, dass geprüft werden solle, Asylverfahren in bestimmten Fällen außerhalb Deutschlands in sogenannte Drittstaaten zu verlagern, gegen Kritik in der eigenen Partei. Dies hatte die Union gefordert - allerdings findet sich die Ankündigung, diese Verlagerung zu prüfen, auch im Ampel-Koalitionsvertrag. Grünen-Co-Chef Omid Nouripour mahnte die Union, sich an der Umsetzung der Beschlüsse zu beteiligen, statt neue Forderungen aufzustellen. "Jetzt mal Ruhe reinbringen und umsetzen, das ist jetzt das Gebot", so Nouripour - was in den Ohren von Christdemokraten und Christsozialen wie Hohn klingen muss.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU, l.) und CDU-Bundesvorsitzender Friedrich Merz

Load-Date: November 7, 2023

End of Document

Österreichs harter Asylkurs zeigt bereits Wirkung; Zahl der Anträge ist zuletzt drastisch zurückgegangen

Die Welt

Dienstag 8. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 152

Length: 955 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel/Wien

Es sind markige Worte, die Österreichs konservativer Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) bei jeder Gelegenheit wiederholt: "Wir müssen intensiv auf die Asylbremse steigen." Der Mann aus Niederösterreich stand zu Beginn dieses Jahres gewaltig unter Druck: Österreich hatte mit rund 112.000 Asylanträgen nach Deutschland, Frankreich und Spanien im vergangenen Jahr die vierthöchste Zahl an Antragstellern, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl lag man sogar an zweiter Stelle. Neben Afghanen (24.200) und Syrern (19.2000) kamen vor allem Inder (19.500) in die Alpenrepublik.

Die schwarz-grüne Regierung hatte bereits im vergangenen Sommer damit begonnen, massiv gegenzusteuern - im ersten Halbjahr 2023 ging die Zahl der Asylanträge darum um 30 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zurück (22.990). Zum Vergleich: In Deutschland stieg die Zahl der Asyl-Antragsteller bis Juli dieses Jahres um 78 Prozent (175.272). Aber die Regierung in Wien schaffte noch mehr: Insgesamt sind nach offiziellen Angaben des Innenministeriums in den ersten sechs Monaten "weniger (Asyl)Antragsteller nach Österreich gekommen (...), als das Land wieder verlassen haben (rund 23.000 gegenüber 28.000)". Davon kann Deutschland nur träumen. Doch wie ist Österreich dieser Erfolg gelungen?

Erstens: Schnelle Asylverfahren. Wien setzt auf Schnell- und Eilverfahren (4360 bis Ende Juni), die nur 28 Tage beziehungsweise 72 Stunden dauern. Zudem ist die Zahl der Abschiebungen (5872) hoch, was auch als Erfolg der "Task Force Außerlandesbringungen" ist, die häufig Schwerpunktkontrollen durchführt. Diese Praxis schreckt auch weitere Asylbewerber ab. In Deutschland werden dagegen nur selten verkürzte Verfahren in Ankunftszentren, beschleunigte Verfahren nach Paragraph 30a des Asylgesetzes oder sogenannte Flughafenverfahren durchgeführt. Auch die Zahl der Abschiebungen ist in diesem Jahr etwa gleich groß wie in Österreich, obwohl das Nachbarland viel kleiner ist (9,1 Mio. Einwohner).

Österreichs harter Asylkurs zeigt bereits Wirkung Zahl der Anträge ist zuletzt drastisch zurückgegangen

Zweitens: Konsequenter Grenzschutz. Österreich unterstützt Serbien, Ungarn und Nordmazedonien mit mehr als 130 Polizisten, die in diesen Ländern die örtlichen Grenzbehörden bei Kontrollen zur Seite stehen. Österreichs Polizisten sind damit auch an den Grenzen zwischen Ungarn und Serbien, Nordmazedonien und Serbien und Nordmazedonien und Griechenland im Einsatz. Die Kontrollen an Österreichs Grenzen zu Ungarn und Slowenien wurden zudem Mitte Mai um weitere sechs Monate verlängert. Ziel dieser Maßnahmen ist zu verhindern, dass die Westbalkan-Staaten und Ungarn wie in der Vergangenheit die Migranten einfach in Richtung Norden durchwinken. Seit Dezember 2022 arbeiten im Rahmen der "Operation Fox" auch etwa 31 österreichische Polizisten mit ihren Kollegen aus Ungarn zusammen, um dort bis zu 15 Kilometer vor der gemeinsamen Grenze illegale Migranten und Schlepper aufzuspüren. Bisher konnten durch diese "flexiblen Grenzraumkontrollen" im Grenzgebiet 58 Menschenschmuggler festgenommen werden. Für die Strafverfolgung ist Ungarn zuständig. Laut Innenminister Karner haben sich mittlerweile die "Geschäftsrouten" der Schleusermafia in Richtung Tschechien, Italien oder Slowakei verlagert, was Österreich entlastet.

Drittens: Moderne Technik. Mobile Grenzschützer sind ausreichend mit Nachtsichtgeräten und Wärmebildkameras ausgestattet. Außerdem ist eine hochmoderne Drohnenflotte mit 300 Geräten im Einsatz, im kommenden Jahr sollen 50 weitere Drohnen hinzukommen. Zum Vergleich: In Deutschland waren zumindest im Jahr 2021 nur zwei veraltete Drohnen (Aladin, Fancopter) zum Grenzschutz im Einsatz, außerdem berieten damals Arbeitsgruppen intensiv über weitere Anschaffungen. Seit ein paar Tagen setzen Österreichs Grenzschützer auch sieben Herzschlagdetektoren zur Überprüfung von LKW ein. Dadurch verkürzen sich die Kontrollzeiten, zudem können viel mehr Fahrzeuge überprüft werden. Die Folge: Es werden mehr Schlepper herausgefischt und Migranten können möglicherweise häufiger aus lebensbedrohlichen Situationen befreit werden.

Viertens: Druck auf Drittstaaten. Neben einer intensiven Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten, ist Österreich auch bereit, im Fall von Fehlverhalten Druck auf diese Länder auszuüben. So kamen im vergangenen Jahr 19.500 illegale Migranten aus Indien in die Alpenrepublik, die fast immer ohne Visum über Serbien eingereist waren und dann mit Hilfe von Schleppern Richtung Norden weitergezogen sind. Wien übte zusammen mit der Europäischen Kommission in Brüssel Druck auf die Regierung in Belgrad aus und drohte mit wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen.

Daraufhin veränderte Serbien die Einreisebestimmungen gegenüber Ländern wie Indien und Tunesien. Im Mai 2023 schlossen Indien und Österreich zudem ein Migrations- und Mobilitätsabkommen ab, bei dem sich Neu-Delhi verpflichtete, indische Staatsangehörige zurückzunehmen. Seitdem vermeiden indische Staatsangehörige einen Asylantrag in Österreich. Auch Deutschland hat seit Ende vergangenen Jahres ein solches Abkommen mit Indien. Viel wichtiger wäre für Berlin aber ein Rückführungsabkommen mit der Türkei. Aus dem Land am Bosphorus, das als sicherer Herkunftsstaat gilt, stammt in diesem Jahr die drittgrößte Gruppe der Asyl-Antragssteller in Deutschland.

Fünftens: Schnelle Beschlüsse. Die Grünen in Österreich mischen sich als Regierungspartei nur sehr selten in die Asylpolitik ein. Sie konzentrieren sich auf Klima- und Wirtschaftspolitik, auch weil sie mit Forderungen nach einer großzügigen Migrationspolitik in Österreich nicht viele Wählerstimmen gewinnen würden. In Deutschland fordern die Grünen dagegen immer wieder Mitsprache in Asylfragen und verzögern Entscheidungen. Derzeit betrifft das etwa strengere Abschieberegeln.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 7, 2023

So sterben linke Erzählungen

Die Welt

Dienstag 31. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; PLATZ DER REPUBLIK; S. 2; Ausg. 211

Length: 503 words

Byline: Anna Schneider

Body

Es gibt Begriffe, die kann man eigentlich nicht mehr hören. "Narrativ" ist einer davon. Dabei geschah es nicht erst gestern, dass dieses Wort, das eine große, grundlegende Erzählung beschreibt, Eingang in die politische Debatte fand. Politiker gebrauchen es munter, was insofern verständlich ist, als Narrative - anders als trockene Argumente - zur Emotionalisierung eines Themas taugen. Solche Narrative finden sich tatsächlich überall. Sehr gerne werden sie in Abwehr des vermeintlich Bösen verwendet, und meistens sind es linke Zeitgenossen, die sich da besonders hervortun. Es ist schon ein paar Jahre her, als etwa der grüne (damals noch nicht) Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck in einem Interview meinte, Narrative wie "Wir werden von Flüchtlingen überrannt" oder "Das deutsche Volk ist in seiner Existenz bedroht" konstruierten künstlich eine Krise, fern der Wirklichkeit.

Nun kann man über den Wortlaut dieser Narrative freilich streiten ("Das jüdische Volk ist in seiner Existenz bedroht" träfe es momentan tatsächlich besser), aber aus heutiger Sicht wirkt das Abwiegeln der allgegenwärtigen Migrationsdebatte schon eher befremdlich. Auch die vom Bund üppig finanzierte Amadeu-Antonio-Stiftung veröffentlichte 2017 eine Analyse mit dem Titel "Toxische Narrative". Hauptnarrative "rechts-alternativer" Akteure seien demnach beispielsweise "Bedrohung von außen", "Bedrohung von innen" oder "das Establishment manipuliert". Wenn man sich ansieht, was zur Zeit auf Deutschlands Straßen in Sachen Islamismus los ist, wäre es eigentlich viel eher unerklärlich, würde man keine Bedrohung im Inneren annehmen - sollte man meinen. Und dass die sozialdemokratische Bundesinnenministerin Nancy Faeser trotz anderslautender Einschätzung der EU-Innenkommissarin keine erhöhte Gefährdung durch Islamisten sieht, bestätigt einmal mehr die Tatsache, dass wir doch alle in unserer ganz eigenen Welt leben.

Erst der Terrorangriff der Hamas auf Israel vermochte es, die Köpfe der vielen ziemlich gut narrativseditierten Deutschen einmal ordentlich durchzuschütteln. Politiker nicht ausgenommen. So hatte sich Bundeskanzler Olaf Scholz doch tatsächlich unlängst im Interview mit dem "Spiegel" für ein härteres Vorgehen gegen illegale Migration ausgesprochen. CDU-Vize Jens Spahn löste eine mediale wie politische Schnappatmung aus, als er meinte, dass irreguläre Migrationsbewegungen gegebenenfalls mit physischer Gewalt aufgehalten werden müssten. Tatsächlich ist Gewalt(androhung) das Hauptcharakteristikum jedes Staates, und wenn er dieser fundamentalsten Aufgabe - für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen - nicht nachkommt, stellen sich viel grundsätzlichere Fragen.

So sterben linke Erzählungen

Die deutsche Politik jedenfalls nähert sich nun also in Babyschritten der Realität an, auch wenn die nun beschlossenen Asyl-Reformen immer noch belanglos bleiben und höchstens die Simulation von Politik darstellen. Offensichtlich ist der Leidensdruck noch nicht groß genug. Die Narrativdämmerung allerdings ist in vollem Gange.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 31, 2023

End of Document

Ramsauer will nach Kritik Wogen glätten; "Ungeziefer"-Äußerung: Ärger für CSU-Mann

Die Welt

Mittwoch 2. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 148

Length: 432 words

Byline: Dpa

Body

Der frühere Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer steht nach einer abwertenden Aussage über **Migranten** massiv in der Kritik. Der CSU-Politiker hatte in einem Interview mit dem Magazin "Mittelstand Digital" des Bundes der Selbstständigen Nordrhein-Westfalen und der Bundesvereinigung Mittelständischer Unternehmer davor gewarnt, dass bei der unkontrollierten Einwanderung auch die Gefahr bestehe, dass "Ungeziefer" ins Land komme. Aus der Linkspartei kamen Forderungen, Ramsauer müsse sein Bundestagsmandat wegen der "lupenreinen Volksverhetzung" zurückgeben oder die Union ihn aus der Fraktion ausschließen. Wörtlich hatte das Magazin Ramsauer bei einer Frage zur Fachkräfte-Einwanderung zunächst mit dem Satz zitiert, bei dem er auf eine Aussage des früheren chinesischen Machthabers Deng Xiaoping verwies: "'Wenn man die Fenster zu weit aufmacht, kommt auch viel Ungeziefer mit rein.' Das heißt - übertragen auf die Einwanderungsproblematik - , dass wir aufpassen müssen, dass wir neben den Fachkräften nicht auch x-beliebige Wirtschaftsflüchtlinge mit ins Land holen."

Mit der am Montag veröffentlichten Aussage hatte Ramsauer eine Welle der Empörung ausgelöst, in der Folge verschwand der entsprechende Passus wieder aus dem Interview. Das Magazin war auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur nicht zu erreichen. Ramsauer selbst bemühte sich in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" um Schadensbegrenzung: Das Zitat von Xiaoping sei (...) gefallen und war nicht zur Veröffentlichung gedacht", zitiert die Zeitung den 69-Jährigen. "Ich würde auch niemals einen solchen entwürdigenden Vergleich mit zugewanderten Fachkräften oder Migranten machen." Im restlichen Interview wetterte Ramsauer mit ungewohnt harten Worten über die Regierungszeit von Ex-Kanzlerin Angela Merkel (CDU): "Der Atomenergieausstieg gehört wie die Flüchtlingspolitik zu den katastrophalsten politischen Fehlern der damaligen Bundeskanzlerin. Nicht ohne Grund sage ich den AfD-Parlamentariern, dass sie Merkel ein Denkmal setzen müssten, weil die AfD ihre parlamentarische Existenz ausschließlich der Politik von Angela Merkel zu verdanken hat." Ramsauer betonte, er habe Merkel persönlich darauf hingewiesen, dass der Atomausstieg höhere Strompreise, eine verstärkte Abhängigkeit von Gaslieferungen, zusätzliche Stromimporte und steigende CO2-Emissionen mit sich bringen werde. "Angela Merkel hat meine Warnungen als falsch abqualifiziert", betonte Ramsauer. Mit Blick auf das

Ramsauer will nach Kritik Wogen glätten "Ungeziefer"-Äußerung: Ärger für CSU-Mann

Asylrecht forderte er zudem eine massive Beschränkung der Zuwanderung direkt an den EU-Außengrenzen und weniger finanzielle Hilfen für Asylbewerber.

Load-Date: August 1, 2023

End of Document

In der Migrationsfrage soll nun die EU helfen; Der britische Labour-Chef Keir Starmer will das Thema illegale Zuwanderung für sich nutzen. Unterstützung erhofft er sich aus Brüssel

Die Welt

Mittwoch 20. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 183

Length: 1007 words

Byline: Mandoline Rutkowski

Body

London

Die Parlamentswahlen in Großbritannien finden voraussichtlich erst Ende nächsten Jahres statt, doch schon jetzt bewegt sich der britische Labour-Chef Keir Starmer staatsmännisch über das internationale Parkett. Seine Partei liegt in Wahlumfragen zwischen 15 und 20 Prozent vor der regierenden Tory-Partei von Premier Rishi Sunak.

Vergangene Woche jettete der 61-jährige Starmer erst in das niederländische Den Haag, um mit der EU-Organisation Europol über eine engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung illegaler Schlepperbanden zu beraten. Daraufhin reiste er nach Kanada und ließ sich auf der Global-Progress-Konferenz für Mitte-Links-Politik mit amtierenden und früheren Staatsoberhäuptern ablichten. Am Dienstag folgte ein Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Paris. Wie schon auf seinen vorherigen Zwischenstopps dominierte ein zentrales Thema die Agenda des Besuchs: Die Zukunft der britisch-europäischen Beziehung, die seit dem EU-Austritt zu einer entfernten Bekanntschaft geschwunden ist. Neben dem Aufrollen des Brexit-Handelsabkommens erklärte der Labour-Chef eine engere Kooperation zwischen Brüssel und London für die Bekämpfung illegaler **Migration** zum Herzstück seiner Agenda. Damit positioniert sich Starmer konträr zu den Konservativen. Dessen ehemaliger Premier Boris Johnson hatte mit seinem "Take Back Control"-Versprechen den EU-Austritt auch als Chance auf eine alleinig von London vorgegebene Einwanderungspolitik verkauft.

Starmer hatte das Treffen mit Macron in Paris in Hinblick auf diese Ambitionen gezielt ausgewählt. Seit Monaten versuchen die Konservativen die Menschen aufzuhalten, die von Frankreich aus über den Ärmelkanal nach England gelangen. Premier Rishi Sunak hat "die Boote zu stoppen" zur Staatsräson erhoben und zu einem seiner fünf Regierungsversprechen erklärt. Bislang ohne Erfolg: Mit rund 24.000 ist die Zahl der sogenannten Small-Boats-Asylsuchenden fast auf dem gleichen Niveau wie im vergangenen Jahr zu dieser Zeit. 2022 kamen rund 45.700 Menschen über diese Route ins Land. Ein von der konservativen Regierung eingebrachtes Gesetz, das die Abschiebung dieser Menschen in das ostafrikanische Land Ruanda vorsieht, wird seit Monaten von Gerichten

In der Migrationsfrage soll nun die EU helfen Der britische Labour-Chef Keir Starmer will das Thema illegale Zuwanderung für sich nutzen. Unterstützung erhofft

blockiert. Frankreich war bislang wenig geneigt, dem britischen Nachbarn zu helfen, die Zahlen zu drücken. Zwar hat Paris sich bereit erklärt, die Sicherheitsmaßnahmen an der einheimischen Küste und den Umfang der Grenzbeamten zu erhöhen. Auf ein von London erwünschtes Abkommen über die Rücknahme von Asylsuchenden ließ sich Frankreich bislang aber nicht ein. Die klägliche Bilanz der konservativen Migrationspolitik hinterlässt ihre Spuren. Laut einer aktuellen YouGov-Umfrage haben 80 Prozent der Briten kein Vertrauen in die Regierung, die Einwanderung über den Ärmelkanal zu begrenzen.

Genau an dieser Stelle will Labour-Chef Starmer nun ansetzen, und sogar über ein bilaterales Abkommen hinaus verhandeln. Schon im Vorfeld seines Paris-Besuches hatte Starmer angekündigt, im Falle eines Wahlsieges im kommenden Jahr den Weg für ein Abkommen mit der EU zu ebnen, das die Einwanderung begrenzen soll. Im Gegensatz zu dem 2016 zwischen Brüssel und der Türkei vereinbarten Abkommen, in dem sich Ankara verpflichtete, gegen finanzielle Zuwendungen aus Brüssel Migranten aus Griechenland zurückzunehmen, schwebt dem Labour-Chef ein "Quid pro quo"-Abkommen vor. London soll demnach Small-Boats-Asylsuchende zurück in die EU schicken können und dafür im Gegenzug Migranten, die in der EU ankommen, in Großbritannien aufnehmen. Über den Umfang des Abkommens ist wenig bekannt. Auf eine Aufnahmezahl wollte sich die Parteispitze nicht festlegen. Auch an der seit Jahren in der EU diskutierten Quotenverteilung will sich eine von Labour geführte Regierung nicht beteiligen. Über eine Aufnahme solle "im Einzelfall" entschieden werden, erklärte Wahlkampfkoordinator Pat McFadden in einem BBC-Interview. Kinder mit familiären Bindungen nach Großbritannien sollten bevorzugt aufgenommen werden. Ob all das zwischen dem Labour-Chef und Macron am Dienstag besprochen wurde, ließ Starmer offen. Sie hätten "viele Themen im Zusammenhang mit internationaler Politik" besprochen, das Treffen sei "positiv und konstruktiv" gewesen, sagte er lediglich.

In der EU, die derzeit mit einem stark erhöhten Zustrom von Ankommenden über das Mittelmeer konfrontiert ist, herrscht Uneinigkeit über den Vorschlag Starmers für ein Migrationsabkommen. Nach Angaben der "Times" nannte ein EU-Diplomat seine Pläne vergangene Woche "illusorisch". Angesichts des "kaputten" EU-Asylsystems, über das Brüssel seit Jahren verhandele, stünde es außer Frage, dass die EU London unter die Arme greife. Erik Marquardt, Abgeordneter im Europaparlament für die Grünen, hält den Vorschlag Starmers hingegen für "konstruktiv" und "pragmatisch". "Im Gegensatz zu vielen anderen EU-Ländern verlangt er nicht, dass Herkunftsländer abgelehnte Asylsuchende kompromisslos zurücknehmen, sondern zeigt Bereitschaft, Schutzbedürftige im Gegenzug für die Rücknahme dieser Menschen aufzunehmen", sagt er WELT.

Starmer, der sich im Vorwahlkampf bisher mit klaren Stellungnahmen zurückhielt, wagt mit den Vorschlägen für die Annäherung an die EU einen Balanceakt. Der Pragmatiker glaubt, dass er die Probleme zu Hause weitaus einfacher lösen kann, wenn er die EU stärker einbezieht. Gleichzeitig will er vermeiden, Brexit-Befürworter zu vergraulen - insbesondere jene traditionellen Labour-Wähler unter ihnen, die im Jahr 2019 erstmalig für die Konservativen gestimmt und der Partei zum Erdrutschsieg verholfen hatten. Die Konservativen nutzten die Gelegenheit, die sich genau an dieser Stelle bot, zum Angriff. Mit dem EU-Migrationsabkommen würde Starmer die Insel in einen "Abladeplatz" für "Millionen illegalen Migranten verwandeln, die Europa nicht haben will", schrieb etwa Innenministerin Suella Braverman auf Twitter. Starmer ließ sich nur zu einem genervten Kommentar herab. Die Aussagen seien "kompletter Müll", konterte er gegenüber Sky News.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Der Labour-Vorsitzende Keir Starmer (M.) vor seinem Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron

Load-Date: September 19, 2023

In der Migrationsfrage soll nun die EU helfen Der britische Labour-Chef Keir Starmer will das Thema illegale Zuwanderung für sich nutzen. Unterstützung erhofft

End of Document

**Baerbock und Habeck stemmen sich gegen den grünen Asyl-Moralismus;
Das Establishment der Grünen hat den Versuch ihrer Jugend abgewehrt, die
Partei auf einen liberaleren Kurs in der Migrationspolitik zu bringen**

Die Welt

Montag 27. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 230

Length: 1137 words

Byline: Ulrich Exner

Body

Am Ende, als die Aufregung sich wieder ein bisschen gelegt hat, alle Delegierten auf ihren Plätzen sitzen und brav die Stimmkarten heben, geht die Sache ziemlich eindeutig aus. Mit großer Mehrheit stützen die Delegierten des grünen Parteitags ihre Kabinettsmitglieder und deren asylpolitischen Kurs. Keine Revolution, auch kein Revolutiönchen.

Das Partei-Establishment um Annalena Baerbock und Robert Habeck, um Omid Nouripour und Ricarda Lang, hat das zumindest innerparteilich mit einer gewissen Spannung erwartete Gefecht um den migrationspolitischen Kurs der Grünen gewonnen. Der Pragmatismus der Regierenden hat den Moralismus der Jugend in seine Schranken verwiesen. Ob das die Menschen jenseits der Parteitagshallen, jenseits der grünen Bubble dazu bringt, den Grünen wieder mehr Vertrauen zu schenken, steht auf einem anderen Blatt. An diesem Wochenende sank der Umfragewert der Partei zunächst einmal auf ein Fünf-Jahres-Tief von zwölf Prozent.

Aber Umfrage-Ergebnisse und Ampel-Krise spielen an diesem Samstagabend in der Karlsruher Messehalle nur eine Nebenrolle. Die Grünen, ob Basis oder Führung, sind von ihrem Tun und Lassen grundsätzlich ohnehin ausgesprochen überzeugt. Die Selbstzweifel, die der emotionale Co-Parteichef Nouripour zwischenzeitlich durchblicken lässt, prägen diesen Parteitag jedenfalls nicht.

In der Asyldebatte, der einzigen, die in den ersten drei Tagen dieses Parteitags in einem teilweise unerbittlichen, hochkontroversen Ton ausgetragen wird, sind die Fronten von Beginn an klar gezogen. Auf der einen Seite der Bundesvorstand mit den Ministerinnen und Ministern, das Establishment, das sich von den Delegierten grünes Licht für eine zumindest etwas restriktivere Asylpolitik geben lassen will. Zügigere Asylverfahren, robustere EU-Außengrenzen, konsequenteres Abschieben, Bezahlkarten - ein Reformpaket, das die Ampel-Koalition und die Ministerpräsidenten der Länder im Grunde schon abgenickt haben, das demnächst aber noch von Bundestag und Bundesrat in Gesetzesform gebracht werden muss.

Baerbock und Habeck stemmen sich gegen den grünen Asyl-Moralismus Das Establishment der Grünen hat den Versuch ihrer Jugend abgewehrt, die Partei auf einen libe....

Auf der anderen Seite steht ein Antrag der Grünen Jugend, in dem die Funktionsträger der Partei dazu aufgefordert werden, keiner einzigen Asylrechtsverschärfung zuzustimmen und den Ampel- und Ministerpräsidenten-Kompromiss im Grunde wieder aufzukündigen. Um das durchzusetzen, kapert die Grüne Jugend zunächst einmal die Rednerliste des entsprechenden Tagesordnungspunktes, indem sie so viele Wortmeldungen abgibt, dass sie quasi zwangsläufig ein Übergewicht auf der Rednerliste bekommt.

Auszüge aus diesen Wortbeiträgen: "Es ist unehrlich, über Begrenzung zu reden, während die Welt in Flammen steht." "Gute finanzielle Ausstattung von Kommunen ist gelebter Anti-Faschismus, nicht die Abschottung und Entrechtung von Menschen auf der Flucht." "Kein Mensch ist illegal." "Jeden Tag haben Menschen Angst, abgeschoben zu werden. Jeden Tag haben Geflüchtete in Deutschland Angst, Opfer von rassistischen Anschlägen zu werden. Jeden Tag." "Wir dürfen uns nicht beugen und verbiegen, wenn es um Geflüchtete geht." "Wir sind nicht das Original für Abschiebungen, sondern das Original für universelle Menschenrechte." "Gegen die vermeintliche Ordnung und für Humanität und Menschenrechte." "Härtere Abschiebungen bringen keinen einzigen Kita-Platz." "Man schützt die Zustimmung zu unserem Asylsystem nicht, in dem man es Stück für Stück aushöhlt. Man schützt sie, indem man den sozialen Zusammenhalt sichert. Und deswegen fordern wir: keine weiteren Asylrechtsverschärfungen."

Der Jubel, die gefühlte Zustimmung ist groß bei diesen Wortmeldungen, weshalb die Parteispitze dann auch die ganz großen Kanonen auffährt. Robert Habeck, der Wirtschaftsminister, warnt die Parteitagsdelegierten eindringlich davor, dem Antrag der Grünen Jugend zuzustimmen. Dieser sei "ein Misstrauensvotum in Verkleidung, das in Wahrheit sagt, verlasst die Regierung". Ein solcher Schritt würde zwangsläufig dazu führen, "dass andere die Politik machen und dadurch wird sich nichts verändern". Angesichts der Tatsache, dass sich Regierungsmitglieder jeglicher Parteifarbe in der Vergangenheit immer wieder mal über Parteitagsbeschlüsse hinweggesetzt haben, ohne deshalb gleich ihr Amt aufzugeben, eine gewagte These. Ein rhetorischer Trick.

Aber auch Ricarda Lang, gerade wiedergewählte Parteichefin, warnt vor den Auswirkungen, die es hätte, "wenn wir Grünen nicht am Tisch sitzen würden". Annalena Baerbock, die Außenministerin und so etwas wie die Ikone auch des linken grünen Parteiflügels, behauptet, dass sie nicht verhandeln könne, wenn der Antrag der Jugendorganisation durchgehe. Spätestens hier ist der Versuch der Parteijugend, die grüne Moral zumindest in diesem Parteitagsbeschluss über die gesellschaftliche Wirklichkeit zu setzen, endgültig gescheitert. Der Parteitag beschließt mit großer Mehrheit den Antrag des Grünen-Vorstands, in dem es heißt: "Steuerung, Ordnung und Rückführung gehören zur Realität eines Einwanderungslandes wie Deutschland dazu."

Schon am Vormittag, zu Beginn der Debatte über das Programm für die Europawahl im kommenden Jahr, hatte Baerbock für mehr Kompromissbereitschaft der Grünen in der Migrationspolitik geworben. Auch für eine Zustimmung der Partei zur geplanten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). "Wir brauchen die Einigung zum gemeinsamen Asylsystem sehr schnell in den nächsten Monaten", sagte Baerbock und kündigte an, alles dafür zu tun, dass eine solche Einigung auch gelingt: "Denn die, die Europa kaputt machen wollen, die Rechtspopulisten, die Putins dieser Welt, die warten nur darauf, dass Europa sich in der Migrationsfrage zerlegt. Die warten darauf, dass wir scheitern." Bei den Verhandlungen über ein neues europäisches Asylrecht hatten sich die EU-Innenminister im Juni auf eine Reform geeinigt, die unter anderem vorsieht, Asylverfahren künftig direkt an den EU-Außengrenzen durchzuführen und anschließend nur anerkannte Asylbewerber auf die verschiedenen EU-Länder zu verteilen. EU-Parlament und EU-Kommission müssen dem Reformvorschlag der Innenminister noch zustimmen. Die entsprechenden Verhandlungen laufen. Sie sollen bis zum Februar abgeschlossen werden, sodass die Reformen noch vor der Europawahl im Juni in Kraft treten könnten.

Die Grünen trennten sich am dritten Tag ihrer Bundesdelegiertenkonferenz auch von einer heiligen Kuh: Das Abscheiden, Speichern und gegebenenfalls Nutzen von Kohlendioxid (CCUS) wird von der Partei ab sofort nicht mehr strikt abgelehnt. Wo "technisch nicht vermeidbare" CO -Emissionen entstünden, zum Beispiel bei industriellen Prozessen, soll CCUS künftig "aktiv" gefördert werden können, heißt es in dem am Samstagabend verabschiedeten Klimaschutzkapitel des Europawahlprogramms der Grünen. Am Sonntag endete der Parteitag mit einer Schlussabstimmung über das Europawahlprogramm

Baerbock und Habeck stemmen sich gegen den grünen Asyl-Moralismus Das Establishment der Grünen hat den Versuch ihrer Jugend abgewehrt, die Partei auf einen libe....

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Außenministerin Annalena Baerbock und Vizekanzler Robert Habeck

Load-Date: November 26, 2023

End of Document

Deutschland für Migranten auf Schiffen zuständig?; Italiens Regierung veröffentlicht Verhaltenskodex für Seenotretter - und wirft damit grundsätzliche Fragen auf

Die Welt

Donnerstag 5. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 4

Length: 669 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Es ist ein Verwirrspiel par excellence, das die italienische Regierung dieser Tage um einen neuen Verhaltenskodex für Seenotretter spielt: Die Regierung um die rechtsnationalistische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat ein Dekret mit Regeln erlassen, an die sich die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) künftig halten müssen, wenn sie im Mittelmeer **Migranten** aus Seenot retten.

Die Regeln schränken die Einsatzmöglichkeiten der NGOs deutlich ein, weil sie detailliert vorschreiben, wie sie sich bei den Rettungsaktionen vor der Küste Italiens verhalten müssen. Bei Verstößen droht das Dekret Strafen von bis zu 50.000 EUR sowie die Festsetzung der Schiffe an.

Dabei ist ein zentraler Punkt des Kodex so unklar formuliert, dass selbst den Seenotrettern nicht klar ist, was er bedeutet - und zwar jener Punkt, der Deutschland am meisten betreffen könnte. So schreiben italienische und internationale Zeitungen übereinstimmend darüber, dass Melonis Regierung mit ihm künftig die Flaggenstaaten der Schiffe für den Asylprozess der geretteten Migranten verantwortlich macht.

Damit wäre Deutschland für jene Migranten zuständig, die die NGO-Schiffe mit deutscher Flagge an Bord nehmen. Bisher muss Italien nach EU-Regeln die Asylverfahren durchführen, weil es das erste EU-Land ist, das die Migranten betreten. Mit diesem Verfahren ist Italien aber schon seit Jahren unzufrieden: Als Erstankunftsland der Migration über das Mittelmeer fühlt es sich davon benachteiligt und von den EU-Partnern alleingelassen.

Politiker setzten daher Kritik an der Migration immer wieder ein, um die Zustimmung ihrer Wähler zu erhalten - so auch Meloni und ihre Alliierten im Wahlkampf im vergangenen Sommer. Aus dieser Richtung kommt auch die Idee, die Asylverfahren auf die Flaggenstaaten zu übertragen. Diese hatte Melonis Innenminister Matteo Piantedosi schon im November in Umlauf gebracht, als die Regierung sich zum ersten Mal mit den EU-Partnern über die

Deutschland für Migranten auf Schiffen zuständig? Italiens Regierung veröffentlicht Verhaltenskodex für Seenotretter - und wirft damit grundsätzliche Fragen auf

Verantwortlichkeiten beim Thema Migration gestritten hatte. Damals hatte die italienische Regierung versucht, einem norwegischen und einem deutschen Seenotrettungsschiff zu verbieten, einen italienischen Hafen anzulaufen, weil die Migranten ihrer Meinung nach in der Verantwortung der Flaggenstaaten liegen.

So steht im Gesetz jetzt, dass die NGOs den geretteten Migranten unmittelbar über die Möglichkeit, einen Asylantrag stellen zu können, informieren und "bei Interesse relevante Daten sammeln und den Behörden zur Verfügung stellen" müssen. In welchem Land der Antrag dann gestellt werden soll, bleibt offen. Für die italienischen Medien - die gewöhnlich gut von Regierungsmitgliedern informiert werden - ist die Lage indes klar.

So schreibt der "Corriere della Sera": "Die NGOs werden verpflichtet, die geretteten Ausländer über die Möglichkeit eines Asylantrags zu informieren. Mit dieser Vorschrift soll dem Flaggenstaat des rettenden Schiffes eine Aufnahmeverpflichtung auferlegt werden, gegen die jedoch einige Länder in der EU bereits Einwände erhoben haben." Wahrscheinlich ist, dass die italienische Regierung die Passage absichtlich schwammig formuliert hat, weil sie wusste, dass ihr Versuch, Flaggenstaaten zur Übernahme der Asylverfahren zu verpflichten, in der EU keinen Bestand haben würden.

Gleichzeitig will sie vor ihren Wählern aber nicht von der Ausgangsposition vom November zurückweichen und weiterhin den Eindruck erwecken, hart gegen Migration vorzugehen. Zu diesem Zweck enthält der Verhaltenskodex weitere Regeln, die die Arbeit der NGOs behindern werden. Insbesondere die Vorgabe, dass die Schiffe - entgegen dem bisherigen Vorgehen - nur eine Rettungsaktion durchführen dürfen und danach unmittelbar einen ihnen zugeteilten Hafen ansteuern müssen, ohne weiteren Notrufen zu folgen.

Die NGO Sea Watch nannte das Dekret daher eine "Aufforderung zum Ertrinken lassen". Denn allein im vergangenen Jahr ertranken im zentralen Mittelmeer, wo wegen des Dekrets künftig noch weniger Retter unterwegs sein werden, 1.400 Menschen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 4, 2023

Schlepperparadies Europa

Die Welt

Dienstag 8. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 152

Length: 342 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Deutschland hat ein **Migrationsproblem**. Unser Land ist der stärkste **Migrationsmagnet** in Europa. Das hat auch damit zu tun, dass die Leistungen hierzulande im Vergleich gut sind und Illegale leicht untertauchen können.

Andererseits: Es ist richtig, dass Menschen aus Syrien und Afghanistan in Deutschland dauerhaft Schutz erhalten. In diesen Ländern herrschen Krieg und unermessliches Leid, wofür auch die Fehler des Westens in den vergangenen Jahren mitverantwortlich sind.

Was kann Europa tun? Die Strafen für Schlepperkriminalität müssen europaweit drastisch verschärft und Schlepper-Netzwerke mit transnationalen Sondereinheiten der Polizei oder des Militärs rigoros verfolgt werden. Europa darf kein Schlepperparadies bleiben. Außerdem muss die Verteilung von Asylsuchenden so geregelt werden, dass diese Personen schon von Anbeginn an gerecht auf alle Mitgliedstaaten verteilt werden, anstatt so lange zu warten, bis ein Land an seine Belastungsgrenze gerät. Das klingt utopisch, aber eine Koalition der Willigen sollte vorangehen. Wer sich weigert, sollte umfangreiche finanzielle Kürzungen erleiden. Die bisherige EU-Asylpolitik steckt jedenfalls in der Sackgasse.

In Deutschland müssen die Leistungen für Asylbewerber reduziert und die Abschiebungspraxis verschärft werden. Die Vorschläge von Bundesinnenministerin Nancy Faeser gehen in die richtige Richtung, sie reichen aber nicht. Es ist bedauerlich, dass die Grünen dabei bremsen wollen. Sie müssen aufpassen, dass sie nicht zu einer Partei von meist urbanen Wohlstandsegoisten werden, die sich in ihrer Behaglichkeit eingerichtet haben und humane Asylpolitik und strenge Klimaauflagen mit Inbrunst verteidigen - solange sie davon selbst nicht spürbar betroffen sind. Überfüllte Aufnahmelager in Dörfern, Migranten ohne ausreichende Sprachkenntnisse im Schulunterricht und die mangelnde Durchsetzung des Rechtsstaats bei abgelehnten Asylbewerbern sind ernsthafte Probleme.

christoph.schiltz@welt.de (christoph.schiltz@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 7, 2023

End of Document

Warum Ukraine-Flüchtlinge bevorzugt werden

Die Welt

Mittwoch 19. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; GASTKOMMENTAR; S. 7; Ausg. 76

Length: 913 words

Byline: Oliviero Angeli

Body

Vor einem Jahr erlebte Europa die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. Rückblickend löste die Reaktion auf die ukrainische Fluchtmigration bei vielen Hoffnungen, später jedoch Frustration und Enttäuschung aus. Denn der viel beschworene Paradigmenwechsel hin zu einer humanitären Flüchtlingspolitik blieb aus. Stattdessen wurde mit der erstmaligen Aktivierung der Massenzustrom-Richtlinie der EU eine Debatte über die Vorzugsbehandlung ukrainischer beziehungsweise die Benachteiligung nicht ukrainischer Flüchtlinge losgetreten. Denn die Richtlinie räumt den Flüchtlingen aus der Ukraine Rechte ein, von denen andere Asylbewerber nur träumen können. Rechtlich sind sie anerkannten Flüchtlinge gleichgestellt, ohne ein Asylverfahren durchlaufen zu müssen. In diesem selektiven Vorgehen sehen Vertreter von Flüchtlingsorganisationen einen Verrat am universalistischen Versprechen des Flüchtlingsrechts, wonach alle Schutzbedürftigen gleichzubehandeln sind.

Allerdings hat das moderne Flüchtlingsregime ein solches Versprechen nie ausdrücklich formuliert, geschweige denn eingelöst. Tatsächlich beklagten schon vor der Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention 1951 vor allem nichteuropäische Staaten, dass die Fixierung auf "Verfolgung" als zentrale Voraussetzung für die Anerkennung des Flüchtlingsstatus den Prioritäten Europas beziehungsweise des Westens entspreche und die Realität der Flucht in anderen Kontinenten verkenne. Von Anfang an war dem Flüchtlingsrecht eine Orientierung an den Interessen westlicher Länder eigen. Dies ist keineswegs verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die Flüchtlingskonvention ein Produkt des Kalten Krieges war und eine wichtige politische Funktion hatte: Die Anerkennung des Flüchtlingsstatus brachte implizit eine Verurteilung des politischen Systems zum Ausdruck, vor dem die Menschen fliehen mussten. Damit waren in erster Linie die Sowjets und ihre Verbündeten gemeint - nicht die ehemaligen Kolonien. In der Logik des Kalten Krieges galten Menschen, die aus einem kommunistischen Land flohen, als Sinnbild für die Überlegenheit des westlichen politischen Systems und wurden schon deshalb uneingeschränkt willkommen geheißen.

Die Verabschiedung der Flüchtlingskonvention liegt mehr als ein halbes Jahrhundert zurück, aber es bedarf keiner großen Fantasie, um ein ähnliches Muster in der besonders großzügigen Aufnahmebereitschaft Europas gegenüber den ukrainischen Flüchtlingen zu erkennen. Denn die bemerkenswert einhellige Entscheidung der EU-Staaten, Flüchtlingen aus der Ukraine schnellen und unkomplizierten Schutz zu gewähren, lässt auch heute eine

Warum Ukraine -Flüchtlinge bevorzugt werden

politische Lesart zu: Sie drückt die Verurteilung Russlands in einer Weise aus, wie es keine andere Form der Gewährung von Zuflucht (zum Beispiel durch subsidiären Schutz) tun würde. Oder einfach ausgedrückt: Ukrainische Flüchtlinge durchlaufen in der EU kein reguläres Asylverfahren, weil sie vor einem Angriffskrieg fliehen, der vom derzeit ärgsten Feind europäischer Rechtssysteme angezettelt wurde: Wladimir Putin.

Natürlich kann man auch die Kritik verstehen, dass Schutzbedarfe nichts mit Freund-Feind-Schemata zu tun haben und dass andere Kriegsflüchtlinge, etwa aus Syrien oder Afghanistan, die gleiche Großzügigkeit erfahren sollten wie Ukrainer. In der Praxis aber ist die Politisierung der Flüchtlingsmigration besser als ihr Ruf. Feindbilder ebneten den Weg für die Etablierung des Flüchtlingsrechts in Europa. Ohne ein sowjetisches Feindbild wäre es wahrscheinlich nie gelungen, genügend gesellschaftlichen Rückhalt für die Einführung verbindlicher Bestimmungen für die Aufnahme von Flüchtlingen zu gewinnen.

Heute erlebt Europa eine neue Spaltung, die durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine offenkundig geworden ist: einen Gegensatz zwischen dem Primat des (internationalen) Rechts und der militärischen Macht, zwischen Demokratie und Autokratie und zwischen einem liberalen und einem illiberalen Staat. Diesem für Europa nahezu identitätsstiftenden Gegensatz ist es zu verdanken, dass die Aufnahme- und Integrationsbereitschaft gegenüber ukrainischen Flüchtlingen ungeachtet ihrer Kosten besonders groß war. Tatsächlich steckte hinter der erstaunlichen Aufnahmebereitschaft von Ländern wie Polen eine ebenso einfache wie bestechende Logik: Der Feind meines Feindes ist mein Freund.

Ein weit gefasstes Flüchtlingsverständnis vermag diese Motivationsressourcen nicht zu mobilisieren. Wer allen Schutzsuchenden unabhängig von ihrer Fluchtursache gleiche Rechte einräumt, kann nur auf die schwindende Ressource des humanitären Mitgefühls vertrauen und gefährdet damit die Akzeptanz der Flüchtlingspolitik im Allgemeinen. Mehr Offenheit verspricht derzeit allein die so oft gescholtene Politisierung des Flüchtlingssschutzes.

Zuletzt kam diese Politisierung vor allem ukrainischen Flüchtlingen zugute, in Zukunft könnten es auch afghanische Frauen oder iranische Regimekritiker sein. Denn Solidarität zu den Flüchtlingen muss nicht unbedingt aus dem Gefühl der Bedrohung durch einen geografisch nahen Feind ausgehen. Sie kann auch in stark emotional aufgeladenen Formen des Widerstands gegen politische Feindbilder verwurzelt sein.

In diesem Sinne ist es durchaus möglich, ein stärkeres Gefühl der Solidarität mit Menschen zu fördern, die vor antidemokratischen und illiberalen Regimen fliehen.

Oliviero Angeli ist Migrationsforscher an der TU Dresden und Projektkoordinator des Mercator Forums für Migration und Demokratie (MIDEM).

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 18, 2023

Migrationsromantik und die Abkehr vom Scholz-Kurs; Die SPD verweigert dem Kanzler die Gefolgschaft für seine härtere Gangart. Doch beim Parteitag kommen auch Hilferufe aus Kommunen

Die Welt

Montag 11. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 240

Length: 894 words

Byline: Hannah Bethke

Body

Mehr als zehn Stunden des SPD-Parteitags waren am Samstag schon vergangen, und die Beratungen über den Initiativantrag zur **Migrationspolitik** hatten immer noch nicht begonnen. Der Zeitplan war durch etliche Redebeiträge aus den Fugen geraten, aber dass das umstrittenste Thema immer weiter nach hinten geschoben wurde, war wohl kaum Zufall.

Zumindest konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass ein gewisses Kalkül dahintersteckt: Ausgezehrt nach zwei intensiven Parteitag, würde wohl keiner mehr große Lust verspüren, sich über das richtige oder falsche Maß an Einwanderung die Köpfe heiß zu reden. Schließlich sollte auch noch der Parteiabend stattfinden. Die Strategie, sich des heiklen Themas auf diese Weise zu entledigen und bloß nicht den Eindruck zu erwecken, in zentralen Fragen uneins zu sein, könnte sich indes als kurzsichtig erweisen. Die **Migrationspolitik** ist kein Nebenaspekt, es ist das entscheidende Thema, an dem sich teils heftige gesellschaftliche Konflikte entzünden - und das der AfD so hohe Zustimmungswerte beschert.

Doch nun hat die SPD fast unter ferner liefen den Antrag "Deutschland ist ein Einwanderungsland - wir gestalten Einwanderung" beschlossen und ist damit deutlich von der restriktiven Einwanderungspolitik, die mit dem Asyl-Kompromiss der Europäischen Union in Aussicht stand, wieder abgerückt. In dem Beschluss, der rund 60 Anträge zur Migration zusammenführt, fordert die SPD, "die Familienzusammenführung auch für subsidiär Schutzbedürftige" wieder zu ermöglichen. Die Seenotrettung müsse unterstützt und dürfe nicht kriminalisiert werden. "Geschlossene Lager und haftähnliche Bedingungen" während des Grenzverfahrens lehnen die Sozialdemokraten ab. Auch vom härteren Kurs bei Abschiebungen, den Bundeskanzler Olaf Scholz zuletzt eingefordert hatte, rückt die Partei ab. Programme für eine freiwillige Ausreise dürften nicht gekürzt werden. Dann heißt es deutlich modifizierter als in der Formulierung des Kanzlers, der gesagt hatte, man müsse "in großem Stil" abschieben: "Wird die freiwillige Ausreise allerdings abgelehnt, so ist eine Abschiebung erforderlich. Wir werden

Migrationsromantik und die Abkehr vom Scholz-Kurs Die SPD verweigert dem Kanzler die Gefolgschaft für seine härtere Gangart. Doch beim Parteitag kommen auch Hil....

deutlich mehr Tempo machen bei Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber, die straffällig geworden sind. Hier sind unsere Verfahren zu langwierig." Unbillige Härten seien aber zu vermeiden.

All das bietet reichlich Konfliktstoff, an dem sich eine ausführliche Debatte hätte entzünden müssen. Die SPD versucht mit diesem Antrag, vor allem dem linken Flügel entgegenzukommen, in dem sich Unmut über die von Scholz angekündigte härtere Gangart in der Migrationspolitik breit gemacht hatte. Während der Antragsberatungen am späten Samstagabend wurde aber deutlich, dass das eigentliche Problem ungelöst bleibt. Einige Redebeiträge waren geprägt von einer geradezu überschäumenden Migrationsromantik, die denselben Fehler fortführt, an dem die deutsche Debatte in weiten Teilen leidet: Themen zu tabuisieren, die von der AfD besetzt werden. Für eine sachorientierte Debatte wäre es wichtig, Probleme der Integration und Einwanderung beim Namen zu nennen. Doch wer das tut, läuft auch in der SPD Gefahr, sich den Vorwurf einer "Diskursverschiebung nach rechts" einzuhandeln.

Nur wenige sprachen in der Antragsberatung diesen Trend zur Einseitigkeit an, darunter Stephan Weil, Ministerpräsident von Niedersachsen. Er stellte klar, wie schwierig die Lage in den Ländern gerade sei. Überall, wo es Pläne für Aufnahmeeinrichtungen gebe, schlage der Politik großer Protest entgegen. Die Aufnahmebereitschaft sei gesellschaftlich heute eine andere als noch vor acht Jahren. Weil bemängelte, dieser Aspekt sei auf dem Parteitag zu wenig diskutiert worden. Es gebe einen Zusammenhang zwischen dem Aufstieg der AfD und dieser Ausrichtung der Migrationspolitik. "Wer nach unseren Regeln kein Aufenthaltsrecht hat, wird hier auch nicht bleiben", stellte Weil klar. Die Aufnahmekapazitäten von Kommunen und Gemeinden seien erschöpft, man suche händeringend nach Unterkünften und könne einfach nicht mehr - auch solche Wortbeiträge waren auf dem Parteitag von Verantwortlichen aus den Gemeinden zu hören, aber sie blieben punktuell und fanden kaum Widerhall.

An diesen wichtigen Fragen hätte sich ein offener Streit mit Olaf Scholz entzünden können. Es war nicht zu übersehen, dass die SPD genau das vermeiden und Stärke durch Geschlossenheit demonstrieren wollte. Doch es ist davon auszugehen, dass die Sozialdemokraten und auch die gesamte Ampel-Koalition dieses Thema wieder einholen wird. Darauf deutet auch die Prioritätensetzung des SPD-Antrags, wo es etwa heißt, man wolle "das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ausweiten und die Stelle der Antirassismusbeauftragten verstetigen. Wir brauchen einen flächendeckenden Ausbau der Antidiskriminierungsberatung, die durch die Community-basierte Beratung unterstützt wird."

Wie man mit einer solchen Aufweichung der Migrationspolitik den Zulauf zur AfD stoppen will, bleibt dabei offen. Denn der Sonntag, der letzte Tag des Parteitags, ist anderen Themen vorbehalten, vor allem der Bildung und sozialer Ungleichheit. Auch das ein weites Feld, auf dem allerdings wenig Neues zu hören ist. Das innerparteiliche Ziel der SPD wird auf diese Weise allerdings erreicht: Die Sozialdemokraten halten zusammen und setzen auf Konsens. Dieses Bild soll zum Abschluss des Parteitags hängen bleiben.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 10, 2023

Ampel-Regierung zwischen Asylwende und "Weiter so"; Die Koalition ist sich über ihren Anteil am Ausgang der Wahlen im Klaren. Nun streitet sie über Konsequenzen

Die Welt

Dienstag 10. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 196

Length: 1083 words

Byline: Thorsten Jungholt

Claus Christian Malzahn

Body

Oberflächlich betrachtet waren sich die führenden Vertreter der Ampel-Koalition in der Analyse der Landtagswahlen in Bayern und Hessen einig. Das Votum der Wähler in den beiden Bundesländern sei auch als Misstrauensvotum gegen die Bundesregierung zu verstehen, hieß es unisono.

Man sei ja nicht "taub und blind", sagte SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert. "In diesem Wahlergebnis liegt auch eine Botschaft für uns." Der Wahlsonntag sei "für die Koalition in Berlin insgesamt jetzt ein Arbeitsauftrag. Alle drei Koalitionspartner haben verloren", stellte der FDP-Vorsitzende Christian Lindner fest. "Und deshalb ist unser Auftrag nun, unsere Regierungsarbeit kritisch zu prüfen." Grünen-Chefin Ricarda Lang schließlich appellierte in der ARD, in der Koalition weniger zu schauen, wer gewinne oder verliere, sondern gemeinsam Vertrauen zu gewinnen: "Das schaffen wir nicht gegeneinander, das schaffen wir nur zusammen."

Doch mit dieser Einigkeit ist es schon wieder vorbei, wenn es in den einzelnen Handlungsfeldern konkret wird. Zum Beispiel in der Migrationspolitik. So verband Lang ihren Aufruf zu weniger Streit mit den Forderungen, den Kommunen mehr Geld aus Berlin zu überweisen, ankommenden Migranten ab dem ersten Tag eine Arbeitserlaubnis zu erteilen und auf europäischer Ebene die Verteilung der Flüchtlinge voranzutreiben. Das ist freilich eine Perpetuierung der grünen Überzeugungen, keine Kurskorrektur. Die hält auch der zweite Parteichef, Omid Nouripour, für nicht notwendig. Es reiche, wenn sich der Stil der Ampel ändere und die Regierung vermehrt ihre Erfolge ins Schaufenster stelle. "Es geht besser, muss auch wieder besser werden. Und daran wollen wir miteinander arbeiten", sagte Nouripour. Alle in der Ampel müssten nun schauen, wie der Ton ein bisschen "geglättet" werden könne.

Ampel-Regierung zwischen Asylwende und "Weiter so" Die Koalition ist sich über ihren Anteil am Ausgang der Wahlen im Klaren. Nun streitet sie über Konsequenzen

Der FDP genügt das nicht, sie verlangt eine "Asylwende". Lindner legte dar, dass die mittlerweile in der Europäischen Union geschaffenen Voraussetzungen aus seiner Sicht nun national mit konkreten Maßnahmen umgesetzt werden müssten: "Jetzt brauchen wir in Deutschland schnellere Abschiebungen", forderte der Bundesfinanzminister. Zudem müssten sogenannte Pull-Faktoren, die zu illegaler Einwanderung führten, konsequent abgestellt werden. Dazu gehöre etwa der Wechsel von Geld- hin zu Sachleistungen sowie "das Financial Blocking von Überweisungen aus Deutschland in das Ausland".

Die unterschiedlich ausgeprägte Handlungsbereitschaft mag darin begründet liegen, dass die Grünen in Hessen und Bayern zwar stark, aber auf hohem Niveau verloren haben. Die geringeren Verluste der FDP in den beiden Ländern dagegen fügen sich in einen mittlerweile die Existenz der Partei bedrohenden Erosionsprozess. Seit Eintritt in die Ampel verpassten die Liberalen den Einzug in die Landesparlamente im Saarland, Niedersachsen, Berlin und nun in Bayern. In Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen gingen die Regierungsbeteiligungen verloren, in Bremen und Hessen reichte es nur knapp fürs Überleben im Parlament.

Und auch die bundesweiten Umfragen geben zur Halbzeit der Bundesregierung wenig Anlass zur Hoffnung. Die Strategie der Parteiführung, das eigene Profil in der Ampel durch inhaltliche Konfrontationen mit SPD und Grünen zu schärfen, greift nicht. Man habe in Bayern und Hessen gesehen, dass Themen wie die Eindämmung der Migration, die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands sowie eine "Klima- und Energiepolitik mit Augenmaß" die Bürger "elektrisiert und mobilisiert hat", sagte Lindner. Das seien eigentlich "Themen der FDP, die aber nicht zur Wahl der FDP geführt haben". Lindners Fazit: Die Parteien der Bundesregierung würden "nicht individuell bewertet, sondern die Ampel als Ganzes wird von den Menschen beurteilt".

Die logische Schlussfolgerung nach liberaler Lesart ist deshalb, dass sich die Koalition den Erwartungen der Bürger stärker annähern, ein "vertieftes Gespräch" über die Ausrichtung ihrer Politik führen muss. Gelegenheit dazu besteht erstmals am 20. Oktober, wenn sich der Koalitionsausschuss turnusgemäß trifft. Dort kann sich die Ampel beispielsweise Gedanken machen, mit welchen Vorschlägen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) den Migrationsgipfel mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer am 6. November in Berlin bestreiten will. .

Während Lindner betonte, die FDP sei eine staatstragende Partei, gibt es in den Reihen der Liberalen mittlerweile auch Stimmen, die die Fortführung der Ampel grundsätzlich infrage stellen. Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sagte am Sonntagabend in der ARD: "Wir müssen in der Koalition zu Wirtschaft und zum Mega-Thema Migration Lösungen finden." Dazu werde man sich zusammensetzen und analysieren, "welches gemeinsame Verständnis oder ob wir überhaupt ein gemeinsames Verständnis entwickeln können". Das ist ein kaum verbrämter Hinweis auf die Zweifel, dass dies tatsächlich gelingen kann. Auch Parteivize Wolfgang Kubicki warnte in der "Bild", so könne es nicht weitergehen: "In der AKW-Frage, beim Heizungsgesetz oder in der Migrationspolitik lagen oder liegen wir konsequent im Gegensatz zur Mehrheitsmeinung. Wenn wir keine Lösungen präsentieren, werden sich am Ende die Themen die Koalitionen suchen."

Noch sind das Einzelstimmen, die allerdings die Emotionen in der Partei treffend abbilden. Im Griff behalten kann Lindner diese Stimmung nur, wenn ihm in den Gesprächen mit SPD und Grünen tragfähige Kompromisse gelingen. Immerhin kann er darauf verweisen, dass die Notwendigkeit eines Kurswechsels keine exklusive Erkenntnis seiner FDP ist. Die Landtagswahlen hätten den Charakter von bundesdeutschen Zwischenwahlen, "die über den weiteren Weg der Ampel entscheiden", glaubt auch Wolfgang Schröder, Chef des in Berlin ansässigen linksliberalen Thinktanks "Das Progressive Zentrum". Man habe eine Protestwahl gegen den inhaltlichen Kurs der Ampel auf den Feldern von Migration und ökologischer Transformation erlebt, sagte Schröder am Montag in Berlin. In der Bevölkerung sei der Eindruck gereift, dass die Regelungen der Migration in der EU nicht funktionieren, der Zuzug in Deutschland zu stark sei und andere Felder in Mitleidenschaft geraten.

Die Ampel müsse dringend "den Diskus anders führen" und eine "klarere Sprache für die Probleme finden", die mit der Masseneinwanderung verbunden sind. Schröder, der Mitglied der Grundwertekommission der Partei ist, sprach von einem "Weckruf für die SPD".

Ampel-Regierung zwischen Asylwende und "Weiter so" Die Koalition ist sich über ihren Anteil am Ausgang der Wahlen im Klaren. Nun streitet sie über Konsequenzen

Ein Arbeitsauftrag für die Koalition insgesamt FDP-Chef Christian Lindner zum Wahlausgang in Hessen und Bayern

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 10, 2023

End of Document

"Viele werden nach Deutschland weiterziehen"; Der Migrationsrechtsexperte Daniel Thym kritisiert, dass die geplante EU-Asylreform ein entscheidendes Problem ignoriere: die Weiterwanderung irregulärer Migranten innerhalb der EU

Die Welt

Freitag 16. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 115

Length: 1204 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Rechtsprofessor Daniel Thym ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Universität Konstanz.

WELT:

Herr Thym, Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat die EU-Migrationspläne gerade als "historischen Erfolg" gefeiert. Sie sagen nun, dass Sie etwas "Wasser in den Wein gießen" wollen. Was stört Sie?

Daniel Thym:

Die Debatte fokussiert sich aktuell ganz auf die Grenzverfahren, also der Asylprüfung direkt an der EU-Außengrenze. Das ist auch wichtig, weil diese Verfahren neu sind. Aber dabei wird übersehen, dass sich für den großen Teil der Menschen, die irregulär in die EU einreisen, kaum etwas ändern wird. Für die bleibt es beim Status quo.

Inwiefern?

Es sollen vor allem Menschen ins Grenzverfahren, bei denen die Anerkennungsquote niedriger als 20 Prozent ist. Das betrifft zum Beispiel Bangladeschi, von denen viele in Italien ankommen. Der Rest kann offiziell in die EU einreisen und genießt dort faktisch Reisefreiheit. Am Ende wird es so sein wie heute: Sehr viele Migranten werden nach Deutschland, Frankreich oder die Benelux-Staaten weiterziehen und dort erneut einen Asylantrag stellen. Diese sogenannte Sekundärmigration ist zwar verboten, allerdings hält sich kaum jemand daran. Und mehrfache Asylanträge sind explizit erlaubt.

"Viele werden nach Deutschland weiterziehen" Der Migrationsrechtsexperte Daniel Thym kritisiert, dass die geplante EU-Asylreform ein entscheidendes Problem igno....

Sollen nicht auch Menschen ins Grenzverfahren kommen können, die aus sicheren Drittstaaten einreisen, also perspektivisch etwa aus Tunesien?

Möglich ist das. In der gesamten EU müssen aber nur 30.000 Plätze für das Grenzverfahren vorgehalten werden. Allein in Italien gab es aber in den ersten Monaten dieses Jahres bereits mehr als 40.000 Ankünfte, darunter viele mit geringer Anerkennungschance. Sehr viele werden also weiterhin nicht im Grenzverfahren landen.

Die Regeln sehen jedoch vor, dass Migranten dann ihren Asylantrag im Ersteinreiseland stellen. Wenn sie dennoch weiterreisen, können sie in den zuständigen Staat überstellt werden.

Das stimmt und bleibt auch so. Allerdings klappt das schon bislang kaum. Deutschland hat im vergangenen Jahr knapp 220.000 Asylerstanträge bearbeitet, aber nur rund 360 Menschen nach Italien überstellen können. Im Moment nimmt das Land gar niemanden zurück. Ich sehe nicht, dass sich das künftig grundlegend ändert. Wenn die Überstellung sechs Monate lang scheitert, gibt es dann in Deutschland ganz offiziell ein zweites Asylverfahren. Daran wollen die Innenminister nichts ändern.

Die Innenminister behaupten nun aber genau das: Dass Sie Maßnahmen ergreifen wollen, um die Weiterwanderung zu verringern. Halten Sie das für Nebelkerzen?

Es sind zumindest keine Gamechanger unter den Vorschlägen. Künftig müssen die Ersteinreisländer alle Migranten zum Beispiel verpflichtend registrieren. Wenn das künftig besser klappt, wüsste Deutschland sehr viel häufiger, dass ein anderes Land für die Prüfung des Asylgesuchs zuständig ist. Das garantiert aber in keinsten Weise, dass dieses Land die Personen, für die es zuständig ist, tatsächlich auch zurücknimmt. Daneben gibt es ein paar weitere Verschärfungen auf dem Papier, deren Wirkung aber begrenzt bleiben dürfte.

Brechen die Ersteinreisländer EU-Recht, wenn sie die Menschen nicht registrieren oder dann nicht zurücknehmen?

Ja. Das ist ein Problem, das in der Debatte regelmäßig untergeht. Wir sprechen darüber, dass Griechenland an der Außengrenze Recht bricht, wenn es die Menschen nicht anständig unterbringt. Aber wir sprechen kaum darüber, dass auch die verweigte Rücknahme rechtswidrig ist. Dabei gibt es - zumindest in der Theorie - einen Hebel gegen Sekundärmigration. 2017 hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, Mehrfach-Asylanträge in der EU zu verbieten. In den aktuellen Vorschlägen taucht das nicht mehr auf. Hintergrund ist, dass die Ersteinreise-Länder solch einem Vorschlag nur zustimmen würden, wenn es einen verbindlichen Verteilmechanismus gegeben hätte. Den gibt es bekanntlich nicht.

Die Vorschläge sehen vor, dass zumindest 30.000 Menschen pro Jahr umverteilt werden sollen. Dadurch würden die Ersteinreisestaaten entlastet. Ist das kein Anreiz etwa für Italien und Spanien, bei den Rückübernahmen besser zu kooperieren?

Das kann ein kleiner Anreiz sein. Aber 30.000 umverteilte Migranten sind nicht sehr viel, wenn man bedenkt, dass wohl allein in Deutschland vermutlich mehr als 300.000 Personen in diesem Jahr einen Asylantrag stellen werden. Außerdem gibt es schon heute freiwillige Übernahmen von Migranten aus den Mittelmeerstaaten. Italien nimmt trotzdem niemanden zurück, der irregulär weitergewandert ist.

Dass so viele Menschen nach Deutschland weiterwandern, liege an den hohen Sozialleistungen, heißt es etwa aus der Union. Stimmen Sie zu?

Es gibt viele Push- und Pull-Faktoren, deren Gewicht man im Einzelnen nicht eindeutig bestimmen kann. Auf manche dieser Faktoren hat der Staat nur mittelbar Einfluss. Wir wissen zum Beispiel, dass Menschen vor allem in Länder weiterwandern, denen es wirtschaftlich gut geht oder wo schon Landsleute leben. Wenn es eine große afghanische Community in Deutschland gibt, kommen auch weiter viele Afghanen hierher. Daneben spielt die Versorgung eine Rolle, also etwa Sozialleistungen, Unterbringung und Integrationsangebote. Schließlich senden auch politische Maßnahmen ein Signal: Wenn bekannt ist, dass Asylbewerber in Deutschland schnell arbeiten

"Viele werden nach Deutschland weiterziehen" Der Migrationsrechtsexperte Daniel Thym kritisiert, dass die geplante EU-Asylreform ein entscheidendes Problem igno....

dürfen, kann das ein Anreiz sein. Das trifft auch auf Legalisierungsprogramme zu, wenn also Menschen in Deutschland bleiben können, obwohl sie eigentlich ausreisen müssten.

Sie haben neulich erklärt, dass es sehr schwer würde, Sozialleistungen für Asylbewerber in Deutschland zu senken, weil das Verfassungsgericht Mindeststandards festgelegt hat. Sehen Sie einen Ausweg?

Es gibt einen Aspekt, der künftig tatsächlich interessant werden könnte. Der Vorschlag der EU-Innenminister sieht vor, dass Migranten künftig grundsätzlich keine Sozialleistungen mehr erhalten dürfen, wenn sie zum zweiten Mal einen Antrag stellen und entschieden ist, dass sie in einen anderen Staat zurückkehren müssen. Konkret: Wenn das Bundesamt für Migration entschieden hat, dass Italien für einen Asylbewerber zuständig ist und Italien der Übernahme zugestimmt hat, bekommt der Asylbewerber in Deutschland keine Sozialleistungen mehr. Sondern nur noch in Italien. Ich denke, dass das verfassungskonform ist, weil Ähnliches auch für EU-Bürger gilt, die keine Arbeit haben. Man kann erwarten, dass jemand in den zuständigen EU-Mitgliedstaat geht, wenn dieser leicht erreicht werden kann und die Standards dort angemessen sind. Der Staat zahlt dann nur eine Reisebeihilfe. Eine solche Regelung für Asylbewerber könnte die Weiterwanderung etwas unattraktiver machen. Unterbinden wird sie sie aber nicht.

Was schlagen Sie stattdessen vor?

Perspektivisch müssen wir erreichen, dass die Menschen genau einen Asylantrag in der EU stellen dürfen und im zuständigen Land verbleiben, bis die Prüfung abgeschlossen ist. Wenn die Asylprüfung positiv ausgeht, kann man immer noch über eine Verteilung reden oder über eine freie Wahl des Wohnsitzes, wenn jemand woanders Arbeit findet und nicht von Sozialleistungen lebt. Es macht aber keinen Sinn, dass Migranten in der EU hin- und herwandern und mehrfach Schutzbedarf anmelden, wie es aktuell erlaubt ist.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Migranten in der kroatischen Stadt Beli Manastir

Load-Date: June 15, 2023

Lieber ein bisschen Grenzschutz als gar keinen

Die Welt

Mittwoch 18. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 202

Length: 347 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Es ist der schwierigen **Migrationslage** angemessen, dass die Bundesinnenministerin am Montag endlich stationäre Kontrollen bei der EU-Kommission für die Ostgrenze anmeldete und noch am selben Abend Bundespolizisten an einigen viel befahrenen Straßen postierte. Der innere Widerspruch, dass Nancy Faeser solche Kontrollen am Abschnitt zu Österreich bereits von der Vorgängerregierung übernommen hatte, sie aber lange auf dieselbe Maßnahme für die Ostgrenze verzichtete, war nicht mehr durchzuhalten. Nun dürften der Bundespolizei etwas mehr Zurückweisungen unerlaubt einreisender **Migranten** gelingen.

Allerdings ist der entscheidende Schritt hin zu einem besseren Grenzschutz damit noch nicht getan. Denn die Bundespolizisten erhalten von der Regierung weiterhin keine Anweisung, solche Migranten zurückzuweisen, die von sich selbst behaupten, Asyl zu suchen. Das machen logischerweise die meisten Ausländer, die unerlaubt nach Deutschland einwandern möchten.

Nach der Rechtsauffassung der aktuellen wie der letzten Bundesregierungen sowie der EU-Kommission ist Deutschland in einem paradoxen Zustand gefangen: Die Grenzpolizisten müssen, bis auf Ausnahmen, die bei der unerlaubten Einreise festgestellten Asylsuchenden ins Land lassen - also so behandeln, als seien sie tatsächlich noch auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung oder Krieg. Das ist objektiv bei keinem der an der bayerischen oder sächsischen Grenze ankommenden Asylsuchenden der Fall. Viele von ihnen flohen zwar aus Syrien in die Türkei oder aus Afghanistan nach Pakistan. Aber kein Syrer muss aus Polen nach Brandenburg fliehen und kein Afghane aus Frankreich ins Saarland. Deswegen darf er es laut deutschem sowie EU-Recht auch nicht. Laut anderen Paragraphen muss die unerlaubte Einreise aber dennoch zunächst hingenommen werden, was fast immer im Daueraufenthalt endet.

Diese im Wortsinne verrückte Asylrechtslage geradezurücken, wäre seit mindestens zehn Jahren die Aufgabe deutscher Regierungen. Doch der Wille fehlte und fehlt noch immer.

marcel.leubecher@welt.de (marcel.leubecher@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Lieber ein bisschen Grenzschutz als gar keinen

Load-Date: October 18, 2023

End of Document

Deutschlands Kurswechsel bei der Migration kommt Frankreich gerade recht; Unter dem Druck von Le Pen verfolgt Macron seit Jahren eine strenge Flüchtlingspolitik. Nun weiß er Berlin an seiner Seite und kann den Druck auf Rom erhöhen

Die Welt

Donnerstag 11. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 91

Length: 814 words

Byline: Martina Meister

Body

Paris

Als Jordan Bardella Anfang des Monats in die südfranzösische Stadt Menton fuhr, ging es nicht darum, die berühmten Zitronen zu bewundern, die in dort gedeihen. Die Reise des Parteichefs des Rassemblement National (RN) an die italienische Grenze sollte die Unfähigkeit der Pariser Regierung in Sachen Einwanderung demonstrieren.

Die Stadt an der Riviera ist seit Jahren das Nadelöhr für **Migranten**, die illegal über die Grenze von Italien nach Frankreich einreisen. "Diese Regierung will die Einwanderung gar nicht unter Kontrolle bekommen", sagte Bardella. Scharf griff er Innenminister Gérald Darmanin an, den er spöttisch als "Einwanderungsminister" bezeichnete. Der Ausflug Bardellas gibt ein Gefühl dafür, wie stark der Druck des rechtsidentitären RN auf Präsident Emmanuel Macron ist. Marine Le Pen verspricht eine Volksabstimmung zur **Migration**, sollte sie 2027 gewählt werden. Inzwischen hat sich auch der Parteichef der bürgerlich-konservativen Republikaner (LR), Eric Ciotti, dieser Forderung angeschlossen. Er will eine Verfassungsänderung per Referendum erwirken, um Familienzusammenführungen zu unterbinden. "Wir brauchen in Sachen **Migration** eine Revolution", so Ciotti, der in seinem Wahlkreis der Alpes-Maritimes seit Jahren mit den Problemen illegaler Einwanderung konfrontiert ist.

Darmanin hat auf die anwachsenden Ankünfte von Migranten in Italien reagiert und Anfang April die Polizei an der Grenze um 150 zusätzliche Polizisten verstärkt. Ungefähr die Hälfte der Menschen, die in Italien an Land gehen, kommen aus frankophonen Ländern und viele von ihnen steuern Frankreich an. "In den letzten Jahren wurden allein in der Region Ile-de-France so viele Asylanträge gestellt wie in ganz Italien", rechnet Didier Leschi vor, Präfekt und Chef der französischen Einwanderungsbehörde Ofii. Der Innenminister nutzte derweil die Lage an der französisch-italienischen Grenze, um Italiens Regierungschefin Georgia Meloni scharf zu kritisieren. Sie sei

Deutschlands Kurswechsel bei der Migration kommt Frankreich gerade recht Unter dem Druck von Le Pen verfolgt Macron seit Jahren eine strenge Flüchtlingspolitik.....

"unfähig, das Migrationsproblem zu lösen", behauptete Darmanin. Rechtspopulistinnen wie Meloni und Le Pen würden viel versprechen, aber nichts halten. Nach dieser Attacke sagte der italienische Außenminister Antonio Tajani einen Besuch bei seiner französischen Amtskollegin Catherine Colonna in Paris ab.

Stéphane Séjourné, Europaabgeordneter und Parteichef von Macrons Regierungspartei Renaissance, legte noch nach und bezichtigte Meloni der Demagogie. "Die französische Rechte nimmt sich die italienische Rechte zum Vorbild. Ihre Inkompetenz und Ohnmacht müssen denunziert werden", wird Séjourné in der Tageszeitung "Figaro" zitiert. Er nannte Melonis Politik "ungerecht, unmenschlich und ineffektiv". Ausgerechnet in Rom will der am 25. Mai ein Seminar für die Europa-Abgeordneten seiner Renew-Fraktion organisieren, was die Meloni ebenfalls als Provokation empfinden dürfte.

Die Eskalation des Streits zwischen Paris und Rom spielt vor dem Hintergrund, dass die Franzosen inzwischen Deutschland in der Migrationsfrage an ihrer Seite wissen. Noch vor dem Flüchtlingsgipfel am Mittwoch hatte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) eine Kehrtwende vollzogen und erstmals für Transitzentren an den Außengrenzen Europas plädiert. Zu Beginn der Ampel-Koalition wollte sich Faeser noch auf die Frage der Umverteilung konzentrieren. Ob unter Einfluss der sich verändernden Stimmung in Deutschland oder wegen ihrer Ambitionen auf das Ministerpräsidentenamt in Hessen, der Kurswechsel kommt den Franzosen mehr als gelegen. Gemeinsam können sie mehr Druck auf Rom ausüben. Meloni weigert sich bislang hartnäckig, Transitzentren in Italien einzurichten.

In Faesers Wende weg vom Lager der laxen Migrationspolitik hin zu einer strengeren Haltung wollen manche den Einfluss von Paris am Werk sehen. Doch anders als die Niederlande, Österreich, Ungarn, Bulgarien und Dänemark hat sich Frankreich in den vergangenen Monaten in Brüssel nicht für eine Verschärfung der Migrationspolitik starkgemacht, dafür aber während der EU-Ratspräsidentschaft pragmatische Fortschritte bei der Registrierung erwirkt. Angesichts der anstehenden Europawahlen nächstes Jahr, die in Frankreich wieder als Machtprobe zwischen Anti- und Pro-Europäern ausgetragen werden, wären für Paris vorzeigbare Ergebnisse in Sachen europäischer Zuwanderungspolitik wichtig.

Macron hatte bereits während seiner ersten Amtszeit eine Wende vollzogen. Den Zeitpunkt kann man klar festmachen. Er trat nach zwei aufeinanderfolgenden Terrorattacken ein, der Ermordung des Lehrers Samuel Paty im Oktober 2020 und dem Anschlag auf eine Kirche von Nizza, keine zwei Wochen später, der von einem Tunesier verübt worden war, der kurz zuvor illegal über Menton aus Italien gekommen war. Seither scheut sich Macron nicht, einen Zusammenhang zwischen Terrorismus und Einwanderung herzustellen, was bis dahin eine Argumentationslinie der Rechtspopulisten gewesen war.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 10, 2023

Dutzende Tote bei Brand in Mexiko; In einer Internierungsanstalt für Migranten sterben mindestens 39 Menschen

Die Welt

Mittwoch 29. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wissenschaft; S. 8; Ausg. 63

Length: 343 words

Byline: Afp

Dpa

Body

Bei einem Brand in einem Internierungszentrum für **Migranten** sind in der Nacht zum Dienstag nach Angaben der Regierung mindestens 39 Menschen getötet worden. Der Brand brach in einer Einrichtung in der Stadt Ciudad Juárez nahe der Grenze zu den USA aus, in der **Migranten** festgehalten werden. Einem Rettungshelfer zufolge sollen sich insgesamt rund 70 Menschen in dem Gebäude aufgehalten haben, die meisten von ihnen aus Venezuela.

Das Feuer brach kurz vor Mitternacht aus und löste einen Großeinsatz der Rettungskräfte aus. Die Behörden gingen davon aus, dass die Migranten kurz zuvor erfahren hatten, dass ihre Abschiebung oder Verlegung an einem anderen Ort bevorstand. "Aus Protest legten sie Matratzen vor die Tür der Unterkunft und zündeten sie an", sagte Präsident Andrés Manuel López Obrador in seiner täglichen Pressekonferenz. Das Feuer sei außer Kontrolle geraten.

Ciudad Juárez ist eine mexikanische Grenzstadt, die dem texanischen El Paso direkt gegenüberliegt. Zahlreiche Migranten, die in den USA Zuflucht suchen, stranden in Ciudad Juárez, oftmals weil ihnen die nötigen Dokumente fehlen.

Jedes Jahr versuchen zehntausende Menschen aus Mittelamerika, vor Gewalt und Armut in ihren Heimatländern in die USA zu fliehen. Allein im Januar nahmen US-Behörden mehr als 128.000 Menschen beim Versuch, von Mexiko aus illegal in die USA einzureisen, fest. Die Migranten sind immer wieder enormen Risiken und Gefahren ausgesetzt.

US-Präsident Joe Biden hatte im Februar neue Einreisebeschränkungen für Migranten an der Grenze zu Mexiko veranlasst, um die Migrationsströme Richtung US-Grenze einzudämmen. Zuvor hatten ihm die Republikaner einen Kontrollverlust an der südlichen US-Grenze vorgeworfen.

Dutzende Tote bei Brand in Mexiko In einer Internierungsanstalt für Migranten sterben mindestens 39 Menschen

Das Asylrecht sieht inzwischen vor, dass Asylsuchende ihren Antrag auf Asyl nicht mehr in den USA, sondern in Transitländern auf dem Weg dorthin oder im Internet stellen. Zudem greifen die USA mit den veranlassten Maßnahmen häufiger auf direkte Abschiebungen zurück und belegen abgewiesene Menschen mit einem fünfjährigen Einreiseverbot.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 28, 2023

End of Document

"Die Reform wird die gesetzten Ziele verfehlen"; Die Bundesregierung möchte das EU-Asylpaket noch in diesem Jahr abschließen. Grüne Europa-Abgeordnete lehnen die Reform weiter ab. Migrationspolitiker Erik Marquardt erklärt warum

Die Welt

Freitag 15. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 244

Length: 1240 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Ende Dezember könnten es eine Einigung zur EU-Asylreform geben - nach jahrelangen Verhandlungen. Der grüne Migrationspolitiker und EU-Abgeordnete Erik Marquardt, 36, kritisiert, dass dadurch nichts verbessert würde.

WELT:

Warum sind Sie gegen die geplante EU-Asylreform, Herr Marquardt?

Erik Marquardt:

Man schaut sich auf europäischer Ebene leider gar nicht mehr richtig an, welche Reform man eigentlich vorantreibt. Das wird ein Wunsch-dir-was der Mitgliedstaaten, das leider nicht dazu führen wird, dass Asylpolitik in irgendeiner Weise gut gesteuert wird oder Geflüchtete besser behandelt werden. Auch mit dem neuen Asylrecht werden viele Menschen auf unwürdigen Wegen nach Europa, nach Deutschland kommen. Die Reform wird die gesetzten Ziele verfehlen. Das sage nicht nur ich, sondern eigentlich alle namhaften Migrationsexperten. Wir bräuchten stattdessen eine Politik, die humanitäre Standards in ganz Europa verbessert, damit eine bessere Verteilung gelingt. Man sollte Menschen schon in Krisenregionen besser unterstützen, sodass sie erst gar nicht nach Europa fliehen müssen. Das ganze Asylsystem ist viel zu bürokratisch, das wird mit der EU-Reform noch schlimmer, statt besser.

Die Bundesregierung sagt, dass die geplante Reform humanitären Standards genüge. Warum sehen Sie das anders?

Nehmen Sie die geplanten Lager an den Außengrenzen, aus denen Menschen in sehr schnellen Asylverfahren entweder anerkannt oder zurückgeschickt werden sollen. Wir wissen aus inzwischen jahrelangen Erfahrungen,

"Die Reform wird die gesetzten Ziele verfehlen" Die Bundesregierung möchte das EU-Asylpaket noch in diesem Jahr abschließen. Grüne Europa-Abgeordnete lehnen die....

dass das nicht funktioniert. Diese Idee lag schon dem EU-Türkei-Deal zugrunde, der bekanntlich gescheitert ist. Die Folge war, dass Menschen über Jahre in Massenlager wie Moria landeten.

Die Grenzverfahren sollen auf zwölf Wochen begrenzt werden.

Das wird behauptet! In der Praxis wird es aber nicht so laufen. Die Grenzverfahren, die es ja schon gibt, dürfen momentan vier Wochen nicht überschreiten. In Griechenland dauert es aber oft über ein Jahr, bis die Leute Zugang zu Asylverfahren haben. In den Verfahren stellen die Behörden fest, dass die Menschen eigentlich schon in der Türkei sicher waren. Man kann sie aber nicht zurückschicken - seit drei Jahren gibt es keinerlei Rückführungen in die Türkei. Nach einem Jahr Wartezeit wird dann erst geprüft, ob die Menschen im Heimatland verfolgt waren. In Griechenland wird durch die Grenzverfahren nichts beschleunigt, es kommen auch nicht weniger Menschen nach Europa.

Laut Innenministerin Nancy Faeser (SPD) soll sich vor allem eine Sache für Deutschland verbessern: Künftig sollen alle Migranten verpflichtend an der Außengrenze registriert werden. Die unregistrierte Weiterwanderung soll es in Europa nicht mehr geben, was vor allem Deutschland benachteiligt hat.

Außengrenzstaaten wie Polen haben kein Interesse daran, die Menschen zu registrieren und ihre Anträge zu bearbeiten. Verpflichtet wäre Polen schon jetzt dazu. Es gehört aber zur Politik der Abschreckung, sie nicht nach ihrem Ausweis zu fragen, sondern zurück über die Grenze zu prügeln. Es mag eine traurige Realität sein. Aber wir können uns doch nicht herbeireden, dass es künftig besser läuft, bloß weil wir uns einreden, dass sich ab morgen alle an die Regeln halten, die sie seit Jahren ohne Konsequenzen brechen.

Warum wollen die EU-Außenstaaten der Reform trotzdem zustimmen, wenn sie sich nicht daran halten wollen?

Polen hat der Einigung der EU-Innenminister nicht zugestimmt.

Aber die Mittelmeer-Anrainerstaaten.

Natürlich hat die Reform Elemente, die den Außengrenzstaaten nützen. Das zeigen die Verhandlungsdokumente. Griechenland hat sich bisher schon gut darin eingerichtet, die Menschen so unwürdig zu behandeln, dass sie von sich aus weiter nach Zentraleuropa ziehen. Das wird künftig noch einfacher. Die verpflichtenden Grenzverfahren sind so abschreckend, dass Flüchtende versuchen werden, sich dem zu entziehen - und andere Routen und Lücken im Grenzregime suchen werden. Ich verstehe, warum die Außengrenzstaaten der Reform zustimmen. Aus deutscher Sicht verstehe ich es nicht, denn es ist mit mehr Sekundärmigration nach Deutschland zu rechnen.

Sie haben an anderer Stelle gesagt, dass die Reform auch für das deutsche Asylsystem "erhebliche Konsequenzen" haben könnte. Was meinen Sie?

Die Verhandlungen sind noch nicht beendet. Aber: Die Reform hätte die Macht, das gesamte deutsche Asylsystem stark zu ändern. Sie könnte Deutschland vorschreiben, welche Fristen in Asylverfahren gelten, wann sich Asylbewerber an einen Anwalt wenden dürfen, welche Qualifikationen die Dolmetscher haben müssen. Es geht ja nicht nur um Lager an den Außengrenzen, das gesamte hochkomplexe System wird geändert, und die Regeln gelten dann auch in Deutschland. Das wird bislang nicht im Ansatz diskutiert.

Das klingt nach Änderungen, die vielleicht bürokratisch aufwendig sind. Inwieweit würden sie das Asylsystem in Deutschland "stark" ändern?

Um ein Beispiel zu nennen: Die Ampel will derzeit die Integration von Geflüchteten vorantreiben. Durch die Reform würde diese Integration aber gehemmt. Die Staaten haben bislang sechs Monate Zeit, um Menschen in andere EU-Staaten zu bringen, die eigentlich für das Verfahren zuständig sind. Künftig wird die Frist verlängert, auf zwölf, vielleicht 18 Monate. Das heißt, Geflüchtete bleiben künftig ein Jahr in Unsicherheit darüber, welcher Staat für sie zuständig ist. Das wird nicht dazu führen, dass es weniger Grasverkäufer am Görli gibt. Die Reform ist ein Desintegrationsprogramm, das gesellschaftliche Konflikte in Deutschland verschärft.

"Die Reform wird die gesetzten Ziele verfehlen" Die Bundesregierung möchte das EU-Asylpaket noch in diesem Jahr abschließen. Grüne Europa-Abgeordnete lehnen die....

Erwarten Sie, dass das Paket oder Teile davon durch Gerichte gekippt wird?

Die wissenschaftliche Folgeabschätzung des Europaparlaments sieht einige Punkte, an denen die Pläne gegen Grund- und Menschenrechte verstoßen. Ein problematischer Punkt ist zum Beispiel, dass Leute im Grenzverfahren zwar gegen eine Abschiebung klagen können. Diese Klage hat aber nicht automatisch eine aufschiebende Wirkung. Es können also Schutzsuchende zurückgeführt werden, bevor ein Gericht entschieden hat, ob der Sachbearbeiter mit seiner Entscheidung nun recht hatte oder nicht. Dieser fehlende Rechtsschutz könnte mit EU-Recht oder dem Grundgesetz kollidieren.

Werden Sie noch auf Änderungen in den letzten Verhandlungsrunden dringen?

Ja, wir werden natürlich weiter versuchen, die Details zu verbessern. Dazu zählt ein besserer Rechtsschutz für Geflüchtete. Sie brauchen das Recht nicht nur auf Papier, sondern müssen es praktisch einklagen können. Dazu müssen sie zum Beispiel Zugang zu Anwälten haben.

Selbst wenn Sie diese Änderungen durchsetzen: Das Gesamtpaket widerspricht ja Ihren Vorstellungen. Werden die deutschen Grünen im Parlament Teilen der Reform nicht zustimmen, die die deutsche Bundesregierung unbedingt zum Abschluss bringen will?

Ich weiß nicht, wie sich die Bundesregierung verhält. Ich kann nur für mich sprechen: Ich kann keiner Reform zustimmen, von der ich nicht überzeugt bin, dass sie die Lage für die Menschen verbessert und dieses ganze Chaos beendet. Die Menschen erwarten von der Politik ja zu Recht, dass es eine gerechte Verteilung gibt, dass Verfahren beschleunigt werden und die Integration besser und einfacher funktioniert. Wenn die Reform zum Gegenteil beiträgt, kann ich dafür nicht meine Hand heben und das Ergebnis schönreden. Irgendwann würde die Bevölkerung merken, dass die Ziele gar nicht erreicht werden, die die Reform vorgibt. Das müssen wir unbedingt vermeiden.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Polnische Soldaten errichten einen Zaun an der Grenze zur russischen Exklave Kaliningrad gegen illegale Migration. Unten: Erik Marquardt

Load-Date: December 14, 2023

Union rügt Nancy Faesers neuen Asyl-Vorstoß; Innenministerin will Familien mit Kindern direkt in die EU einreisen lassen - ohne dass sie ein Asylverfahren an der Außengrenze durchlaufen. SPD und Grüne unterstützen das

Die Welt

Montag 12. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 111

Length: 977 words

Byline: Hannah Bethke

Body

Die Ankündigung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), Nachbesserungen am Asylkompromiss der Europäischen Union vorzunehmen, ist in den Bundestagsfraktionen auf ein geteiltes Echo gestoßen.

Im Interview mit der "Bild am Sonntag" hatte Faeser gesagt: "Wir wollen jetzt zusammen mit dem Europäischen Parlament in den weiteren Verhandlungen dafür sorgen, dass Familien mit Kindern nicht ihr Asylverfahren an den Außengrenzen durchlaufen müssen, sondern gleich in die EU einreisen müssen." Mit dieser Forderung der Bundesregierung hatte sich Faeser beim Treffen mit den EU-Innenministern nicht durchsetzen können.

Dirk Wiese, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag, begrüßte den Vorstoß von Faeser. "Es ist richtig, dass wir in den folgenden Verhandlungen mit dem EU-Parlament versuchen werden, die direkte Einreise auf alle Kinder und Jugendlichen auszudehnen", teilte er WELT mit. Dennoch sei die Einigung der EU in Asylfragen "ein wichtiger Erfolg": "Denn so wie das Gemeinsame Europäische Asylsystem derzeit läuft, funktioniert es nicht gut."

Die geplante Asylreform der EU sieht eine deutliche Verschärfung des Asylrechts vor. So soll es möglich sein, Asylverfahren an Europas Außengrenzen durchzuführen, um Migranten mit geringen Aufnahmechancen gar nicht erst in die EU zu lassen. Dafür sollen sie in Zentren in Grenznähe untergebracht und ihr Verfahren innerhalb von zwölf Wochen durchgeführt werden. An haftähnlichen Bedingungen in den Aufnahmelagern, die "menschenunwürdig" seien, wurde seitens der Parteibasis der Grünen und der Jusos in der SPD in den vergangenen Tagen scharfe Kritik geübt. Wiese hob hervor, es müssten sich nun alle Seiten bewegen: "Dass es zum Kompromiss differenzierte Positionen gibt, ist völlig nachvollziehbar. Wichtig ist, zu betonen, dass die Ampel mit einer gemeinsamen Position in die Gespräche gegangen ist, die Vorgespräche dazu liefen seit Monaten."

Union rügt Nancy Faesers neuen Asyl-Vorstoß Innenministerin will Familien mit Kindern direkt in die EU einreisen lassen - ohne dass sie ein Asylverfahren an der....

Auch die FDP-Fraktion zeigte sich zufrieden. Johannes Vogel, parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, sprach von einem "historischen Durchbruch" in der Asylpolitik. Dass es noch "kleinere Änderungen" geben könne, sei Teil der Demokratie. Entscheidend sei für die Verhandlungen im EU-Parlament, zu einer Lösung zu kommen. Vogel zeigte sich zuversichtlich, dass dies auch gelingen wird. Es brauche "mehr Ordnung in der Migrationspolitik", und hier gehe es nun endlich voran. Das Ziel sei "mehr reguläre und weniger irreguläre Migration". Der FDP-Politiker verwies zudem darauf, dass Humanität und Ordnung zusammengehörten: "Denn wenn etwa unsere Kommunen überfordert sind, überdehnt das auch die Bereitschaft zur Solidarität mit denen, die sie brauchen."

Die Grünen zeigen sich demgegenüber tief zerstritten in der Asylfrage. Die Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann sagte WELT: "In der Gesamtabwägung gehen die Meinungen in Partei und Fraktion auseinander." Einig sei man sich aber darin, die Situation der Flüchtlinge verbessern zu wollen. "Und uns eint der Respekt, dass andere in der Abwägung zu einer anderen Einschätzung kommen." Haßelmann selbst hält die Entscheidung der EU-Innenminister für "äußerst schwierig", aber es sei "in der schweren Abwägung ein notwendiger Schritt" gewesen. Es gebe "Fortschritte beim Schutz von unbegleiteten Minderjährigen, dem Zugang zu Rechtsberatung und einer solidarischeren Verteilung der Geflüchteten". Haßelmann begrüßte ausdrücklich das Bemühen Faesers, Änderungen an der Asylreform vorzunehmen. "Deutschland darf jetzt im weiteren Prozess nichts unversucht lassen, weiter darauf hinzuwirken, dass es Verbesserungen beim Schutz der Kinder gibt." Viele Mitgliedstaaten hätten "eine sehr restriktive Haltung gegenüber geflüchteten Menschen". Das sei "schwer zu ertragen". Zuvor hatten Bundesaußenministerin Annalena Baerbock und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (beide Grüne) die Asylreform der EU gegenüber Kritik aus den eigenen Reihen verteidigt.

Zum Dissens bei den Grünen sagte Alexander Throm (CDU), innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, WELT: "Die Grünen sind in ihrer Zerstrittenheit geradezu paralysiert, was erhebliche Zweifel an ihrer Regierungsfähigkeit nährt." Man könne Europa zutrauen, die Aufnahmезentren "rechtsstaatlich ordentlich zu betreiben". Scharfe Kritik übt Throm auch an der Bundesinnenministerin: In der EU sei Faeser "mit einer Aufweichung des Asylverfahrens" gescheitert. Nun wolle sie den Kompromiss, dem sie selbst zugestimmt habe, aushöhlen: "Das ist keine verantwortungsvolle Politik, sondern zeigt erneut, wie isoliert die Asylpolitik der deutschen Ampel-Koalition in Europa ist."

Aus Sicht der AfD arbeiten Faeser und die Ampel-Koalition "aktiv gegen deutsches Interesse". Die Asylreform der EU sei "durch den unseligen Einfluss der deutschen Regierung an entscheidenden Stellen bis zur völligen Ineffektivität verwässert worden", sagte die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel WELT. "Dass Frau Faeser nun auch die letzten sinnvollen Punkte der Vereinbarung zum Schaden Deutschlands abräumen will, macht fassungslos."

Der Linkspartei geht die Asylreform hingegen viel zu weit. Der Parteivorsitzende Martin Schirdewan bezweifelt, "dass es ein ernsthaftes Interesse der Ampel gibt, wirklich Erleichterungen für Familien und Kinder in den faulen Asylkompromiss zu verhandeln". Die Bundesregierung halte "weiter an den knastähnlichen Aufenthaltslagern fest" und damit "an ihrer Politik des Stacheldrahts statt der einst versprochenen Willkommenskultur", sagte Schirdewan WELT. Dieser "dreckige Deal in der EU" sei "ein Kotau vor den Rechten Europas". Es sei "ein Trauerspiel, dass die Linke die einzige Kraft im Bundestag ist, die vereint gegen den Anschlag auf die universellen Menschenrechte Position bezieht".

Seite 4

Die Grünen sind in ihrer Zerstrittenheit geradezu paralysiert Alexander Throm (CDU), innenpolitischer Sprecher

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 11, 2023

Union rügt Nancy Faesers neuen Asyl-Vorstoß Innenministerin will Familien mit Kindern direkt in die EU einreisen lassen - ohne dass sie ein Asylverfahren an der....

End of Document

Parteichef Merz sorgt für neue Unruhe in der CDU; Äußerung im WELT Fernsehen über Kassenleistungen für abgelehnte Asylbewerber löst Kontroverse aus

Die Welt

Freitag 29. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 190

Length: 762 words

Byline: Nikolaus Doll

Kristian Frigelj

Body

Wer sich öffentlich zu Wort meldet in der Union, der verteidigt Friedrich Merz. Meist aber herrscht auffälliges Schweigen nach seiner neuen Äußerung über **Migranten**. Der CDU-Chef hatte am Mittwoch in der Sendung WELT TALK gesagt: "Die werden doch wahnsinnig, die Leute, wenn die sehen, dass 300.000 **Asylbewerber** abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen. Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebendran kriegen keine Termine."

Dass die allermeisten führenden Köpfe in Bund und Ländern sich am Tag danach zurückhielten, liegt nur zum Teil an CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann. Der neue Mitstreiter von Merz gab dem Vernehmen nach in einer Nachricht an die Mitglieder des Präsidiums am Donnerstagmorgen die Parole aus: "Bitte nicht weiter kommentieren", alle sollten "den Ball flachhalten". Zwei andere, wesentliche Gründe werden hinter vorgehaltener Hand genannt: Es ist die Sorge, dass eine neuerliche innerparteiliche Kontroverse den eigenen Parteileuten bei der Landtagswahl am 8. Oktober in Hessen schaden könnte. Außerdem will momentan niemand den eigenen Partei- und Fraktionschef weiter destabilisieren. Die Zweifel an seiner Führungs- und Kommunikationskraft sind in den vergangenen Monaten ohnehin eklatant gewachsen.

Es gibt einige, die sich demonstrativ hinter Merz stellen. Da ist etwa Alexander Throm, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der gegenüber WELT erklärte: "Herr Merz gibt wieder, was viele in der Bevölkerung wahrnehmen. Das Beispiel vom Zahnarzt steht dabei für knappe und überlastete Ressourcen durch zu hohe Migration, wie etwa bei Wohnungen, Kitas und Schulen. Empörungsrituale dürfen uns doch nicht davon abhalten, Probleme beim Namen zu nennen." Auch der Historiker Andreas Rödder, der kurz zuvor vom Vorsitz der CDU-Grundwertekommission zurückgetreten war, pflichtete Merz bei. Was der Parteichef anspreche, sei "die toxische Kombination, unter der unser Land leidet: die Überforderung durch ungesteuerte Migration plus die

Parteichef Merz sorgt für neue Unruhe in der CDU Äußerung im WELT Fernsehen über Kassenleistungen für abgelehnte Asylbewerber löst Kontroverse aus

wachsenden Defizite unserer Infrastruktur. Insofern hat er völlig recht", sagte Rödder WELT. Das Problem von Merz sei "nicht die Aufregung der Linken, sondern die Heckenschützen in der eigenen Partei."

Tino Sorge, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, verteidigte Merz ebenfalls und wies darauf hin, dass schon ab dem ersten Tag Migranten in Deutschland eine "erstklassige Gesundheitsversorgung" erhielten. Nach 18 Monaten eröffne das Asylbewerberleistungsgesetz den allermeisten Migranten einen Zugang, wie ihn auch deutsche Kassenpatienten hätten. "Sie müssen dafür allerdings nichts zahlen, selbst wenn es sich um ausreisepflichtige Menschen handelt. Eine Debatte darüber ist mehr als angebracht." Sorge versuchte, den Blick auf die Ampel-Regierung zu lenken, die die Akzeptanz der Sozialsysteme aufs Spiel setze. Der Generalsekretär der NRW-CDU, Paul Ziemiak, argumentierte ähnlich: "Die Aussagen von Friedrich Merz verstehe ich so, dass wir vor diesem Hintergrund auch über Grenzen der Leistungsfähigkeit unseres Sozialsystems sprechen müssen, was richtig und wichtig ist." Gleichzeitig erlebe man eine Bundesregierung, die die Kommunen bei der Unterbringung im Stich lasse und gleichzeitig auf europäischer Ebene Maßnahmen zur Reduzierung illegaler Migration blockiert habe. "Die Realitätsverweigerung der Ampel ist ein großer Skandal."

Diese Argumentation können auch die stillen Merz-Kritiker in der CDU vertreten. Doch es geht wieder um strategische Unklarheit, wohin er die Union eigentlich steuern will, und um seine Wortwahl. Jetzt werde diese "pauschale und populistische Phrase diskutiert und nicht die Ampel mit ihren migrationspolitischen Defiziten", klagte ein Christdemokrat. Dabei habe man als Union viel erreicht, Kanzler Olaf Scholz (SPD) zur Zustimmung zur Asyl-Krisenverordnung der EU getrieben und die Grünen hier ausgebremst. "Wir waren ja schon auf dem Erfolgsweg, aber Friedrich Merz reißt mit diesem einen Satz sofort wieder alles ein", kritisierte ein Parlamentarier. Ein anderer Christdemokrat fand, Merz habe die "Grenze vom Konservativen zum Rechtspopulisten überschritten". Es bereite ihm ein "schlechtes Bauchgefühl", wenn der Parteichef derart auf Stimmenfang gehe. So mancher habe inzwischen "bei jedem Interview des Parteichefs Schweiß auf der Stirn". Die Kritiker erinnerten daran, dass immer wieder Merz' ungeschickte Formulierungen zum Thema würden und das eigentliche Problem in den Hintergrund rückten.

Seiten 4 und 7

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 29, 2023

Migranten brauchen ein Verantwortungsgefühl

Die Welt

Donnerstag 23. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; GASTKOMMENTAR; S. 7; Ausg. 59

Length: 859 words

Byline: Serap Güler

Body

Der wachsende **Migrationsdruck** auf Deutschland stellt uns weiterhin vor Herausforderungen bei der Integration. Verfehlte Integrationsbemühungen strapazieren den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft empfindlich. Schutzsuchende Menschen werden durch traumatische Fluchterfahrungen - verständlicherweise - häufig dazu veranlasst, in der eigenen Community die notwendige Stütze zu suchen, anstatt sich aktiv in unsere, für sie neue Gesellschaft einzubringen: Fremdsein ist selten eine Einbahnstraße. Bei den Bürgern wächst der Unmut, wenn die Ankommenden aus ihrer Sicht in erster Linie Kosten verursachen.

Deutschland hat mehrere, intensive Fluchtbewegungen hervorragend gemeistert, die Hilfsbereitschaft der Bürger war enorm. Gleichzeitig kann sich die Stimmung schnell verändern - wenn die Empathie mit den ankommenden Menschen von vielgestaltigen und berechtigten eigenen Sorgen verdrängt wird. Unsere größte Herausforderung lautet dann: Wie können wir die Empathie mit den Ankommenden wachhalten und gleichzeitig eine vernünftige Erwartungshaltung definieren, um den sozialen Zusammenhalt langfristig zu wahren?

Hier können wir von Dänemark lernen. Dort ist das Ziel staatlicher Bemühungen eine "staatsbürgerliche Integration". Die dänische Integrationspolitik ist darauf ausgerichtet, den Menschen frühzeitig ein wirtschaftliches und soziales Verantwortungsgefühl zu vermitteln. Kern ist das sogenannte Integrationsprogramm für erwachsene Flüchtlinge, das unter anderem die berufliche "Aktivierung" arbeitsloser Zuwanderer umfasst. Das Programm besteht aus Aktivitäten mit einem Umfang von 37,5 Wochenstunden - dazu gehört unter anderem die Teilnahme an Beratungen, Qualifizierungskursen und Praktika. Neuankömmlinge werden sofort nach ihrer Ankunft in die Verantwortung, und damit letztlich ernst genommen. Ein abgestimmtes Zusammenspiel von Verpflichtungen und Sanktionen macht Einwanderer zu verantwortungsbewussten Bürgern, die sich wirtschaftlich beteiligen. Ausländer sollen, so schnell es geht, ihre Fähigkeiten nutzen, um für ihren Unterhalt zu sorgen und Verantwortung für die eigene Integration mit zu übernehmen.

Dieses Konzept bedient sich eines der besten Integrationsmotoren schlechthin: der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Dieser Ansatz, der jedem etwas zutraut und Arbeit, die den Zugang zur Gesellschaft eröffnen soll, weder als Zumutung noch als Zwang empfindet, verdient auch bei uns mehr Beachtung.

Migranten brauchen ein Verantwortungsgefühl

Konkret kann das bedeuten: In Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur könnten wir von Asylbewerbern einfache Tätigkeiten in einem bestimmten Volumen erwarten. Dies könnten Dienstleistungen von öffentlichem Interesse oder auch einfache Tätigkeiten in der Privatwirtschaft sein. Dem Staat steht in der Versorgung der Schutzsuchenden frei, ob diese durch Geldzahlungen oder durch Sachleistungen und Gutscheine erfolgt. Die Versorgung erfolgt zurzeit überwiegend in Form von Zahlungen. Stattdessen könnte Geld nur noch im Gegenzug zu Arbeit ausgezahlt werden: Wer als Asylsuchender oder Geduldeter staatliche Unterstützung bezieht, obwohl eine Arbeit möglich wäre, bekommt diese in Zukunft ausschließlich als Sachleistungen.

Die Versorgung derjenigen, die sich um einen Aufenthaltstitel bemühen, ist zwar Ländersache. Dennoch kann diese Idee ein Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik sein, der am Fördern und Fordern festhält. Die Bundesregierung könnte zudem endlich wieder mit einer konkreten Idee auf die Länder zuzugehen, anstatt nur mit Gesetzesänderungen aufzufallen. Die sind zwar nicht alle schlecht, aber sie sind weder neu, noch sind sie mit den Ländern zeitlich abgestimmt.

Die Idee ließe sich auch auf anerkannt Schutzberechtigte anwenden, deren Absicherung durch das Sozialgesetzbuch geregelt ist. Auch beim Familiennachzug könnten wir entsprechend nachjustieren: Anstatt über eine Erweiterung des Familiennachzugs könnten wir das dänische Modell auch darauf übertragen. Ausländer mit einer Niederlassungserlaubnis müssen nach der aktuellen Gesetzeslage bestimmte Kriterien, u.a. ein eigenes Einkommen, nachweisen, um ihre Familien nachholen zu dürfen. Warum sollte das nicht auch für anerkannt Schutzbedürftige gelten?

Im Bewusstsein unserer menschenrechtlichen Verpflichtungen und in Unterschied zu Dänemark dürfen wir uns allerdings nicht von dem Gedanken der Abschreckung in der Flüchtlingspolitik leiten lassen. Dass Menschen, die einen berechtigten Anspruch auf Asyl haben, einen Platz in Europa finden müssen und können, ist auch weiterhin unser Anspruch. Vielmehr muss es uns darum gehen, die Herausforderungen, die die Migration mit sich bringt, gemeinsam mit den Ankömmlingen zu schultern. Sie sollen so von Anfang an einen Sinn für staatsbürgerliche Verantwortung für die Gesellschaft entwickeln, die sie aufnimmt und unterstützt. Auf diese Weise nehmen wir sie zugleich in ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten ernst und können den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft auch in schwierigen Zeiten zunehmender Migration weiter stärken.

Die Autorin ist Mitglied der CDU-Bundestagsfraktion. Bis 2021 war sie Staatssekretärin für Integration im nordrhein-westfälischen Familienministerium.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 22, 2023

Wir brauchen ein neues Flüchtlingsrecht

Die Welt

Freitag 5. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 87

Length: 362 words

Byline: Jacques Schuster

Body

Laut dem jüngsten Deutschland-Trend empfindet eine Mehrheit der Deutschen - 54 Prozent - die Zuwanderung als einen Nachteil. Und sie haben recht. Seit Jahrzehnten misslingt es den Bundesregierungen, diejenigen Fachkräfte ins Land zu holen, auf die Deutschland angewiesen ist. Dafür strömen immer mehr Menschen ins Land, die sich weder auf das Asylrecht berufen können noch bereit sind, sich in die Gesellschaft einzufügen. Selbst gegen diese haben die meisten Menschen hierzulande wenig einzuwenden. Doch es kommt auf die Zahl an.

Im Grunde lassen sich die Migranten, die widerrechtlich im Land sind, mit den Grillern im Berliner Tiergarten vergleichen. Niemand hat etwas gegen einige Familien einzuwenden, die am Wochenende auf spratzelnden Wegwerfgrills ihre Würstchen brutzeln. Wenn die Wiesen aber zu Brat- und Garküchen mit Tausenden von Menschen werden und unter dem Qualm der Holzkohle an die Schlachtfelder des Dreißigjährigen Krieges erinnern, dann erschallt bald der Ruf nach einem Verbot - und das zu Recht. Die Bundesregierungen haben bisher allesamt geglaubt, sie müssten nur laut genug den Nutzen des Grills loben - um im Bild zu bleiben - , schon werde die Bevölkerung die Wiese vergessen.

So aber läuft es nicht. Vor allem dann nicht, wenn die Not der Kommunen, der Mangel an Kita-Plätzen und Wohnraum allenthalben zu spüren ist. Und wenn die Bundesregierung - wie jetzt kurz vor der Ministerpräsidentenkonferenz - auch noch dreist verkündet, die Länder und Kommunen bekämen keinen zusätzlichen Cent mehr für die Integration der Migranten. Hat eigentlich irgendeiner in dieser Republik begriffen, dass die AfD nicht nur das Gebilde einer rechten kochenden Volksseele ist, sondern die Folge eines Politikversagens und der Dreistigkeit, die Probleme der Einwanderung über Jahrzehnte mithilfe fader Redensarten und den Plastikwörtern des Polit-Jargons wegzunuscheln?

Es wird Zeit, das fehlkonzipierte Flüchtlingsrecht zu korrigieren, den außereuropäischen Demokratien anzugleichen und den Kommunen hierzulande eine Mitsprache darüber zu geben, wie viele Menschen sie aufnehmen können.

jacques.schuster@welt.de (jacques.schuster@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Wir brauchen ein neues Flüchtlingsrecht

Load-Date: May 4, 2023

End of Document

40 Prozent ausländischer Kinder erhalten Stütze; Flüchtlinge und Migranten sind oft auf Sozialhilfe angewiesen. Ökonomen kritisieren auch die Politik

Die Welt

Mittwoch 14. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 10; Ausg. 113

Length: 1276 words

Byline: Jan Klauth

Body

Rund 1,8 Millionen Minderjährige leben in Deutschland in Familien, die staatliche Leistungen beziehen. Zwar ist die Zahl aller Minderjährigen in der Grundsicherung insgesamt zurückgegangen - der Höchststand wurde 2018 mit mehr als zwei Millionen verzeichnet - ein neues Maximum erreichte jedoch die Zahl der Kinder und Jugendlichen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die auf das Bürgergeld, respektive dessen Vorgänger Hartz IV, angewiesen sind.

Sie liegt bei 888.218 und hat sich damit seit 2010 beinahe verdreifacht. Diese Zahlen gehen aus der Beantwortung einer Anfrage der AfD-Fraktion an die Bundesregierung hervor, die WELT exklusiv vorliegt.

Ende 2021 lebten laut Statistischem Bundesamt 1,7 Millionen Minderjährige mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland. Eine aktuellere Zahl hat die Behörde noch nicht veröffentlicht, schreibt aber auf Nachfrage, dass bis Jahresende 2022 die Zahl "auf Basis des Ausländerzentralregisters" auf 2,2 Millionen angestiegen sei. Der Anteil der ausländischen Minderjährigen im Leistungsbezug beträgt damit rund 40 Prozent. Mit eingerechnet ist in dieser Quote auch die Fluchtbewegung aus der Ukraine und der dabei hohe Anteil an registrierten Kindern.

Gesunken ist im Langzeitvergleich wiederum der Anteil der Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit im Leistungsbezug: von 1,37 Millionen im Jahr 2010 auf derzeit rund 931.000 Kinder. Bezogen auf alle deutschen Minderjährigen im Jahr 2021 sind das 7,7 Prozent.

Diese Entwicklung lässt sich auch anhand entsprechender Sozialausgaben ablesen: So sind die jährlichen Ausgaben für Minderjährige mit deutscher Staatsangehörigkeit von 2,58 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf 2,1 Milliarden Euro im vergangenen Jahr gesunken. Die Ausgaben für Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit stiegen im selben Zeitraum von 668 Millionen Euro auf 2,5 Milliarden Euro an.

"Von 2010 bis 2022 hat sich die Wirtschaft in Deutschland positiv entwickelt, sodass der Leistungsbezug für Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit gesunken ist", sagt Axel Plünnecke, Ökonom und Migrationsforscher am Institut

40 Prozent ausländischer Kinder erhalten Stütze Flüchtlinge und Migranten sind oft auf Sozialhilfe angewiesen.
Ökonomen kritisieren auch die Politik

der deutschen Wirtschaft (IW). Als Ursache für den Anstieg bei den ausländischen Kindern sieht der Experte vor allem die Fluchtbewegungen der Jahre 2015/2016 und 2022 im Zuge des Ukraine-Krieges. Mehr als 1,1 Millionen Menschen sind allein aus der Ukraine im vergangenen Jahr in Deutschland registriert worden. Der überwiegende Anteil - anders als 2015 - sind Familien mit Kindern. Rund 350.000 Minderjährige wurden gezählt. Dass diese Gruppe verstärkt in der Statistik auftauche, sei daher nicht verwunderlich, sagt Plünnecke. Er rechnet aber auch damit, dass großen Teile der Ausländer im Leistungsbezug durch "Bildungsintegration der Eltern der Sprung in den Arbeitsmarkt gelingt" - und in der Konsequenz die Bezüge abnehmen werden. "Dieser Integrationsprozess benötigt aber Zeit", so der Ökonom.

Auch beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sieht man den Zusammenhang zwischen der Zahl der Geflüchteten und der vielen Kinder, die vom Bürgergeld leben. Die beiden großen Fluchtbewegungen der vergangenen Jahre haben allerdings einen entscheidenden Unterschied: Geflüchtete aus der Ukraine müssen in der EU kein Asyl beantragen, ihnen steht damit der Zugang zum Arbeitsmarkt und zum Sozialsystem offen. Zwar ist die Zahl der erwerbstätigen ukrainischen Staatsangehörigen in Deutschland deutlich gestiegen, doch der größte Teil bezieht staatliche Leistungen. So gingen laut Bundesagentur für Arbeit (BA) im März rund 137.000 Ukrainer einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach, 80.000 mehr als vor Beginn des Krieges. Rund 660.000 ukrainische Kriegsflüchtlinge sind indes im erwerbsfähigen Alter, der Anteil derjenigen, die bereits in Arbeit sind, beträgt damit rund zwölf Prozent.

Einer der Hauptgründe für diesen im EU-Schnitt vergleichsweise geringen Wert ist, dass die Bundesregierung zuerst auf staatliche Maßnahmen setzt, bevor es auf den Arbeitsmarkt geht. So werden die meisten Ukrainer verpflichtet, an Sprach- und Orientierungskursen teilzunehmen. Diese dauern in der Regel sechs, oft aber auch acht oder neun Monate. "Wir legen großen Wert darauf, dass die Menschen einen Integrationskurs besuchen", sagt Matthias Kleindienst von der Bundesagentur für Arbeit gegenüber WELT. Die Sprache sei "nicht nur Voraussetzung für die Aufnahme einer qualifikations- und kompetenzadäquaten Beschäftigung, sondern auch in die Gesellschaft".

Der überwiegende Teil der Geflüchteten ab 2015 hingegen kam aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und afrikanischen Staaten und musste zunächst Asyl beantragen. Zwar setzte der Staat auch hier primär auf Sprach- und Orientierungskurse. Der größte Unterschied zu den Flüchtlingen aus der Ukraine aber ist: Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist komplizierter.

In den ersten drei Monaten gilt ein Arbeitsverbot, auch für geduldete Asylbewerber. Einer Beschäftigung und selbst Praktika müssen die Behörden zustimmen. Was Ökonomen ebenfalls kritisieren: Flüchtlinge dürfen nicht arbeiten, wenn sie noch in einer Erstaufnahmeeinrichtung wohnen - ein geregeltes Einkommen gelte aber als Voraussetzung für eine eigene Wohnung. Doch auch unabhängig von den beiden großen Fluchtbewegungen der vergangenen Jahre ist der Anteil der ausländischen Kinder im Leistungsbezug seit 2010 gestiegen, wie die Daten zeigen. Von "seit langem bestehenden und der von der Ampel neu geschaffenen Anreize zur Migration in die Sozialsysteme", spricht in diesem Zusammenhang René Springer, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. Er fordert eine härtere Migrationspolitik inklusive "Schließung der Grenzen" und die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen.

Eine konträre Meinung vertritt Jessica Tatti, Sprecherin für Sozialpolitik der Linksfraktion im Bundestag. "Wenn die AfD auf dem Rücken von Kriegsgeflüchteten Stimmung gegen Migranten insgesamt machen will, ist das einfach schäbig", sagt sie gegenüber WELT. Ohnehin hätten "Kinder nichts im System für Arbeitslose zu suchen". Die Ampel müsse nun die geplante Kindergrundsicherung durchsetzen. Die Erfolge der "starken wirtschaftlichen Entwicklung der unionsgeführten Bundesregierung", betont hingegen Stephan Stracke, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CSU. "Bei dem ständigen Streit innerhalb der Ampel ist es ausgeschlossen, dass die Regierung bei der Bekämpfung von Kinderarmut genauso erfolgreich sein wird wie die Union." Da die Ursachen des Anstiegs der Zahlen bei ausländischen Kindern größtenteils auf die Geflüchtete zurückzuführen seien, gelte es vor allem Fluchtursachen zu bekämpfen. Zudem müsse das Land "alles daran setzen, diejenigen, die bei uns dauerhaft bleiben dürfen, schnell und nachhaltig in Erwerbstätigkeit zu bringen".

Die Bertelsmann-Stiftung hingegen kritisiert, dass in den vergangenen Jahren generell zu wenig gegen das "strukturelle Problem" der Kinderarmut getan wurde. Mehr als jeder fünfte Minderjährige gilt laut einer aktuellen

40 Prozent ausländischer Kinder erhalten Stütze Flüchtlinge und Migranten sind oft auf Sozialhilfe angewiesen.
Ökonomen kritisieren auch die Politik

Studie der Stiftung als armutsgefährdet. "Wer als junger Mensch in Armut aufwächst, leidet täglich unter Mangel, Verzicht und Scham und hat zugleich deutlich schlechtere Zukunftsaussichten", sagte Anette Stein, Direktorin des Bildungsprogramms bei der Stiftung. Die Handlungsempfehlung auch hier: Die Regierung müsse die Kindergrundsicherung schnell auf den Weg bringen.

Die neue Sozialleistung, die neben dem Kindergeld auch den Kinderfreibetrag und den Kinderzuschlag ersetzen soll, war in den vergangenen Monaten eines der umstrittensten Vorhaben innerhalb der Regierung. Eine Einigung steht indes noch aus.

Großen Teilen wird der Sprung in den Arbeitsmarkt gelingen Axel Plünnecke, IW-Ökonom

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 14, 2023

"Ergebnisse nur ein Trostpflaster"; Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) kritisiert das Resultat des Flüchtlingsgipfels

Die Welt

Freitag 12. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 92

Length: 975 words

Byline: Nikolaus Doll

Body

Die Finanzhilfen des Bundes für die Länder seien unzureichend, die Pläne zur Begrenzung der Zuwanderung nichts als "schöne Worte" - so die Kritik des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann (CSU).

WELT:

Herr Herrmann, der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Stephan Weil, spricht von einer "guten Zusammenkunft" mit dem Kanzler. Sehen Sie das auch so?

Joachim Herrmann:

Die meisten dieser Ergebnisse sind nur ein Trostpflaster. Nicht mehr. Natürlich ist eine Milliarde Euro mehr für die Bewältigung der Zuwanderung besser als nichts. Aber sie reicht angesichts der Belastungen der Kommunen durch die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge nicht annähernd, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Insbesondere braucht es eine dauerhafte Lösung, um den Kommunen Planungssicherheit zu geben. Und was der Bund zum besseren Schutz der EU-Außengrenzen beziehungsweise zur illegalen Migration anbietet, klingt zwar schön, aber ich sehe nicht im Ansatz, wie das durch konkrete wirkungsvolle Maßnahmen umgesetzt wird.

Kosten in welcher Dimension kommen denn auf die Kommunen zu?

Alle Länder haben das zusammengerechnet und kommen alleine 2023 auf einen Finanzierungsbedarf für die Unterbringung und Versorgung von Migranten und Asylsuchenden in Höhe von 16 Milliarden Euro. Und da kommen die Integrationskosten für die Kommunen noch dazu. Der Bund will sich nun nach dem Gespräch mit den Ländern mit insgesamt 3,75 Milliarden Euro beteiligen. Das reicht nicht, das ist der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Wie viel müsste die Bundesregierung aus Sicht der Länder beisteuern?

"Ergebnisse nur ein Trostpflaster" Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) kritisiert das Resultat des Flüchtlingsgipfels

Da der Bund die Regeln für die Zuwanderung macht, ist er in der Pflicht, die finanziellen Belastungen in größerem Umfang zu schultern, nach Sicht der Länder zur Hälfte. Statt 3,75 Milliarden Euro müssten das also rund acht Milliarden Euro sein.

Die Länder fordern eigentlich keine fixe Summe von der Bundesregierung, sondern einen an der steigenden Zahl von Flüchtlingen angepassten steigenden Beitrag. Haben Sie das jetzt aufgegeben?

Nein, das ist weiterhin unser klares Ziel. Wir können nicht bei jeder Entwicklung der Zuwanderungszahlen neue Verhandlungen über die Finanzierung führen. Das beste Modell wäre ein Pauschalbetrag pro Flüchtling, den der Bund an die Länder zahlt, aber das will die Bundesregierung nicht. Wir erleben wie so oft, dass es Bundeskanzler Olaf Scholz laufen lässt, dass Probleme nicht gelöst, sondern vertagt werden.

Und warum haben Sie sich nicht durchgesetzt in den Bund-Länder-Gesprächen? Es standen 16 Bundesländer geschlossen einer Bundesregierung gegenüber. Hat Sie der Kanzler an die Wand verhandelt?

Wir können Druck ausüben, aber den Kanzler ja nicht zu etwas zwingen. Uns bleibt nur der Befund, dass sich die Ampel-Koalition zwar flüchtlingsfreundlich gibt und erklärt, wir werden jedem helfen, aber das dann auf dem Rücken der Länder und vor allem der Kommunen tut.

Die Bundesregierung sagt, sie habe bereits mehr als 15 Milliarden Euro für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Migranten gegeben, dabei ist das laut Grundgesetz Aufgabe der Länder. Auf welcher Basis fordern Sie mehr Geld?

Zum einen sind die Berechnungen des Bundes aus Sicht der Länder nicht nachvollziehbar. Hinzu kommt, dass sich der von der Bundesregierung aufgelistete Beitrag für die Kosten der Unterkunft auf die Finanzierung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine beschränkt. Das hilft den Städten und Gemeinden aber nicht bei der Versorgung von Asylbewerbern. Und deren Zahl steigt ja stark an.

Dabei sprudeln in vielen Bundesländern die Einnahmen wie nie, auch in Bayern. Der Haushalt für 2023 hat ein Gesamtvolumen von 71 Milliarden Euro, der Freistaat kann doch die Belastungen sicher stemmen?

Es stimmt, wir wirtschaften solide in Bayern. Aber das kann doch nicht bedeuten, dass die Bundesregierung in immer stärkerem Umfang Menschen in unser Land lässt und dann Länder und Kommunen sagt: Nun zahlt mal, kümmert euch. Dafür dürfen und wollen wir nicht das Geld der bayerischen Steuerzahler ausgeben. Der Freistaat übernimmt alle Kosten, die den Kommunen durch die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern entstehen, das gibt es beileibe nicht in allen Bundesländern. Aber alles hat ein Limit. Mit der Unterbringung und Versorgung der Menschen ist es ja nicht getan, wir brauchen Kita- und Schulplätze und vieles mehr, all das kostet. Und die Belastungen dadurch können nicht durch die Politik der Bundesregierung beliebig nach oben getrieben werden.

Wenn die Kommunen jetzt so unter Druck geraten, wie Sie beschreiben, was bedeutet das für die Menschen vor Ort - die bereits Ansässigen und die, die untergebracht werden müssen?

Steuergeld, das in wachsendem Ausmaß für Flüchtlinge ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle. Das muss dann anderweitig eingespart werden. Aber Geld alleine löst nicht alle Probleme. Wir sehen schon jetzt, dass die Kommunen zunehmend an ihre Grenzen geraten, etwa beim Thema Unterbringung. Ohnehin schon knapper Wohnraum wird immer rarer, das merken natürlich auch die Menschen, die schon lange hier leben. Und was knapper wird, wird teurer. Eine angemessene Wohnung zu finden und sich diese auch noch leisten zu können, wird immer schwerer.

Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben im Rahmen einer Protokollerklärung ihrem Unmut über die Beschlüsse Luft gemacht. Welche Wirkung hat das?

Die Erklärung ist wichtig, weil wir damit dokumentieren, dass wir mit dem Ergebnis dieses Bund-Länder-Gesprächs nicht einverstanden sind. Für uns ist mit den nun gefällten Beschlüssen die Diskussion nicht beendet, sondern sie

"Ergebnisse nur ein Trostpflaster" Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) kritisiert das Resultat des Flüchtlingsgipfels

geht erst richtig los. Wenn sich die Bundesregierung weiterhin weigert, die Realitäten ernst zu nehmen, und versucht, nur auf Zeit zu spielen, werden wir den Druck erhöhen. Von unseren berechtigten Forderungen rücken wir nicht ab.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 11, 2023

End of Document

Streit um die "Ruanda-Lösung"; Großbritannien gilt als Vorbild bei den Befürwortern ausgelagerter Asylverfahren. Doch Londons Plan scheitert am Europarat, der auf Menschenrechte pocht

Die Welt

Dienstag 7. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 216

Length: 1068 words

Byline: Mandoline Rutkowski

Body

London

Knapp vier Jahre ist es her, dass Großbritannien offiziell aus der EU austrat. Heute ist man mit der Tatsache konfrontiert, dass die Entscheidung, das Bündnis zu verlassen, auf einem grundlegenden Trugschluss fußt.

In den Monaten vor dem folgenreichen Referendum im Jahr 2016 hatten Brexit-Verfechter den Ausstieg aus der EU rhetorisch als Bedingung dafür genannt, die Einwanderung wieder selbst steuern zu können. "Wir wollen unser Land zurück, nur so können wir unsere Grenzen kontrollieren", sagte Nigel Farage, damaliger Vorsitzender der UKIP-Partei, deren Hauptziel der Brexit-Austritt war. Die Botschaft verfiel bei einem großen Teil der Briten und hatte historische Konsequenzen.

Tatsächlich ist Großbritannien seit dem Brexit frei zu entscheiden, ob EU-Ausländer im Land arbeiten dürfen. Übersehen wird jedoch meist: Wenn es um illegale **Migration** geht, spielt der Europarat eine entscheidende Rolle, der über die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) wacht. In dieser Organisation, die von der EU völlig unabhängig ist, ist Großbritannien auch nach dem Brexit noch Mitglied. Und es sind die Richter des dem Europarat unterstehenden Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), die das Land bis jetzt daran hindern, einen in Europa beispiellosen Plan für die Eindämmung illegaler **Migration** in die Tat umzusetzen. Es ist jener Plan, der nun auch unter dem Stichwort "Ruanda-Lösung" in Deutschland diskutiert wird. Die Befürworter haben dabei auch die britischen Pläne im Blick.

Dort möchten die regierenden Konservativen Asylverfahren künftig nach Ruanda auslagern. Wer illegal in das Vereinigte Königreich einreist, soll in das ostafrikanische Land gebracht werden - in dem dann auch das Asylverfahren abgewickelt wird. Wer Asyl bekommt, muss in Ruanda als sicherem Drittstaat bleiben. Damit soll der entscheidende Pull-Faktor ausgehebelt werden, der darin besteht, dass man derzeit auch ohne Asylchancen de

Streit um die "Ruanda-Lösung" Großbritannien gilt als Vorbild bei den Befürwortern ausgelagerter Asylverfahren. Doch Londons Plan scheitert am Europarat, der au....

facto in der EU bleiben kann. In der Konsequenz sollen sich deshalb weniger Menschen auf den gefährlichen Weg über den Ärmelkanal machen, auf dem vergangenes Jahr 46.000 Menschen ins Land kamen.

Die Richter des EGMR machten Premierminister Rishi Sunak aber einen Strich durch die Rechnung - und untersagten im Juni 2022 einen ersten geplanten Flug nach Ruanda. Das Straßburger Gericht berief sich dabei auf Artikel 39 seiner Verfahrensordnung. Dieser erlaubt "einstweilige Maßnahmen", wenn in Ausnahmefällen "irreparabler Schaden" durch eine bevorstehende Ausweisung droht. Das Gericht argumentierte, es bestünden Zweifel an der Gewährleistung fairer und effizienter Verfahren zur Feststellung des Flüchtlingsstatus in Ruanda und an der Bewertung als "sicherer Drittstaat". Seither ringen britische Regierung und EGMR.

Derzeit liegt der Fall beim Obersten Gerichtshof, der bis Ende des Jahres ein Urteil fällen will. Beurteilen die Richter die Auslagerung nach Ruanda als rechters, könnten die ersten Flüge im Februar 2024 abheben, wie die Tageszeitung "Daily Mail" berichtet.

Manchen Politikern dauert das zu lange. Mittlerweile fordern Abgeordnete eine Reform der Menschenrechtskonvention, das Ignorieren seiner Urteile oder gar den britischen Austritt. Für Sunak steht viel auf dem Spiel. Zu Beginn seiner Amtszeit hatte er versprochen, die Bootsmigration über den Ärmelkanal zu stoppen.

Einer aktuellen YouGov-Umfrage zufolge bewerten konservative Wähler die Kontrolle der Einwanderung als wichtigstes Thema. Bislang sind die Einwanderungszahlen über die Route zwar leicht zurückgegangen. Viel Zeit, sein Versprechen einzulösen, bleibt dem Premier allerdings nicht mehr. Im kommenden Jahr finden Parlamentswahlen statt. Sunaks Partei liegt mit rund 20 Prozentpunkten weit abgeschlagen hinter Labour. Ein Start der Abschiebungen nach Ruanda könnte neue Wählerstimmen einbringen. Wird das Ruanda-Projekt hingegen für rechtswidrig erklärt, könnte es die Diskussion um einen Austritt aus dem Europarat weiter befeuern. Ein Schritt, der erhebliche Auswirkungen auf internationale Verträge hätte, zum Beispiel mit der EU.

Die Europäische Menschenrechtskonvention ist im wichtigsten Abkommen verankert, das die Beziehung zwischen beiden Parteien nach dem Brexit regelt: dem Handels- und Kooperationsabkommen (TCA). Rechtsexperten befürchten, dass Brüssel den mühsam verhandelten Vertrag im Falle eines britischen Ausscheidens aufkündigen könnte. Im Fall der Sicherheitszusammenarbeit, zum Beispiel beim Datenaustausch und der grenzüberschreitenden Strafverfolgung, könnte Brüssel etwa nicht mehr darauf vertrauen, dass London die gleichen Ansprüche an die Erfüllung der Menschenrechte stellt.

Hinzu kommt die Frage nach der internationalen Reputation Großbritanniens. Alle Länder Europas sind Mitglied im Europarat, außer Russland und Belarus. "Großbritannien ist seit dem EU-Austritt international ohnehin weniger geschätzt", sagt Rashmin Sagoo, Leiterin des Programms für internationales Recht der Denkfabrik Chatham House, gegenüber WELT. "Es würde den Platz am Verhandlungstisch und damit seine Vorreiterrolle in einer der führenden Menschenrechtsorganisationen der Welt aufgeben - und damit auch wichtige 'Soft Power'." Offensichtlich sei jedoch, dass Großbritannien mit der Debatte einen Stein ins Rollen gebracht habe, sagt die Expertin. Angesichts der zunehmenden Überforderung mit steigenden Einwanderungszahlen beobachteten auch viele EU-Länder die Debatte in Großbritannien genau, sagte sie. Frankreichs Innenminister Gérald Darmanin erklärte kürzlich, dass er bereit sei, gegen die Urteile des Straßburger Gerichts zu verstoßen, um gegen "gefährliche" Ausländer vorzugehen. So hatte Paris zwei verurteilte ausländische Straftäter abgeschoben, entgegen der Beurteilung des EGMR. Auch Österreich plant ein dem Ruanda-Projekt ähnliches Abschiebeprogramm, und kündigte eine engere Zusammenarbeit mit London an.

In der deutschen Debatte hatten der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und FDP-Bundestagsfraktionschef Christian Dürr eine solche Lösung offensiv in die Diskussion gebracht. Im Koalitionsvertrag der Ampel findet sich zumindest ein Verweis auf die Frage der Drittstaatenlösung. Die Regierungsparteien wollten prüfen, ob die Feststellung des Schutzstatus von Flüchtlingen "in Ausnahmefällen unter Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention in Drittstaaten möglich ist", heißt es dort.

Streit um die "Ruanda-Lösung" Großbritannien gilt als Vorbild bei den Befürwortern ausgelagerter Asylverfahren. Doch Londons Plan scheitert am Europarat, der au....

Graphic

Bootsmigranten wurden von britischen Grenzschützern aus Ärmelkanal gerettet

Load-Date: November 7, 2023

End of Document

Tunesiens Präsident lehnt "Almosen" der EU ab; Inmitten der Flüchtlingskrise steht das Migrationsabkommen mit dem Land infrage

Die Welt

Mittwoch 4. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 192

Length: 599 words

Byline: Afp

Dpa

Rtr

Body

Kritik des tunesischen Präsidenten Kais Saied an den Bedingungen des Migrationsabkommens mit der Europäischen Union (EU) hat Unruhe in Europa hervorgerufen. Eine EU-Kommissionssprecherin sagte, die Brüsseler Behörde stehe in Kontakt mit den tunesischen Behörden. Saied hatte EU-Zahlungen als "Almosen" zurückgewiesen, nachdem die EU eine Auszahlung von 127 Millionen Euro angekündigt hatte, darunter 42 Millionen Euro aus dem Migrationspakt. Tunesien sei zur Zusammenarbeit bereit, nehme aber keine "Gefälligkeit" an, "wenn sie respektlos ist", hatte Saied am Montagabend erklärt.

Dem Migrationsabkommen waren wochenlange Gespräche und die Zusage Europas vorausgegangen, Tunesien mit insgesamt einer Milliarde Euro zu unterstützen. Die Auszahlungen sind größtenteils an wirtschaftliche Reformen geknüpft. Der im Juli vereinbarte Pakt soll die Zahl der nach Europa kommenden Flüchtlinge verringern. Tunesien ist zusammen mit Libyen Haupttransitland für Flüchtlinge, die über das Mittelmeer in die EU kommen wollen.

Saied erklärte, die Ablehnung des Geldes geschehe "nicht wegen des lächerlichen Betrags", sondern weil die Haltung der EU-Kommission nicht dem in Tunis unterzeichneten Abkommen und "dem Geist" des Migrationsgipfels in Rom entspreche.

Die EU-Kommission und Tunesien hatten die Absichtserklärung für eine engere Partnerschaft am 16. Juli unterzeichnet. Tunesien bekam eine Zusage über insgesamt 105 Millionen Euro für den Grenzschutz und zudem für Haushaltshilfen in Höhe von 150 Millionen Euro. Weitere 900 Millionen Euro sind an ein Programm des Internationalen Währungsfonds (IWF) geknüpft, das Reformen vorsieht. Nach Angaben der EU-Kommission soll Tunesien das Geld unter anderem für die Instandsetzung von Booten der Küstenwache verwenden. Zudem sind die

Tunesiens Präsident lehnt "Almosen" der EU ab Inmitten der Flüchtlingskrise steht das Migrationsabkommen mit dem Land infrage

Mittel zur Rückführung von Migranten in ihre Heimatländer vorgesehen. Dabei soll Tunis zum "Schutz der Migranten" mit internationalen Organisationen zusammenarbeiten.

Vergangene Woche hatte Präsident Saied bereits den geplanten Besuch einer EU-Delegation zur Konkretisierung des Migrationsabkommens verschoben. Dieses Verhalten sei "beispiellos" seit der Revolution in Tunesien von 2011, teilte die Delegation anschließend mit. Innenminister Kamel Feki hatte in diesem Zusammenhang allerdings eine "Uneinigkeit" mit der EU bestritten. Der Nachrichtenseite "Politico" zufolge sollen Vertreter der Regierung in Tunis sich aber verärgert gezeigt haben über EU-Abgeordnete, die Rückschritte mit Blick auf die Demokratie in Tunesien kritisiert hatten. Saied regiert dort Kritikern zufolge in zunehmend autoritärem Stil. Im vergangenen Monat verweigerte das Land außerdem fünf Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments die Einreise, um über die politische Lage in Tunesien zu sprechen.

Der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber (CSU), nannte das Migrationsabkommen mit Tunesien alternativlos. Er rief erneut Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf, nach Tunesien zu reisen. "Die tunesischen Partner hoffen auf Investitionen und auf Arbeitsplätze", sagte Weber bei einer Debatte im Europaparlament in Straßburg. Dabei müsse Deutschland eine zentrale Rolle spielen.

In den vergangenen Monaten waren Tausende Menschen aus Afrika ohne Papiere in die tunesische Stadt Sfax gekommen, um von dort aus mit Booten nach Europa zu gelangen. Allein auf der italienischen Insel Lampedusa kommen seit Wochen täglich Hunderte Menschen in überfüllten Booten an. Die Mittelmeerinsel liegt nur rund 140 Kilometer östlich der tunesischen Küste. Seiten 2-4 und 6

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 4, 2023

Den Zenit überschritten; Deutschland ist im Niedergang, und die Menschen spüren das. Sie sehen geschlossene Gasthäuser, lesen von Messerangriffen und können kaum noch ihre Miete zahlen, während der Staat Wohnraum für Geflüchtete schafft. Wer die AfD kleinhalten will, muss hier ansetzen

Die Welt

Montag 24. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; GASTBEITRAG; S. 7; Ausg. 141

Length: 1367 words

Byline: Boris Palmer

Body

Zwei Nachrichten vom selben Tag: Die AfD erreicht bei einer Wahlumfrage in Baden-Württemberg mit 19 Prozent ein Allzeithoch. Und: Die Mehrheit der befragten Entscheider des Allensbacher Elite-Panels ist der Meinung, Deutschland habe den Zenit überschritten. Ich mag die Rolle als AfD-Versteher nicht, aber ich halte es für eine staatsbürgerliche Pflicht, deren Aufstieg nicht gleichgültig zu beobachten. Und wer diesen stoppen will, sollte verstehen, woher er rührt. Wenn 19 Prozent der Baden-Württemberger sagen, sie wollten die AfD wählen, fällt die Erklärung mit den vermeintlichen Demokratiedefiziten hinterwäldlerischer Osis flach.

Die einfache und weitverbreitete These, schuld seien CDU-Chef Friedrich Merz, CSU-Chef Markus Söder und alle, die Themen ansprechen, die der AfD Auftrieb geben, halte ich ebenfalls für wenig überzeugend. Sie leidet daran, dass man das Wahlvolk zu verhetzten Subjekten degradiert und den Leuten unterstellt, dass sie sich nur mit eingebildeten Problemen beschäftigen. Dass die AfD verschwindet, wenn niemand in der Politik mehr über Probleme mit Migration und Geflüchteten redet, ist einfach unwahrscheinlich. Viel plausibler erscheint mir, dass die Leute etwas ernsthaft umtreibt, für das sie bei den etablierten Parteien keine Lösungen mehr sehen. Ich glaube, dass es sich um Angst vor dem Verlust der Heimat handelt, verbunden mit der Sorge vor wirtschaftlichem und sozialem Abstieg. Und da scheint es mir bemerkenswert, dass immer mehr Entscheider zumindest die Bedenken hinsichtlich der wirtschaftlichen Zukunft des Landes teilen, man also nicht nur von eingebildeten Problemen eines geistigen Prekariats ausgehen kann.

Ich werde selbst seit mehr als einem Jahrzehnt für das Allensbach-Panel befragt. Die Fragestellung war noch nie so auf wirtschaftliche Sorgen fokussiert wie dieses Mal. Und weil ich auch noch nie so viele alarmierte Unternehmensführer getroffen habe wie in den vergangenen Monaten, habe ich die Frage, ob Deutschland seinen Zenit überschritten habe, selbst mit Ja beantwortet. Der Cocktail aus Bürokratieverstrickung, Digitalisierungsrückstand, Energiekostenexplosion, Fachkräftemangel, Nachfrageausfall und politischer

Den Zenit überschritten Deutschland ist im Niedergang, und die Menschen spüren das. Sie sehen geschlossene Gasthäuser, lesen von Messerangriffen und können kaum

Nonchalance ist zu giftig geworden. Wenn ich über die Dörfer in Baden-Württemberg fahre, stehen dort verfallende Gasthäuser an den Hauptstraßen wie Mahnmale zur Erinnerung an eine bessere Zeit. Die hiesige Schlüsselindustrie, der Fahrzeugbau, steht vor dem Verbot seines 125-Jahre-Dauerrenners, des Verbrennungsmotors, und Batterien sind hierzulande bisher nicht konkurrenzfähig herzustellen. Elektroautos made in Germany sind ein Ladenhüter. Wenn man den Trend im Automobilbau zehn Jahre weiter rechnet, ist Baden-Württemberg ein neues Ruhrgebiet.

Das alles ist so offensichtlich, dass es auch Menschen, die man für weniger intelligent hält als sich selbst, kaum verborgen bleiben kann. Und bei vielen ist die Krise längst angekommen. Kurzarbeit und betriebsbedingte Kündigungen haben wieder eingesetzt. Die Inflation macht das Leben teurer. Der Wohnungsbau ist zum Erliegen gekommen. Ein Eigenheim aus eigenem Einkommen zu finanzieren, ist faktisch unmöglich geworden. Eine bezahlbare Wohnung zu finden ist ein Sechser im Lotto. Wenn dann der Bundeskanzler beständig von einem bevorstehenden großen Aufschwung redet, sind Zweifel an der Realitätsnähe der Berliner Politik im einfachen Volk nicht gänzlich irrational.

Die durchaus begründeten Sorgen um das eigene Wohlergehen eines immer größeren Teils der Gesellschaft und die Abwendung vieler Unternehmenslenker vom Standort Deutschland unterscheiden das Jahr 2023 vom Jahr 2015. Damals befand sich das Land im Daueraufschwung. Die Wirtschaft ließ sich durch nichts aus dem Tritt bringen, es schien so, als könnten wir uns die Aufnahme von einer Million Flüchtlingen leisten, ohne spürbare Wohlstandsverluste hinnehmen zu müssen. Das ist nun ganz anders. Wenn wieder Wohnraum für Geflüchtete geschaffen und umgewidmet wird, protestieren immer mehr Menschen und fragen, wo sie selbst wohnen sollen. In der Stadt Tübingen, für die ich Verantwortung trage, sind alle seit 2015 im Saldo neu geschaffenen Sozialwohnungen mit Flüchtlingen belegt. Die Verzweiflung der Wohnungssuchenden, darunter besonders viele mit Migrationshintergrund, wächst. Die Akzeptanz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ist groß. Aber die Ablehnung der nun wieder dominierenden Gruppe arabischer und afrikanischer Flüchtlinge mit einem großen Überhang junger Männer nimmt zu, weil die Ressourcen in den Kommunen erschöpft sind.

Der nicht abreißende Strom der Nachrichten von Messerangriffen im öffentlichen Raum und in öffentlichen Verkehrsmitteln, bei denen sich regelmäßig ein Geflüchteter als Täter ermitteln lässt, verbindet diese Entwicklung mit dem Gefühl eines gravierenden Sicherheitsverlustes, wie die viel kritisierte Polizistin Claudia Pechstein korrekt berichtet hat. Die Freibadschlägereien sollte man auch nicht als Sommerlochproblem abtun. Sie werden von vielen Menschen als Symbol verstanden, dass uns die Lage langsam entgleitet und man sich im eigenen Land nicht mehr wohlfühlen kann, sobald man das Haus verlässt.

Wie also ließe sich der Aufstieg der AfD am besten stoppen? Ich meine, es bräuchte dafür an erster Stelle eine nationale Kraftanstrengung für unsere Wirtschaft. Dazu müssten gehören: ein drastischer Abbau von Bürokratie und wirtschaftsfeindlichen Vorschriften; eine Wiederentdeckung des Leistungsprinzips an Stelle des Proporzdenkens bis in den letzten Winkel der Gesellschaft; endlich ein Deutschlandtempo beim Ausbau einer preiswerten und klimaneutralen Energieversorgung und der Digitalisierung; eine starke Antwort auf die Investitionsanreize der USA aus Europa; und die Einsicht, dass unser Bildungssystem heillos überfordert ist, soziale Probleme, Kinder von Geflüchteten und Inklusion in einer Klasse ohne Lehrer zu bearbeiten. Es müsste wieder ein Ruck durch das Land gehen, der Hoffnung macht, dass wir es packen. Die Angst kann sich so schnell ausbreiten, weil der Eindruck dominiert, das Land ergebe sich widerstandslos seinem Schicksal.

Und was die Migrationsfrage angeht, war es noch nie so einfach, den Menschen die Ängste zu nehmen, wie heute. Nur ein verschwindend kleiner Teil der Bevölkerung hat Angst vor eingewanderten Krankenschwestern, Köchen, Altenpflegern oder Metallbauern. Diesen Menschen müssen wir die Tore öffnen. Es ist aber in jedem Dorf und an jedem Bahnhof sichtbar, dass wir in großer Zahl Menschen bei uns aufnehmen, die keinen Beitrag zu unserer Wirtschaft leisten und keinen Asylanspruch haben. Diesen Menschen an den Außengrenzen in einem rechtsstaatlichen Verfahren aufzuzeigen, dass sie nicht nach Europa einwandern dürfen, ist gerecht und notwendig.

Die Einigung der europäischen Regierungen auf eine gemeinsame Asylpolitik sollte in Deutschland nicht mehr als Unglück dargestellt, sondern entschlossen unterstützt werden. Auch für die meisten AfD-Wähler wäre das eine

Den Zenit überschritten Deutschland ist im Niedergang, und die Menschen spüren das. Sie sehen geschlossene Gasthäuser, lesen von Messerangriffen und können kaum

Lösung, die sie akzeptieren könnten. Die damit verbundene Härte gegenüber unberechtigten Einwanderern ist unverzichtbar, um die Migration zu ordnen. Die berechnete Erwartung eines großen Teils unserer Bevölkerung, dass Deutschland Menschen in echter Not weiterhin Hilfe leistet, ließe sich viel effektiver und vernünftiger erfüllen, wenn wir dem Vorschlag von Thorsten Frei (CDU) folgen und diejenigen, die unsere Hilfe am dringendsten brauchen, direkt ins Land holen. Auch das würde bei migrationsskeptischen Bürgern viel größere Akzeptanz finden als das heutige System, das bei immer mehr Menschen den Eindruck erweckt, als stünde der Staat hilflos einer immer größer werdenden Zahl von Armutsflüchtlings gegenüber, die sich den Zutritt zum eigenen Dorf, zur eigenen Nachbarschaft, erzwingen können.

Wer den Aufstieg der AfD stoppen will, muss also dem drohenden wirtschaftlichen Niedergang unseres Landes entschieden entgegenzutreten und die Ordnung der Migration durch die Beschlüsse der EU zu einem gemeinsamen Asylsystem nach Kräften fördern. Die AfD bekämpft man nicht durch eine Eskalationsspirale der Beschimpfung und moralischen Abwertung, sondern durch kluge Problemlösungen.

Der Autor ist Oberbürgermeister von Tübingen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 23, 2023

Memorandum zu Migration versetzt Grüne in Unruhe; Eine Gruppe Realpolitiker mit Boris Palmer rührt mit Thesenpapier an Tabus - und erntet Kritik

Die Welt

Dienstag 21. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 37

Length: 868 words

Byline: Claus Christian Malzahn

Body

Ein Parteichef, zumal einer der Grünen, muss eigentlich zu allem eine Meinung haben. Manchmal hält man sich auch bedeckt. Ob Omid Nouripour das von einer Gruppe grüner Realpolitiker veröffentlichte "Memorandum für eine andere Migrationspolitik in Deutschland" für einen sinnvollen Vorstoß hält oder auf diese acht Seiten lange Meinungsäußerung lieber verzichtet hätte, wurde am Montag auf der Pressekonferenz des Bundesvorstands jedenfalls nicht deutlich. Es gebe "Debattenbeiträge aller Art, die wir zur Kenntnis nehmen", sagte Nouripour. Das Grundprinzip grüner Migrationspolitik bestehe aus "Humanität und Ordnung". Aha.

Die Einsilbigkeit bei dem Thema hat Gründe, denn das "Memorandum" rührt an grünen Tabus. Deutschland sei wieder Ziel von sehr vielen Migranten, heißt es in dem Text, "wir erleben jetzt wieder, dass wir auf diese Migration im Grunde nicht vorbereitet sind". Die Rede ist von "überforderten Kommunen", und "fehlenden Unterkünften", beklagt wird auch, dass es "kein Konzept für eine gelungene Integration oder die konsequente Rückführung von Geflüchteten in ihre Heimat" gebe. Die Debatte darüber müsse von "Menschlichkeit und Empathie geprägt sein, aber ohne Blauäugigkeit und das Verschweigen von Problemen".

Deutsche Migrationspolitik blauäugig, Probleme, die verschwiegen werden? Das sind Töne, die man so aus dem grünen Kosmos selten hört. Bei den "Vert Realos" handelt es sich um einen Zusammenschluss grüner Realpolitiker, darunter viele Veteraninnen und Veteranen der Partei: Die ehemalige Chefin der Europafraktion der Grünen, Rebecca Harms, gehört dazu, der frühere Fraktionschef im Bundestag, Rezzo Schlauch, die Ex-Staatssekretärin Uschi Eid und Eva Quistorp, Mitbegründerin der Grünen. Auch der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer hat das Memorandum unterschrieben.

Deutschland sei faktisch seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland, betonen die Autorinnen und Autoren. Es gebe aber kein klares Integrationskonzept, die Migrantinnen und Migranten "wissen nicht, was von ihnen erwartet wird". Grüne Migrationspolitik müsse sich an den Regeln der freiheitlich demokratischen Grundordnung orientieren - etwa der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Trennung von Staat und Religion. Der "schleichenden Erosion dieser

Memorandum zu Migration versetzt Grüne in Unruhe Eine Gruppe Realpolitiker mit Boris Palmer rührt mit
Thesenpapier an Tabus - und erntet Kritik

Werte unter dem Banner einer falschen Toleranz" gelte es "entschieden entgegenzutreten". Es sei zudem ein Unterschied zu machen "zwischen Asylbewerbern, Kriegs- und Katastrophenflüchtlingen und Menschen, die ein vor allem wirtschaftlich besseres Leben suchen". Die Gewährung von Asyl setze voraus, "dass die Asylbewerber beim Aufnahmeverfahren mitwirken" und "ihre Herkunft nicht verschleiern und nicht straffällig werden", heißt es weiter. Ansonsten ver falle "das Asylrecht und damit das Aufenthaltsrecht, was auch eine (möglichst zügige) Abschiebung nach sich ziehen" müsse.

Die Gruppe "Vert Realos" existiert seit 2020, viele ihrer Mitglieder haben Palmer beigestanden, als er vom Landesvorstand der Grünen in Baden-Württemberg aus der Partei gedrängt werden sollte. Die Mitgliedschaft des erfolgreichen Kommunalpolitikers ruht nach einem Vergleich vor dem Landesschiedsgericht der baden-württembergischen Grünen noch bis Ende des Jahres. In dem Papier der "Vert Realos" gibt es deshalb einen Subtext: Boris Palmer ist in die parteiinterne Debatte wieder eingebettet. Dem Fernsehsender WELT sagte Palmer, man wolle in der Gruppe der rund 30 Realos durchaus Kontrapunkte zu linksdogmatischen Positionen setzen. Das Memorandum sei ein Debatten-Beitrag, sich mit der Lage der Kommunen zu befassen. Parteichef Nouripour wies am Montag darauf hin, dass er in regem Kontakt zu grünen Kommunalpolitikern stehe. Der Flüchtlingsgipfel habe in der vergangenen Woche keine greifbaren Ergebnisse gebracht, da müsse man nun zurande kommen.

Während Nouripour eine klare Positionierung zum Memorandum vermied, läuft die Diskussion in der Partei auf Hochtouren. Dass Palmer bei dem Papier mit von der Partie ist, stößt - erwartbar - manchen sauer auf. So kritisierte der Bundestagsabgeordnete Julian Pahlke aus Niedersachsen auf Twitter, wenn "Palmer irgendwo einen Brief unterzeichnet, unterschreibt man nicht mit. Grundregel." Den Verfassern hielt er "abgegriffene Konzepte" vor, ihre Ideen seien "fachlich falsch". Der grüne Oberbürgermeister aus Hannover, Belit Onay, beklagte gar "eine toxische Grundhaltung in der Migrationsdebatte". Die Aussagen trafen seiner Einschätzung nach nicht auf breite Unterstützung in der Partei, sagte er der Funke-Mediengruppe. Auch der Altlinke Jürgen Trittin langte zu und verglich die Vert Realos mit der rechtskonservativen Werte-Union. Beide Gruppen lieferten "Steilvorlagen für die Konkurrenz", schrieb er auf Twitter.

Während aus Niedersachsen Gegenwind kam, äußerte sich Franziska Schubert, Fraktionschefin der Grünen im Sächsischen Landtag und Mitglied des Parteirats, eher zugewandt. Das Papier sei zwar zugespitzt, jedoch "ein Beitrag zur dringend notwendigen Debatte". Wer Probleme "komplett wegwischt, entfernt sich von der Aufgabe guter Politik". Der Versuch, das Memorandum über einen Kontaktschuldvorwurf auszubrem sen, nach dem Motto "Wir sind die Guten, Palmer ist böse", scheint damit misslungen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 20, 2023

Gipfel der Frustration; Die Resultate des "Spitzengesprächs" bei Innenministerin Faeser zur Migrationskrise bleiben weit hinter den Erwartungen der Kommunen zurück

Die Welt

Freitag 17. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 35

Length: 1238 words

Byline: Ricarda Breyton

Marcel Leubecher

Body

Bis zuletzt gab es Verwirrung um den richtigen Begriff. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) lade zu einem "Spitzengespräch" ein, nicht zu einem "Gipfel", sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Mittwoch. Zuvor hatten zahlreiche Politiker von einem "**Flüchtlingsgipfel**" gesprochen, um das hochkarätig besetzte Treffen am Donnerstag zu bezeichnen. Selbst das Bundesinnenministerium verwendete in seiner Einladung die Formulierung. Andere sprachen von einem "**Migrationsgipfel**".

Die Unterscheidung ist bedeutsam, weil es zeigt, um was es aus Sicht der Bundesregierung offenbar geht. Nämlich nicht um einen Gipfel auf höchster Ebene, wie es die oppositionelle Unionsfraktion im Bundestag und kommunale Spitzenverbände gefordert hatten. Der Bundeskanzler hätte viel stärker auf die finanziellen Forderungen der Kommunen eingehen können, was die Bundesinnenministerin nicht kann.

Ein Gipfel mit Scholz hätte außerdem das Signal gesendet, dass die Regierung die aktuellen Migrationsbewegungen als nationale Herausforderung ansieht, die von mehreren Ressorts gemeinsam gestemmt werden müssen. Stattdessen überließ es der Kanzler seiner Innenministerin, sich die Klagen der Kommunen und der Unionsinnenminister anzuhören.

Zuerst machte Finanzstaatssekretär Werner Gatzert laut Teilnehmerangaben deutlich, dass es keinen Spielraum gebe für weitere finanzielle Zusagen des Bundes im Moment. Der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Hans-Eckhard Sommer, und Bundespolizei-Präsident Dieter Romann führten aus, wie sich die Migrationsbewegungen entwickeln. Die Dramatik verschärfe sich offenbar, sagte im Anschluss ein Teilnehmer. Neben den Zugang über den Westbalkan nehme auch die Zuwanderung über Belarus wieder zu. Mehrere Unionsinnenminister kritisierten in der anschließenden Debatte dem Vernehmen nach die Weiterreise

Gipfel der Frustration Die Resultate des "Spitzengesprächs" bei Innenministerin Faeser zur Migrationskrise bleiben weit hinter den Erwartungen der Kommunen zurü....

unregistrierter Migranten innerhalb der EU. Der Deutsche Landkreistag sagte, dass er sich ein Signal zum Thema Rückführungen erwarte. "Die ganze Sache hier läuft unter 'munterer Austausch', das hilft uns aber nicht weiter, weil nichts beschlossen wird", sagte ein Landesvertreter. An eindrücklichen Hinweisen auf die Verschärfung der Lage mangelte es nicht. Alleine im Januar waren 29.000 Asylerstanträge gestellt worden - mehr als Anfang 2015 und mehr als doppelt so viele wie im Januar des Vorjahres.

Anders als bei Gipfeln, bei denen wirklich etwas bewegt wird, üblich, gab es im Vorfeld auch keinerlei konkreten Beschlussentwürfe. Zwar tauschen sich Vertreter der kommunalen Spitzenverbände regelmäßig über die Migrationslage mit Vertretern der Ministerin aus. Allerdings sei mit Blick auf den Gipfel inhaltlich nichts Konkretes vorbesprochen worden, hieß es in den Tagen zuvor. So war möglich geworden, dass die Teilnehmer bis kurz vor dem Gipfel höchst unterschiedliche Erwartungen formulierten - von mehr Geld für die Kommunen über bessere Unterstützung bei den Integrationsleistungen hin zu einer deutlich besseren Steuerung der Migration. Eine Einigung erschien so schon im Vorfeld kaum möglich. Mehrere Teilnehmer stellten im Anschluss die Frage, ob das Treffen nicht besser hätte vorbereitet werden können.

So hatte Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistags und selbst CDU-Landrat in Schleswig-Holstein, gefordert, dass der Bund "sofort, ab dem nächsten Treffen mit uns, garantieren" müsse, "dass sämtliche flüchtlingsbedingten Kosten nicht auf der kommunalen Ebene hängen bleiben". Außerdem müsse die irreguläre Zuwanderung "drastisch gedrosselt, besser gestoppt" werden. Es finde sich schlicht kein Personal mehr. Folgt man der Logik des Landkreistags, können die Kommunen die Zuwanderung nicht steuern, dies sei Sache des Bundes. Folglich seien sie auch nicht in der Verantwortung, die Lasten zu tragen.

Aus einem CDU-geführten Innenministerium hieß es, man erwarte nichts weniger als einen "Neustart der Migrationspolitik". Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) führte später aus, dass sich das "Mindset in Berlin" ändern müsse. Zuletzt hatte der Bund vor allem Gesetze auf den Weg gebracht, die die Bleibemöglichkeiten für Migranten in Deutschland erweitern. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Rückführungsoffensive steht allerdings noch aus. Das Bundesinnenministerium hatte die Verantwortung auch an die Länder delegiert: Diese seien für Abschiebungen zuständig, sagte Faeser vor dem Treffen. Die Bundesregierung wolle aber bald Migrationsabkommen mit Herkunftsländern schließen, "auch um mehr Rückführungen durchführen" zu können.

"Ich war etwas überrascht, das die Bundesregierung keine Sofortmaßnahmen verkünden konnte", sagt Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) WELT. "Nämlich dass der Bund die Kosten für die Migranten zunächst vollständig übernimmt, wie das 2017 der Fall war. Das wurde vom Finanzministerium rüde zurückgewiesen." Landkreistag-Präsident Sager machte nach dem Treffen keinen Hehl aus seiner Enttäuschung: Nach dem Austausch zeige sich, dass es "gut gewesen" wäre, wenn "der Herr Bundeskanzler dabei gewesen wäre". Mit einer "echten Kehrtwende in der Migrationspolitik" müsse sich Deutschland "uneingeschränkt dem Schutz der EU-Außengrenzen verschreiben" und irreguläre Weiterreisen innerhalb Europas nach Deutschland begrenzen. "Wir haben kommunal keine Möglichkeit zu entscheiden, wie viele Leute zu uns kommen. Das macht der Bund." Dass ein zentrales Ergebnis des Gipfels sei, dass man sich in Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Migrationsthemen austausche, sei ernüchternd, monierte ein anderer Teilnehmer.

Die von Faeser nach dem Gipfel angekündigten Arbeitsgruppen zu den Themen Unterbringung, Entlastung der Ausländerbehörden sowie Integration und Begrenzung irregulärer Migration sollen bis Ostern "konkrete Ergebnisse" liefern; erstmals sollen sich Bund, Länder und Kommunen über alle drei Ebenen sehr strukturiert austauschen. Allerdings wird es bei diesen Arbeitsgruppen wahrscheinlich vor allem darum gehen, Prozesse zu vereinfachen. So könnte etwa das Ausländerrecht überarbeitet werden, was es den Ausländerbehörden erleichtern könnte, schneller über Aufenthaltsrechte zu entscheiden. Dass damit die Bewegung nach Deutschland reduziert wird, ist nicht zu erwarten.

Für letztere Aufgabe ist der neue Sonderbevollmächtigte für Migrationsabkommen zuständig, Joachim Stamp (FDP). Der betrieb nach dem Gipfel allerdings ebenfalls Erwartungsmanagement: Jedes solche Abkommen brauche einen erheblichen zeitlichen Vorlauf. Außerdem seien wichtige Herkunftsländer wie Syrien oder Afghanistan davon nicht erfasst, weil man mit den dortigen Machthabern nicht verhandeln könne.

Gipfel der Frustration Die Resultate des "Spitzengesprächs" bei Innenministerin Faeser zur Migrationskrise bleiben weit hinter den Erwartungen der Kommunen zurü....

Migrationsexperte Gerald Knaus sagte nach dem Gipfel, dass derartige Abkommen vor allem mittelfristig für Entlastung sorgen könnten. "Im letzten Jahr haben mehr als 1,1 Millionen Menschen in Deutschland Schutz bekommen. Das ist die größte Gruppe seit den 40er-Jahren." Zugleich seien nur etwa 50.000 Schutzgesuche in erster Instanz abgelehnt worden. "Diejenigen, die auch nach einer Berufung ausreisepflichtig bleiben, könnte man theoretisch abschieben. Das wäre eine Verdreifachung der Abschiebezahlen des letzten Jahres. Das würde aber an der Überforderung der Kommunen kurzfristig wenig ändern." Die Migrationsabkommen sollen laut Knaus dazu führen, "dass sich in Zukunft weniger Menschen auf den Weg machen und dass die Rückführung von Straftätern und Gefährdern kurzfristig besser gelingt".

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Friedrichshafen am Bodensee: Migranten Anfang Februar in einer Sporthalle, die zur Notunterkunft umfunktioniert wurde

Load-Date: February 16, 2023

End of Document

Das "Denunziationsgesetz" versetzt Schweden in Aufruhr; Ärzte und Lehrer sollen illegale Zuwanderer melden

Die Welt

Montag 6. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 215

Length: 819 words

Byline: Johanna Sahlberg

Body

Ich bin Arzt, kein Grenzpolizist" steht auf dem Plakat, das bei einer Demonstration Mitte September im schwedischen Göteborg in die Höhe gehalten wird. Tausende Menschen hatten sich versammelt, um gegen die im Volksmund als "Denunziationsgesetz" bezeichnete Regelung zu protestieren. Wird das Gesetz verabschiedet, könnten Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, also etwa Krankenschwestern, Lehrer, Sozialarbeiter und Bibliothekare verpflichtet werden, Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung der Migrationsbehörde zu melden. In Schweden ist nun eine Debatte über die Frage entbrannt, ob das Land sich damit in einen Denunziantenstaat wie einst die DDR verwandelt.

Die konservative Regierung und ihre rechtsnationale Unterstützerpartei, die Schwedendemokraten, sprechen im Zusammenhang mit dem Gesetzesentwurf von einer "Informationspflicht". Er ist Teil ihrer neuen, strengen Migrationspolitik. Obwohl die Regelung derzeit noch geprüft und frühestens im Sommer 2024 vorgelegt wird, haben fast 5000 Berufstätige aus dem Gesundheitswesen auf einer Website anonym zu Protokoll gegeben, dass sie Patienten niemals anzeigen würden, selbst wenn das Gesetz in Kraft treten sollte. Ludvig Aspling, Sprecher für Migrationspolitik der Schwedendemokraten, weist die Bedenken zurück. Er unterstreicht, dass das Gesetz sich nicht gegen anerkannte Asylbewerber richtet. "Es geht um Migranten, die keine Schutzgründe haben, die sicher zurückkehren können. Dann gibt es keinen Grund, in Schweden zu bleiben", sagte er WELT. "Die Informationspflicht allein wird das Problem mit der recht verbreiteten Schattengesellschaft in Schweden nicht lösen, aber sie ist ein Teil des Puzzles", meint Aspling. Im September schätzte Migrationsministerin Maria Malmer Stenergard die Zahl der Menschen, die ohne Genehmigung in Schweden leben, auf rund 100.000 Personen.

LO, eine in Schweden einflussreiche Dachorganisation von 16 Gewerkschaften mit engen Verbindungen zur sozialdemokratischen Partei, betrachtet den Gesetzesentwurf als Angriff auf die Demokratie. Die Vorsitzende Susanna Gideonsson sagte WELT, dass die Geschichte zeige, dass Denunziation die Bürger letztlich gegenüber allem und jedem misstrauisch mache. Die Gewerkschaftschefin ist überzeugt, dass die Informationspflicht Schwedens Problem mit der sogenannten Schattengesellschaft nicht lösen würde - im Gegenteil. "Diejenigen, die derzeit im Schatten leben, werden sich noch weiter dorthin zurückziehen." Es sei selbstverständlich, dass man

Das "Denunziationsgesetz" versetzt Schweden in Aufruhr Ärzte und Lehrer sollen illegale Zuwanderer melden

öffentliche Stellen meiden würde, wenn man Gefahr lief, gemeldet zu werden. Wie viele andere Schweden ist die Gewerkschafterin überzeugt, dass für ihr Land nun viel auf dem Spiel steht: "Es geht darum, was für eine Gesellschaft wir möchten. Was soll als Nächstes denunziert werden?"

Schwedendemokrat Aspling weist die Sorgen zurück. Seiner Einschätzung nach würden Ärzte oder auch Lehrer in der Praxis ohnehin nur selten direkt mit der Informationspflicht befasst sein. Der Wohlfahrtsstaat sei stark digitalisiert. "Wenn man mit einer Person ohne Aufenthaltstitel in Kontakt kommt, wird hoffentlich in den meisten Fällen eine automatische Benachrichtigung an die Migrationsbehörde geschickt." In Schweden bekommen Asylbewerber eine Karte zugeteilt, von der Behörden und das Gesundheitswesen entsprechende Daten abrufen können.

In einem Regierungstext zum geplanten Gesetz heißt es, dass ein gewisses Maß an Eingriffen in die Privatsphäre der Bürger akzeptabel sei, um unerlaubte Aufenthalte in Schweden zu verhindern. Derzeit wird allerdings geprüft, ob für "besonders empfindliche" Fälle Ausnahmen zugelassen werden sollten, zum Beispiel im Bereich des Gesundheitswesens oder der Schulen. Welche Fälle darunter fallen könnten, ist bisher noch unklar. Aspling sieht diesen Punkt jedoch kritisch: "Ein Problem in Schweden ist, dass es in der Migrationsgesetzgebung oft sehr, sehr viele Ausnahmen gibt, die dazu führen, dass mehr Menschen von der Ausnahme als von der Hauptregel erfasst werden." Ebenfalls geprüft werden derzeit noch die möglichen Konsequenzen, sollten sich Angestellte des öffentlichen Dienstes weigern, Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung zu melden.

"Das Denunziationsgesetz oder die Informationspflicht werden das Vertrauen in die Gesellschaft ruinieren", fürchtet Gideonsson. "Im schlimmsten Fall bedeutet es, dass die Menschen in jedem Sinne ihre Türen verschließen und sich aus Angst vollkommen ins Private zurückziehen." Aspling sieht das anders. "Es ist das System, das wir jetzt haben, das das Vertrauen in die Gesellschaft zerstört", kritisiert er. Niemand solle darauf vertrauen dürfen, in Schweden illegal leben zu dürfen. "Das Vertrauen sollte in der Durchsetzung der Regeln liegen, dass das System funktioniert und dass diejenigen, die nicht das recht haben, hier zu sein, auch wieder gehen müssen", sagt er. Der Streit um die Zukunft des schwedischen Wohlfahrtsstaats hat gerade erst begonnen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 6, 2023

47 Kinder eingeschult, 34 mit Migrationshintergrund; Die Stadt Burg in Sachsen-Anhalt gelangt an die Grenze der Aufnahmefähigkeit: Politiker von links bis rechtsaußen haben einen Hilferuf an den Kanzler gerichtet. Ein Besuch

Die Welt

Donnerstag 5. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 193

Length: 1501 words

Byline: Nikolaus Doll

Body

Seit zweieinhalb Monaten wartet Philipp Stark nun auf eine Antwort von Olaf Scholz (SPD), irgendeine Reaktion aus dem Bundeskanzleramt auf seinen Hilferuf. Aber der Kanzler schweigt - und Stark hat eingesehen, dass das wohl so bleiben wird. Der Bundeskanzler reagiere nicht auf Briefe, wenn die in die Öffentlichkeit getragen wurden, habe man ihm bedeutet.

Also müssen Bürgermeister Stark, der Stadtrat und die Bürger der Stadt Burg in Sachsen-Anhalt selbst zusehen, wie sie die Herausforderungen durch den Zuzug von Migranten stemmen und weiter mit dem Landkreis und der Landesregierung über die Verteilung der Lasten debattieren. 23.600 Einwohner hat Burg, der Ausländeranteil liegt inzwischen bei fast zehn Prozent. Man sei "immer mehr an die Grenze der Aufnahmefähigkeit gelangt", hatten Bürgermeister Stark (parteilos) und der Vorsitzende des Stadtrats, Markus Kurze (CDU), in ihrem Brief vom 20. Juli an den Kanzler geschrieben. Sie hatten gewarnt, dass die Akzeptanz der Einwohner für die Asylpolitik der Bundesregierung "nach dem Motto ‚weiter so‘ besorgniserregend schwindet". Eine klare Mehrheit im Stadtrat hatte diesen Brief mitgetragen, Städräte von CDU und SPD, den Grünen, der FDP, auch der Linken und der AfD.

Was die Menschen in Burg sorgt, ist die Überforderung der kommunalen Einrichtungen, dass nur noch für das Allernötigste Geld da ist - und manchmal nicht mal das, wie das Beispiel des maroden Feuerwehrhauses zeigt, über dessen längst fälligen Neubau mit Landkreis und Land gestritten wird. Weil die Stadt, die 2023 schätzungsweise mit einem Haushaltsdefizit von 3,4 Millionen Euro abschließen wird, immer mehr Flüchtlinge aus der Ukraine und Asylbewerber versorgen muss. Viele treibt aber noch etwas anderes um. "Seit 2017 hat sich der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Burg verdoppelt. Von fünf auf zehn Prozent. In der Wahrnehmung von einigen Bürgerinnen und Bürgern verändert sich das Stadtbild", sagt Bürgermeister Stark. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Sachsen-Anhalt lag 2022 bei 7,4 Prozent, das

47 Kinder eingeschult, 34 mit Migrationshintergrund Die Stadt Burg in Sachsen-Anhalt gelangt an die Grenze der Aufnahmefähigkeit: Politiker von links bis rechts....

ist ein sprunghafter Anstieg. Von 2018 bis 2021 stieg die Quote von 4,9 auf 5,6 Prozent. Bundesweit lag Anteil ausländischer Bevölkerung etwas über 14 Prozent.

"In der Bürgermeistersprechstunde reden die Leute darüber, es gibt vereinzelt Frauen, die sagen, dass sie sich zu später Stunde nicht mehr trauen, durch die Schartauer Straße zu laufen", erzählt er. "Ob das berechtigt ist, sei dahingestellt, es ist aber ein Thema, welches vermehrt an mich herangetragen wird." Die Polizei sagt zwar, statistisch gesehen habe es im Vergleich zum Vorjahr weniger strafrechtlich relevante Vorkommnisse gegeben. Das Gefühl einiger aber ist ein anderes.

Ein Dienstag auf dem Magdalenen-Platz im Ortskern. Bürgermeister Stark kommt kaum dazu, ein paar Sätze zu sprechen, ständig wird er begrüßt, wechselt er ein paar Worte. Man kennt sich. Der Magdalenen-Platz ist die gute Stube Burgs, fein gepflastert, umrahmt von üppigem Blumenschmuck und nachts beleuchtet von schmucken Laternen. In der Mitte thront ein kleiner Uhrenturm. Ein Idyll. So wirkt es jedenfalls. Die Menschen in Burg nennen die Haupteinkaufsstraße liebevoll den "Boulevard". Am Platz gibt es ein Café und einen Bäcker, auf den Bänken sitzen ein paar Männer in der Sonne mit ihren Kaltgetränken, sie sprechen Ukrainisch oder Russisch. Daneben unterhält sich eine größere Familie auf Arabisch. Auf dem Boulevard hasten derweil geschäftig Menschen entlang. Es gibt neben den üblichen Ladenketten viele Mode-Geschäfte, den Goldschmied Reich, einen Lottoladen, Fleischer, Banken und die Sparkasse. Es gibt "Deko Hellwig", "Beyroth Optik" und "Die Gardine". Daneben dicht an dicht ein Buchladen, Fahrradladen, ein Hörgeräteladen, ein Elektrogeräteladen. Kaum eines der Häuser auf dem Boulevard, das im Erdgeschoss kein Geschäft hat. Das Angebot, die Ladenvielfalt, die Einkaufsmöglichkeiten sind gut für eine Kleinstadt. Niemand muss in die nahe Landeshauptstadt, um Dinge des täglichen Bedarfs zu kaufen.

Die Leute in Burg tun es natürlich trotzdem regelmäßig, man wolle ja auch mal in die Großstadt, erzählt Heiko Jerkowski, SPD-Mann und Vorsitzender der Bunten-Fraktion im Stadtrat, der mit SPD, Linken, den Grünen und Freien Wählern größten. Jerkowski hat alles erlebt in Burg, was ein Zeitgenosse erleben kann: die DDR, die Wende, die Turbulenzen der Nachwendezeit und die zwischenzeitlich "knospenden Landschaften", wie er sagt. Er geht beim Rundgang mit dem Bürgermeister an den prächtigen Gründerzeithäusern und Jugendstilfassaden an der Schartauer vorbei und erklärt, was man auf den ersten Blick nicht sieht oder leicht übersieht.

"Alte, eingesessene Geschäfte verschwinden, es gibt zunehmend Leerstand. Wo einst inhabergeführte Traditionsäden waren, sind nun Döner-Läden und Barber-Shops", sagt Jerkowski. Da drüben Geflügel Richter: seit 1. Oktober geschlossen. Das Café daneben: "Macht zu, kein Nachfolger", so Jerkowski. Der Radladen die Straße runter: "Macht zu, auch kein Nachfolger." So geht das in einem fort. "Diese Veränderung bewegt die Menschen. Die fragen sich, wie geht das weiter, wie wird die Zukunft? Ob das noch ihre Stadt ist", sagt Jerkowski. "Seit Corona hinterfragen die Menschen hier viele Dinge ganz anders."

Dafür machen neue Geschäfte auf. Das, in dem Anas al-Hasan arbeitet zum Beispiel. In den Auslagen vor dem Laden liegen frische Oliven und Pistazien, so wie man sie gepflückt hat. "Internationale Lebensmittel - Al Salam" heißt der Laden. Vor einem Jahr hat er aufgemacht. Al-Hasan ist Syrer, seit sieben Jahren ist er in Deutschland. "Deutsche kaufen hier nicht ein. Wir haben hier wohl nicht das, was sie suchen", sagt er und lacht. Die Shisha-Bar "Anubis" ein paar Häuser weiter kommt auch ziemlich exotisch daher. "Aber wir haben hier nur deutsche Kunden, praktisch keine Migranten", sagt der Barkeeper. "Das liegt wohl daran, dass wir hier Alkohol ausschenken."

Viele der Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber werden im Süden der Stadt untergebracht, in alten Plattenbau-Siedlungen. Dort gibt es freie Wohnungen. Menschen aus der Ukraine, Afghanistan, Syrien, dem Irak oder aus afrikanischen Ländern leben dort. In der Grundschule Burg-Süd wurden im September 47 Kinder eingeschult, 34 von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Es gibt Sprachprobleme, die Stadt hat nicht die Mittel, die nötigen Betreuer einzustellen. Die einheimischen Eltern beschäftigt das.

Auf der Schartauer Straße ist zu sehen, wie Zuwanderer und ihre Nachkommen auch zu Unternehmern werden, Geschäfte eröffnen - beginnen, das Stadtbild mitzuprägen. Eigentlich wäre das eine gute Nachricht. Aber Burg ist naturgemäß nicht vergleichbar mit Berlin, Bochum, dem schwäbischen Backnang, Städten also, in denen es seit Jahrzehnten große ausländische Bevölkerungsgruppen gibt. "In den alten Bundesländern gab es schon immer

47 Kinder eingeschult, 34 mit Migrationshintergrund Die Stadt Burg in Sachsen-Anhalt gelangt an die Grenze der Aufnahmefähigkeit: Politiker von links bis rechts....

Migration, angefangen hat es mit den Gastarbeitern. Wir haben dagegen wie in einer Blase gelebt", sagt Heiko Jerkowski. "Zu DDR-Zeiten hatten wir keinen Kontakt zu den Vertragsarbeitern aus Vietnam oder Cuba sowie den sowjetischen Soldaten. Das sollte bei der gesamten Betrachtung mit berücksichtigt werden." Aber die stark steigenden Migrantenzahlen lassen wenig Zeit für Gewöhnung, nur für Krisenmanagement. Und so sehen viele in Burg nur eins, gerade wenn sie den Westteil des Boulevards entlanglaufen: dass sich dort Thai-Textilgeschäfte, -Lokale und Massagesalons neben Barber-Shops und Döner-Imbissen aneinanderreihen, dass es immer weniger alteingesessene Geschäfte gibt.

Die Entwicklung hat auch, aber nicht nur mit Migration zu tun, da kommt vieles zusammen. "Die Veränderung der Innenstadt hat viele Gründe. Die Geschäftsinhaber finden keine Nachfolge, kein Personal, die Umsatzzahlen sind durch ein anderes Konsumentenverhalten, unter anderem aufgrund des Online-Handels zurückgegangen. Somit schließen Geschäfte ", sagt Bürgermeister Stark. "Die Veränderung der Innenstadt ist ein zentrales Thema für mich. Wir nehmen am Bundesprogramm ‚Zukunftsfähige Innenstädte‘ teil, dabei geht es auch darum, wie man Menschen integriert." Die steigenden Migrationszahlen sind also einer der Treiber der Veränderung - einer, der von vielen Menschen derzeit als prägend angesehen wird.

Ashwaq Al-Obaidi ist aus Bagdad, sie lebt seit 25 Jahren in Deutschland. Die 55-Jährige spricht fließend Deutsch, ist seit 2007 selbstständig und sagt: "Ich finde es schade, dass hier in Burg so viele eingesessene Geschäfte geschlossen haben." Ashwaq Al-Obaidi hat einen Döner-Imbiss in der Schartauer Straße. "Den ersten in der Stadt", wie sie betont. "Ich habe überwiegend deutsche Kunden, man kennt mich hier in Burg", erzählt sie. In ihrem Imbiss sitzt ihr neuer Mitarbeiter mit einer Lehrerin und bekommt Nachhilfe - in Deutsch. Sie selbst wurde vom Land für ihre Initiative bei der Integration von Migranten ausgezeichnet. Ein Stück den Boulevard hinunter hängt in einem leeren Schaufenster ein Pappschild: "Hier eröffnet ein Döner-Laden."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Burg in Sachsen-Anhalt verändert sich. Ein Döner-Imbiss gehört Ashwaq Al-Obaidi. Sie kam vor vielen Jahren aus Bagdad

Load-Date: October 5, 2023

Dieser Plan könnte nach hinten losgehen

Die Welt

Dienstag 2. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 84

Length: 338 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Die Ampel-Regierung will in den Verhandlungen für die seit Jahren angekündigte und für das nächste Jahr anvisierte EU-Asylreform dafür eintreten, dass Deutschland mehr Asylsuchende legal aufnimmt. Im Gegenzug soll aber die unerlaubte, aber kaum behinderte Weiterwanderung aus anderen EU-Ländern in die Bundesrepublik reduziert werden. Das ist im Prinzip eine gute Idee. Sie gleicht der Position der alten Bundesregierung in den Verhandlungen für eine Reform des EU-Asylsystems, die auch damals immer "kurz vor dem Durchbruch" standen.

Aber es sieht ganz danach aus, als könne die Sache am Ende aus deutscher Sicht nach hinten losgehen. Falls es nämlich schlecht läuft - wie so oft aus deutscher Perspektive, wenn es um die Einhaltung der gemeinsamen EU-Vorgaben geht - , könnte die Bundesrepublik bald die legalen Flüchtlingsflüge aus Südeuropa stark aufstocken, aber trotzdem weiterhin für die meisten illegal Weiterziehenden zuständig werden.

Denn schon im geltenden EU-Asylsystem gilt, dass die meisten ankommenden Schutzsuchenden wieder in den zuständigen Staat zurückgebracht werden müssen. Wenn das sechs Monate lang nicht gelingt, wird Deutschland zuständig. Das bedeutet: Asylverfahren hier, und unabhängig vom Ausgang meist dauerhafter Verbleib. Die Ampel setzt sich dafür ein, diese Überstellungsfrist auf zwölf Monate auszudehnen. Das wäre ein Fortschritt. Aber echte Sanktionen gegen die unerlaubt Weitergezogenen, etwa einen ausschließlichen Bezug von Sachleistungen bis zur Rückkehr, schlägt die Ampel nicht vor. Auch nicht Maßnahmen gegen Staaten, die die Rücküberstellung erschweren - Italien etwa nimmt aktuell niemanden zurück. Falls also künftig ein Flüchtling illegal weiterzieht, müsste er statt aktuell in der Regel sechs Monate künftig zwölf Monate warten, bis das Verfahren auf Deutschland übergeht.

So wird der Öffentlichkeit - wie schon seit Langem - weiter suggeriert, dass die Lösung des Migrationsproblems unmittelbar bevorsteht.

marcel.leubecher@welt.de (marcel.leubecher@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Dieser Plan könnte nach hinten losgehen

Load-Date: May 1, 2023

End of Document

"Diese Migration wollen wir nicht"; FDP-Generalsekretär Djir-Sarai fordert, dass Asylbewerber nur noch Sachleistungen erhalten. Zudem plädiert er für ein Ende des Bundesaufnahmeprogramms für Afghanen

Die Welt

Freitag 23. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 120

Length: 1250 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Heute will die Ampel-Koalition im Bundestag das Fachkräfte-Einwanderungsgesetz beschließen. FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai, 47, sagt, wie er sich die künftige **Migrationspolitik** vorstellt.

WELT:

Herr Djir-Sarai, die Ampel will mit dem Fachkräfte-Einwanderungsgesetz auch das Aufenthaltsgesetz ändern. Der Zuzug von Ausländern soll künftig nur noch "gesteuert" werden - nicht mehr "begrenzt". Ist das der Paradigmenwechsel in der **Migrationspolitik**, den die Koalition angekündigt hat?

Bijan Djir-Sarai:

Mein Eindruck ist, dass unser Land weltoffen und tolerant ist. Die Menschen wollen aber zu Recht wissen, wer zu uns kommt. Und sie wollen, dass der Zuzug nach rechtsstaatlichen Kriterien erfolgt. Einwanderungsländer wie Kanada und Australien machen es vor: Sie wollen Migration in den Arbeitsmarkt. Aber sie wollen keine Migration in die soziale Sicherung. Das ist auch unser Credo - irreguläre Migration bekämpfen und zugleich die legale Einwanderung in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Ich erwarte also, dass wir nicht nur über Steuerung und Kontrolle reden, sondern auch darüber, wie irreguläre Migration verhindert werden kann. Die Beschlüsse der Ministerpräsidenten mit dem Kanzler aus dem Mai gehen in die richtige Richtung. Die Einigung der EU-Innenminister würde ich als historisch bezeichnen. Das ist ein Erfolg der Regierungskoalition, den ihr niemand zugetraut hätte.

Der Kanzler beklagt, dass viele Menschen nach Deutschland weiterziehen. Haben Sie eine Erklärung dafür?

Deutschland ist für viele besonders attraktiv, weil sie hier vom hohen Sozialstandard profitieren. Ich sage ganz klar: Diese Migration wollen wir nicht. Deswegen wäre es aus meiner Sicht richtig, Pull-Faktoren abzuschaffen, indem

"Diese Migration wollen wir nicht" FDP-Generalsekretär Djir-Sarai fordert, dass Asylbewerber nur noch Sachleistungen erhalten. Zudem plädiert er für ein Ende de....

Asylbewerber keine finanziellen Mittel mehr erhalten, sondern nur Sachleistungen zur Verfügung gestellt bekommen.

Woran scheitert eine solche Umstellung auf Sachleistungen bislang?

Teile der Koalition haben in dieser Frage eine andere Auffassung. Das betrifft auch die Einstufung weiterer sicherer Herkunftsländer. Wir wollen beispielsweise, dass Georgien und Moldau als sicher klassifiziert werden. Das würde die irreguläre Migration direkt um zehn Prozent reduzieren. Diese beiden Länder wollen ihrerseits mit uns kooperieren. Lediglich ein Koalitionspartner stellt sich quer. Ich halte das für ein großes Problem.

Auf beschleunigte Asylverfahren für Moldau und Georgien hatten sich die Ministerpräsidenten mit dem Kanzler im Mai geeinigt. Jetzt blockieren die Grünen?

Die Grünen müssen zur Kenntnis nehmen, dass bei dem Thema jetzt konkrete Ergebnisse erreicht werden müssen. Wenn es nach uns als FDP ginge, könnten auch die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer eingestuft werden. Auch das scheitert derzeit am Koalitionspartner. Die Grünen müssen aufpassen, dass sie nicht den Bezug zur Realität verlieren.

Die Ampel hat gerade einen Spurwechsel für bestimmte Asylbewerber im Verfahren vereinbart. Seit Anfang des Jahres gibt es ein "Chancen-Aufenthaltsrecht" für einen Teil der abgelehnten Asylbewerber. Senden Sie damit das Signal, dass man in Deutschland auch als Nicht-Schutzberechtigter Fuß fassen kann?

Die FDP hat dem Spurwechsel nur mit einem Stichtag zugestimmt. Die befürchteten Pull-Effekte werden also nicht eintreten. Im Übrigen sendet die gemeinsame europäische Einigung, die die Innenminister Anfang Juni erreicht haben, eine klare Botschaft: Das Asylrecht garantiert, dass politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge in Europa Schutz finden. Aber wer unseren Schutz nicht braucht, dem sagen wir ganz klar: Es bringt nichts, hierherzukommen. Weitere Schritte müssen natürlich folgen. Aber bis dato hat diese Koalition in Sachen Migration schon jetzt mehr erreicht als ihre Vorgänger.

Keinen großen Unterschied zur Vorgängerregierung gibt es bei den Abschiebezahlen, rund 12.000 waren es im vergangenen Jahr. Dabei hatte die Koalition eine "Rückkehroffensive" angekündigt. Wird es dazu so schnell nicht kommen?

Es ist nach wie vor komplex. Wir brauchen Migrationsabkommen, damit Rückführungen funktionieren. Wir brauchen eine Ausweitung der Einstufung von sicheren Herkunftstaaten. Wir brauchen aber auch die Kooperation der Bundesländer, die ja für Rückführungen zuständig sind. Sie sehen an Nordrhein-Westfalen, dass die Zahl der Abschiebungen massiv gesunken ist, seit dort nicht mehr Schwarz-Gelb, sondern Schwarz-Grün regiert. Wenn der politische Wille und der Instrumentenkasten da sind, können wir irreguläre Migration bekämpfen, und zwar am besten schon an der Außengrenze der Europäischen Union.

Finden Sie es richtig, dass sich die Innenministerin in den nun anstehenden Verhandlungen mit Europäischen Parlament weiter für Änderungen zum ursprünglichen Ratsbeschluss einsetzen will, die darauf zielen, Kinder mit Familien doch noch vom Grenzverfahren auszunehmen?

Es ist eine große Leistung, dass nach vielen Jahren des Stillstands eine europäische Einigung erzielt wurde. Diese Einigung sollte man nicht durch zusätzliche Forderungen nach Ausnahmen oder Sonderwegen gefährden.

Sie haben zuletzt dafür plädiert, das Bundesaufnahmeprogramm für Afghanen, das das Auswärtige Amt gerade auflegt, zu überdenken. Was meinen Sie konkret?

Ich plädiere dafür, das Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan zu beenden. Im Moment ist es wegen Hinweisen auf mögliche Missbrauchsversuche ausgesetzt. Aber es gibt bereits Aufnahmezusagen für 14.000 Personen. Wie diese Menschen ausgesucht wurden, ist intransparent und für das Parlament nicht nachvollziehbar. Damit habe ich ein großes Problem. Auch die Frage der Sicherheitsüberprüfung ist nicht geklärt. Das Programm birgt wegen seiner Konzeption Gefahren von Sicherheitsrisiken, Willkür und Korruption.

"Diese Migration wollen wir nicht" FDP-Generalsekretär Djir-Sarai fordert, dass Asylbewerber nur noch Sachleistungen erhalten. Zudem plädiert er für ein Ende de....

Fast alle Afghanen, die in Deutschland Schutz beantragen, werden als schutzberechtigt anerkannt. Wäre es nicht im Sinne einer gesteuerten Migrationspolitik, schutzbedürftige Afghanen nicht ungeordnet übers Meer reisen zu lassen, sondern direkt aus dem Land in einem geordneten Verfahren aufzunehmen?

Deutschland hat bereits einen großen Beitrag geleistet. Als die Taliban die Macht übernommen haben, haben wir dafür Sorge getragen, dass gefährdete afghanische Ortskräfte und ihre engen Familienangehörigen in Sicherheit gebracht werden. Das Ortskräfteverfahren läuft unabhängig vom Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan. Außerdem: Wir können nicht alle Probleme der Welt in Deutschland lösen. Es geht ja nicht nur um Aufnahme, sondern auch um Integration. Und leider gibt es eine ganze Reihe von Integrationsdefiziten in Deutschland. Wenn wir diese Probleme nicht zuerst lösen, werden sie uns auf die Füße fallen, weil die Akzeptanz in der Bevölkerung schwindet. Das darf nicht passieren.

In den nächsten Monaten sollen jede Menge ausländische Arbeits- und Fachkräfte nach Deutschland kommen, auch darauf hat sich die Koalition geeinigt. Wie sollen die denn integriert werden?

Mit dem Fachkräfte-Einwanderungsgesetz wird Deutschland im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte endlich besser. Das ist essenziell mit Blick auf den Fachkräftemangel, der von der deutschen Wirtschaft beklagt wird. Das Punktesystem stellt sicher, dass die Chancen derjenigen höher sind, die Bezüge zu Deutschland haben - weil sie zum Beispiel die Sprache sprechen oder Fähigkeiten haben, die hier händeringend gebraucht werden. Klar ist aber auch: Jeder, der kommt und bleiben will, muss unsere liberalen und demokratischen Werte teilen. Die Menschen, die in den Arbeitsmarkt einwandern, tragen zum Wohlstand dieses Landes bei.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 22, 2023

2000 Kilometer Zäune an den EU-Grenzen; In Berlin und Brüssel gelten Schutzwälle als tabu. Doch viele Staaten bauen bereits aus

Die Welt

Donnerstag 2. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Politik; S. 5; Ausg. 44

Length: 992 words

Byline: Klaus Geiger

Christoph B. Schiltz

Body

Berlin/Brüssel

Als die **Flüchtlingskrise** von 2015 gerade außer Kontrolle geriet, stellte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel klar: "Wir können die Grenzen nicht schließen", sagte sie. Zäune und Mauern - das war in den folgenden Jahren etwas für Donald Trump. Für die Bundesregierung blieb beides tabu, auch für die EU-Kommission.

"Das Errichten von Grenzzäunen passt nicht zu den Werten der Europäischen Union", sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen noch im Jahr 2021. Erst als jüngst ein knappes Dutzend Staaten den Druck massiv erhöhte, gab es Bewegung: Die EU beteiligt sich künftig erstmals finanziell indirekt am Bau von Zäunen. Verschämt ist aber weiterhin von "Infrastruktur" die Rede. "Mauer" oder "Zaun" bleiben Schmutzwörter im Brüsseler EU-Jargon. Mit der Realität hat das wenig zu tun. Während Merkel und von der Leyen sich als Bastion gegen angeblich unmenschliche Schutzwälle inszenierten, wurden in Europa erstmals in großem Stil Zäune gebaut.

Wie aus einer Aufstellung des EU-Parlaments hervorgeht, die WELT vorliegt, gab es in Europa im Jahr der Flüchtlingskrise von 2015 insgesamt 315 Kilometer befestigte Zäune. Bis 2022 wuchs die Länge auf das fast Siebenfache und beträgt nun 2048 Kilometer. 13 Prozent der EU-Landgrenzen sind heute durch Zäune abgeschottet. Und bald dürften Hunderte Kilometer dazukommen. Die Genfer Flüchtlingskonvention schreibt vor, dass kein Flüchtling an der Grenze abgewiesen und zurück in ein anderes Land gebracht werden darf. Die Konvention gilt weltweit, aber in Europa entwickelte sich der Grundsatz über die Jahrzehnte wie kaum irgendwo sonst zu einem einklagbaren Recht.

De facto hat jeder Mensch, der europäischen Boden betritt, das Recht auf Prüfung seines Asylantrags. Aus dem Geist dieser Bestimmungen wurde auch immer wieder abgeleitet, dass Zäune und Mauern unzulässig sind, weil sie Migranten systematisch daran hinderten, einen Asylantrag stellen zu können. Aber die Argumentation hält einer

2000 Kilometer Zäune an den EU-Grenzen In Berlin und Brüssel gelten Schutzwälle als tabu. Doch viele Staaten bauen bereits aus

juristischen Prüfung nicht stand. Das wusste auch EU-Ratspräsident Charles Michel, als er im November 2021 erklärte, aus rechtlicher Sicht wäre es durchaus möglich, "physische Infrastruktur" zum Grenzschutz aus dem europäischen Haushalt zu finanzieren.

Michel bezog sich damals auf ein juristisches Gutachten des EU-Rates, also der gemeinsamen Vertretung der 27 EU-Länder in Brüssel. Michels Juristen wiederum konnten sich auf ein Gesetz vom 7. Juli 2021 beziehen, das die finanzielle Unterstützung von Grenzmanagement-Anlagen regelt. Dort heißt es in Annex III, mit Blick auf die Unterstützung "eines effektiven integrierten Grenzmanagements an den Außengrenzen" soll das neue Finanzierungsinstrument "insbesondere Infrastruktur, Gebäude, Anlagen und Dienste unmittelbar an Grenzübergängen und zur Überwachung zwischen Grenzübergängen, unterstützen".

Auf diese Formulierung beriefen sich dann auch mehrere Mitgliedstaaten unter der Führung von Dänemark und Österreich beim EU-Gipfel Mitte Februar. Sie forderten vehement mehr Unterstützung aus Brüssel beim Bau von Grenzanlagen - und zwar auch bei der Errichtung von Zäunen. Man einigte sich auf neue Pilotprojekte und mehr EU-Gelder für Grenz-Infrastruktur, drückte sich aber um das Wort "Zaun" herum. Österreichs Kanzler Karl Nehammer störte das wenig. Er sprach von einer "indirekten" Finanzierung von Grenzzäunen. Er hatte recht. Die Logik dahinter lautet: Wenn ein Land wie Bulgarien künftig mehr Geld aus Brüssel für Grenzanlagen erhält, kann Sofia das eingesparte Geld im nationalen Haushalt für Zäune verwenden.

Der Trend zu Grenzzäunen ist global. Die Bekämpfung von Schmuggel, Terrorismus und illegaler Migration hat im Zuge der Globalisierung zu immer mehr der Schutzwälle geführt. Gab es im Jahr 1989 weniger als ein Dutzend solcher Anlagen, waren es im vergangenen Jahr schon 74, wie aus einer Studie der Politologin Elisabeth Vallet von der Universität Montreal hervorgeht. "Mauern galten einst als antiquiert", schreibt Vallet. "Aber sie sind nach und nach ein normales Instrument geworden, um geopolitische Spannungen beizulegen." Auch in Europa. Allein 19 Zäune stehen heute in der EU.

Spanien baute die ersten beiden Zäune um ihre in Marokko gelegenen Enklaven Ceuta und Melilla. Bei ihrer Erweiterung im Jahr 2004 "erbte" die EU zwei weitere Grenzanlagen auf Zypern und zwischen Litauen und Belarus. Letztere ist mit 500 Kilometern bis heute die längste. Ab 2015 beschleunigte sich der Bau von Zäunen. So riegelte Bulgarien seine Grenze zur Türkei mit einem Zaun von 235 Kilometern Länge ab. Ungarn baute 131 Kilometer Zaun zu Kroatien und 158 Kilometer zu Serbien. Als der belarussische Diktator Alexander Lukaschenko im Herbst 2021 begann, systematisch Flüchtlinge über seine Westgrenze in die EU zu schicken, errichtete Polen einen Grenzzaun auf einer Länge von 186 Kilometern. Schon zuvor hatte Frankreich auf 65 Kilometern in Calais am Ärmelkanal einen Zaun zu Großbritannien errichtet.

Die Aufstellung zeigt: Nicht immer entstehen die Zäune an EU-Außengrenzen. Teils trennen sie Länder, die zum Schengenraum gehören von solchen, die nicht diesem Club der absoluten Freizügigkeit angehören. Aber es gibt auch Beispiele, wo Länder innerhalb des Schengenraums Zäune bauten, um weiterziehende Migranten aus Außengrenzstaaten abzuhalten. Eine kleinere Anlage entstand etwa in Spielfeld, wo sich Österreich auf 3,3 Kilometern von Slowenien abzäunte. Am Brennerpass installierte die Regierung in Wien einen Zaun von 250 Metern, um illegale Einwanderung aus Italien abzuhalten.

Zu den größeren Anlagen gehört auch ein Grenzzaun, den Slowenien über knapp 200 Kilometer zu Kroatien errichtete. Aber auch hier zeigt sich wiederum, wie umstritten das Mittel des Zauns immer noch ist. Nach ihrem Wahlsieg im vergangenen Jahr begann eine migrationsfreundlichere Regierung mit dem Abriss des Zauns. Und Innenministerin Tatjana Bobnar sagte: "Die Zeit hat gezeigt, dass kein Zaun Migration aufhalten kann."

Original Gesamtseiten-PDF

2000 Kilometer Zäune an den EU-Grenzen In Berlin und Brüssel gelten Schutzwälle als tabu. Doch viele Staaten bauen bereits aus

An der polnischen Grenze zu Belarus haben Soldaten einen hohen Zaun errichtet, um zu verhindern, dass Flüchtlinge in die EU kommen

Load-Date: March 1, 2023

End of Document

London will Asylbewerber auf einsame Insel abschieben; Die Pläne sollen sollen illegale Migranten abschrecken

Die Welt

Mittwoch 9. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 153

Length: 898 words

Byline: Mandoline Rutkowski

Body

London

Eine Vulkaninsel mitten im Südatlantik, rund 1600 Kilometer vom afrikanischen Festland entfernt, soll der britischen Regierung aus ihrer verfehlten Migrationspolitik helfen. Am Montag bestätigte das Innenministerium Medienberichte, wonach London die britische Überseeinsel "Ascension Island" als potenziellen Ort zur Auslagerung von Asylsuchenden prüfe. Die Idee wurde schon unter dem ehemaligen Premier Boris Johnson diskutiert.

Dass das Innenministerium den Entwurf nun wieder hervorholt, verdeutlicht die brisante Lage, in der sich die in Wahlumfragen schwächelnde Regierung befindet. Derzeit liegt die Partei 17 Prozentpunkte hinter Labour. Für die Tories stellen die Sommermonate eine Belastungsprobe ihrer Migrationspolitik dar. Obwohl die Einwanderung über den Ärmelkanal mit rund 45.800 Menschen nur einen geringen Anteil der Gesamtmigration von 1,2 Millionen Menschen im vergangenen Jahr ausmachte, hat Premier Rishi Sunak es zu seinem Kernversprechen erklärt, die sogenannten kleinen Boote zu stoppen, "um kriminellen Gangs das Handwerk zu legen". Bislang ohne Erfolg.

Die Zahl der Ankommenden ist fast genauso hoch wie im vergangenen Jahr. Insbesondere in den Monaten August, September und Oktober ist mit einem erhöhten Aufkommen zu rechnen. Im vergangenen Jahr sind 51 Prozent aller Einwanderer über die Route in diesen Monaten auf die Insel gekommen. Noch dazu hat das Herzstück des Anti-Migrations-Kurses, das internationale umstrittene "Anti-Einwanderungsgesetz", an Strahlkraft verloren, weil es seit Monaten durch Gerichtsverfahren blockiert wird. Sunak hatte zuletzt angekündigt, vor den Obersten Gerichtshof des Landes zu ziehen.

Dem Gesetz zufolge könnte jeder Person unabhängig von ihrem Herkunftsland, die über eine illegale Route wie über den Ärmelkanal britischen Boden betritt, das Recht auf Asyl automatisch verwehrt und, so war es bislang vorgesehen, in das ostafrikanische Land Ruanda abgeschoben werden. Dort könnte die Person ein Asylverfahren durchlaufen und bei Gewährung nicht etwa nach Großbritannien zurückkehren, sondern sich in Ruanda niederlassen. Im Falle einer Ablehnung müssten die Asylbewerber in ihre Heimatländer zurückkehren. Im Juni

London will Asylbewerber auf einsame Insel abschieben Die Pläne sollen sollen illegale Migranten abschrecken

vergangenen Jahres hatte London dafür eine Vereinbarung mit Kigali getroffen. Rund 140 Millionen Pfund (162 Millionen Euro) sind dafür bisher in das Land geflossen.

Die heftig umstrittene Idee, Asylsuchende in ein Drittland abzuschieben, kommt nicht allein aus Großbritannien. Vergangenes Jahr gaben Ruanda und Dänemark, das über eine Sonderstellung im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem verfügt, eine gemeinsame Erklärung zu ähnlichen Bemühungen heraus. Später ruderte Kopenhagen zurück, mit der Begründung nach Lösungen für Verteilung von Geflüchteten mit den EU-Partnern zu suchen. Auch Israel schob eine Zeit lang inoffiziell nach Ruanda und Uganda ab. Australien bringt Asylsuchende in Lagern auf den Inseln Nauru und Papua-Neuguinea unter.

Weil es ungewiss ist, ob die britischen Flüge in ein Drittland überhaupt starten können, bedient sich die Regierungspartei nun anderer Mittel, ihrer Migrationsagenda an Schärfe zu verleihen - etwa mit "Ascension Island". Nach Angaben des "Guardian" erklärte die parlamentarische Unterstaatssekretärin im Innenministerium, Sarah Dines, am Montag, dass der Plan, Menschen auf die Insel zu schicken, das Ruanda-Programm der Regierung ersetzen könnte, falls dies scheitern sollte. Warum jetzt, nachdem der Plan zuvor fallen gelassen wurde?

"Zeiten ändern sich", erklärte die Politikerin "Times Radio". Der Plan würde weiter gehen als das Vorgängermodell: Unter der ursprünglichen Idee hätten Personen, deren Asylanträge anerkannt wurden, die Möglichkeit gehabt, nach Großbritannien zurückzukehren. Durch das "Illegale-Einwanderungsgesetz" wäre diese Möglichkeit hinfällig. Das Vorhaben stößt auf große Gegenwehr. Wie der Ruanda-Plan sei der neue Vorschlag "eine weitere nicht umsetzbare und unmenschliche Maßnahme", so ein Sprecher der Hilfsorganisation Scottish Refugee Council. Schatteninnenministerin Yvette Cooper sagte, die Partei ziele mit der Ankündigung auf eine "Schlagzeilenjagd" ab.

Auch in den eigenen Reihen hagelt es Kritik: Nach Angaben der "Times" hat das Verteidigungsministerium bereits angekündigt, das Projekt nicht mitzutragen. Die Zeitung berichtet, dass die Insel, die nur über einen Flughafen verfügt, der überwiegend als Zwischenlandeplatz für Militärflugzeuge genutzt wird, derzeit nur von Maschinen der Royal Air Force (RAF) mit einer Kapazität von 15 Passagieren angefliegen werden könne. Die RAF, so eine interne Quelle, habe andere Prioritäten als den Transport der Asylsuchenden zu koordinieren, etwa die Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland.

Neben den neuen Abschiebeplänen setzt Innenministerin Suella Braverman alles daran, der Abschreckungsstrategie auch Zuhause Ausdruck zu verleihen. In den vergangenen Tagen konnte sie ein seit Anfang des Jahres geplantes Vorhaben, Asylsuchende auf Lastkähnen und in Zelten auf leer stehenden Militärbasen unterzubringen, an den Start bringen. Mitte Juli zogen die ersten Asylsuchenden auf einer RAF-Militärbasis in Essex ein, diese Woche folgte der Bezug des Lastkahns Bibby Stockholm im südenglischen Dorset. Laut einem Bericht der "Times" verglichen einige Tory-Mitglieder die Zeltbauten auf den leer stehenden Militärbasen bereits mit Konzentrationslagern.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 8, 2023

Kapitulation vor der Realität; Sigmar Gabriel fordert eine "Wende in der Migrationspolitik". Dass ein Politprofi seine Meinung ändert, spricht für ihn. Noch schöner wäre es, wenn er seine Beteiligung an der Verbreitung eines erfolgreichen Irrtums zugeben würde

Die Welt

Dienstag 22. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 162

Length: 1220 words

Byline: Henryk M. Broder

Body

Sigmar Gabriel war von 1999 bis 2003 Ministerpräsident von Niedersachsen, von 2005 bis 2009 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, von 2013 bis 2017 Bundesminister für Wirtschaft und Energie und anschließend ein Jahr lang aushilfsweise Bundesminister des Auswärtigen. Daneben und dazwischen bekleidete er verschiedene Positionen in Politik und Wirtschaft, die ihm einen Ruf als "Patron und Provokateur" einbrachten. Während Gabriels Zeit als Vizekanzler schien es eine Weile so, als wollte er Angela Merkel beerben. Dass es dazu nicht kam, war eine Folge seiner erratischen Kurswechsel, die auch in seiner eigenen Partei, der SPD, "umstritten" waren.

Gabriel setzte sich für den Bau der Pipeline Nord Stream 2 ein und widersprach allen Befürchtungen, "Russland könne das Gas einmal als politische Waffe gebrauchen" (Wikipedia); die Kooperation mit Russland stelle "keine Bedrohung" für die Energiesicherheit dar. Andererseits nannte er das "Erneuerbare-Energie-Gesetz" bereits 2013 "ein Hindernis" für die Zukunft. Sollte die Energiewende nicht komplett neu gestartet werden, stünde Deutschland "vor dem größten Deindustrialisierungsprogramm unserer Geschichte". Ähnlich wie Adenauer, aber ohne es auszusprechen, machte er den Satz "Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?" zu seinem Leitmotiv. Es gebe "ein demokratisches Recht darauf, rechts zu sein oder deutschnational", auch "ein Recht, Dummheiten zu verbreiten", erklärte er nach einem informellen Treffen mit Pegida-Anhängern; allerdings gebe es auch ein rechtes "Pack, das eingesperrt werden muss", hielt er sich selbst wenig später entgegen.

In den letzten Wochen hat sich Gabriel mit Statements zur Lage der Nation auffällig zurückgehalten. Umso überraschender war ein Interview, das der Elder Statesman der SPD vor wenigen Tagen dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) gab. "Sigmar Gabriel fordert Wende in Migrationspolitik", so fasste die WELT den Inhalt des Gesprächs zusammen. Der frühere SPD-Chef Sigmar Gabriel habe die "demokratischen Parteien" aufgerufen, sich

Kapitulation vor der Realität Sigmar Gabriel fordert eine "Wende in der Migrationspolitik". Dass ein Politprofi seine Meinung ändert, spricht für ihn. Noch schön....

gemeinsam für eine Wende in der Migrationspolitik einzusetzen. "Wir müssen Hilfsbereitschaft und Mitmenschlichkeit verbinden mit klaren und durchsetzbaren Regeln für die Begrenzung von Zuwanderung."

Weder könne man unbegrenzt viele Menschen aufnehmen, noch existiere irgendwo auf der Welt ein Recht auf unkontrollierte Einwanderung. Proteste der Pro-Asyl-Szene müssten in Kauf genommen werden. Und was sollte passieren, "wenn künftig Hunderte Flüchtlinge aus Afrika in einem Boot vor Lampedusa oder den griechischen Inseln" ankommen würden? Dann, so Gabriel, "müssen wir diese Leute allesamt in das Land zurückbringen, wo ihr Schiff gestartet ist".

Wenn ein alter Politprofi dermaßen eindeutig Stellung bezieht, kann man davon ausgehen, dass ein "Paradigmenwechsel" unmittelbar bevorsteht - oder bereits begonnen hat. Flüchtlinge dahin zurückzuschicken, woher sie gekommen sind, wäre der letzte Schritt vor der Einführung allgemeiner Grenzkontrollen, sowohl an den Zugängen zur Bundesrepublik als auch an den Grenzen innerhalb der EU. Wer so etwas vor einem Jahr gefordert hätte, wäre umgehend als "völkischer Nationalist" gebrandmarkt worden, für den es "keinen Platz" im demokratischen Diskurs geben könnte.

Man mag Gabriel einiges vorwerfen, ein Nationalist ist er nicht, schon gar nicht ein "völkischer". Eher ein Nachzügler, der auf einen fahrenden Zug aufspringt, um den Lokführer zu instruieren, wohin die Reise gehen soll. Menschen, deren Erinnerungsvermögen weiter als bis zum letzten ESC zurückreicht, können sich noch an das "Foto des Tages" erinnern, das am 15. September 2015 auf Seite 1 der "Bild"-Zeitung erschien.

Zu sehen waren Angela Merkel und Sigmar Gabriel auf der Regierungsbank des Bundestags, einander im Gespräch zugewandt. Die Kanzlerin trug einen ihrer bunten Blazer, ihr Vize einen bierdeckelgroßen Button auf dem linken Revers seines Sakkos. Darauf zu lesen war: "Refugees welcome - Wir helfen!" Es handelte sich um eine Aktion der BILD, der sich viele Betriebe, Firmen und Medien angeschlossen hatten. Auf die Frage der Kanzlerin, "warum er das tut", habe Gabriel, so stand es im Text neben dem Foto, geantwortet: "Aus Solidarität mit den Menschen, die unsere Hilfe brauchen - und aus Dankbarkeit denen gegenüber, die helfen."

Wer immer das Gespräch mitgehört und mitgeschrieben hat, muss sehr nah an die Beteiligten herangekommen sein. Dass ein Politiker seine Meinung ändert, spricht nicht gegen, sondern für ihn. Noch schöner wäre es aber, wenn er seine Beteiligung an der Verbreitung eines folgenreichen Irrtums zugeben würde, statt diese Info höflich zu beschweigen. Ein Mann mit der politischen Erfahrung Gabriels müsste auch in kritischen Situationen den Überblick behalten, statt sich vom Strom einer hysterischen Begeisterung mitreißen zu lassen, die nur das eigene Ego bedient. Denn auch im Sommer des Jahres 2015 standen bereits Fragen im Raum, die zu stellen ein moralisches Kapitalverbrechen war.

Können wir die Flüchtlinge versorgen? Ihnen ein Obdach geben und für eine Integration in den Arbeitsmarkt sorgen? Haben wir genug Lehrer, Kita-Plätze, Ärzte, Sozialarbeiter, um die Kinder der Flüchtlinge nicht sich selbst zu überlassen? Und die Frage aller Fragen: Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld? Von solchen Überlegungen vollkommen unberührt, produzierten Politiker im Krisenjahr 2015 und auch danach parteiüberschreitend Optimismus am laufenden Band.

Der damalige Fraktionsvorsitzende der Union im Bundestag, Volker Kauder, sagte in einem Interview mit dem "Tagesspiegel", die Flüchtlingskrise sei "in der Tat eine große Herausforderung", aber: "Niemandem wird etwas weggenommen, weil Flüchtlingen geholfen wird. Nirgendwo ist gekürzt worden." Auch Sigmar Gabriel war überzeugt, dass die Bundesrepublik willens und in der Lage wäre, Massen von Flüchtlingen aufzunehmen. "Ich glaube, dass wir mit einer Größenordnung von einer halben Million für einige Jahre sicherlich klarkämen, ich habe da keine Zweifel - vielleicht auch mehr", frohlockte Gabriel in einem Interview mit dem ZDF.

Wenn er heute, genau acht Jahre später, eine "Wende in der Migrationspolitik" fordert, dann ist es mehr als nur das Eingeständnis, dass die bisherige Migrationspolitik gescheitert ist. Es ist eine Kapitulation vor dem meistunterschätzten Faktor des Lebens, der Wirklichkeit. "Zurück in die Zukunft" ist eine schöne Idee, aber nur im Film. In der Realität gibt es keine Rückkehr zu den Zuständen von vor dem 4. September 2015, die nicht ideal, aber auch nicht so desaströs waren, wie sie heute sind.

Kapitulation vor der Realität Sigmar Gabriel fordert eine "Wende in der Migrationspolitik". Dass ein Politprofi seine Meinung ändert, spricht für ihn. Noch schö....

Anders als in der plastischen Chirurgie, mit deren Hilfe eine verlorene Unschuld wiederhergestellt werden kann, lassen sich leichtfertige Entscheidungen in der Politik nicht ungeschehen machen. Es geht nur noch darum, ihre Folgen "sozialverträglich" zu gestalten, sowohl für die "Menschen, die schon länger hier leben", wie diejenigen, "die neu dazugekommen sind".

Gabriel, der - abgesehen vom Vorsitz der Atlantik-Brücke - derzeit kein öffentliches Amt bekleidet, wird mit seinem Ruf nach einer "Wende in der Migrationspolitik" nicht nur Zustimmung ernten. Aber - es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Und außerdem ist es nicht verboten, aus Fehlern schlauer zu werden.

forum@welt.de (forum@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 21, 2023

In Nordtunesien eskaliert die Gewalt gegen Migranten; Auslöser war die Tötung eines Einheimischen

Die Welt

Mittwoch 12. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 133

Length: 899 words

Byline: Maryline Dumas

Body

Sfax

Ihr Blick ist herausfordernd, eine Mischung aus Verzweiflung und Kraft. Das bunte Tuch, mit dem sie ihr Baby auf dem Rücken trägt, lässt den Bauch der schwangeren Frau noch größer erscheinen. Wie viele andere **Flüchtlinge** im tunesischen Sfax schläft die 21-jährige Emma seit einigen Tagen im Freien. Seit Anfang des Jahres hat sich die Gegend um Sfax zum Drehkreuz für die Reise übers Mittelmeer ins weniger als 200 Kilometer entfernte Italien entwickelt. Schon seit Wochen ist die Lage in der zweitgrößten Stadt Tunesiens deutlich angespannt. Vor einer Woche dann wurde nach Auskunft der Behörden ein Tunesier von "Subsahariern" getötet. Seither kommt es jede Nacht zu Gewaltausbrüchen. Videos zeigen, wie Tunesier **Migranten** aus ihren Häusern jagen, um sie der Polizei zu übergeben. Emmas Ehemann wurde im Stadtzentrum von Sfax verhaftet: "Er wollte uns etwas zu essen holen. Eine Kontaktperson rief mich an, um mich zu warnen. Seitdem habe ich nichts mehr von ihm gehört."

Human Rights Watch meldete, dass Sicherheitskräfte die Migranten in die Pufferzone an der libyschen Grenze gebracht hätten. Salsabil Chellali, Direktorin der Menschenrechtsorganisation in Tunis, bestätigte, dass sich dort an einem völlig verlassenem Ort, ohne Wasser und Nahrung mehrere Hundert Menschen befinden, darunter auch schwangere Frauen und Kinder. "Die Vorgehensweise ist stets dieselbe: erst Razzien und Verhaftungen in den Straßen von Sfax, dann ein Konvoi Richtung Ras el-Jédir (ein etwa 350 Kilometer entfernter Grenzübergang nach Libyen, Anm. d. Red.)", so Chellali. "Dabei haben die Sicherheitskräfte sehr wohl gesehen, dass auch Minderjährige und Asylsuchende dabei waren, doch sie machen da keinen Unterschied." Der Zugang zu der Militärzone ist verboten. In Videos, die die Migranten verschickten, sind auch Verwundete zu sehen, die Meerwasser trinken, um nicht zu verdursten, sowie Männer in Uniform, die die Migranten mit Steinen bewerfen.

In Sfax steigt die Angst unter den Migranten. Ein Dutzend von ihnen ist inzwischen mit dem Zug unterwegs nach Tunis. "Ich werde in Tunis in die Botschaft gehen und um eine Rückführung bitten", erklärt Madeleine von der Elfenbeinküste, die ihr letztes Geld für das Ticket ausgegeben hat. Sie war aus ihrer Unterkunft geworfen worden. Kleid und Schuhe sind alles, was ihr geblieben ist. Emma wird in Sfax bleiben, da es die einzige Verbindung ist, die

In Nordtunesien eskaliert die Gewalt gegen Migranten Auslöser war die Tötung eines Einheimischen

sie noch zu ihrem Ehemann hat. Sie und andere obdachlose Migranten haben sich in der Stadtmitte, in der Nähe der Medina und einem Park mit Namen "La Mère et l'enfant" (Mutter und Kind) versammelt.

Der 24-jährige Galo aus Guinea erzählt, dass er nach Tunesien gekommen ist, um zu arbeiten und Geld an seine Familie schicken zu können. Der Chef des Restaurants, in dem er einen Job gefunden hatte, entließ ihn jedoch wieder, "angeblich, weil er sich Sorgen um meine Sicherheit machte", sagt er. "Wenn man uns hier nicht haben will, werden wir alles dafür tun, um nach Europa zu kommen. Zurückgehen können wir nicht, das wäre eine Katastrophe für unsere Familien, die auf uns zählen." Galo wird von einem tunesischen Passanten unterbrochen, der laut dazwischenruft: "Warum reden Sie mit diesen Sklaven?" Schnell bildet sich eine Menschenmenge um uns auf der Straße. Eine Frau schimpft: "Sind Sie Französin? Dann nehmen Sie sie doch mit nach Hause, diese Schwarzen!" Eine andere fügt hinzu: "Es ist Eure Schuld, die Schuld der Europäer! Wenn Ihr nicht die ganzen Reichtümer Afrikas geplündert hättet, dann würden diese Leute bei sich zu Hause bleiben!" Die Polizei erscheint und löst die Gruppe wieder auf.

In einem Café erklärt der Lehrer und Aktivist Zied Mallouli den Standpunkt der Bevölkerung von Sfax. "Wir verlangen vier Dinge vom Staat: den sozialen Frieden zu gewährleisten, die Grenzen zu kontrollieren, eine Visumpflicht für Angehörige afrikanischer Staaten, wie es sie vor 2011 schon gab, und die Einführung einer medizinischen Pflichtuntersuchung für Migranten." Mallouli berichtet von 69 Tuberkulose-Fällen und HIV-Infizierten unter den Einwanderern. Er sieht auch ein soziales und sicherheitspolitisches Problem: "Aufgrund dieses Flüchtlingsstroms finden unsere jungen Leute keine Wohnungen mehr. Manche vermieten ein Zimmer an eine afrikanische Familie, und dann wohnt da ein Dutzend Menschen in einer Einzimmer-Wohnung. Es gibt auch keine Arbeit für alle. Die Einwohner installieren Stahltüren und sichern ihre Häuser."

In Videos in sozialen Netzwerken ist zu sehen, wie sich Menschen aus der Subsahara auf den Straßen mit Macheten bekämpfen. Simon Francis Fotso, Vorsitzender der kamerunischen Gemeinde in Sfax, räumt ein, dass es diese Spannungen gibt: "Es hat am Strand Probleme gegeben. Die Sudanesen warteten darauf, dass die Migranten mit ihren Booten ankamen und haben sie dann bestohlen. Sie sprechen nicht dieselbe Sprache und haben auch nicht dieselbe Kultur wie die Menschen aus West- oder Zentralafrika. Da kommt es schnell zu Problemen." Der junge Mann macht auch die Polizei mit verantwortlich. Vor wenigen Wochen hatte es der Chef der kamerunischen Gemeinde mit einem Streit zwischen zwei Personen aus seinem Land zu tun. Einer von ihnen war verletzt worden. "Ich habe den Verletzten zur Polizeistation begleitet, doch niemand wollte unsere Aussage zur Kenntnis nehmen. Um die Ruhe wiederherstellen zu können, müssen die Behörden mit uns zusammenarbeiten."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 11, 2023